REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 383 · 19.10.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 38 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Palästina: Flickenteppich oder Staat? - KM
2. Clintons Danaergeschenk an Kuba. US-Regierung hält weiterhin am Embargo fest - kuk
3. "Für eine politische Lösung in Kurdistan." Aufruf zur Demonstration am 18.11.1995 (Dokumentation)
4. Die Grünen in Bad Godesberg. Strategiekongreß debattiert über den Weg zur "Gestaltungspartei" - Anja Dammann, Berlin
5. Gähnende Langeweile im Berliner Wahlkampf. Die Angst vor dem Hauptstadtwähler schafft Denkverbote - kuk
6. Rache statt Resozialisierung. Die Ausweitung der Todesstrafe in den USA - Michael Hahn
7. Gratwanderung zwischen Leben und Tod. Mumia Abu-Jamal über die Haftbedingungen in den Todeszellen
8. " Zwischen Flucht und Arbeit"- Eine Buchbesprechung - Andreas Foitzik
9. Hungerstreik im Abschiebeknast Glasmoor - Glasmoorgruppe
10. Guatemala: Waffenstillstand für Wahlen. Linke beteiligt sich am 12. November mit eigener Liste - Al., Nürnberg
11. Ein Platz an der Sonne. Deutsche Kaffeeplantagenbesitzer in Chiapas - Boris Alexander
12. Die "Aufarbeitung" der Militärdiktatur in Chile. Der Fall Letelier. Interview mit dem Menschenrechtsanwalt Hiram Villagra
13. González und die Erpresser - Rainer Wandler
14. Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß. Eine Unterrichtskonzeption - Klaus Mellenthin
15. Politische Schreibtischtäter in der bundesdeutschen Justizgeschichte - Rolf Gössner
16. Schengen am Ende? Am Ende Schengen! - A. List
17. Rückübernahmeabkommen - der neueste Stand - A. Maurer
18. Frauen in China: Verfolgt, erniedrigt und mißbraucht - Gunnar Köhne
19. Was hat die Weltfrauenkonferenz in Beijing gebracht? - Christina Schenk
20. Der "Fall" Monika Haas. Die sprachliche Erzeugung einer Top-Terroristin und Super-Agentin - Irmgard Schultz
21. Christian Klar war über einen Monat im Hungerstreik - Peter Nowak
22. Tropenholz - der Boykott ist immer noch gerechtfertigt! - hhH, Berlin
23. Kameruns Holzexport: Ein Mühlstein als Rettungsring - hhH, Berlin
24. Von der Nachhaltigen Entwicklung zur Abwicklung des Nordens. 10 Thesen für ein linkes Gegenkonzept - Christoph Spehr
25. Das Elend des Pazifismus. Kommentar von Jürgen Elsässer in der jW (Dokumentation) - Uli Cremer, LAG Frieden und Internationales der GAL Hamburg
26. Wird SS-Mann Priebke ausgeliefert ? - ES, Hamburg
27. "Wir feiern mit!" - Aktion gegen Saarlandbrigade
28. "Wohltäter", Unternehmer, Antisemit. Der "Deutsche Konservative" Joachim Siegrist als Wahlsieger in Lettland - Bernhard Strasdeit
29. Knapp daneben ist auch vorbei. Erklärung des des K.O.M.I.T.E.E zur gescheiterten Grünau- Aktion (Dokumentation)
30. "Nei Lénk" Luxemburg. Der Versuch einer neuen politischen Bewegung - André Hoffmann, Nachdruck aus SoFo
31. Haß - La Haine. Filmbesprechung - lg/om, Köln
32. Krieg in Sertao. Buchbesprechung - Gerd Bedszent
33. Noelle-Neumann und die feigen Deutschen - Js.
34. Land and Freedom
35. Quelldatei 22.htm
36. Mumia Abu-Jamal legt Berufung ein

37. Quelldatei 37.htm
38. Entschuldigung!

1. Palästina: Flickenteppich oder Staat?

Autor: KM · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:11

Nicht rumlabern!

Betr.: Fünf Jahre Deutschland (ak 382)

Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland, der deutsche Imperialismus, heißt es in einem Flugblatt des Spartakusbundes 1915, Verfasser dieses Flugblattes war Karl Liebknecht.

An dieser konkreten Feststellung hat sich meiner Meinung nach bis heute nichts geändert. Gerade die Feierlichkeiten der Herrschenden in Düsseldorf machen deutlich, daß "Fünf Jahre Deutschland" zunächst einmal den deutschen Imperialismus und seine politischen Paladine gestärkt haben. Der deutsche Imperialismus mischt heute im Ausland dank seiner wirtschaftlichen Macht lustig mit, und hat mit der nationalen Begriffsbestimmung - Erhalt des Wirtschaftsstandortes Deutschland - die breite Mehrheit der Bevölkerung zunächst einmal für sich schön eingemacht. Und es paßt vortrefflich dazu, wenn die Linke dabei ist, sich selbst zu bemitleiden, oder in einer miesen Form angemacht wird, weil ihre Aktionen "Nie wieder Deutschland" nur von kurzer Dauer waren, und alle "Nie wieder Deutschland"-Aktionen vom damaligen DM-Taumel auf der einen Seite (DDR) und der damaligen Sieger-Mentalität auf der anderen Seite (BRD) überrollt wurden. Trotz alledem entsprach der Aufruf zur Demonstration am 12. Mai 1990 (ich habe den Aufruf unterstützt und an der Demo teilgenommen) "Nie wieder Deutschland, gegen deutschen Nationalismus, gegen die Kolonialisierung Osteuropas und gegen die Annexion der DDR" genau der politischen Feststellung von Karl Liebknecht, daß der Hauptfeind im eigenen Land steht.

Wenn nunmehr eine Aufarbeitung der "Fünf Jahre Deutschland" auch im ak stattfinden soll, ist das doch eine begrüßenswerte Sache. Nur sollte nicht nur rumgelabert werden, was in der damaligen großdeutschen Stimmungslage 1989/1990 alles falsch gemacht worden ist. Mann/Frau kann sich auch den Ast selber absägen, auf dem Mann/Frau sitzt.

Der deutsche Imperialismus konnte zwar die DDR abkassieren und ist nunmehr dabei, im Zusammenwirken mit den etablierten Parteien diese Gesellschaft zu amerikanisieren, wo der Ellbogen vor Solidarität geht. Das heißt aber noch lange nicht, daß der Kapitalismus hier und anderswo das Ende der Fahnenstange ist. Und ich denke, auch die Bäume der Militaristen (und mögen sie in der BRD mit noch so taktischen Varianten vorgehen) werden nicht in den Himmel wachsen.

Aus diesen Überlegungen heraus mache ich mir z.B. Gedanken, warum die Partei der Nichtwähler (Mann/Frau hat schließlich die Schnauze voll, der Dukatenesel der Nation zu sein) sich langsam aber sicher der 50%-Marke nähert, die Linke aber, zumindest einen Teil dieser Nichtwähler, nicht in ihre politische Arbeit einbinden kann.

Liegt es daran, daß die Linke vor Ort - und mag sie sich noch so radikal nennen - sich selber abschottet, weil sie befürchtet, eigene politische Positionen ohne Abschottung aufgeben zu müssen?

Auch wenn es sich in der kleinen heilen politischen Welt gut leben läßt, verändern läßt sich damit leider kaum etwas, im Gegenteil, der Imperialismus lacht sich über solche linke Krämerei ins Fäustchen.

Und so steht doch die Frage, haben wir uns als Linke auf Grund dieser "Fünf Jahre Deutschland" wirklich Klarheit geschaffen, oder ist es nicht unbedingt notwendig, uns der theoretischen politischen Diskussion mehr als bisher zuzuwenden, ohne auf anstehende Aktionen zu verzichten. Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht meiner Meinung nach im Augenblick um eine linke Strategie- und Perspektivendiskussion. Worum es nicht gehen soll, sind groß angelegte Kongresse, auf denen nur rumgeredet wird und Mann/Frau sich selber darstellt.

Es geht schlicht und einfach um linke Basisarbeit vor Ort. Denn der Kampf zwischen Unterdrückten und Herrschern, zwischen Ausgebeuteten und Besitzenden wird nun einmal erst vor Ort geführt.

Paul Michalowicz

Hagen, 4.10.95

P.S.: Ich gehe auf die 70 zu, arbeite aber noch in den Hagener Initiativen Pro Roma, Friedenszeichen und Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein, mit.

Vergessene Mehrheit

Betr.: Siedlungen oder Frieden? (ak 382)

Liebe ak-Redaktion,

mit zunehmendem Stirnrunzeln verfolge ich in den letzten zwei Jahren die Palästina-Berichterstattung von Klaus Mellenthin. Er scheint inzwischen so weit vom Peace-Process-Virus angesteckt, daß er seinen klaren Kopf zu verlieren droht.

Ich will mich hier auf nur eine grundsätzliche Richtigstellung beschränken. In ak 382 schreibt er von "der Begeisterung der sehr großen Mehrheit der Palästinenser (für den Friedensprozeß)". Nun, die sehr große Mehrheit der Palästinenser lebt in Jordanien, Syrien, Libanon, Amerika, Europa usw., also außerhalb Palästinas. Diese vergessene Mehrheit macht sich keine Hoffnungen, daß ihnen durch diese politische Entwicklung geholfen werden soll. Ganz im Gegenteil, viele die noch vor '93 für Arafat waren, fühlen sich nun von ihm verraten. Von Begeisterung höchstens Spurenelemente.

Der zweite große palästinensische Bevölkerungsteil lebt in der Westbank und Gaza. Ich hatte 1994 die Gelegenheit, mir dort selbst eine Meinung über die Stimmung der Bevölkerung zu bilden. Mein Eindruck war, daß die Zahl der Befürworter des "Friedensprozesses" zwar groß, aber doch eindeutig in der Minderheit ist. Daß sich dies innerhalb eines Jahres so grundlegend geändert haben soll, mag ich nicht glauben.

Der drittgrößte palästinensische Bevölkerungsteil schließlich lebt in Israel. Da kenne ich mich nicht aus und dafür mag Klaus Mellenthins Aussage vielleicht gelten, doch diese innerisraelische Sichtweise geht am Problem vorbei und bringt uns nicht weiter. Die von den Zionisten im "Friedensprozeß" angestrebte Homelands-Lösung kann das Palästina-Problem nicht lösen. Eine Lösung ist erst erreicht, wenn alle, deren Heimat Palästina ist, dort gleichberechtigt und in Frieden leben können. Diese Lösung wird voraussichtlich zu unseren Lebzeiten nicht erreicht werden, aber vergessen sollte man sie deshalb nicht.

Beste Grüße

Ulrich Seeger

Ulrich hat recht: Gemeint waren von mir die PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten, mit meiner Formulierung hatte ich jedoch mehrere Millionen PalästinenserInnen der Diaspora "vergessen". Und richtig ist auch die Feststellung, daß 1994 und 1995 die Begeisterung schon sehr gedämpft war - allerdings hatte sich meine Aussage, wie die Lektüre des ganzen Absatzes, dem der monierte Passus entnommen ist, zeigt, nur auf die ersten Monate nach "Washington", bis Ende 1993 bezogen. Gleichwohl: Aufmerksame Kritiker wie Ulrich wünschte ich mir durchaus mehr. KM

2. Clintons Danaergeschenk an Kuba. US-Regierung hält weiterhin am Embargo fest

Autor: kuk · Rubrik: US-Imperialismus; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:38

Am 6.10. unterzeichnete der amerikanische Präsident Bill Clinton eine Regierungsanweisung, mit der die Sanktionen gegenüber Kuba in einigen wenigen Punkten gelockert werden. Gleichzeitig kündigte er an, daß das bestehende Embargo durch schärfere Kontrollen effektiver angewendet werden solle.

Was ist von den "Lockerungen" zu halten? Bis dato ist es US-BürgerInnen laut Gesetz verboten, nach Kuba zu reisen. Obwohl dieses Verbot immer wieder unterlaufen wird, drohen dennoch hohe Geld- oder sogar Gefängnisstrafen. Zukünftig darf eine kleine Gruppe von US-AmerikanerInnen Kuba besuchen, sofern sie in religiöser Mission, in Bildungs- oder Menschenrechtsangelegenheiten unterwegs sind. Für StudentInnen und WissenschaftlerInnen soll ein Austausch organisiert werden. Der Transport von PCs, Fax-Geräten und ähnlichen Technologien ist den mit Kuba in Kontakt stehenden Gruppen nicht länger untersagt.

Auswirkungen

und erste Reaktionen

Grundsätzlich bleibt das Verbot von Kuba-Reisen für US-BürgerInnen jedoch in Kraft. Erwünscht hingegen ist der Besuch von freedom and democracy Ideologen, (1) PriesterInnen jeglicher Coleur und zwielichtigen Menschenrechtsgruppen. US-Bürger kubanischer Herkunft sollen künftig einmal pro Jahr ohne Sondergenehmigung auf die Insel fliegen dürfen. Laut Neue Zürcher Zeitung (7./8.10.95) muß dafür aber ein Notfall, wie z.B. die Erkrankung eines Verwandten, vorliegen. Daß neben der seit einigen Monaten wieder funktionierenden direkten Telefon- nun auch eine direkte Postverbindung aufgenommen werden soll, stellt einen Fortschritt für die Menschen dar.

Der interessanteste Teil betrifft die Möglichkeit, Geldüberweisungen nach Kuba vornehmen zu können. Bekanntermaßen hatte Clinton dies auf dem Höhepunkt der balsero-Krise untersagt. (vergleiche ak 381) Jetzt erlaubt Clinton der Western Union, einer amerikanischen Kommunikationsgesellschaft, ein Büro in Havanna zu eröffnen, über das Gelder für Auswanderungsgebühren und für dringende humanitäre Notfälle nach Kuba geschickt werden können.

Auf kubanischer Seite reagierte Parlamentspräsident Ricardo Alarcon als erster. Er bezeichnete Clintons Maßnahmenkatalog als Aprilscherz. Die geplante US-Finanzierung von Menschenrechtsorganisationen und NGOs auf der Insel sei nichts anderes als das, was seit 35 Jahren im Geheimen geschehe: "Die Unterstützung der Subversion auf der Insel." Die Amerikaner sollten nicht glauben, daß ihnen Finanzierung und Training derjenigen Gruppen auf der Insel gestattet werde, die ihnen zu Dienste seien. Nicht namentlich genannte Regierungkreise sprachen von einer "Falle". Clintons Annäherungsversuch sei eine große Propaganda-Show. In Wirklichkeit wolle er die Revolution von innen schwächen und unterhöhlen. (El Pais, 8.10.95)

Den Keil zwischen Volk

und Regierung treiben

Welche Motive haben Clinton bewegt? Er begründete die Lockerungen damit, daß auf diesem Wege die Demokratisierung in Kuba nach dem Vorbild des ehemaligen Ostblocks gefördert und zu einem friedlichen Übergang nach Castro beigetragen werde. Der freie Fluß der Ideen zwischen beiden Ländern solle gefördert werden. (FAZ, 7.10.95) Laut Richard Nuccio, der Clinton und Außenminister Christopher in Fragen der Kuba-Politik berät, wird die gegenwärtige US-Politik durch drei Prinzipien charakterisiert:

1. Das Embargo - im Vergleich zu anderen Staaten (Iran, Libyen) das schärfste - bleibt aufrechterhalten. Es verfolgt den Zweck, die Entscheidungsmöglichkeiten der kubanischen Regierung so gering wie möglich zu halten.

2. Die Unterstützung des kubanischen Volkes erlangen. Dies geschieht durch verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten (Telefon) und durch die Unterstützung von Wohlfahrtsverbänden, die den KubanerInnen Unterstützung zukommen lassen, die nichts mit der Regierung und der KP zu tun haben.

3. In der Kuba-Politik wird ein ganz neues Kapitel aufgeschlagen. Wir sagen zu Kuba: Ihr könnt Euren Interessen gemäß handeln, ihr könnt ökonomische Verbesserungen für Eure Leute einleiten, ihr könnt sie für den Übergang zur Demokratie vorbereiten, was auch immer. Wir werden Euch nicht sagen, was Ihr tun sollt, aber wir werden in geeigneter Weise darauf reagieren. Bedeutende Bewegungen ziehen bedeutende Antworten nach sich. (Washington Post, 7.10.)

Von Leuten, die ein derartiges Politikverständnis haben, kann man alles mögliche erwarten, nur eines nicht: ein auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung basierendes, spannungsfreies Verhältnis.

Das Embargo wird nicht fallen

Für eine Aufhebung des Embargos gibt es weiterhin nicht die geringsten Anzeichen. Die USA werden sich durch Kritik von außen (UNO, Papst, EU, OAS) nicht beeinflussen lassen. Nur Druck von innen durch politische oder ökonomische pressure-groups könnte Kongreß und Regierung zu einem Kurswechsel zwingen. Doch linke politische Gruppen sind zu schwach und die Haltung der Wirtschaftsbosse ist uneinheitlich. Während die einen das Gespräch mit Castro suchen, (2) scharen sich andere um die reaktionäre Kubanische Nationalstiftung, um nach dem erhofften Sturz Castros in den Genuß einer bevorzugten Behandlung zu kommen. Entscheidend aber ist, daß die mit Abstand größte Gruppe von Unternehmen der Embargo-Frage gleichgültig gegenübersteht.

Dadurch verbleibt als wirkungsmächtigste pressure group die kubanische Exilgemeinde in Florida, vor allem ihr anticastristischer Flügel, der nach wie vor die Hegemonie gegenüber den gesprächsbereiten Gruppen ausübt. Solange sich daran nichts ändert, kann sich jeder drittklassige Hinterbänkler damit profilieren, schärfere Sanktionen gegen Kuba zu fordern. Solange wird die Furcht, als zu soft on Castro zu gelten und damit imaginäre oder echte Wählerverluste zu erleiden, jede Öffnung blockieren.

Der kubanischen Regierung kann man angesichts dieser Verhältnisse nur empfehlen, Reformen niemals in der Hoffnung auf eine freundlichere US-Haltung durchzuführen. Demokratisierung à la Clinton heißt vollständige Zerschlagung all dessen, was noch an Sozialismus oder soziale Gerechtigkeit erinnert.

kuk

Anmerkungen:

1) Thomas Lippman (Washington Post, 7.10.) macht keinen Hehl aus dem beabsichtigten Zweck: JournalistInnen, StudentInnen, NGO-MitarbeiterInnen und andere sollten nach Kuba gehen, um dort die Ideale von Demokratie und freien Märkten zu verbreiten.

2) Ebenfalls am 6.10. traf sich, trotz gesetzlichem Verbot, eine Gruppe von 50 Forschern und Wirtschaftsmanagern aus den USA in Havanna zu einem vierstündigen Gespräch mit Castro. Die Reisegruppe, zu der u.a. VertreterInnen von General Motors, Sears, K-Mart, Harley Davidson und der Hotelkette Hyatt gehörten, war vor der Abreise von Beratern Clintons empfangen worden. (El Pais, 8.10. und SZ, 9.10.95)

3. "Für eine politische Lösung in Kurdistan." Aufruf zur Demonstration am 18.11.1995 (Dokumentation)

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:31

heißt das Motto der Demonstration am Samstag, 18. November 1995 in Köln. Zu der Demonstration ruft ein breites Spektrum an Gruppen auf; darunter die Informationsstelle Kurdistan e.V., der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen), die "Kampagne Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" Idstein, die Rote Hilfe sowie mehrere 3. Welt Organisationen, Antifainitiativen und Gruppen der Kurdistan-Solidarität. Es wird einen eigenen Frauen- und Lesbenblock geben.

Im Mittelpunkt der Demonstration steht die bundesdeutsche Beteiligung am Krieg gegen KurdInnen. Mit ihren fortgesetzten Waffenlieferungen an die Türkei, der Abschiebung von KurdInnen, dem Verbot von Veranstaltungen und einer Verhaftungswelle gegen politisch aktive KurdInnen heizt die Bundesregierung bewußt den Konflikt an und verhindert eine politische Lösung. Hinzu kommen das Verbot zahlreicher Vereine und der "Kurdischen Arbeiterpartei" PKK, die den bundesdeutschen Kontroll- und Machtinteressen im Nahen Osten im Wege steht.

Vor zwei Jahren wurde am 25.11.93 die PKK in der Bundesrepublik verboten.

Weitere Informationen, Aufrufe und Plakate bei: Informationsstelle Kurdistan, Maxstraße 50, 53111 Bonn, Tel/Fax 0228 / 65 6127.

Stand 7.10.1995

Roland Röder

Für eine politische Lösung in Kurdistan - Demonstration am Samstag, 18. November 1995, Köln

Offener Brief an 3. Welt- und Internationalismusgruppen

"Es bereitet keine allzu großen Probleme, Menschen, die man nicht kennt, und die noch dazu einige tausend Kilometer entfernt sind, im warmen Meer der eigenen Solidarität zu baden.

Was anderes ist es, wenn sie plötzlich als handelnde Subjekte drohen, in den eigenen Alltag einzudringen."

Liebe Leute,

am Samstag, dem 18. November 1995, findet in Köln eine bundesweite Demonstration für eine politische Lösung in Kurdistan und gegen das PKK-Verbot statt.

Wir, der 3. Welt Laden Schwäbisch Hall und die Aktion 3. Welt Saar, haben diese Demonstration mitinitiiert und nehmen für den BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) an der Vorbereitung teil.

Wir sind der Meinung, daß zuviele 3. Welt- und Internationalismusgruppen bisher zu Kurdistan geschwiegen haben.

Im Gegensatz zu Nicaragua oder Südafrika wäre die Solidarität mit Kurdistan eigentlich einfacher, weil in der BRD 500.000 KurdInnen leben. Aufgrund dieser Nähe taugen sie nicht als Träger von Mythen und revolutionärer Romantik. Sie sind nicht mehr die mehrere tausend Kilometer entfernten Objekte unserer Solidarität, in die wir alles mögliche hineinprojizieren können.

Und die Solidarität ist schwieriger, weil die Türkei, anders als Nicaragua und Südafrika, für die BRD nicht unter ferner liefen rangiert, sondern zentraler Einzugsbereich ihrer Außenpolitik ist. Und das hat natürlich Auswirkungen im Inneren der BRD. Wer sich für eine politische Lösung in Kurdistan und für Verhandlungen mit der PKK einsetzt, kann je nach Ernsthaftigkeit des Einsatzes eins von diesem Staat auf's Maul kriegen. Hausdurchsuchungen, politische Strafverfahren und Bußgelder sind die ersten Warnschüsse. Dies zielt auf Einschüchterung und Verunsicherung. Und Angst macht viele ganz still.

Wir wissen,

... daß eine politische Lösung im Kurdistan-Konflikt ohne die PKK nicht möglich ist; außerdem hat die PKK konkrete Vorschläge gemacht: z.B. das wiederholte Waffenstillstandsangebot und der Vorschlag, über eine politische Lösung innerhalb der türkischen Staatsgrenzen zu verhandeln.

... daß die Türkei den Krieg in Kurdistan nicht ohne deutsche Waffen und deutsches Geld führen kann; die BRD steht nicht abseits, sondern ist Kriegspartei.

... daß der politische und militärische Kampf der KurdInnen den wirtschaftlichen (Rohstoffe, Öl und Wasser) und geostrategischen Interessen (Kontrolle über andere Länder) der Türkei und BRD im Wege steht.

... daß das PKK-Verbot in der BRD fast alle der 500.000 in der BRD lebenden KurdInnen trifft. Es ist die Grundlage, um Hunderte KurdInnen ins Gefängnis zu werfen und reihenweise kurdische Veranstaltungen, Vereine, Zeitungen usw. zu verbieten. Einer halben Million Menschen werden einfach elementarste Bürgerrechte entzogen; z.B. Demonstrationsrecht, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit ...

Wir wissen aber auch,

... daß die Kurdische Arbeiterpartei PKK keine Organisation von Heiligen ist und nicht zur revolutionären Legendenbildung taugt.

Konkret befürchten wir, daß die primäre Orientierung des Kampfes an der Volkszugehörigkeit zu Lasten der sozialen Fragen geht; bisher fehlen konkrete Vorstellungen über notwendige Veränderungen im sozialen Bereich; z.B. die Organisierung der Wirtschaft, Gesundheits- und Bildungswesen, Schwerpunktsetzung auf die Landwirtschaft oder die Industrialisierung ...

... daß der bewaffnete Kampf nicht für die Mythenbildung taugt, sondern mit unsagbar viel Leid verbunden ist; ebenso besteht die Gefahr, daß Befehl-Gehorsam-Verhältnis auf den zivilen Alltag zu übertragen.

All diese Fragen gehören nicht unter den Teppich gekehrt, sondern offen diskutiert. Dies geht aber nicht mit einer verbotenen Organisation.

Weil wir nicht mehr länger schweigen wollen, beteiligen wir uns für den BUKO an dieser Demonstration. Sie ist für uns Ausdruck einer kritischen Solidarität mit der PKK und stellt eine bewußte und gezielte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der BRD dar. Wir halten hier eine klare, eindeutige Stellungnahme insbesondere von 3. Welt Gruppen für dringend erforderlich. Solidarität darf keine Floskel sein, sondern muß konkret werden.

Was könnt Ihr tun?

Wenn irgend möglich, bitten wir Euch,

... in Euren Gruppen über diese Demonstration und Kurdistan zu reden.

... das Zeitargument nicht gelten zu lassen, an der Demonstration teilzunehmen und den Aufruf zu unterschreiben.

... Busse nach Köln zu organisieren.

... Geld zu spenden; so ist das eben mit der politischen Unabhängigkeit und Selbstverwaltung.

... Euch aktiv an der Mobilisierung zu beteiligen: Aufrufe verteilen, Anzeigen abdrucken (Vorlagen können bestellt werden), Plakate aufhängen, mit anderen Gruppen über eine Beteiligung zu reden.

... sofern Ihr einen 3. Welt Laden habt, ihn am 18.11.95 mit Verweis auf die Demonstration zu schließen.

... diesen Offenen Brief weiterzuverbreiten.

Wir wünschen uns, daß sich 3. Welt Gruppen zu dieser Demonstration klar und deutlich verhalten.

3. Welt Laden Schwäbisch Hall

Im Hall 2, 74523 Schwäbisch Hall

Tel. 0791/55012

Aktion 3. Welt Saar

Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim

Tel. 06872/6982, Fax 7826

4. Die Grünen in Bad Godesberg. Strategiekongreß debattiert über den Weg zur "Gestaltungspartei"

Autor: Anja Dammann, Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:34

Am letzten Septemberwochenende trafen sich die Grünen in Bonn-Bad Godesberg zu einem "Strategiekongreß" - dem ersten nach der Vereinigung von Bündnis '90 und den Grünen. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" faßte das Ergebnis dieses Grünen-Treffens mit sichtlicher Genugtuung so zusammen: "Das Bündnis 90/Die Grünen will künftig eine Teilnahme deutscher Soldaten an Blauhelm-Einsätzen der Vereinten Nationen unterstützen und zudem die gewaltsame Durchsetzung von Wirtschaftssanktionen im Auftrage der Vereinten Nationen oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Dies ist eine deutliche Abkehr von früheren Beschlüssen, wie sie noch im vergangenen Jahr bekräftigt worden waren." (FAZ, 02.10.95)

Zwei Themen waren zentral auf dem Kongreß: die von Joschka Fischer mit seinem Papier "Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei" losgetretene Debatte, ob die Grünen der militärischen Bekämpfung des serbischen "Balkanfaschismus" durch Bundeswehrsoldaten und NATO-Verbände zustimmen könnten oder gar müßten. Zum zweiten wurde über die Aufgaben und Risiken debattiert, die sich aus der möglichen Perspektive ergeben würden, die FDP langfristig als drittstärkste politische Kraft der BRD zu beerben.

Hierzu hatte Joschka Fischer ebenfalls ein Strategie-Papier vorgelegt ("Die Bündnisgrünen als dritte politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland"). Demnach habe der "Zeitenriß 1989/90" zwei wesentliche innen- und außenpolitische Entwicklungen in Gang gesetzt: Auf der einen Seite befände sich das "Parteiensystem in einem rapiden Umbauprozeß." Hiervon sei nicht nur die FDP betroffen. Die SPD leide an personalpolitischer Auszehrung und einem Mangel an reformpolitischen Vorstellungen.

SPD und CDU in der Krise?

Anhand der Koalitionsverhandlungen in NRW stellte Fischer fest: "Man stieß auf eine SPD, die zur ökologisch-sozialen Reformpolitik der neuen rot-grünen Koalition außer Verwaltung des Status quo kaum etwas beizutragen hatte. Unter reformpolitischen Gesichtspunkten konnte man die SPD in den Koalitionsverhandlungen nahezu gänzlich vergessen (...) Auf Bundesebene müssen wir aus dieser Erfahrung lernen, daß die ursprüngliche Arbeitsteilung zwischen rot und grün nicht mehr funktioniert. Heute steht unsere Partei vor einem neuen Schritt: von der Protestpartei hat sie sich zur Konzeptpartei entwickelt. Nun muß sie den Schritt zur Gestaltungspartei machen. Diese erfolgreiche Entwicklung hin zur dritten politischen Kraft in Deutschland zwingt unsere Partei dazu, zukünftig ohne Anlehnungsmöglichkeiten an die Mutter SPD auszukommen und unseren eigenen reformerischen Realismus zu entwickeln."

Aber auch das konservative Lager sei von dieser Entwicklung betroffen: "Spätestens mit dem Abgang von Kohl wird sich zeigen, ob die Frage einer parlamentarischen deutschen Rechtspartei rechts von der CSU, die bundesweit erfolgreich ist, endgültig erledigt ist oder nicht. Ich glaube allerdings eher nicht."

Die Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, Kerstin Müller, und die Europa-Abgeordnete Claudia Roth beschworen die linke Herkunft und Verortung ihrer Partei. Sie warnten vor Überlegungen, die Grünen nach rechts zu transformieren. Der hessische Realo Hubert Kleinert trat diesen linken Abwehrversuchen folgendermaßen entgegen: Die "Option Rot-Grün" sei durch die Krise der SPD in weite Ferne gerückt. Ob diese Variante noch eine Zukunft hat, entscheidet aus Kleinerts Sicht in erster Linie die SPD:

"Im parteipolitischen Wettbewerb gibt es auch für die Grünen keine Nibelungentreue. Wir müssen der Gefahr begegnen, in den Abstiegssog der Sozialdemokraten hineingezogen zu werden. Umkehrt dürfen wir freilich interessante Entwicklungen in anderen Parteien aber nicht verschlafen. Denkverbot und hermetische Abriegelungen überzeugen letztlich niemanden. Zwar gibt es keine Äquidistanz (gleiche Entfernung, Anm. ak) von grün zu rot und schwarz. Elementare Voraussetzung für eine schwarz-grüne Verbindung wären Kursänderungen hin zu einer Geißlerischen CDU."

Ähnliche Avancen in Richtung "Schwarz-Grün" unter Voraussetzung einer strategischen Richtungsänderung der Union (z. B. in Fragen des Staatsangehörigenrechts) machten auf oder am Rande des Perspektivkongresses auch die grüne Bundestagsabgeordnete Waltraud Schoppe und der ehemalige Bremer Umweltsenator Ralf Fücks.

Die Standortdebatte aufgreifen

Joschka Fischer präsentierte in seinem "Dritte-Kraft-Papier" erstmals auch konzeptionelle Vorschläge für eine Veränderung der sozial-, wirtschafts- und steuerpolitischen Programmatik der Bündnisgrünen. Der "Epochenbruch 1989/90" hat nämlich laut Fischer auch "eine völlig neue globale und auch europäische Wirtschaftsgeographie" entstehen lassen: "Mit der Globalisierung der industriellen Nationalökonomien geht auch eine alt erprobte Arbeitsteilung zwischen demokratischer Linker und demokratischer Rechter hierzulande zuende: die Konservativen waren fürs Geldverdienen zuständig, die Linken und Grünen für gerechte Verteilung und Umweltschutz."

Diese Arbeitsteilung in der Fischerschen Ökonomie verändere sich nun einseitig zu Lasten einer Klasse: "Im Zeitalter des Globalismus stehen die Grundfragen der sozialen Demokratie selbst zur Disposition, d. h. die demokratische Linke wird sich fortan wesentlich mehr darüber den Kopf zu zerbrechen haben, wie das sozialstaatliche Verteilungsvolumen überhaupt wirtschaftlich erarbeitet werden kann."

Fischer erstickte in diesem Zusammenhang auch jegliche Euphorie für ein grünes Reformprojekt - mit wem auch immer es umgesetzt werden soll. Der Verteilungsspielraum gehe praktisch gegen Null: "Mit der Finanzierung der Einheit hat die Koalition das größte keynesianistische Programm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schuldenfinanziert. Dadurch wird eine Konsolidierung der Staatsfinanzen zu einer unabweisbaren politischen Aufgabe auch für uns Bündnisgrüne." (Kleinert: "Uns werden keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um aus einer Regierungsverantwortung heraus ein Füllhorn von Wohltaten auszuschütten.") Erklärtes Ziel ist die Modernisierung des Standortes Deutschland. Das Mittel: der ökologische Umbau des Sozialstaats unter marktwirtschaftlichen und finanzpolitischen (Haushaltskonsolidierung) Gesichtspunkten.

Der Berliner Europa-Abgeordnete der Grünen, Frieder-Otto Wolf, legte auf dem Kongreß für die Parteilinke einen Gegenentwurf zu Fischers Überlegungen vor.

Wolfs sozialpolitische Vorstellungen blieben aber reichlich nebulös und damit - so ist zu befürchten - unzureichend, um Fischers Rechtsdrall zu parieren. So fordert Wolf eine "Abkehr von dem Konzept eines Normalarbeitstages - ohne deswegen umstandslos auf ‚Flexibilisierung` oder ‚Deregulierung` ausgerichtet zu sein." Auch die Parteilinke meint, die sozialstaatlichen Sicherungssysteme müßten umgebaut werden. Jedoch möchte Wolf "eine intelligente Verknüpfung allgemeiner Grundsicherung und ein differenziertes Netzwerk von Regulierungen" durchsetzen. So schwebt ihm eine "Erweiterung der Solidargemeinschaft " und eine "Erneuerung der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen" vor.

In diesem Zusammenhang sind auch die unterschiedlichen Vorstellungen der grünen PolitikerInnen von ihrer Partei von Interesse, wie sie auf dem Perspektivenkongreß erneut offenkundig geworden sind. Kerstin Müller will die Grünen "entlang der Fragen von Gleichheit und Ungleichheit" links einordnen. Für F. O. Wolf entspringt das grüne Parteivolk zwar einem akademisch geprägten soziokulturellen Milieu. Dennoch gehörten sie insgesamt zu einer "neuen ArbeitnehmerInnenschaft". Für ihn besteht der gesellschaftliche Widerspruch längst nicht mehr in der Gegenüberstellung von "rechter Unternehmensfreiheit und linker ArbeitnehmerInnen-Gleichheit". Wolf geht von einer "abstrakten Fragestellung von Emanzipation und Herrschaft" zwischen dem Begriffspaar "traditioneller Kollektivität" und "moderner Individualität" aus.

"Hubsi" Kleinert analysiert die Parteibasis nicht nur anders ("ökologisch-linksbürgerliche Partei der neuen Mittelschichten"). Er kommt auch zu strategischen Überlegungen, die von linken Vorstellungen deutlich abweichen. Der hessische Realo möchte eine "republikanische Bürgerschaftspartei einer zugleich kritischen und kreativen Aktivbürgerschaft". Kleinert: "Daraus folgt, daß wir noch mehr zum politischen Anziehungspunkt auch für alle werden müssen, die als Techniker, als Ingenieure, als Volkswirtschaftler, ja auch als ökologisch aufgeschlossener Unternehmer an dieser ökologischen Umgestaltung mitwirken wollen." Wer sich einem derartigen Klientel öffnen möchte, lebt natürlich "nicht mehr im Feindesland, ist nicht umgeben von dunklen Mächten der Finsternis, des Imperialismus und des Verderbens." Aus den Plänen zur Veränderung der grünen

Parteibasis folgt für Kleinert auch die Notwendigkeit, sich "noch deutlicher von den unproduktiven neomarxistischen Teilen der Erbschaft von 68 zu lösen."

Parteilinke

gegen "Maximalismus"

Die Dramaturgie des Bundesvorstands hatte die außenpolitische Debatte in das Zentrum des Bad Godesberger Kongresses gerückt. Man muß den Grünen zugute halten, daß sie so - im Gegensatz zu anderen linken Parteien und Organisationen - ihre internen Konflikte über das militärische Engagement speziell deutscher Soldaten im Bosnien-Krieg offen, und damit im Lichte der Medienöffentlichkeit, austragen.

Joschka Fischer hatte - nicht zuletzt wegen der zum Großteil abwesenden Realo-KollegInnen aus der Bundestagsfraktion - gegenüber der versammelten Parteibasis einen schweren Stand mit seinen an einer Regierungstauglichkeit orientierten Vorstellungen. "Demokratie und Westbindung sind historisch zwei Seiten der selben Medaille. Mehr noch, ohne die Westbindung Deutschlands gäbe es auch keine europäische Integration, und insofern wird alle Politik, die auf Veränderung setzt, von diesem Fundament und der unbedingten Notwendigkeit seines Forstbestehens auszugehen haben." Man sah förmlich das knochige Händchen Adenauers über den Rhein grüßen ...

Wie schon zwei Wochen zuvor beim grünen Länderrat in Berlin, vertrat Ludger Volmer auch in Bad Godesberg die parteiintern linke Position in der aktuellen außenpolitischen bzw. Bosnien-Debatte. Volmer gab sich sichtlich Mühe, der sehr allgemein gehaltenen Skizze von Fischer eine differenzierte Sichtweise entgegenzusetzen. Er plädierte für einen "erweiterten Sicherheitsbegriff", der die sozialen und ökologischen Ursachen von militärischen Auseinandersetzungen in den Mittelpunkt rückt. Grüne Außenpolitik müsse grundsätzlich auf "Konfliktverhütung und -moderation" setzen.

Volmer plädierte zudem für einen Vorrang und institutionellen Ausbau der Möglichkeit, gegen völkerrechtswidrig handelnde Staaten Sanktionen verhängen zu können. Hierbei hat er insbesondere die Lahmlegung sämtlicher außenwirtschaftlicher Beziehungen des betreffenden Landes im Auge.

Zur Durchsetzung derartiger Wirtschaftsembargos erklärte Volmer sich auch bereit, "bewaffnete Zoll, Grenz- oder Küstenschutzverbände" (also faktisch den BGS) als nicht-militärische Einheiten aufzustellen und den zuständigen supranationalen Institutionen anzubieten. Auch Blauhelm-Einsätze lehnt Volmer nicht prinzipiell ab. Dazu wollte er "kleinere, aus der Bundeswehr ausgegliederte und speziell ausgerüstete Kräfte" entsenden. Er warnte davor, daß mit der Zustimmung zum Einsatz der - von der Bundeswehr unterstützten - NATO-Streitmacht in Bosnien ein Paradigma für zukünftige Krisenszenarios entworfen werde. Aus diesem Paradigma von militärischen Lösungen sei nachträglich nur noch schwer herauszukommen.

Neben einer Reformierung des IWF und des UN-Sicherheitsrats sowie einer Auswertung des Rio- und des Weltsozial-Gipfels plädierte Volmer für eine "Weiterentwicklung der OSZE". Wie schon auf dem legendären Bundeskongreß der Grünen in Neumünster (April '91) traf sich Volmer hier mit dem Realo-Flügel. Vollmundig erklärte der Linksgrüne zwar, daß "das Ziel einer internationalen Politik ohne NATO richtig bleibt". Auch lehnte er die NATO-Osterweiterung strikt ab. Gleichwohl warnte Volmer vor der "Maximalismus-Falle". Es sei nicht mehr daran zu denken, "umstandslos die Auflösung der NATO zu fordern, sondern dies als politischen Prozeß von Reformschritten parallel zum Ausbau eines neuen gesamteuropäischen Sicherheitssystems anzugehen."

Bei Fischer hörte sich das kaum anders an: "Instrument einer gesamteuropäischen Friedensordnung kann ein europäischer Sicherheitsvertrag aller beteiligten Staaten unter Einschluß von Nato und Rußland sein. Zur Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheitsorganisation mit integrierenden Strukturen zur Konfliktprävention bietet die OSZE einen entwicklungsfähigen Ansatz. Die Nato wird erst auf dem Hintergrund einer solchen gesamteuropäischen Friedensordnung zur Disposition stehen, weil sie dann an Funktionsverlust entschlafen wird."

In Richtung der selbsternannten grünen Ritter zum weltweiten Schutz der Menschenrechte fragte die grüne Bundestagsabgeordnete Amke Dietert-Scheuer, ob die Herren auch zum Schutz von Frauenrechten, also z. B. bei der Zwangsbeschneidung weiblicher Geschlechtsorgane, zu den Waffen rufen würden. Ludger Volmer mußte sich vorhalten lassen, daß er bei seinen weitreichenden Embargo-Plänen das warnende Beispiel des Iraks in keiner Weise problematisiert habe.

Generell stellten weder Volmer noch Fischer die westeuropäische Blockbildung mitsamt ihrer militärischen Komponente WEU in Frage. Ihre Strategie-Entwürfe basieren auf einer idealtypischen Konzeption von internationaler Politik, die das Wiederaufleben gegenläufiger nationaler Interessenspolitik, bzw. inner-imperialistischer Widersprüche, vollkommen ausblendet.

Beruhigt konnte sich Joschka Fischer im Verlauf der Debatte zurücklehnen: Vordergründig gab sich Fischer "erstaunt" über die Kompromißbereitschaft der von Volmer repräsentierten Parteilinken. Das, was sein Kontrahent anzubieten habe, sei "mit Sicherheit nur ein Zwischenschritt: da haben wir noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht."

Anja Dammann, Berlin

5. Gähnende Langeweile im Berliner Wahlkampf. Die Angst vor dem Hauptstadtwähler schafft Denkverbote

Autor: kuk · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:14

"Keine Experimente!" - Diese Parole aus den düsteren Adenauer-Jahren kennzeichnet das Verhalten fast aller im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien. Niemand kann sich vorstellen, daß die große Koalition aus SPD und CDU unter Oberbürgermeister Diepgen (CDU) nicht fortgesetzt wird. Und das, obwohl seit der Vereinigung Berlins eine Mehrheit der WählerInnen ihre Stimme für die Parteien links von FDP und CDU abgibt. Doch wie vor vier Jahren deutet nichts darauf hin, daß sich die SPD-Spitzenkandidatin Ingrid Stahmer, derzeit Sozialsenatorin unter Diepgen, das Amt der Oberbürgermeisterin (OB) durch eine von der PDS tolerierte rotgrüne Koalition bescheren lassen wird. Die sich hieraus ergebende politische Lähmung verdammt Bündnis 90/Die Grünen und die PDS zu vier weiteren Oppositionsjahren und stellt alle Parteien vor die Frage, wie sie ihre StammwählerInnen mobilisieren sollen.

Neben dem Abgeordnetenhaus müssen auch die 23 Bezirksverordnetenversammlungen (darunter 11 östliche) neu gewählt werden. Dabei haben erstmals ca. 53.000 in Berlin wohnende nicht-deutsche EU-BürgerInnen aktives und passives Wahlrecht. Auf den Listen von SPD, PDS und Bündnisgrünen treten insgesamt 26 KandidatInnen aus EU-Ländern oder AusländerInnen mit deutschem Paß an.

Gut 70% der WählerInnen werden auch dieses Mal SPD oder CDU wählen und das, obwohl sie mit der Politik der Großen Koalition keineswegs zufrieden sind. Explodierende Mietnebenkosten, immer teurer werdender öffentlicher Verkehr, permante Stausituationen und öffentliche Geldverschwendung (Olympiabewerbung, teure neue Sportarenen, unsinnige Straßenbauvorhaben etc.) sind die sichtbarsten Ärgernisse. 71% der BerlinerInnen halten die Arbeitsmarktpolitik (1) der Großen Koalition für ungenügend, 72% sind mit der Haushaltspolitik unzufrieden. Da die Landesverschuldung seit 1990 von 12 auf 38 Mrd. Mark angewachsen ist, (2) steht die zukünftige Regierung vor der Aufgabe, ein äußerst rigides Sparprogramm durchzusetzen.

CDU: Mit verstaubten

Parolen zum Wahlsieg?

Der CDU fehlt in Berlin ein liberaler Koalitionspartner. Die erklärten Wahlziele sind daher, stärkste Partei zu werden und die Große Koalition fortzusetzen. 3,1 Mio. Mark läßt sich die Union den Wahlkampf kosten. Neben der Mobilisierung der Stammwählerschaft kämpft sie um konservative SPD-AnhängerInnen. Dabei setzt sie in erster Linie auf antikommunistische, mitunter aber auch auf nationalistische oder rassistische Ressentiments. Mit einer massiv eingesetzten Plakatserie (3) wird die Gefahr eines von "den Kommunisten" (= PDS) tolerierten rot-grünen Senats beschworen. Argumentationshilfe liefert eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, wonach ein rotgrüner Senat durch abtrünnige (aus der PDS-Fraktion aus- oder in die grüne, bzw. SPD-Fraktion übergetretene) PDS-Abgeordnete unterstützt werden könnte. (4)

Das Augenmerk der CDU ist natürlich auch wieder auf den rechten Rand der Wählerschaft gerichtet. Ekkehard Wruck, vormals außenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, tritt in Wilmersdorf unter dem Slogan "Christlich - Demokratisch - Deutsch" an und sieht darin den Ausdruck "eines ganz normalen Nationalgefühls". (SZ, 20.9.95) Der parlamentarische Geschäftsführer der Berliner CDU, Volker Liepelt, warnt in einem in seinem Wahlkreis Tiergarten verteilten Flugblatt vor einer ‚multikriminellen Gesellschaft`: "Mit dem Autoschieber aus Rumänien, dem Drogendealer aus Ghana und dem zigarettenschmuggelnden Vietnamesen will ich keine multikulturelle Gesellschaft aufbauen." Daraus leitet er die Forderung nach einem "zumindest vorübergehenden Zuzugsstopp für Ausländer" ab.

SPD: Sehenden

Auges in den Abgrund

Die Berliner SPD (Budget: 2,1 Mio. Mark) geht ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf, schließt aber jedwede Form der Zusammenarbeit mit der PDS zum Zwecke der Regierungsbildung kategorisch aus. In Richtung der Bündnisgrünen stellt Ingrid Stahmer deutlich mehr Bedingungen an eine Zusammenarbeit als an

die CDU: Voraussetzungen seien "sichere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, eine verläßliche, zukunftsorientierte Finanzpolitik und Kontinuität in der Hauptstadtentwicklung". (taz, 2.8.1995)

Da SozialdemokratInnen die Politik der Großen Koalition mitgestalten, fällt es Ihnen außerordentlich schwer, sich durch inhaltliche Alternativen vom Regierungspartner abzusetzen. Auf den Wahlplakaten wird daher fast ausschließlich auf die Person der Spitzenkandidatin gesetzt. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 1994, der lange Zeit bestehende Popularitätsvorsprung der Spitzenkandidatin gegenüber Diepgen und die Umfragen bis April 1995 nährten die Hoffnung, als stärkere Partei in einer Koalition mit der CDU wenigstens die OB stellen zu können. (5) Doch dieses Wunschergebnis scheint nicht mehr realisierbar (siehe Kasten). Wahrscheinlicher ist, daß die Sozialdemokraten am 22.10. die katastrophalste Wahlniederlage seit Kriegsende kassieren werden (deutlich unter 30%), weil niemand glaubt, daß eine gestärkte SPD in einer Großen Koalition wirklich für eine bessere Politik in Berlin sorgen wird.

Auf die Antikommunismuskampagne reagiert die SPD hilflos. Ingrid Stahmer erteilt Spekulationen über eine PDS-Tolerierung pflichtschuldig alle zwei Tage klare Absagen. Wenn man der Entwicklung der Wahlprognosen Glauben schenken darf, dann hat die SPD wirklich alles falsch gemacht, was man nur falsch machen konnte. Ingrid Stahmer erweist sich als völlige Fehlbesetzung (farblos, kraftlos, keine Visionen), der Wahlkampf wird mit nichtssagenden Parolen geführt, das so schlau gedachte Offenhalten der Koalitionsfrage wird durch die konsequente Absage an die PDS entwertet. Niemand in der SPD, Ingrid Stahmer schon gar nicht, scheint in der Lage, das Ruder herumzureißen. Kann es wirklich noch schlimmer kommen, wenn man jetzt oder vor Wochen erklärt hätte: Die Große Koalition hat abgewirtschaftet. Die neue Regierung wird, egal in welcher Konstellation, von der SPD angeführt. Ob es nun an dem mutlosen Auftreten ihrer Spitzenfiguren oder an der immer wieder ins Feld geführten konservativ-antikommunistischen Mehrheit der Berliner Parteibasis liegt - die SPD steuert sehenden Auges auf den Abgrund zu. Daß Rudolf Scharping darüber stürzen wird, ist nur eine mögliche Folge. Wichtiger wird sein, daß die SPD die Frage nach rotgrünen Koalitionen unter Tolerierung der PDS grundsätzlich diskutieren muß, wenn sie nicht in Kauf nehmen will, sich in Großen Koalitionen abzunutzen.

Die Grünen: Hoffen

auf ein rotgrünes Wunder

Die Berliner Bündnisgrünen (3.120 Mitglieder, davon 400 im Osten) hoffen, am 22.10. mehr als 15% der abgegebenen Stimmen zu erreichen. In Kreuzberg und im Prenzlauer Berg sollen erstmals Direktmandate für das Abgeordnetenhaus errungen werden. Spitzenkandidatin ist Sibyll Klotz, Unabhängiger Frauenverband (UFV), die für eine moderne feministische Politik steht. Die Schwerpunkte des Wahlkampfes der Grünen liegen auf der Mieten-, Umwelt-, Verkehrs-, Ausländer- und Drogenpolitik. Das Wahlkampfbudget beträgt 550.000 Mark. In bezug auf die PDS ähnelt die Haltung der Bündnisgrünen der der SPD. Zwei etwa gleich große Gruppen von PDS-Gegnern und Befürwortern einer Zusammenarbeit blockieren sich gegenseitig. Auf dem Parteitag am 8./9.4.1995 gelang es keiner Seite, das Verhältnis zur PDS mit der erforderlichen 60%igen Zustimmung eindeutig zu bestimmen. Um Krach im eigenen Laden zu vermeiden und mit Rücksicht (?) auf die unnachgiebige Haltung der SPD hat niemand Lust, die Frage kurz vor den Wahlen noch auf die Tagesordnung zu setzen.

Obwohl sich die Bündnisgrünen fast bedingungslos für eine rotgrüne Koalition ausgesprochen haben, ist nicht mal in ihren eigenen Reihen, geschweige denn in der Öffentlichkeit, eine Aufbruchstimmung in diese Richtung zu verspüren. Dies liegt nicht nur an der unter Schwindsucht leidenden SPD, sondern auch an den demütigenden Erfahrungen (siehe ak 325) mit der ersten rotgrünen Koalition 1989/90. Niemand glaubt heute ernsthaft, daß mit der Berliner SPD (mit welcher eigentlich sonst?) eine ökologische oder sonstige Reformpolitik anzuschieben ist. So blieb es ausgerechnet Walter Momper vorbehalten, im August dieses Jahres rotgrün (und sich selbst) wieder ins Gespräch zu bringen, indem er eine vierteilige Veranstaltungsreihe (Finanzen, Gesundheit, Arbeitsplätze und Innere Sicherheit) mit den Bündnisgrünen ankündigte. Seine sozialdemokratische Wählerinitiative "Berlin-Brandenburg 2000" will die Möglichkeiten einer rot-grünen Koalition öffentlich ausloten.

Es scheint die Bündnisgrünen nicht zu stören, daß damit der Bock zum Gärtner gemacht wird. Es ist in Berlin nicht vergessen, daß Momper im November 1990 als OB der ersten rotgrünen Koalition seine Zustimmung zur

Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße (siehe ak 325) gab. Mit dieser vielleicht brutalsten Polizeiaktion der Berliner Nachkriegsgeschichte provozierte er den Ausstieg der AL aus der Koalition und erlitt bei den kurz darauf anstehenden Wahlen mit der SPD eine schwere Niederlage.

Daß ausgerechnet Momper rotgrün ins Gespräch zu bringen versucht, macht diese Option wenig anziehend. Schwerer noch wiegen inhaltliche Differenzen. Die Bündnisgrünen fordern den Verzicht auf Großprojekte wie den Fortbau der U-Bahnlinie 5, den Tiergartentunnel (geschätzte Kosten: 5 Mrd. Mark) und den Ausbau des Innenstadtrings. Damit würden sie sich bei der SPD, die diese Projekte gemeinsam mit der CDU auf den Weg gebracht hat, nicht durchsetzen können. Die genannten Bauvorhaben binden aber so große Mengen Geldes, daß kaum noch Ressourcen für eine wirklich alternative Stadtpolitik, für rotgrüne Reformprojekte, zur Verfügung stünden.

Die PDS will

drittstärkste Partei werden

Nach einer Reihe von guten Wahlergebnissen in den fünf neuen Bundesländern und nach einem sehr guten Berliner PDS-Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl (siehe Kasten) besteht jetzt die Sorge, erstmals bei Wahlen im Osten leichte Verluste einzufahren. Dem politischen Gegner würde damit Anlaß gegeben, über den Anfang vom Ende des parlamentarischen Höhenfluges der PDS zu spekulieren. Konkret hat sich die PDS das Ziel gesetzt, drittstärkste Partei in Berlin zu werden. Angestrebt wird ein Wahlergebnis von 15% (35% im Osten, 3% im Westen). In zwei Dritteln aller 36 Ostberliner Wahlkreise sollen sich die DirektkandidatInnen der Demokratischen Sozialisten durchsetzen. In den östlichen Stadtbezirken soll erstmals ein PDS-Bezirksbürgermeister gestellt werden.

Der Schwerpunkt des Wahlkampfes (Kosten 1,5 Mio. Mark) liegt im Osten, doch auch zwei westliche Bezirksverordnetenversammlungen (Tiergarten, Kreuzberg, hier erhielt die PDS bei den Bundestagswahlen 7,5% der Stimmen) sollen erobert werden. Die Mobilisierung der eigenen Wähler erscheint jedoch heute schwieriger als bei den letzten Bundestagswahlen. Das Überspringen der 5%-Hürde ist so gut wie sicher, die gebetsmühlenartig vorgetragenen Tolerierungsangebote der PDS stoßen auf taube Ohren und nützen zudem noch der Angstkampagne der CDU. Also müssen eigene Themen in den Vordergrund gestellt werden. In der Plakatwerbung und bei öffentlichen Veranstaltungen ist allerdings keine klare Schwerpunktsetzung zu erkennen. (6) Zahlreiche Porträtfotos sollen den Bekanntheitsgrad der weitgehend unbekannten KandidatInnen erhöhen, die massiv geklebte Parole "PDS - sozial und solidarisch" kommt recht bieder daher, die Antiinterventionsplakate kommen einem vom letzten Bundestagswahlkampf irgendwie bekannt vor. Lediglich mit dem Werben um alte Menschen ("Menschenwürde gilt erst recht im Alter") hat die PDS nicht nur ein wichtiges Thema besetzt, sondern sich auch von den anderen Parteien abgesetzt.

Umstrittene KandidatInnenaufstellung

Im Vorfeld des Wahlkampfes traten in der Berliner PDS Spannungen zutage. Die vom Landesvorstand (LV) im Auftrag des Landesparteitages vorgelegten personellen Vorschläge für die ersten zehn Plätze der offenen Landesliste stießen auf Widerspruch. In den Bezirken wurde kritisiert, daß unter den KandidatInnen für die aussichtsreichsten Plätze zuwenig Parteimitglieder seien. Vielen war der Listenvorschlag des LV viel zu sehr in Richtung Bündnis 90/Die Grünen ausgerichtet. Auf dem Wahlparteitag am 13./14.5.95 veränderten die Delegierten den Vorstandsvorschlag an zwei Stellen. Daraufhin warfen einige der anwesenden LV-Mitglieder den Delegierten vor, "nicht richtig wählen zu können und nicht begriffen zu haben, worum es eigentlich geht ..." (Barrikade 3/95)

Schwere Vorwürfe in Richtung LV formulierte Hans Modrow. Auf der Bundesvorstandssitzung am 10.7. behauptete er, daß die Basis hinter der Listenaufstellung Manipulation sehe. Nach seiner Ansicht sei die PDS nicht frei von Opportunismus. (ND, 11.7.1995) Dieser Vorwurf richtet sich gegen das letztlich erfolgreiche Bestreben des LV, Hans Modrow von einer Kandidatur für das Abgeordnetenhaus abzuhalten. Ihm sei vorgehalten worden, eine Art Altlast zu sein, deren Kandidatur oder spätere Präsenz im Abgeordnetenhaus unerwünschte Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner nach sich ziehen würde. Modrow betonte, daß es zwischen ihm und dem LV zu Inhalten und Personen unterschiedliche Positionen gebe. (ND, 13.7.1995)

Ärger gab es auch in Kreuzberg. Der langjährige Kreuzberger PDS-Genosse Dirk Schneider sah sich innerparteilich schweren Vorwürfen wegen seiner unkritischen DDR-Betrachtung und vor allem wegen seiner Stasi-Mitarbeit ausgesetzt. Als sich in der Kreuzberger Bezirksorganisation die Mehrheitsverhältnisse durch eine Eintrittswelle gegen Schneider wendeten und sein Ansinnen, auf einen aussichtsreichen Listenplatz für die Abgeordnetenhauswahl gesetzt zu werden, scheiterte, beschuldigten er und seine Freunde den Landesvorstand, in putschistischer Manier gegen ihn vorgegangen zu sein. Der LV und der Kreuzberger Bezirksvorstand wiesen diesen Vorwurf zurück. Allerdings stelle das Verhalten Schneiders insofern ein Wahlkampfhindernis dar, daß die mangelhafte Aufarbeitung seiner Stasimitarbeit viele Linke von der Wahl der PDS abhalten könne.

Die Verfassung

Gleichzeitig mit den Wahlen findet eine Volksabstimmung über die neue Berliner Verfassung statt. Nach dem Anschluß der DDR war die Westberliner Verfassung der ganzen Stadt übergestülpt worden. Gleichzeitig war jedoch die Erarbeitung einer neuen Verfassung angekündigt worden, die per Volksabstimmung angenommen werden muß. Der von einer parlamentarischen Enquete-Kommission ausgearbeitete Text ist am 8.6.1995 vom Berliner Abgeordnetenhaus mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Bündnisgrünen angenommen worden. Die PDS und einige konservative CDU-Parlamentarier, denen die Verfassung zu fortschrittlich ist, stimmten dagegen. Die PDS beklagt, daß die Chance vergeben worden sei, zu einer modernen Verfassung zu kommen. Statt dessen erhalte man jetzt die alte Westberliner Verfassung mit einigen kosmetischen Veränderungen:

- die Quoren für Volksbegehren seien zu hoch, die Fristen so kurz, daß sie eigentlich Verhinderungsklauseln seien.

- Grundrechte wie das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnraum seien weder verbindlich geregelt noch einklagbar.

- die von der PDS eingeforderte Stärkung der Bezirkskompetenzen sei verweigert worden.

- den 400.000 in Berlin lebenden ImmigrantInnen seien wesentliche demokratische Mitwirkungsrechte verweigert worden.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Partei ihren Mitgliedern und SymphatisantInnen, die Verfassung abzulehnen.

kuk

Anmerkungen:

1) Zwischen 1990 und 1994 weist die Arbeitsplatzbilanz in Berlin ein Minus von 165.900 auf. Neben der Abwicklung Ostberliner Industriebetriebe schlägt die Abwanderung Westberliner Betriebe wegen gestrichener Berlinförderung zu Buche. (ND, 17.8.1995) Zu den rund 214.000 Arbeitslosen (13,7%) kommen 75.000 Menschen hinzu, die auf dem zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt sind oder sich im Vorruhestand befinden.

2) Von dem Berliner Gesamthaushalt für 1995 (43 Mrd. Mark) müssen 6,8 Mrd. auf dem Kreditmarkt aufgenommen werden. Die Zinsbelastung liegt in diesem Jahr bei über 3 Mrd. Mark, d.h. daß täglich allein 20 Mio. Mark für Schuldendienste aufgebracht werden müssen. Als Ursache für die Schuldenexplosion werden neben umzugs- und einigungsbedingten Ausgaben in erster Linie die Streichung der Bundeshilfe für Berlin genannt.

3) Eine Auswahl der Plakattexte: "Wer dreimal lügt (Momper 89, Höppner 94, Rau 95), dem glaubt man nicht", "Ein Unglück kommt selten allein: wer rot-grün wählt, riskiert die Kommunisten", "Eine Stimme für die SPD ist auch eine Stimme für die PDS", "Mit Rot/Grün und Kommunisten riskieren sie die Zukunft".
CDU-Wahlkampfchef Peter Radunski bringt das Kalkül seiner Partei auf einen einfachen Nenner: "Ein Berliner wie ich, Mitte fünfzig, der hat sehr schlechte Gefühle, wenn von Kommunismus die Rede ist. Das verbindet jeder mit Mauer und Blockade, das steckt in den Knochen. ... Wichtig ist, daß man den Leuten vermittelt, daß es etwas zu entscheiden gibt, dann wählen sie auch. Ich hoffe, daß der Griff der PDS nach Einfluß im Senat elektrisierend wirkt." (ND, 9./10.9.1995)

4) Diese Spekulationen veranlaßten die Berliner PDS-Vorsitzende Petra Pau am 3.10. (auf der zentralen Wahlkundgebung ihrer Partei, dem Einheizmarkt) zu dem Versprechen, daß ein Aus- oder Übertritt der PDS-KandidatInnen ausgeschlossen sei.

5) Die Beschränktheit des Stahmerschen Politikverständnisses wird durch ihre Aussage illustriert, wonach eine Wende für Berlin schon dadurch gegeben sei, wenn SPD und CDU als Junior- und Seniorpartner die Plätze in einer Großen Koalition tauschen würden. (ND, 2./3.9.1995)

6) Das Thema Mietsteigerungen im Osten wird kein herausgehobenes Wahlkampfthema sein. Obwohl die PDS seit Beginn des Jahres viel unternommen hat, um die MieterInnen aufzuklären und zum Protest anzustacheln, blieb die erwünschte Resonanz aus. Die Menschen haben die 10-15% Mietsteigerung geschluckt.

, Abgeordneten-

hauswahl 1990, Bundestags-

wahl 1994, Umfrage

April 1995, Umfrage Ende

September 1995

CDU, 40,4 %, 31,4 %, 34,0 %, 41,0 %

SPD, 30,4 %, 34,0 %, 35,0 %, 26,0 %

PDS, 9,2 %, 14,8 %, 13,0 %, 14,0 %

B'90/Grüne, 9,3 %, 10,2 %, 12,0 %, 13,0 %

FDP, 7,1 %, 5,2 %, 2,0 %, 3,0 %

Quelle: infas, +, +, +, +

6. Rache statt Resozialisierung. Die Ausweitung der Todesstrafe in den USA

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:21

"Soft on communism", Weichheit gegen den Kommunismus. Dies war jahrzehntelang der schlimmste Vorwurf, den mensch einem US-Politiker machen konnte. Heute ist das nicht mehr so. Jetzt ist die schlimmste Beschuldigung, "soft on crime" zu sein - weiche Knie gegenüber Kriminellen zu haben. Das bestätigte sich zuletzt im November 1994, als republikanische KandidatInnen mit markigen "Law and Order"-Parolen reihenweise Wahlsiege einfuhren. Auf Bundesebene und in den Einzelstaaten werden laufend die Strafgesetze verschärft.

Diesen Trend bekommen besonders die "Untersten" der Strafgefangenen in den US-Knästen zu spüren: die mittlerweile über 3.000 zum Tode Verurteilten. Die Zahl der Verurteilungen und der Hinrichtungen wächst rasant. Seit 1976 wurden in den USA 301 Menschen hingerichtet, davon bereits über 40 in diesem Jahr (Stand 5.10.95). Mittlerweile mehren sich jedoch auch die Stimmen, die Zweifel an der Todesstrafe anmelden. Das Hauptargument (so traurig das sein mag): "Die Todesstrafe funktioniert nicht". (1)

Nicht nur konservative RepublikanerInnen propagieren "Kopf ab". Auch der demokratische Präsident Clinton ist ein profilierter Verfechter der Todesstrafe. Als Gouverneur von Arkansas unterzeichnete er von 1982-1992 rund 70 Hinrichtungsbefehle. Die meisten davon wurden gerichtlich wieder aufgehoben; "nur" vier wurden vollstreckt. Wie ungeniert Clinton die Todesstrafe zum Stimmenfang einzusetzen bereit ist, zeigt der Fall von Ricky Ray Rector. Der Afroamerikaner hatte 1982 einen (weißen) Polizisten erschossen und wurde dafür zum Tode verurteilt. Um der Festnahme zu entgehen, schoß Rector sich in den Kopf, überlebte aber mit einem irreparablen Gehirnschaden. Er hatte unter anderem keinerlei Vorstellung mehr davon, was "Tod" und "Hinrichtung" bedeuten.

Als im Januar 1992 Rectors Hinrichtung anstand, hätte sein Geisteszustand ausreichend Rechtfertigung für eine Begnadigung sein können. (Das US-Verfassungsgericht schreibt eigentlich vor, daß nur Personen hingerichtet werden dürfen, die bei vollem Bewußtsein sind und wissen, daß sie hingerichtet werden). Gouverneur Clinton befand sich jedoch gerade im Vorwahlkampf um die demokratische Präsidentschaftskandidatur. Er unterbrach seine Wahlkampftournee und kehrte nach Arkansas zurück, um am Tag der Hinrichtung etwaige letzte Gnadengesuche ohne Zeitverlust ablehnen zu können.

Rector wurde noch kurz vor seiner Hinrichtung gefragt, für wen er bei den Präsidentschaftswahlen im November stimmen wolle. Er zögerte keine Sekunde: "Bill Clinton". Wenige Stunden später starb Rector durch eine Giftinjektion. Nachdem Clinton bis dahin vor allem als Schürzenjäger Schlagzeilen gemacht hatte, hatte er nun bewiesen, wie hart er gegen Kriminelle durchgreifen kann. Wenige Tage darauf gewann er die Vorwahlen in New Hampshire, die erste Station auf seinem Weg ins Weiße Haus. Clintons Wahlkampfmanager bezeichnete später Rectors Hinrichtung als "High Noon" ("12 Uhr mittags") des Vorwahlkampfs.

Die Episode ist kein Einzelfall. Auch als US-Präsident hat sich Clinton für die Todesstrafe (die in erster Linie in die Kompetenz der Einzelstaaten fällt) eingesetzt. Im Sommer 1994 setzte er im Kongreß ein Gesetzespaket zur Kriminalitätsbekämpfung durch. Damit wurde die Todesstrafe drastisch ausgeweitet. Die Zahl der Delikte, für die Bundesgerichte Todesurteile verhängen können, stieg von zwei auf 60. Im April 1995, unmittelbar nach dem Terroranschlag von Oklahoma City, verlangte Clinton im Fernsehen die Hinrichtung der Verantwortlichen. Mit 91 von 100 Stimmen verabschiedete kurz darauf ein von Clinton vorgelegtes "Antiterrorgesetz", das die Berufungsmöglichkeiten von zum Tode Verurteilten stark eingeschränken soll (das Gesetz ist noch nicht in Kraft).

38 von 50 Bundesstaaten mit Todesstrafe

Die Anwendung der Todesstrafe ist in den allermeisten Fällen Sache der einzelnen Bundesstaaten. Seit das US-Verfassungsgericht 1976 die Todesstrafe wieder zuließ (siehe unten), haben sie 38 Bundesstaaten wieder eingeführt. Zuletzt Kansas (1994) und New York, wo sie am 1. September 1995 wieder in Kraft trat. Nur noch zwölf Staaten (fast alle im Nordosten der USA) und die Bundeshauptstadt Washington haben keine

Todesstrafe. Der nächste "Dominostein" dürfte das traditionell liberale Wisconsin sein, das die Todesstrafe bereits 1853(!) abgeschafft hatte.

Jedoch blieben Vollstreckungen bisher de facto auf wenige Bundesstaaten beschränkt. Allein in Texas haben in den vergangenen 20 Jahren rund ein Drittel aller Exekutionen in den USA stattgefunden. Es folgen Florida, Louisiana, Georgia, Virginia und Alabama. Wer sich auf der US-Landkarte auskennt, wird gleich feststellen, daß alle genannten Staaten im Süden der USA liegen - dem sogenannten "Death Belt".

Die Mehrzahl der 38 Staaten hat in den vergangenen 20 Jahren keine oder "nur" ein oder zwei Urteile vollstrecken lassen. Hier ist allerdings eine Ausweitung zu befürchten. So gab es z.B. in Pennsylvania in diesem Jahr zwei Hinrichtungen - die ersten seit 1962. In beiden Fällen handelte es sich um Gefangene, die auf Rechtsmittel gegen ihre Exekution ausdrücklich verzichtet hatten. Andere bereits unterzeichnete Hinrichtungsbefehle wurden wieder aufgehoben (darunter der gegen Mumia Abu-Jamal, siehe ak 381).

"Die Todesstrafe

ist nicht effektiv"

Inzwischen äußert auch eine wachsende Zahl von Konservativen Zweifel an der Todesstrafe. Darunter sind BundesrichterInnen, Staatsanwälte und Polizeipräsidenten. Ihre Kritik ist meist nicht moralisch begründet, sondern pragmatisch: "Die Todesstrafe funktioniert nicht." So sagt ein konservativer Bundesrichter: "Wir haben eine Maschine konstruiert, die extrem teuer ist, die unser Justizsystem verstopft, und die bei den Angehörigen der Mordopfer für ständige Traumata sorgt" (wegen jahrelanger Berufungsverhandlungen). Der Richter schlägt vor, die Zahl der Todesstrafen-Delikte radikal einzuschränken (Washington Post, 16.4.95).

Immer seltener ist das früher übliche Argument zu hören, die Todesstrafe diene der Abschreckung - dafür gibt es schlicht keinerlei empirische Anhaltspunkte. Auch die zynische Behauptung, die Alternative "lebenslänglich" sei "zu teuer", ist hinfällig. So kostet im Staat Texas eine Hinrichtung im Durchschnitt über zwei Millionen Dollar allein an zusätzlichen Prozeßkosten (WP, 26.2.95). Dies, obwohl in Texas traditionell (relativ) kurzer Prozeß gemacht wird - in anderen Bundesstaaten, in denen es mehr Berufungsmöglichkeiten gibt, dürften die Kosten noch höher liegen.

In California, wo 1986 per Volksabstimmung die liberale Mehrheit im obersten Staatsgericht abberufen wurde, und dessen Justiz seitdem von Todesstrafen-Befürwortern dominiert wird, sitzen über 400 Menschen in den Todeszellen ("Death Row"). Der Staat bezahlt für die Todesstrafe jährlich über 100 Millionen Dollar an Prozess- und Haftkosten, das oberste Staatsgericht wendet über die Hälfte seiner Zeit für Todesstrafen-Berufungen auf. Bisheriges Ergebnis: zwei Hinrichtungen.

Von den bundesweit über 3.000 Todesstrafen-Gefangenen werden jedes Jahr weniger als zwei Prozent hingerichtet. Ein Verurteilter verbringt bis zu seiner Hinrichtung im Durchschnitt über zehn Jahre in der Todeszelle - wenn er nicht begnadigt wird. So makaber es ist: Die häufigste Todesursache in der "Death Row" sind "natürliche" Gründe wie Alter oder Krankheit (Int. Herald Tribune, 11.9.95). Andererseits kommen jährlich 250-300 neu Verurteilte hinzu. Die Exekutionsmaschinerie fällt also immer weiter zurück - auch neue Gesetzesverschärfungen werden dies nicht verhindern können.

"Juristisches Roulette"

Die Entscheidung, welche Verurteilten schließlich hingerichtet werden und welche nicht, hat nichts damit zu tun, wer das schlimmste Verbrechen verübt hat. Vielmehr hängt es davon ab, welche Hautfarbe das Opfer hatte (siehe unten), wer sich gute AnwältInnen leisten kann, wie die Geschworenenjury zusammengesetzt ist, welche RichterInnen über Berufungen verhandeln, ob ein(e) GouverneurIn gerade kurz vor der Wiederwahl steht (und sich eine Begnadigung nicht "leisten" kann), etc. Auch viele BefürworterInnen geben zu: Die Gesetze, nach denen die Todesstrafe verhängt wird, sind so chaotisch und ihre Anwendung hängt von so vielen Zufällen ab, daß von "Fairness" keine Rede sein kann. Der Autor David von Drehle ("Among the Lowest of the Dead", New York 1995) bezeichnet die Todesstrafe als juristisches "Roulette-Spiel".

Die meisten Angeklagten in Mordprozessen können sich keine qualifizierten AnwältInnen leisten, sondern bekommen "öffentliche VerteidigerInnen" zugewiesen. Die sind in der Regel völlig überlastet und haben zu wenig Ressourcen, um entlastendes Beweismaterial ausfindig machen zu können. In vielen Bundesstaaten

gibt es sogenannte staatliche "Resources Centers", die nach einem Todesurteil in der ersten Instanz einigermaßen qualifizierte AnwältInnen für Berufungsverfahren zur Verfügung stellen. Aus verfahrensrechtlichen Gründen ist es dann oft jedoch schon zu spät, Verteidigungsfehler aus der ersten Instanz wieder auszubügeln. Im Bundesstaat gibt es unter anderem deswegen so viele Hinrichtungen, weil hier kein qualifizierter Rechtsbeistand für Todesstrafen-Berufungen gewährt wird.

Auch aus einem weiteren Grund haben Angeklagte in Mordprozessen einen schweren Stand: Bei der Auswahl der Geschworenen werden zu Beginn des Verfahrens alle Personen ausgesiebt, die moralische Bedenken gegen die Todesstrafe haben. Das Resultat: Die Jury besteht nicht etwa aus einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung, sondern aus Leuten, die im Prinzip auf der Seite von "Law and Order" stehen ("death-qualified jury").

Das "Roulette" brachte im vergangenen Jahr auch der Verfassungsrichter Harry Blackmun auf den Punkt. Kurz vor seinem Rücktritt vom US-Verfassungsgericht (Supreme Court) erklärte er seine Ablehnung der Todesstrafe: "Vielleicht wird dieses Gericht eines Tages Verfahrensregeln oder Formulierungen entwickeln, die im Verfahrensablauf bei Kapitalverbrechen tatsächlich Konsistenz, Unparteilichkeit und Zuverlässigkeit gewährleisten. Ich bin nicht optimistisch, daß dies eines Tages gelingen wird. Optimistischer bin ich jedoch, daß dieses Gericht einmal zu dem Schluß kommen wird, daß der Versuch, beim Verhängen [der Todesstrafe] jede Willkür auszuschließen und gleichzeitig Unparteilichkeit zu bewahren, absolut zum Scheitern verurteilt ist, so daß man ihn aufgeben muß - und die Todesstrafe gleich mit. Vielleicht werde ich diesen Tag nicht mehr erleben, aber ich vertraue darauf, daß er schließlich kommen wird." (Zitiert nach: Mumia Abu-Jamal: "... Aus der Todeszelle", Bremen 1995, S.158).

Blackmuns Einsicht kam reichlich spät: 1976 hatte er im Supreme Court für die Wiedereinführung der Todesstrafe gestimmt.

Die Rechtsprechung

des Supreme Court

Ein wesentlicher Grund für das rasche Wachstum der Hinrichtungszahlen ist die Rechtsprechung des US-Verfassungsgerichts. 1972 erklärte das Gericht mit knapper Mehrheit (5:4) die Todesstrafe für verfassungswidrig. Der Grund: Ihre Anwendung in den meisten Bundesstaaten sei "willkürlich und launenhaft". In diesem Urteil spiegelt sich die damalige Reformorientierung des obersten US-Gerichts, das zahlreiche liberale Entscheidungen fällte (u.a. gegen die Rassentrennung, für die Rechte von Angeklagten und Strafgefangenen, für die Abtreibungsfreiheit). Das Muster dieser Reformurteile in den 1950er bis frühen 1970er Jahren war immer dasselbe: Der Supreme Court intervenierte in den reaktionären Status Quo der Einzelstaaten. Das ist typisch für die Geschichte des US-Föderalismus, in der die Zentralmacht oft liberaler gewesen ist als die Bundesstaaten.

Vier Jahre später, am 2. Juli 1976, erließ das Gericht jedoch ein neues Urteil (mit 7:2 Stimmen): Gegen neue, "rationalere" Todesstrafengesetze sei nichts einzuwenden. Die erste Hinrichtung nach diesem Urteil gab es bereits im Januar 1977. Im Bundesstaat Utah wurde Gary Mark Gilmore, der auf eine Berufung verzichtet hatte, durch ein vierköpfiges Erschießungskommando exekutiert. (Die meisten Hinrichtungen in den USA werden per Giftspritze oder elektrischem Stuhl ausgeführt.) Bis 1981 gab es "nur" drei weitere Hinrichtungen, davon zwei mit dem "Einverständnis" der Verurteilten. Seit 1982 ist die jährliche Zahl der Exekutionen rasant angestiegen. Inzwischen beträgt sie über 40 pro Jahr.

Seit 1976 hat der Supreme Court in zahlreichen Musterprozessen systematisch weitere juristische Barrieren gegen die Todesstrafe ausgehebelt. 1986 verbot das Gericht zwar die Hinrichtung von Geisteskranken, ohne jedoch "geisteskrank" näher zu definieren - de facto ein Freibrief. 1988 erlaubte das Gericht die Hinrichtung eines (zur Tatzeit) 16jährigen (eine Praxis, die gegen internationales Recht verstößt - siehe Kasten). 1989 erlaubte es die Hinrichtung von "geistig Behinderten". 1991 wurde die Berufung eines Verurteilten abgewiesen, dessen Anwalt eine Frist versäumt und wichtige Unterlagen einen Tag zu spät eingereicht hatte.

Der letzte Hammer kam 1993: Das Gericht entschied, daß auch offensichtlich Unschuldige hingerichtet werden können, wenn das Todesurteil formal korrekt zustande kam. Dieses Urteil bestätigten die Obersten Bundesrichter zuletzt am 2. Januar 1995. Sie lehnten einen Hinrichtungsaufschub für einen Texaner ab, der

selbst nach Auffassung des Staatsanwalts unschuldig war. Das ursprüngliche Verfahren war jedoch korrekt abgelaufen. Der Verurteilte hatte die Tat zunächst gestanden. Erst später kam heraus, daß seine Schwester die Mörderin war. Sie wurde zu 10 Jahren Haft verurteilt. Das Urteil gegen den unschuldigen Bruder wurde allerdings nicht zurückgezogen, der Staat Texas bestand durch alle Instanzen auf einer Hinrichtung. (Ob die Gouverneurin in letzter Minute doch noch eine Begnadigung ausgesprochen hat, ist mir nicht bekannt). Nachdem er zwölf Jahre in der Todeszelle verbracht hatte, wurde Ende August Barry Lee Fairchild in Arkansas hingerichtet, obwohl es an seiner Schuld massive Zweifel gab (WP 31.8.95).

Noch schwerwiegender waren die unzähligen Verfassungsgerichts-Urteile in (scheinbar nebensächlichen) Verfahrensfragen. So hat der Supreme Court mit seiner konservativen Mehrheit die Berufungsmöglichkeiten von Gefangenen systematisch eingeschränkt. Hier ist allerdings ein "Ende der Fahnenstange" abzusehen. Im vergangenen Jahr kam es zu mindestens fünf überraschenden Urteilen, in denen das Gericht Rechtsmittel von Todesstrafen-Gefangenen wieder zuließ, die zuvor von "niedrigeren" Gerichten abgewiesen worden waren.

Rechtspopulismus

verschärft Todesstrafe

Aber auch ohne die Mithilfe des Supreme Court wird die Todesstrafe in den kommenden Jahren weiter um sich greifen und die Zahl der Hinrichtungen weiter ansteigen. Sowohl in den Einzelstaaten als auch auf Bundesebene werden die Gesetze weiter verschärft. Der US-Kongreß debattiert derzeit über einen republikanischen Gesetzentwurf, der es Gefangenen noch weiter erschweren wird, Berufungen einzulegen oder gegen unrechtmäßige Behandlung (einschließlich Folter im Knast) vor ein Bundesgericht zu ziehen. Von 1976 bis 1990 (neuere Zahlen liegen mir nicht vor) wurden rund 40 Prozent aller Todesurteile von Bundesgerichten aufgehoben. Das zeigt, wie schwerwiegend die geplante Gesetzesverschärfung ist.

Die Wahlen im November 1994 haben in den US-Parlamenten zu einem weiteren Rechtsruck geführt. In den Bundesstaaten Pennsylvania und New York gewannen konservative Republikaner die Gouverneurswahlen. Beide waren als lautstarke Todesstrafen-Befürworter angetreten. Gewählt werden auch die meisten RichterInnen und StaatsanwältInnen in den Landkreisen und Einzelstaaten. Ein hartes Vorgehen gegen Kriminelle dient hier oft einer Profilierung für höhere Ämter. (Ein Beispiel: Ed Rendell war 1982 oberster Staatsanwalt von Philadelphia, als Mumia Abu-Jamal der Prozeß gemacht wurde. Heute ist er Bürgermeister und fordert unisono mit der Polizeigewerkschaft die Hinrichtung.)

In der republikanischen Partei, die erstmals seit 40 Jahren den US-Kongreß und die Mehrzahl der Gouverneursposten in den Einzelstaaten kontrolliert, gibt heute der rechtspopulistische und christlich-reaktionäre Flügel den Ton an. Das führt zu drakonischen Verschärfungen der Strafgesetze. Auch die christliche Rechte verlangt unter Berufung auf die Bibel ("Auge um Auge") die Hinrichtung von Straftätern.

Öffentliche Meinung

Trotzdem ist die öffentliche Meinung in den USA weniger blutrünstig, als oft angenommen wird. Im politischen Reformklima der 60er Jahre stieß die Todesstrafe noch mehrheitlich auf Ablehnung. Heute dagegen bekunden bei Umfragen regelmäßig drei Viertel der Befragten ihre generelle Zustimmung zur Todesstrafe. Diese Zahl fällt jedoch rapide, wenn auch nach Alternativen gefragt wird. Eine Umfrage im März 1993 ergab folgendes Ergebnis: 41 Prozent für die Todesstrafe, 44 Prozent für "Lebenslänglich ohne Bewährung", 15 Prozent unentschieden (Quelle: Death Penalty Information Center: Sentencing for Life - Americans Embrace Alternatives to the Death Penalty; Washington 1993).

Aussagekräftiger sind zwei Volksentscheide: Sowohl in der Hauptstadt Washington, als auch im ländlichen Bundesstaat Iowa stimmten in den vergangenen Jahren deutliche Mehrheiten gegen die Todesstrafe. Im vorangegangenen "Wahlkampf" wurden die Pro- und Contra-Argumente ausgiebig debattiert und so die einfachen "Kopf-ab-Parolen" in die Defensive gedrängt. Die beiden Beispiele zeigen: Wenn Stimmberechtigte eine Gelegenheit bekommen, sich tatsächlich über ein Sachproblem Gedanken zu machen, anstatt nur Kreuzchen für waschmittelwerbende KandidatInnen zu machen, dann kommt nicht immer der Scharfrichter zum Zug.

Trotz solcher ermutigender Einzelfälle bleibt eine bittere Erkenntnis: Die wirkungsvollste Kritik an der Todesstrafe in den USA ist keine moralisch-grundsätzliche. Es geht nicht darum, ob die Todesstrafe an sich

gut oder schlecht ist. Die Debatte wird nicht darüber geführt, ob der Staat (oder die Bevölkerungsmehrheit) das Recht haben soll, über Leben und Tod von Gefangenen zu entscheiden. Es geht nicht (oder nur selten) um Menschenwürde und um totalitäre staatliche Herrschaftsansprüche. Die Kritik an der Todesstrafe konzentriert sich meist darauf, daß sie nicht "effektiv" sei.

Rassismus

Von der Todesstrafe sind überproportional viele Schwarze betroffen. Während laut offizieller Bevölkerungsstatistiken der Anteil von African-Americans an der Gesamtbevölkerung rund 12 Prozent beträgt, ist der "schwarze" Anteil an den Todesstrafengefangenen 41 Prozent (2).

1987 fällte der Supreme Court ein Grundsatzurteil ("McCleskey gegen Kemp", siehe den Artikel von Mumia Abu-Jamal auf S. 7). Der Gefangene Warren McCleskey hatte gegen den Staat Georgia wegen systematischer rassistischer Diskriminierung durch die Justiz geklagt. Er berief sich auf eine wissenschaftliche Studie, die 2.000 Mordprozesse (von 1973 bis 1979) in Georgia untersuchte. Das Ergebnis war eindeutig: Bei einem weißen Täter und einem schwarzen Opfer ist die Wahrscheinlichkeit eines Todesurteils deutlich geringer als bei einem schwarzen Täter und einem weißen Opfer. Weiße Menschenleben zählen offensichtlich mehr als schwarze. Rassistische Diskriminierung gab es in allen Prozeßstadien: Bei der Anklageerhebung, beim Strafantrag der Staatsanwaltschaft, bei der Auswahl der Geschworenen und bei der Urteilsfindung.

Das Verfassungsgericht erkannte zwar die Seriosität der Studie an, beschloß aber, daß dies nicht grundsätzlich gegen die Todesstrafe spricht. "Wenn man (die Studie) logisch zuende denkt, dann stellt das die Prinzipien in Frage, die unserem gesamtem Strafrechtssystem zugrunde liegen" (!!!), hieß es in der Urteilsbegründung. Ein zum Tode Verurteilter müsse nachweisen, daß er im Prozeß aus rassistischen Motiven persönlich diskriminiert wurde. Statistische Befunde über strukturellen Rassismus in der Justiz reichten nicht aus. McCleskey wurde abgewiesen und im Januar 1991 hingerichtet.

Rassistische Diskriminierung im US-Justizsystem gibt es selbstverständlich nicht nur bei der Todesstrafe. Sie betrifft alle Bereiche: Welche Verhaltensweisen werden überhaupt als "kriminell" definiert? Welche Strafandrohungen sind damit verbunden? Wo und wie ermittelt die Polizei? Welche Anklagen werden erhoben? etc.

Ein Beispiel aus dem Drogenbereich: Für den Besitz von fünf Gramm Crack-Kokain gibt es dieselbe Strafe (mindestens fünf Jahre!!) wie bei 500 Gramm Pulver-Kokain. Was das mit Rassismus zu tun hat? Pulver ist vor allem unter Weißen verbreitet, Crack eher unter Schwarzen. Das Ergebnis: Schwarze werden häufiger und zu längeren Strafen verurteilt, ohne daß ihr Drogenkonsum höher wäre als der von Weißen und ohne daß "Rasse" irgendwo im Gesetzestext auftaucht.

Todesstrafe als Herrschaftsinstrument

Die meisten Hinrichtungen finden im "Death Belt" der US-Südstaaten statt. Diese Tatsache deutet auf die Funktion der Todesstrafe als Herrschaftsmittel. Trotz vieler ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungen in den vergangenen Jahren sind die Südstaaten bis heute von den Folgen der Sklaverei geprägt. Diese Region wird in der Regel "Sun Belt" (Sonnengürtel) genannt. Der Name erinnert an das warme Klima für Tourismus und das Kapital. Hier sind die Löhne niedrig und die Sheriffs allmächtig. Hier errichten BMW (in South Carolina) und Mercedes-Benz (in Alabama) neue Fabriken.

Von 1930 bis zum (inoffiziellen) Hinrichtungs-Moratorium 1967 gab es in den USA fast 4.000 Exekutionen - über die Hälfte davon im Süden (als einer von vier US-Regionen). In den Südstaaten wurde die Todesstrafe nicht nur für Mord, sondern auch für Vergewaltigung verhängt. In dem genannten Zeitraum wurden 455 Männer wegen Sexualverbrechen hingerichtet - davon 405 Afroamerikaner (bei weißen Opfern - Vergewaltigungen gegen schwarze Frauen wurden praktisch nicht geahndet).

Diese Zahl weist darauf hin, wie die Todesstrafe zur Verteidigung eines rassistischen Verhaltenskodex gedient hat. Auch wenn er im Einzelfall zurecht erhoben sein mag, diente der Vorwurf der Vergewaltigung gegen einen schwarzen Täter in der Regel der Repression gegen rebellische "Nigger". Bis in die ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts schritt daraufhin normalerweise der weiße Mob zur Selbstjustiz ("Lynching"). Dies war meistens keineswegs spontan, sondern folgte bestimmten Ritualen. Als Lynching allmählich verboten wurde, stieg die legalisierte Version an: die Todesstrafe.

Allerdings greift es zu kurz, die Todesstrafe nur als rassistisches Repressionsmittel zu begreifen. Sie ist ein Mittel der Klassenjustiz (wobei Schwarze ganz überwiegend proletarisch sind). Die meisten Hinrichtungen in diesem Jahrhundert gab es landesweit Mitte der 30er Jahre (1935: 199 Hinrichtungen, 1936: 195 Hinrichtungen). Dies ist kein Zufall: Diese Periode war von beispielloser sozialer Unruhe geprägt. Der linke Gewerkschaftsverband CIO organisierte die Schwerindustrien im Mittelwesten, die kommunistische Partei und ihre Massenorganisationen waren auf dem Höhepunkt ihres Einflusses. Der Einsatz des Militärs gegen streikende Arbeiter war direkt, die Ausweitung der Todesstrafe indirekt gegen die Aufbegehrenden gerichtet.

Damals wie heute wird die Todesstrafe fast ausschließlich gegen Arme verhängt. Wer Geld hat, kommt seltener vor Gericht und kann sich dort eine bessere Verteidigung leisten. Ein Millionär wie O.J. Simpson bekäme auch dann, wenn er schuldig gesprochen worden wäre, keine Todesstrafe.

Opposition gegen Todesstrafe

Wo es Repression gibt, gibt es auch Widerstand. Diese Erfahrung gilt selbstverständlich auch bei der Todesstrafe. Immer wieder werden aus dem Innern der US-Knäste Protestaktionen gegen Hinrichtungen bekannt. So gingen in Angola (Louisiana) die "normalen" Gefangenen gegen den Bau einer Hinrichtungszelle in den Streik.

In Texas produzieren Todesstrafen-Gefangene (mit Unterstützung durch eine Nonne) seit sechs Jahren eine Zeitschrift ("Endeavor"), um die Öffentlichkeit zu informieren und die Kommunikation unter den Gefangenen zu erleichtern (taz, 1.6.95). Mumia Abu-Jamals Buch "Live from Death Row" über die "Lebens"-Bedingungen in den Todeszellen erregte nach seinem Erscheinen im Mai 1995 große Aufmerksamkeit in den USA (siehe ak 380).

Die vorübergehende Aufhebung der Todesstrafe 1972 durch den Supreme Court war das Ergebnis von jahrelangen Prozessen, die Bürgerrechtsorganisationen im Namen von Verurteilten geführt hatten. Die heutigen "Abolitionists" (AbschafferInnen) kommen vor allem aus religiösen Zusammenhängen und werden von der National Coalition to Abolish the Death Penalty koordiniert. Auch Tageszeitungen wie die New York Times oder die Washington Post lehnen die Todesstrafe grundsätzlich ab.

Vor Ort sind es oft die Angehörigen von Verurteilten, die die Basisaktivitäten organisieren. Ein Beispiel: Nach der Hinrichtung von Robert Wayne Williams 1983 (der ersten in Louisiana nach dem Moratorium in den 70er Jahren) bestand seine Mutter auf einen offenen Sarg. Sie verbot, die (elektrischen) Brandwunden am Körper ihres Sohnes wegzuschminken. Die Fotos von der Beerdigung mobilisierten Tausende gegen die Todesstrafe.

Eine Sonderstellung nimmt die Organisation "Murder Victims Families for Reconciliation" (Angehörige von Mordopfern für Versöhnung) ein. Die Gruppe wendet sich gegen die Todesstrafe und fragt: "Warum soll einer zweiten Familie derselbe Schmerz zugefügt werden?" Im konkreten Einzelfall nützt die Intervention von Verwandten nur selten. Immer wieder lehnen Gouverneure Begnadigungen auch in diesen Fällen ab.

In der Regel pochen die Hinterbliebenen von Mordopfern jedoch auf Vergeltung. Oft lassen sie es sich nicht nehmen, selbst der Hinrichtung beizuwohnen und verkünden dann den Fernsehkameras, daß sie nun endlich "ruhig schlafen" könnten. Die ständig neuen Verschärfungen der Strafgesetze laufen oft unter dem Begriff "Victims' Rights". Durch schwerere Strafen werden angeblich die "Rechte der Opfer" besser gewahrt.

"Verbrechensbekämpfung"

als soziale Kontrolle

Die Verschärfungen der Strafgesetze und der rasante zahlenmäßige Anstieg bei Strafgefangenen und zum Tode Verurteilten hat nichts damit zu tun, daß es in den USA eine Kriminalitätswelle gäbe (siehe Kasten). Vielmehr dient die Eskalation der "Verbrechensbekämpfung" der sozialen Kontrolle. Dies gilt in zweierlei Hinsicht:

1. Repression gegen (potentiellen) sozialen Protest. Dies zeigt sich besonders beim polizeilichen "Krieg gegen Drogen", der vor allem in den Ghettos der ethnischen Minderheiten geführt wird. Die Hauptleidtragenden von wirtschaftlicher Krise und Sozialabbau werden vorsorglich eingeschüchtert, zu Hunderttausenden eingeknastet oder über "Bewährungshilfe" kontrolliert. Ganze gesellschaftliche Segmente, die für den Arbeitsmarkt überflüssig geworden sind, werden buchstäblich weggesperrt.

2. Krise und Sozialabbau treffen selbstverständlich auch weiße US-AmerikanerInnen. Hier hat die Kriminalitäts-Panikmache eine ideologische Funktion. Im öffentlichen Bewußtsein wird "Crime" (ebenso wie "Welfare") überwiegend mit der Hautfarbe "schwarz" assoziiert. "Verbrecher" - das sind "die Anderen". Eine Bevölkerungsmehrheit, die sich als "weiß" definiert, sammelt sich so zum Schulterschluß gegen "schwarze" Kriminalität. Wenn Clinton seine harte Haltung gegen Verbrecher demonstriert und eine Ausweitung der Todesstrafe fordert, dann schielt er nach weißen Wahlstimmen. Insofern ist die Propaganda der "inneren Sicherheit" eine Art ideologischer Klebstoff, mit dem eine klassenübergreifende weiße Mehrheit konstruiert wird.

Wie weiter

mit der Todesstrafe?

Aus den oben genannten Gründen wird die Zahl der Hinrichtungen in den USA in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Trotzdem bleibt die Todesstrafe für die meisten AmerikanerInnen bisher ein eher symbolisches Racheritual. Jährlich gibt es in den USA über 20.000 Morde. Wenn auch nur jeder zweite Mord nach dem Motto "Auge um Auge" gesühnt werden sollte, müßte es an jedem Werktag US-weit 40 Hinrichtungen geben. Ein solches Blutbad wäre mit Sicherheit politisch nicht durchsetzbar. Aber auch bei dem bestehenden Trend ist eine Grenze abzusehen. Trotz der angestrebten Verkürzung der Berufungsverfahren werden die Prozeßkosten ins Unermeßliche steigen. Je mehr Exekutionen es geben wird, desto mehr Fälle, in denen Unschuldige hingerichtet werden. Dies wird die Zweifel an der Todesstrafe verstärken.

Zu hoffen ist, daß der öffentliche Protest gegen die Todesstrafe nicht erst dann wachsen und erfolgreich sein wird, wenn noch weitere Hunderte von Gefangenen staatlich ermordet worden sind. Viele Todesstrafen-KritikerInnen fordern "lebenslänglich ohne Bewährung" - eine Alternative, die zwar billiger, aber kaum weniger grausam ist.

Michael Hahn

Anmerkungen:

1) Neben der offiziellen Todesstrafe wird selbstverständlich auch in den USA mit Kriminellen und/oder Oppositionellen bisweilen "kurzer Prozeß" gemacht. Zwar liegen mir keine Zahlen vor, aber gezielte polizeiliche Todesschüsse und tödliche Mißhandlungen (Folter) im Knast dürften in den USA eher noch häufiger sein als in westeuropäischen Ländern. Auch wird in den USA "lebenslänglich" viel häufiger im Wortsinn angewandt: Viele Gefangenen werden nicht etwa entlassen, wenn sie zu alt oder todkrank werden, sondern sterben tatsächlich im Knast. Auf solche Formen staatlicher Barbarei kann in diesem Artikel nicht besonders eingegangen werden.

2) Im Aufruf für die bundesweite Mumia-Abu-Jamal-Solidaritätsdemo im Juli 1995 in Berlin wird behauptet, 71 Prozent aller Hingerichteten seien African-Americans. Diese Zahl ist falsch.

Im Unterschied zur "rassischen" Zusammensetzung der "Death Row" ist mir keine Statistik bekannt, welche die Klassenzugehörigkeit der Verurteilten genauer untersucht. Dieser "blinde Fleck" ist typisch für die US-Sozialwissenschaften, die vor lauter "Ethnien" und "Rassen" keine "Klassen" mehr kennen.

Zur Zeit gibt es in den USA 41 zum Tode verurteilte Frauen. Die letzte Hinrichtung einer Frau war 1984 in North Carolina.

Quellen:

Mumia Abu-Jamal: "Live from Death Row" (New York 1995);

Amnesty International: "United States of America - The Death Penalty" (London 1987);

Equal Justice: "Racism and the Death Penalty" (Hyattsville 1995);

Peter Linebaugh: "Gruesome Gertie at the Buckle of the Bible Belt", New Left Review, Jan./Feb. 1995;

Diverse Tages- und Wochenzeitungen (u.a. Washington Post, International Herald Tribune, The Nation).

Die Leiche von Charles Brooks kurz nach seiner Hinrichtung in Texas am 7. Dezember 1982. Brooks wurde wegen Mordes zum Tode verurteilt; sein Komplize erhielt eine 40jährige Haftstrafe - mit exakt den selben Beweisen. Brooks war der erste Gefangene in den USA, der mit einer Giftspritze hingerichtet wurde.

Der 17jährige Joseph Hudgins am 28. Juli 1993, kurz nach seiner Verurteilung. Der Vorwurf: Polizistenmord nach einem verpatzten Autodiebstahl. Seither sitzt Hudgins in der Todeszelle. Unter Verletzung internationaler Konventionen werden in den USA auch Menschen hingerichtet, die zur Tatzeit noch minderjährig waren (siehe Kasten "Todesstrafe international"). Bei Hudgins gibt es zudem ernsthafte Zweifel, ob er wirklich der Mörder war.

Adressen:

National Coalition to Abolish the Death Penalty (Dachorganisation)

1419 V Street NW

Washington, DC 20009

Equal Justice (Antirepressionsprojekt, arbeitet besonders zu Rassismus und Todesstrafe und zu Mumia Abu-Jamal)

P.O.Box 5206

Hyattsville, MD 20782

Amnesty International (BRD)

(Organisiert internationale Brief- und Fax-Kampagnen - "urgent actions" - gegen bevorstehende Todesurteile)

53108 Bonn

Tel.: 0228-983730, Fax: 0228-630036

Endeavor (Zeitung von Todesstrafengefangenen) c/o Gill

Herrenhuter Haus

78126 Königsfeld

"Verbrechensbekämpfung" in den USA

In den US-Knästen sitzen zur Zeit rund 1,6 Millionen Menschen. Vor 20 Jahren waren es noch weniger als 400.000. Rund 100.000 Menschen sind in den Bundesgefängnissen, eine Million in den Staatsgefängnissen und eine halbe Million in den lokalen "Jails" der Städte und Landkreise - alle drei Kategorien mit steigender Tendenz. Dies entspricht einer Quote von 519 Gefangenen pro 100.000 EinwohnerInnen. Weltweit liegt nur Rußland (558 pro 100.000) höher (Int. Herald Tribune, 18.10.94). (Zum Vergleich: Laut Statistischem Bundesamt saßen in den alten Bundesländern 1991 37.281 Strafgefangene in den Knästen. D.h., die USA haben rund die vierfache Bevölkerungszahl aber vierzig mal mehr Gefangene.)

Insgesamt unterlagen in den USA Ende 1994 über 5,1 Millionen Menschen der Kontrolle der Justiz, entweder im Gefängnis oder auf Bewährung. Das entspricht 2,7 Prozent aller Erwachsenen (Washington Post, 28.8.95). Bei Afroamerikanern ist dieser Anteil besonders hoch: In der Altersgruppe 20-29 Jahre befindet sich jeder dritte(!!) Mann entweder im Knast oder auf Bewährung (Washington Post 5.10.95).

Die explosionsartige Zunahme der Gefangenenzahlen erfordert den Bau unzähliger neuer Gefängnisse. In manchen Regionen der USA ist der Knastbau die einzige "Wachstumsbranche". Dies verschlingt riesige Summen. US-weit wurden im Jahr 1990 rund 25 Milliarden Dollar für den Knastbetrieb ausgegeben. Diese Zahl dürfte inzwischen noch deutlich höher liegen. Clintons Verbrechensbekämpfungsgesetz von 1994 stellte den Bundesstaaten weitere acht Milliarden Dollar für Gefängnisneubauten zur Verfügung.

Der größte Bundesstaat Kalifornien gibt im laufenden Haushaltsjahr vier Milliarden Dollar für seine Gefängnisse aus. Der Etat für die öffentlichen Universitäten (u.a. so berühmte Hochschulen wie Berkeley oder Los Angeles) beträgt dagegen nur 3,95 Milliarden (FAZ, 16.8.95).

Allerdings erwirtschaften manche US-Knäste durch die Arbeitsleistung ihrer Gefangenen auch Profite. Knäste sind längst ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Immer mehr Gefängnisse werden privatisiert. Die (minimal bezahlte) Zwangsarbeit der Gefangenen weitet sich immer weiter aus. Hier macht sich der fast völlige Zusammenbruch der US-Gewerkschaften bemerkbar, die gegen solches "Lohndumping" keinen Widerstand mehr entgegen setzen können.

Die Zunahme der Gefangenenzahlen liegt nicht etwa an einer riesigen Kriminalitätswelle (im Gegenteil: die offiziellen Statistiken verzeichnen seit mehreren Jahren einen Rückgang der Verbrechenszahlen, auch bei Gewaltkriminalität). Schuld ist vielmehr eine drastische Verlängerung der Haftzeiten. Dies gilt vor allem bei den "mandatory minimums" (vorgeschriebene Mindesthaftstrafen), die den Gerichten keinerlei Spielraum bei der Strafzumessung (mildernde Umstände, Bewährung, etc.) einräumen.

Eine besonders perfide Version dieser Mindeststrafen sind sogenannte "three strikes and you're out"-Gesetze (eine Anspielung auf eine Baseball-Regel: "drei Fehlschläge und du scheidest aus"). Diese Gesetze schreiben bei der dritten Straftat automatisch "lebenslänglich ohne Bewährung" vor - auch wenn es sich nur um Diebstähle oder Drogendelikte handelt. Das erste "three strikes"-Gesetz wurde im Dezember 1993 im Bundesstaat Washington verabschiedet. Inzwischen gelten solche Vorschriften in den meisten Einzelstaaten und - auf Initiative von Präsident Clinton - auch auf Bundesebene.

Todesstrafe

international

In 98 Ländern ist die Todesstrafe de facto abgeschafft. Davon haben 56 Staaten keinerlei Todesstrafe, in 15 gilt sie nur bei außergewöhnlichen Umständen (z.B. Kriegsverbrechen). 27 Länder haben zwar noch Todesstrafen-Gesetze, aber haben seit mindestens 10 Jahren keine Hinrichtungen mehr vollzogen. Jedes Jahr kommen mehrere Staaten hinzu, die die Todesstrafe abschaffen (seit 1989 insgesamt 22 Länder, zuletzt Südafrika im Sommer 1995).

In 96 Ländern existiert die Todesstrafe. Die ganz überwiegende Mehrzahl aller Hinrichtungen ist jedoch auf wenige Staaten konzentriert. Laut Amnesty International wurden 1994 in China 1.791 Menschen hingerichtet, im Irak "mehrere hundert" (allerdings unbestätigt), im Iran 139 und in Nigeria über 100.

In fünf Ländern werden auch jugendliche Straftäter hingerichtet: Iran, Jemen, Pakistan, Saudi-Arabien und USA. Seit 1990 haben die USA sechs Männer hingerichtet, die zur Tatzeit noch minderjährig waren. Mit dieser Zahl stehen die USA weltweit an der Spitze. Weitere 42 Gefangene, die zur Tatzeit unter 18 waren, warten derzeit in den USA auf ihre Hinrichtung. Vier US-Bundesstaaten erlauben die Exekution von 17jährigen, 21 Staaten die von 16jährigen.

Diese Praxis verletzt unter anderem die internationale Konvention für bürgerliche und politische Rechte, der die USA 1992 beigetreten sind. Die damalige Bush-Administration legte aber zwei Vorbehalte ein, welche die Konvention praktisch wirkungslos machen: 1) Vertragsartikel, die über US-Gesetze hinausgehen, werden nicht anerkannt; 2) das Verbot, jugendliche Straftäter hinzurichten, wird nicht anerkannt.

Quellen:

Amnesty International (London): Facts and Figures on the Death Penalty, 30. Juni 1995; eigene Berechnungen.

7. Gratwanderung zwischen Leben und Tod. Mumia Abu-Jamal über die Haftbedingungen in den Todeszellen

Mumia Abu-Jamal über die Haftbedingungen in US-Todeszellen

Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:07

Im Januar 1991 veröffentlichte die angesehene juristische Zeitschrift "Yale Law Journal" einen ausführlichen Beitrag von Mumia Abu-Jamal über die Todesstrafe in den USA, den wir hier auszugsweise wiedergeben. Der vollständige Artikel ist in Abu-Jamals Essaysammlung "...aus der Todeszelle" (AGIPA-Press, Bremen 1995, 300 Seiten, 28 Mark) erschienen. Wir danken AGIPA für die Abdruckgenehmigung.

Endlich wird zum letzten Hofgang für diesen Tag aufgerufen. "Todeszellen, Station vier, fünf und sechs - zum Hofgang!" bellt der korpulente Vollzugsbeamte mit ländlichem, für das städtische Ohr befremdlichem Akzent. Eine nach der anderen werden die Türen für den alltäglichen Treck von den Zellen in den Hof aufgeschlossen. Mann für Mann wird von schlagstockbewehrten Wärtern am ganzen Körper abgetastet und dann mit Metallsuchgeräten kontrolliert.

Kaum im Hof angekommen, grollt es über den Köpfen der Gefangenen aus dem hochsommerlichen Himmel, dessen dunkle Wolken sich energiegeladen und regenschwer zusammenballen. Ein bebrillter Schließer im weißen Hemd wendet sein bleiches Gesicht nach oben und beobachtet die immer schneller aufziehenden Vorboten der Natur. Das Donnergrollen wird lauter, während schon Regentropfen erdwärts segeln und auf Stahl, Ziegel und Mensch herabplatschen.

"Hofgang Ende!" brüllt das Weißhemd und ruft damit verärgertes Murren unter den Männern hervor.

"Ende?! Hey, Mann, wir sind doch gerade erst rausgekommen!"

Die Wärter reden ihnen eher beschwichtigend als drohend zu: "Los, Leute, rein, Ende, Ende der Pause. Ihr wißt doch, wir können euch nicht hier draußen lassen, wenn's so donnert und blitzt."

"Ach nee, und warum nicht? Ihr habt wohl Schiß, die Blitze könnten dem elektrischen Stuhl die Arbeit abnehmen?" fragt ein Häftling.

"Das ist ja vielleicht ein blöder Hund!" fügt ein anderer hinzu, "die haben echt Angst, daß sie Job und Lohn verlieren, wenn uns der Blitz trifft!"

Ein paar schallende Lachsalven, und dann wächst die Marschkolonne vom Hof zurück in die Zellen wieder an.

Normalerweise dauert der Hofgang zwei Stunden, heute aber kaum zehn Minuten, damit nicht etwa das Schicksal den vom Staat zum Tode Verurteilten ein vorzeitiges Ableben beschert.

Für ungefähr 2.400 Menschen in Staats- oder Bundesgefängnissen sieht das Leben anders aus als für alle anderen in den Anstalten. Sie sind Amerikas "Verdammte", gebrandmarkt mit einem Stigma, neben dem sich das Etikett "Gefangener" geradezu harmlos ausnimmt. (...)

Im Todestrakt ist die Welt schwärzer als sonst irgendwo. Afroamerikaner, die statistisch nur 12 Prozent der Bevölkerung der USA ausmachen, stellen ungefähr 40 Prozent der Insassen von Todeszellen. Zu ihnen zähle auch ich, der Autor dieser Zeilen.

Kontrolle

(...) Das Leben hier schwankt zwischen den Extremen öde und bizarr. Im Gegensatz zu anderen Gefangenen können Gefangene im Todestrakt ihre "Zeit nicht absitzen". Am Ende des Tunnels erwartet uns nicht die ersehnte Freiheit, sondern Vernichtung. Insofern gibt es für viele hier keinerlei Hoffnung.

Wie in jeder größeren, quasi militärischen Struktur wird auch die Realität im Trakt von Regeln und Vorschriften diktiert. Wie gegen jedes Diktat, das der Persönlichkeit des Menschen übergestülpt wird, regt sich auch hier Widerstand, aber weitaus weniger als man erwarten sollte. Größtenteils sind die Gefangenen aus den

Todeszellen diejenigen, die sich am besten führen und am wenigsten Unruhe stiften. Freilich gibt es auch kaum Chancen, sich anders zu verhalten, denn viele "Todesabteilungen" funktionieren nach dem System "22 + 2" , das heißt, 22 Stunden Einschluß in der Zelle plus zwei Stunden Freizeit außerhalb. Der Hofgang findet in einer Art Käfig statt, dem "Hundezwinger", umzäunt von zweischneidigem Nato-Stacheldraht.

Alle Todestrakte dienen einem gemeinsamen Hauptziel: Dem Ablagern von Menschen in einer Welt der Sparmaßnahmen, in der verurteilte Gefangene wie Körper behandelt werden, die man am Leben erhält, um sie später zu töten. (...) In einigen Staaten sind vier, sechs oder sogar acht Stunden außerhalb der Zelle erlaubt, es gibt Gefängnisarbeit oder sogar Zugang zu Bildungsmaßnahmen. Nicht so in Pennsylvania.

Hier hat man wenig oder kein Seelenleben. Hier entkommen viele dem stets präsenten Schreckgespenst Tod nur mit den üblichen Ablenkungen wie Fernsehen, Radio oder Sport. Fernseher sind zwar erlaubt, aber keine Schreibmaschinen: Seine Energien darf man nach Lust und Laune auf Unterhaltung verschwenden, doch ein für die Befreiung per Gerichtsprozeß fast unentbehrliches Werkzeug gilt als Sicherheitsrisiko.

Ein Gefangener, der mehr an seinem Leben als an Unterhaltung interessiert war, stritt heftig mit der Gefängnisverwaltung um die Erlaubnis zum Kauf einer batteriebetriebenen Schreibmaschine, die weder Metallteile enthielt noch Lärm machte. Wie vorauszusehen, wurde ihm die Erlaubnis aus Sicherheitsgründen verwehrt. "Okay, und wie stuft ihr dann eine 13 Zoll große Glasscheibe ein?" wollte der Gefangene daraufhin wissen. "Ist das etwa kein Sicherheitsrisiko?"

"Wo willst du die denn herkriegen?" fragte der Gefängnisbeamte zurück.

"Aus meinem Fernseher!"

Antrag auf eine Schreibmaschine abgelehnt.

Fernsehen ist mehr als nur wirksame Ablenkung von einem furchtbaren Schicksal. Es ist ein psychologisches Druckmittel zum Kleinhalten derjenigen, die der entmenschlichenden Isolation in der Todeszelle standzuhalten wagen. Wird man nämlich eines Verstoßes gegen die Gefängnisordnung für schuldig befunden, dann wird einem der Fernseher weggenommen.

Nach Monaten oder Jahren, in denen man Besucher nur hinter einer Trennscheibe empfangen und selten telefonieren kann und die Kommunikation mit der Familie und anderen Menschen langsam verkümmert, wird das Fernsehen für manche zur Nabelschnur, zur psychischen Verbindung mit einer Welt, die sie längst verloren haben. Sie fürchten den Verlust des Mediums und sind von ihm abhängig, genau wie alte Leute, die sich dem Fernsehen zuwenden, weil es ihnen die Illusion menschlicher Gesellschaft gibt. Den Fernseher wegen irgendeiner kritischen Handlung oder Äußerung zu verlieren, wäre für viele ein zu hoher Preis.

Erniedrigung

Gefängnisbesuche sind eine Demutsübung.

Wie in vielen anderen Staaten, in denen die Todesstrafe existiert, sind auch in Pennsylvania Besuche ohne Körperkontakt die Norm. Dabei handelt es sich nicht einfach um eine Sicherheitsmaßnahme, sondern um eine Regel mit dem Ziel, die emotionale Verbindung zwischen Besucher und Gefangenem zu kappen. Die Besuche finden in einem ungefähr siebeneinhalb Quadratmeter großen, geschlossenen Raum statt. Der Gefangene trägt Handschellen und sitzt hinter einer stahlbewehrten Trennscheibe aus Sicherheitsglas und Maschendraht.

Was Besucher nicht zu sehen bekommen, ist der schreckliche Anblick der Leibesvisitation mit Entkleiden und Inspizieren der Körperöffnungen vor dem Besuch. Hat sich der Gefangene ausgezogen, leiert der Durchsuchungsbeamte den bekannten Spruch herunter:

"Mund auf ...

Zunge weit raus ...

Trägst du Zahnprothesen?

Hände vorzeigen, von beiden Seiten ...

Vorhaut zurückziehen ...

Den Sack hochhalten ...

Umdreh'n ...

Nach vorne beugen ...

Arschbacken auseinander ...

Fußsohlen zeigen ...

Anzieh'n!"

Verschiedene Gefangene haben protestiert und ins Feld geführt, daß solche Durchsuchungen ungerechtfertigt sind, denn vor oder nach Besuchen ohne jeglichen Körperkontakt gibt es keinerlei Anlaß für Leibesvisitation und Durchsuchen der Körperöffnungen. Sie forderten, daß entweder Kontaktbesuche erlaubt oder die entwürdigende Art der Kontrolle eingestellt werden solle. Die Gefängnisbürokraten antworteten auf diesen Vorschlag allerdings genauso, wie sie schon wiederholt bei Anträgen von Strafgefangenen auf Genehmigung von Schreibmaschinen reagiert hatten: Ablehnung aufgrund des "Sicherheitsrisikos".

Auch auf die Besucher wirkt diese Art der Begegnung beim Besuch stark verunsichernd. In der Sache "Rhem gegen Malcolm", einem oft erwähnten Prozeß über Haftbedingungen in New York, zitierte der Richter die Sachverständigenaussage des inzwischen verstorbenen Psychiaters Karl Menninger. Der Sachverständige stellte kontaktlose Besuche als das "unangenehmste und am stärksten verunsichernde Detail im gesamten Gefängnis" dar und als Praxis, die eine "Verletzung allgemeiner Grundsätze der Menschlichkeit" bedeute. Dr. Menninger stellte fest, es sei "ein so schmerzlicher Anblick, daß ich mich dort in der Regel nicht länger als ein bis zwei Minuten aufhalte. ... Ich empfinde ein derartiges Mitleid und schäme mich so sehr für mich selbst, daß ich den Raum verlassen muß."

Im Grunde zielen die kontaktlosen Besuche darauf ab, die Familienbeziehungen zu schwächen und letztlich aufzulösen. Durch diese systematische Praxis verweigert der Staat den Verurteilten vorsätzlich und gezielt grundlegende Ausdrucksformen von Menschlichkeit - nämlich Berührung und Körperkontakt. Damit untergräbt der Staat langsam die ohnehin schon durch die Entfernung zwischen dem Zuhause und dem Gefängnis geschwächten familiären Bindungen. Der Gefangene wird psychisch genauso isoliert wie zeitlich und physisch. Durch die Intervention des Staates wird er für die, die ihn kennen und lieben, zu einem "Toten", und in der Folge auch für sich selbst. Denn was macht eine Person zur Person, wenn nicht ihre sozialen Beziehungen und Bindungen?

Per Richterbeschluß in diese Unterwelt der Verzweiflung verstoßen, gewaltsam getrennt von den Verwandten, und erdrückt von der doppelten Scham über ihre Situation und über das Verbrechen, das sie an den Rand des Todes gebracht hat, suchen einige die vermeintliche Erlösung im Selbstmord. Andere kämpfen unermüdlich gegen die Mühlen der Justiz an, um ihre Unschuld zu beweisen und das ungerechte Urteil gegen sie zu revidieren. Wieder andere leben so, wie sie auch behandelt werden - als "Schatten [ihres] früheren Selbst in einem Pantomimestück über das Leben, als leere Menschenhüllen".

Für solche Männer und Frauen ist die eigentliche Hinrichtung nur noch eine Formalität, die im Geist längst vollzogen ist. Der Staat zieht einen Schlußstrich unter sein gut geplantes Drama, indem er den "Toten" ein zweites Mal tötet.

Politik und

"Gerechtigkeit" des Todes

Im Gegensatz zu vielen Menschen inner- und außerhalb von Gefängnissen, die über die Vorgänge im US-Supreme-Court (Oberstes Bundesgericht) so gut wie gar nicht informiert sind, beobachten einige Gefangene in den Todeszellen dieses Gericht mit gespannter Aufmerksamkeit. (...)

Beim Thema Todesstrafe folgt das Gesetz der Tagespolitik, und in diesem Bereich haben die Konservativen die gesellschaftspolitischen Kontroversen der achtziger Jahre mit einem Programm gewonnen, das die Todesstrafe lauthals befürwortet. (...)

Letzte Zweifel daran beseitigte das Verfahren "McCleskey gegen Kemp" (1987). Die Mehrheit der Richter akzeptierte grundsätzlich die wissenschaftlichen Aussagen der sogenannten "Baldus-Studie", weigerte sich aber, die daraus logisch resultierenden Konsequenzen zu ziehen. Die Studie präsentierte seitenweise Material, das eine krasse, von der Hautfarbe abhängige Ungleichbehandlung bei den in Georgia gefällten Todesurteilen belegte.

Das abweichende Minderheitsvotum des Richters Brennan faßt die Konsequenzen der Baldus-Studie zusammen: Angeklagte, die des Mordes an einem Weißen beschuldigt werden, werden mit 4,3 mal höherer Wahrscheinlichkeit zum Tode verurteilt als solche, die wegen Mordes an Schwarzen angeklagt sind. Von elf des Mordes an einem Weißen Angeklagten wären sechs nicht zum Tode verurteilt worden, hätte ihr Opfer schwarze Haut gehabt. Insofern wies die Studie nach, daß "eine signifikante Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Rassenzugehörigkeit eine ausschlaggebende Rolle bei der Entscheidung spielt, ob [ein Angeklagter] leben oder sterben soll."

Die Richtermehrheit ergeht sich in endlosen Exkursen und Abschweifungen bei der Begründung, weshalb sie letztlich etwas nicht gelten ließ, was sich auf Grund der Fakten kaum leugnen läßt, - daß nämlich die Rasse des Opfers ein primärer Faktor bei der Entscheidung über Leben und Tod des Angeklagten ist.

Die Forderung McCleskeys, die sich aus komplexem statistischen Material und fundierten wissenschaftlichen Analysen ableitet und sich auf "unser Verständnis der Geschichte und auf menschliche Erfahrungen" (Richter Brennan) stützt, wurde vom Gericht nicht etwa aus rationalen Gründen, sondern aus Angst abgelehnt. Der Vorsitzende Richter Powell wies die Schlußfolgerung der Studie zurück und bemerkte sichtlich beunruhigt, daß die "Klage McCleskeys in ihrer logischen Konsequenz die Grundsätze, auf denen unser gesamtes Strafrechtssystem beruht, ernsthaft in Frage stellen würde".

Eben.

Da McCleskey sich erdreistet hatte, die Gerechtigkeit des gesamten Systems grundsätzlich zu hinterfragen, wurden seine Anträge abgewiesen (...)

Todesmarsch und

ungelernte Lektionen

In den Todeszellen der Nation findet neuerdings ein Beschleunigungsprozeß statt. Das Marschtempo in Richtung Tod wird schneller. Das politische Klima bringt etwas ins Rollen, und die mit Todesdelikten befaßten Richter sehen sich zur Zeit zunehmend unter Druck, das finale Urteil auszusprechen.

Mit dem Ansteigen der Mordziffern in den Städten Amerikas steigt auch die Flut der Angst. Politiker wie Richter schwimmen nach wie vor auf dieser Welle mit, die sich auf die Tore der Exekutionskammern zuwälzt. Dabei spielt es anscheinend keine Rolle, daß von den zehn US-Bundesstaaten mit den höchsten Mordquoten acht an der Spitze der Staaten stehen, in denen die meisten "Abschreckungs"-Exekutionen durchgeführt werden. (...) Es spielt keine Rolle, daß die Wirksamkeit der Todesstrafe kaum diskutiert wird, und es spielt ebensowenig eine Rolle, daß mittlerweile niemand mehr ernsthaft behauptet, die Todesstrafe gebe den Bürgern mehr Sicherheit.

Das Habeas-Corpus-Prinzip (1), Grundstein der englischen Rechtsprechung seit der Regierungszeit von König Charles II. und Verfassungsgrundlage der Vereinigten Staaten seit ihren Anfängen, wird nun vom höchsten Richter des Obersten Bundesgerichts unterlaufen - was vor wenigen Jahren noch unvorstellbar war. Viele Verurteilte, deren Strafakten vor Verfassungsirrtümern strotzen, werden schon bald ohne erschöpfende Prüfung ihres Falls hingerichtet werden.

Bundesstaaten, die eine Generation lang nicht gemordet haben, machen jetzt ihre Maschinerie startklar: Generatoren heulen auf, Gifte werden gemischt, Gase abgemessen und vorbereitet, und stille Kammern warten auf den Befehl, ein Leben auszulöschen.

Abschreckung? Nach den Theorien der Todesstrafenbefürworter hätte die Hinrichtung von Willie Darden in Florida im März 1988 eigentlich einen enormen Abschreckungseffekt haben müssen. Über die Hinrichtung wurde sowohl in den USA als auch international ausführlich berichtet. Doch nicht einmal elf Stunden, nachdem 2.000 Volt durch Dardens angeketteten Körper gefahren waren, ermordete ein Mann in einem Anfall von

Eifersucht in der Neugeborenenabteilung eines Krankenhauses einen anderen. Der Mörder war Gefängnisbeamter aus Florida, einer, der eigentlich in der Lage hätte sein sollen, die Botschaft des staatlichen Hinrichtungsrituals aufzunehmen und zu verstehen.

Mir scheint, er hatte seine Lektion gründlich gelernt.

(Übersetzung: Regine Geraedts und ak-Redaktion)

Anmerkung

1) "Habeas-Corpus"-Prinzip (lat. für: "du habest den Körper"): kein Mensch darf ohne richterliche Anordnung in Haft gehalten werden. Auf dieser Grundlage können Todesstrafengefangene bei einer Verletzung ihrer Grundrechte durch die Staatsgerichte vor einem Bundesgericht klagen.

8. " Zwischen Flucht und Arbeit"- Eine Buchbesprechung

Antirassistisches Seminar vom 3.-5.11.19 95

Autor: Andreas Foitzik · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:36

Im März 1994 lud der BUKO-Arbeitsschwerpunkt "Rassismus und Flüchtlingspolitik" (siehe unten) nach Bochum zu einer Arbeitstagung über neue Flucht- und Migrationsbewegungen. Der Titel des Treffens "Von Osteuropa in den Standort Deutschland" benannte gesellschaftliche Entwicklungen, mit denen sich die antirassistische Linke bisher schwer getan hat. Osteuropa, die Herkunftsregion der meisten heutigen MigrantInnen, ist schon lange ein weißer Fleck auf der westdeutschen Solidaritätslandkarte. Den (überlebenden) Opfern der Verbrechen unserer Väter und Großväter wurde immer eher mit Desinteresse und Ablehnung begegnet.

Heute malochen diese Menschen oder ihre Nachkommen als Billiglohn-ArbeiterInnen für deutsche Investoren in Osteuropa. Oder sie kommen als MigrantInnen in die BRD. Selbst in den untersten Segmenten des deutschen Arbeitsmarkts können sie noch so viel verdienen, daß sie (aufgrund des riesigen wirtschaftlichen West-Ost-Gefälles) mit ihren Einkünften nach ihrer geplanten Rückkehr eine Menge anfangen können. Dies sind koloniale Strukturen, wie wir sie in anderen Teilen der Welt analysiert und angeklagt haben, aber vor der eigenen Haustür kaum zur Kenntnis nehmen.

Trikont-Flüchtlinge, die sich nur das zurückholen, was ihnen unsere Vorfahren geraubt haben und was die wirtschaftlichen Metropolen tagtäglich aus ihnen herauspressen, haben wir immer moralisch verteidigt. Die selbe Verteidigung kommt uns bei polnischen Bauarbeitern und rumänischen Hausmädchen nur zögerlich über die Lippen. Zu wenig wissen wir über die historische und aktuelle Kolonialisierung Osteuropas durch Deutschland, zu wenig auch über die neuen Formen der Migration, die damit zusammen hängen (u.a. Werksvertrags- und SaisonarbeiterInnen, GrenzgängerInnen, "Illegale").

Im BUKO-Arbeitsschwerpunkt "Rassismus" treffen sich seit 1991 eine Handvoll Gruppen und Einzelpersonen aus der Internationalismus- und der Antirassismus-Bewegung. Das Ziel ist eine Vernetzung beider Aktionsfelder im BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) und darüber hinaus. Außerdem will der Arbeitsschwerpunkt neue theoretische Grundlagen zum Thema Migration und Rassismus erarbeiten.

Ein Zwischenergebnis ist das Buch "Zwischen Flucht und Arbeit - Neue Migration und Legalisierungsdebatte". Es wäre zu wünschen, daß dieses Buch seine LeserInnen auch in den Kreisen findet, aus denen die HerausgeberInnen kommen. Auf der einen Seite haben viele Internationalismus- und Dritte-Welt-Gruppen Nachholbedarf in der Auseinandersetzung über unser Verhältnis zu Osteuropa und zu den neuen, weltweiten Migrationsbewegungen. Andererseits haben sich viele antirassistische Gruppen bisher kaum mit Ökonomie beschäftigt - konkret mit dem Themenblock Arbeitsmarkt-Arbeitsbedingungen-Arbeitskämpfe.

Der Sammelband enthält eine Mischung aus Reportagen, Theorietexten und Diskussionsbeiträgen. Er entgeht dabei der Gefahr der ständigen Wiederholungen, der viele andere Sammelbände unterliegen. Neben eher analytischen Texten stehen Berichte über Flüchtlinge und ihre Erfahrungen, weil - so die HerausgeberInnen - "linke Analysen dazu neigen, 'subjektlos' zu argumentieren, also diejenigen, über die geschrieben wird und für die (vorgeblich) geschrieben wird, selbst nicht vorkommen zu lassen." Solidarität erfordert jedoch keine Bevormundung sondern ein Verhältnis zwischen Subjekten. Auch wenn keine Artikel vertreten sind, die von Flüchtlingen selbst verfaßt sind, kommen die Betroffenen doch in Vera Gaserows Bericht über "Illegale" in Berlin zu Wort, ebenso wie in den Protokollen der Gespräche, die Almut Wilms-Schröder und Anna Dal Molin mit illegalisierten Roma-Frauen geführt haben. Auch den Reportagen von Norbert Cyrus über polnische WanderarbeiterInnen, von Andrea Krüger über Prostitution, Frauenhandel und Heiratsmigration und von Heike Kleffner über vietnamesische Vertragsarbeiter merkt man an, daß ihnen eine intensive politische Praxis der AutorInnen zugrunde liegt.

Cyrus zeigt am eindrucksvollsten den Wandel der Migrationsformen. Seit der Einführung der "offenen Grenze" zwischen der BRD und Polen (visafreie Einreise) wollen viele polnische MigrantInnen nicht mehr dauerhaft emigrieren, sondern nur saisonal in die BRD "pendeln". Ihr Lebensmittelpunkt bleibt in Polen. Über Saisonarbeit im deutschen Baugewerbe oder in der Landwirtschaft versuchen sie, ihre Existenzbedingungen zu hause verbessern. Ähnliches gilt für viele Frauen, die in der Sexindustrie arbeiten. (Im Gegensatz dazu ist Heiratsmigration eine der letzten legalen Einwanderungsmöglichkeiten, die mit einer halbwegs dauerhaften Lebensperspektive in der BRD verbunden sind.)

Kleffners Artikel über vietnamesische VertragsarbeiterInnen gibt eindrucksvolle Einblicke sowohl in die Migrationspolitik der DDR als auch in die brutale Ausweisungspolitik im vereinten Deutschland. Auch wenn diese Reportage den roten Faden des Buches auf den ersten Blick etwas verläßt, so ist sie doch wichtig, weil dieses Thema zumindest im Westen bisher viel zu wenig beachtet wurde. Kleffner zeigt, wie die VietnamesInnen zunächst aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt wurden. Nun werden die, die sich eigene kleine Überlebensstrategien wie Zigarettenhandel aufbauen, als "Mafia" kriminalisiert und mit Pogromen und Rückübernahmeabkommen aus dem Land gejagt.

Auch der Streifzug durch die Geschichte der osteuropäischen Ökonomien fällt etwas aus dem Rahmen des Buches, weil hier das Thema Migration nur am Rande vorkommt. Dennoch ist der Artikel des ak-Autors Hannes Hofbauer so materialreich und nachvollziehbar geschrieben, daß sich darin erst manche andere Themen des Buches erschließen. Ebenso materialreich sind Rolf Weitkamps Statistiken und Zahlenreihen über die Ausdifferenzierung und rechtliche Hierarchisierung verschiedener Gruppen von MigrantInnen.

Von den eher theoretischen Beiträgen möchte ich das Kapitel "Weltmarkt und neue Migration" von Georg Lutz hervorheben. In der Tradition der franzosischen Regulationsschule steckt er einen allgemeinen theoretischen Rahmen ab, in dem Migrationsbewegungen aus den Entwicklungen des Weltmarkts erklärbar werden. Lutz räumt mit einen "klassischen" Mißverständnissen auf. So zeigt er, daß Migrationsprozesse nicht dort entstehen, wo das wirtschaftliche Gefälle besonders steil oder die Bevölkerungsdichte besonders hoch ist. Vielmehr wächst die Bereitschaft zu Auswanderung gerade in denjenigen Regionen, in denen "die sogenannte ökonomische Entwicklung einen rasanten Verlauf nimmt und das Bevölkerungswachstum vergleichsweise niedrig ist".

Den Zusammenhang zwischen den neuen Migrationsformen und den Tendenzen zu einer "Ethnisierung des Sozialen" untersucht Christine Parsdorfer. Mit Hilfe der Arbeit von Etienne Balibar geht sie der Frage nach, "warum der 'Migrationskomplex' derart wirkungsmächtig wird, daß auch nicht wenige Wende-Linke meinen, sich unaufhörlich Gedanken um Einwanderungsquoten und Zuzugsbeschränkungen machen zu müssen."

Ebenfalls ideologiekritisch ist der Ansatz von Önder Erdem über klassische ArbeitsmigrantInnen ("GastarbeiterInnen") und ihre Position zwischen Deutschen und neuen EinwanderInnen. Viele "alte" EinwanderInnen neigen dazu, ihre Besitzstände über Abgrenzung nach unten sichern zu wollen. In Rückgriff auf Gramsci macht Erdem an verschiedenen Beispielen deutlich, wie nah der Wille zur Macht und der Wille zum Widerstand gegen diese Macht beieinander liegen können.

Der abschließende Debattenteil des Buches dokumentiert vor allem die kontroverse Diskussion um die Forderung nach einer Legalisierung illegalisierter ImmigrantInnen. Diese Diskussion wurde im vergangenen Jahren durch einen Kampagnenvorschlag der antirassistischen Zeitschrift "off limits" angestoßen. In mehreren Beiträgen (von Jan Allers und von zwei "Zufluchts"-Projekten) werden die verschiedenen Positionen vorgestellt. Der ak-Autor Michael Hahn stellt der hiesigen Debatte beispielhaft die Erfahrungen mit Legalisierungsprogrammen in den USA gegenüber.

Als "inoffizielles" Fazit des Sammelbandes ist Katina Schuberts Zusammenfassung der Debatten auf der eingangs genannten Tagung und der Vorbereitung des Buches zu lesen. Mit der Forderung nach "sozialen Mindeststandards für alle" begegnet sie den (unter anderem gewerkschaftlichen) Einwänden gegen die Forderung nach offenen Grenzen und den daraus abgeleiteten Schreckensszenarien für Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit in der BRD.

Freilich ist die Mindeststandard-Forderung zwiespältig, weil sie zum Ausschluß vieler "irregulärer" MigrantInnen aus dem Arbeitsmarkt beitragen kann. Werden UnternehmerInnen noch Flüchtlinge beschäftigen, wenn deren Arbeitskraft genauso teuer ist wie die von deutschen Beschäftigten? Schubert fragt:

"Ist es möglich, daß eine objektiv richtige Forderung subjektiven Interessen derjenigen zuwider läuft, für die wir uns mit der Forderung einsetzen?" Solange diese Frage unbeantwortet bleibt, kann man sich der Forderung nach weiteren Anstrengungen und offenem Dialog mit Flüchtlingen nur anschließen.

Die Zeitschrift "Die Brücke" greift in ihrem aktuellen Heft (Sept./Okt. 95) die Debatte auf. Der Themenschwerpunkt "Sklavenarbeit per Gesetz" bezieht sich in weiten Teilen auf Beträge des Sammelbandes. Zusätzlich stellt die Zeitschrift gewerkschaftliche Positionen zum Thema dar. Dieses Thema fehlt leider in "Zwischen Flucht und Arbeit". Trotzdem ein großes Lob an den Verlag Libertäre Assoziation und seinen Lektor Klaus Viehmann.

Andreas Foitzik

BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hg.): "Zwischen Flucht und Arbeit - Neue Migration und Legalisierungsdebatte". Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1995. 250 Seiten, 25 Mark.

Arbeitsrecht für Flüchtlinge

Zum Thema Migration und Arbeitsmarkt hat die Kölner Gruppe abc eine kleine Broschüre erstellt: "Arbeitsrecht (nicht nur) für Flüchtlinge - Keine Angst vor Chefs, Arbeitsämtern und Arbeitsgerichten!" In verständlicher Sprache wird über für Flüchtlinge wesentliche Aspekte des deutschen Arbeitsrechts informiert (Arbeitserlaubnis, Arbeitslosenunterstützung, Verträge, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Urlaub, Feiertage, Kündigungen, Zwangsarbeit, "Schwarzarbeit", Saisonarbeit, Werkverträge).

Das Info liegt als Kopiervorlage auch auf französisch vor, demnächst auch auf englisch und polnisch. Für die deutsche Fassung gibt es Staffelpreise (z.B. 20 Broschüren für 10 Mark). Bestelladresse: Gruppe abc, c/o Jugendclub Courage, Bismarckstr. 40, 50672 Köln.

" Solidarität im Sozialen"

Antirassistisches Seminar vom 3.-5.11.19 95

Die in "Zwischen Flucht und Arbeit" begonnene Diskussion wird fortgesetzt. Der BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus lädt nach Wissen (Rheinland-Pfalz) zum Seminar. Dort geht es um die sozialen Folgen der Illegalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Verschiedene praktische Ansätze (von Beratungsstellen über Gesundheitsversorgung bis zu "Zufluchts"-Projekten) werden vorgestellt. Das Ziel ist eine Vernetzung dieser Ansätze. Eingeladen sind auch Gruppen und Einzelpersonen von außerhalb des BUKO.

Weitere Informationen über Tel. 0202-300030 (Infobüro Nicaragua). Schriftliche Anmeldung bis zum 16. Oktober an: BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.

9. Hungerstreik im Abschiebeknast Glasmoor

Autor: Glasmoorgruppe · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:35

Seit Sonntag, den 1.10.1995, sind im Abschiebeknast Glasmoor mehrere Flüchtlinge, vor allem Kurden, im Hungerstreik. Sie fordern ihre sofortige Freilassung, ein Bleiberecht für alle sowie die Abschaffung aller Abschiebeknäste.

Beim Sonntagsspaziergang teilten sie uns durch Zurufen mit, daß bereits zwei von ihnen im Hungerstreik sind und sich weitere anschließen wollen. Anlaß für sie, in den Hungerstreik zu treten, war die Abschiebung von mehr als 20 Kurden in der Woche zuvor. Den Kurden schlossen sich zwei Iraner an. Am 6.10.95 waren noch neun Kurden im unbefristeten Hungerstreik.

Mit allen Mitteln versucht die Justizbehörde, den Hungerstreik zu brechen. Schon am Montag wird ein Kurde, der im Hungerstreik ist, abgeschoben. Ihm gelingt es, noch vom Flughafen aus beim Antirassistischen Telefon anzurufen, um den Hungerstreik in Glasmoor bekannt zu geben. Bereits vorher bestätigte uns ein Anwalt, der im Knast Mandanten besucht hat, daß ca. 20 Gefangene nur noch Tee und Wasser zu sich nehmen. Am Nachmittag erreicht uns dann ein weiterer Anruf aus dem Knast, mit der Bitte, den Hungerstreik zu unterstützen und öffentlich zu machen.

Am Dienstag demonstrieren über hundert Menschen vor dem Abschiebeknast Glasmoor, um den Hungerstreikenden ihre Solidarität zu bekunden und sich hinter ihre Forderungen zu stellen. Es findet eine Pressekonferenz statt, die Medien sind jedoch nur spärlich vertreten. Gleichzeitig ist Besuchszeit, vielen der Hungerstreikenden wird der Besuch verweigert mit der Begründung, es ginge jetzt nicht. Die Anstaltsleitung läßt nicht zu, daß eine Vertrauensärztin und ein Bürgerschaftsabgeordneter die Gefangenen sehen können. Es wird ein bißchen am Tor des Distanzzauns gerüttelt, der tatsächlich ziemlich wackelt.

Am Mittwoch fahren zumindest ein paar UnterstützerInnen zum Knast, um Kontakt mit den Gefangenen aufzunehmen. Als sie ankommen, sind Arbeiter gerade dabei, das Tor mit Natodraht zu verstärken und einen schweren Riegel davor zu legen. Die Gefangenen haben gerade Hofgang. Wir erfahren, daß sie enorm unter Druck gesetzt werden und daß ihnen mit Verlegung und sofortiger Abschiebung gedroht wird, wenn sie ihren Hungerstreik nicht abbrechen. Sie bekommen kein Mineralwasser, sondern nur Tee, wodurch die lebenswichtige Mineralstoffversorgung nicht gewährleistet wird. Auch am Mittwochmorgen durften der Bürgerschaftsabgeordnete und die Vertrauensärztin nicht in den Knast, obwohl der Abgeordnete normalerweise jederzeit das Recht auf Zugang hat. Außerdem teilen uns die Gefangenen mit, daß ein Hungerstreikender ins UG Holstenglacis verlegt wurde.

Mit dieser Verlegung reagiert die Justizbehörde direkt auf die Pressekonferenz am Dienstag. Denn der Fall von Mehmet S., dem Kurden, der verlegt wurde, wurde von seinem Anwalt auf der Pressekonferenz geschildert. Mehmet war erst vor drei Wochen aus der Türkei geflüchtet, nachdem er zuvor 15 Tage in Elazig in Polizeihaft und gefoltert worden war. Unter anderem mußte er über ein Nagelbrett gehen und seine Wunden wurden ständig mit Salz bestreut. Herr S. hatte, als er in Hamburg ankam, kein Geld und konnte keinen Anwalt aufsuchen. Außerdem kann er nicht lesen und schreiben. Als er nach seiner Festnahme einen Asylantrag stellen wollte, wurde ihm mitgeteilt, daß er bereits 1986 abgeschoben wurde und sich somit sein Begehren erledigt hat. Herr S. wurde sofort in Sicherheitshaft genommen, um die Abschiebung vorzubereiten. Die Justizbehörde bezeichnet Mehmet S. jetzt als Rädelsführer. Seine sofortige Isolierung von den anderen Gefangenen soll den Widerstand brechen. Der Justizbehörde sind die schweren Folterungen, die Herr S. erleiden mußte, bekannt. Mit seiner Verlegung beabsichtigt sie, seinen Widerstand gegen die Abschiebung psychisch zu brechen und setzt damit die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates in deutschen Gefängnissen fort.

Am Donnerstag organisieren wir wieder eine kleine Kundgebung vor dem Knast. Diesmal ist die Polizei mit sehr starker Präsenz vertreten.

Freitagmorgen besetzen VertreterInnen der Glasmoorgruppe, des Antirassistischen Telefons, des Flüchtlingsrates Hamburg und des Café Exil die Geschäftsstelle der Abschiebeabteilung der Ausländerbehörde. Sie fordern die sofortige Freilassung der Hungerstreikenden und die Erfüllung ihrer

Forderungen. Der Leiter der Ausländerbehörde Dauer macht die Zusage, daß am Wochenende keine Abschiebung der Hungerstreikenden mehr stattfinden und ihre Asylanträge neu geprüft werden. Nachmittags teilt Dauer telefonisch mit, daß eine Kurzprüfung stattgefunden habe und niemand entlassen werde.

Nachdem es im ganzen Bundesgebiet keinen generellen Abschiebestop von KurdInnen in die Türkei mehr gibt, praktizieren die meisten Länder das sogenannte Konsultationsverfahren. Das bedeutet, RechtsanwältInnen und Menschenrechtsorganisationen in der Türkei werden die Namen der hier Asylsuchenden bekannt gegeben. Sie sollen prüfen, ob für sie in der Türkei eine Gefährdung vorliegt. Alle hungerstreikenden Kurden lehnen eine Zusammenarbeit zwischen dem türkischen und dem deutschem Staat ab. Ihnen wird eine Liste mit Rechtsanwälten vorgelegt, auf der sie keine kurdischen, sondern nur türkische Namen vorfinden.

Der Leiter des Einwohnerzentralamtes, Ralph Bornhöft, formulierte in einem Gespräch, daß alle die, die das Konsultationsverfahren ablehnen, abgeschoben werden sollen.

Der Hungerstreik der Flüchtlinge in Glasmoor gibt uns Anlaß, den Widerstand gegen Abschiebeknäste zu verstärken. Bisher gibt es nur wenig Interesse von Medien und Öffentlichkeit an dem Hungerstreik, er wird nicht ernst genommen.

Während die Justizbehörde versucht zu mauern und die Gefangenen zu isolieren und zu zermürben, fährt die Ausländerbehörde eine Politik der Deeskalation und scheint zumindest beunruhigt. Dennoch ist zu befürchten, daß sie eine Entlassung der Gefangenen ablehnen wird, da es angeblich keine Asylgründe gibt.

Die Glasmoorgruppe

Anm. ak: Der Hungerstreik wurde am 12.10. abgebrochen. Justizsenator Hoffman-Riem erklärte sich bereit, mit VertreterInnen der Glasmoorgruppe des Flüchtlingsrates über Vertrauensarztregelungen zu reden. amnesty international will mit Innensenator Wrocklage über die Situation der Flüchtlinge in Hamburg sprechen.

Kasten kann aus Platzgründen wegfallen

Sonntagsspaziergang

Den gefangenen Flüchtlingen und Migranten drohten von Beginn an Repressalien: Wenn sich einzelne sonntags während unseres Spazierganges zu weit aus dem vergitterten Fenster hängten, wurden sie zum Teil verlegt. Andere wurden beim Versuch der Kontaktaufnahme mit uns mit Telefonverbot bestraft. Trotzdem werden unsere Besuche von den Gefangenen gewünscht, da es um Kontakt, Austausch und juristische Hilfe geht. Auch die Sonntagsspaziergänge und andere Aktionen werden z.T. stürmisch begrüßt und die Notwendigkeit, die Isolation zu durchlöchern, wird betont.

Haben wir es mit diesem Widerstand in den ersten Monaten noch geschafft, nach und nach einen relativ starken Druck auf die Knastleitung aufzubauen, geraten die anfänglichen Erfolge jetzt unter anderem durch die hohe Fluktuation der Gefangenen ins Stocken. Osteuropäer z.B. bleiben nur relativ kurze Zeit im Knast; Strafverlegungen in andere Knäste sind an der Tagesordnung.

Nachdem es im Frühjahr noch vage Ideen davon gab, daß der Knast (ein bißchen) wackelt, stellt sich die Situation nun anders dar. Der Kontakt in den Abschiebeknast wird mühsam aufrechterhalten; die BesucherInnengruppe ist durch die Anstaltsverbote stark verringert. Die Sonntagsspaziergänge haben sich etabliert, werden mal mehr, mal weniger besucht. Anfänglich haben auch noch verschiedene Gruppen die Durchführung übernommen.

Das Ziel der Glasmoorgruppe ist nicht, verbesserte Haftbedingungen zu erreichen. Trotzdem wurden einige Verbesserungen im Zuge unserer Aktivitäten erreicht.

Wir haben es geschafft, eine größere Öffentlichkeit über Abschiebeknäste, im speziellen über den Abschiebeknast Glasmoor herzustellen und die Thematik in andere Gruppen hineinzutragen. Es gelang jedoch nur in geringem Ausmaß, mehr Menschen und Gruppen in den Widerstand gegen Glasmoor und Abschiebepolitik einzubeziehen.

Nach unserer Einschätzung benötigt die Arbeit gegen den Hamburger Abschiebeknast einen kraftvollen Anstoß. In den letzten Monaten gab es an vielen Orten in der BRD Aktionen zu Abschiebeknästen. Wir

versuchen, im Rahmen einer Kampagne gegen Glasmoor, den Widerstand zu verstärken. Vorrangige Ziele dabei sind, den Druck auf die Verantwortlichen weiter zu erhöhen, Öffentlichkeit herzustellen und die Flüchtlinge aus der Isolation herauszuholen. Weiterhin soll die Kampagne Mobilisierungseffekte haben für mehr Menschen und Gruppen, sich in den Widerstand - nicht nur - gegen Abschiebepolitik einzumischen.

Angefangen hat die Kampagne mit einer Auftaktveranstaltung mit ReferentInnen aus Tübingen, NRW, Berlin und Hamburg, die über die unterschiedlichen Bedingungen in den jeweiligen Bundesländern und den Widerstand gegen Abschiebeknäste berichteten. Im Herbst finden Informationsveranstaltungen im norddeutschen Raum statt. Dazu bieten wir neben einer Informationsbroschüre eine Fotoausstellung und ein Video über Glasmoor an. Am 23. September gab es ein Konzert "Rock gegen Abschiebehaft" vor dem Knast Glasmoor. Und am 11. November wird anläßlich des Jahrestages der Protestaktion eine Demo von Norderstedt vor den Knast ziehen.

Während dieser Aktionswochen sollen mehrere Bereiche der Abschiebemaschinerie angegangen werden: Kundgebungen vor dem Sicherheitsdienst Wako Nord, der Lufthansa, dem Landgericht mit besonderer Bezugnahme auf die verantwortlichen RichterInnen und eine Aktion auf dem Hamburger Flughafen.

10. Guatemala: Waffenstillstand für Wahlen. Linke beteiligt sich am 12. November mit eigener Liste

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:18

Zu den Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen, die am 12. November in Guatemala stattfinden, treten erstmals auch Teile der Linken an. Für das neugegründete Wahlbündnis "Demokratische Front Neues Guatemala" (FDNG) bewerben sich bekannte Persönlichkeiten aus Massen- und Volksorganisationen um Mandate. Die Guerilla (URNG) ruft zur Stimmabgabe auf, sicherte zu, die Wahlkampagne nicht zu behindern und erklärte für den Zeitraum vom 1.-13. November einen einseitigen Waffenstillstand.

Welchen demokratischen Gehalt haben Wahlen in einem Land, das sich seit 35 Jahren im Kriegszustand befindet? Welche Repräsentativität können Abgeordnete beanspruchen, die nur von einem Bruchteil der Stimmberechtigten gewählt werden, während die Wahlenthaltung Rekordmarken von 80%-85% erreichte? Welche Legitimität hat der zukünftige Präsident, wenn der aussichtsreichste Kandidat gar nicht erst antreten darf? Und warum gibt unter diesen Umständen und ausgerechnet jetzt die Linke ihre traditionelle Boykottlinie auf?

Betrachten wir zunächst die formalen Aspekte der für den 12. November anberaumten Wahlen. Außer dem Präsidenten- und dem Vize-Präsidenten-Amt werden 80 Parlamentsmandate vergeben und Bürgermeister sowie Gemeinderäte in 302 Kommunen bestimmt, 19 Parteien bzw. Koalitionen bewerben sich für diese Posten. Der gegenwärtige Präsident Ramiro de León Carpio sowie die 80 Parlamentarier haben ihre Ämter erst seit Mitte 1993 inne. Daß sie bereits nach 18 Monaten wieder abgelöst werden, liegt daran, daß ihnen nach dem fehlgeschlagenen Präsidentenputsch von Serrano Elías (Mai 1993) in einer innenpolitisch turbulenten Phase ihre Funktionen nur übergangsweise verliehen wurden. Die anstehende Wahlrunde knüpft an den regulären 5-Jahres-Turnus an, der seit der demokratischen Öffnung im Jahre 1985 besteht.

Jener Urnengang, nach Jahrzehnten schamloser Betrügereien wenigstens technisch sauber, hatte große Hoffnungen auf eine nach westlich-parlamentarischen Regeln geordnete Zukunft geweckt. 1,9 Mio Personen gaben ihre Stimme ab und votierten für vermeintlich gemäßigt reformerische Parteien. Die Linke trat nicht an. Die Guerilla kämpfte vom Untergrund aus, unabhängig von ihr gibt es weder nennenswerte reformistische noch revolutionäre Strömungen. Als sich in den Folgejahren für immer breitere Bevölkerungsteile zeigte, daß ihre politischen und sozialen Erwartungen nicht erfüllt wurden, nahm die Wahlbeteiligung von Runde zu Runde immer weiter ab. Inwieweit hier auch die Boykottaufrufe der Befreiungsbewegung URNG sowie der legalen Massenorganisationen durchschlugen, ist nicht verläßlich zu bewerten. Auf jeden Fall erreichte die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen im August 1994 mit nur noch 21% einen Tiefpunkt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß ohnehin nur ein Teil der Wahlberechtigten über die zur Stimmabgabe erforderliche Wahlkarte verfügt. Gegenwärtig haben etwa 1,5-2 Mio Menschen dieses Dokument aus den unterschiedlichsten Gründen nicht in Händen. Genauere Zahlen liegen nicht vor, weil die statistischen Daten seit vielen Jahren lediglich in Form mathematischer Projektionen gewonnen werden.

Im kommenden November sind 3,7 Mio Personen stimmberechtigt, 400.000 mehr als zuvor. Diese Zunahme ist das Ergebnis einer Pro-Wahlkampagne, die von linken und fortschrittlichen Organisationen getragen wurde. Daran war auch die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú maßgeblich beteiligt. Es ging vor allem darum, daß sich städtische Arme und Indígenas aus dem Landesinnern in die Wahlregister eintrugen. Viele Regierungsstellen und Lokalverwaltungen behinderten und verzögerten diese Anstrengungen, weil sie befürchten, daß damit das Stimmenpotential der Linken vergrößert werden könnte.

Die drei wichtigsten bürgerlichen Parteien

Von den 19 Parteien bzw. Bündnissen, die am 12. November antreten, sind nur vier relevant. Beim Rest handelt es sich durchweg um populistische, konservative und rechtsradikale Minigruppen, die jeweils nur wenige tausend Stimmen erhalten dürften und gesamtgesellschaftlich bedeutungslos sind. Übrigens haben durch die Bank alle Parteien nur wenige Mitglieder und demzufolge schwache Parteistrukturen. Die einzige Ausnahme stellt die Christdemokratische Partei (DCG) dar, die trotz deutlicher Einbrüche immer noch eine vergleichsweise breite organisatorische Basis hat. Die Christdemokratie und das neugegründete linke Bündnis

"Demokratische Front Neues Guatemala" sind "Programmparteien". Die übrigen Formationen scharen sich um starke Führungspersönlichkeiten, die sich auf wenige Politikfelder konzentrieren.

Im Unterschied zum benachbarten El Salvador hat es die herrschende Elite Guatemalas im letzten Jahrzehnt nicht geschafft, eine schlagkräftige und moderne rechte Partei aufzubauen, die mit der salvadorianischen Regierungspartei ARENA vergleichbar wäre. Der Grund: Die guatemaltekischen Militärs haben seit vier Jahrzehnten nicht nur das staatliche Gewaltmonopol inne. Sie kontrollieren darüber hinaus beträchtliche Teile der Wirtschaft und nehmen auch auf die Tagespolitik direkt Einfluß. Sie ließen bislang keine von ihr unabhängige rechte Partei hochkommen. Hierin liegt eine Schwäche, die für die Linke günstige Ansatzpunkte böte.

Die drei maßgeblichen Kräfte des bürgerlichen Lagers:

- Die derzeit aussichtsreichste Formation, die "Partei des nationalen Fortschritts" (PAN), wurde 1990 vom ehemaligen Bürgermeister von Guatemala-Stadt, Alvaro Arzú, gegründet. Es handelt sich um eine rechtskonservative Unternehmerpartei, die vor allem für die Durchsetzung ihrer wirtschaftsliberalen Politik kämpft. Sie spricht sich aber auch für ein Friedensabkommen mit der Guerilla und für die Entmilitarisierung des Landes aus. Derzeit stellt sie mit 24 Sitzen die zweitgrößte Fraktion im Parlament. Alvaro Arzú, der aus einer alteingesessenen Familie der Oligarchie kommt, hat die besten Chancen, Präsident zu werden. Der jetzige Amtsinhaber und die internationalen Finanzorganisationen fördern ihn nach Kräften. Arzú war in der kurzen Amtszeit von Präsident Serrano Elías bereits Außenminister. Er findet vor allem in der städtischen Unternehmerschaft Unterstützung. Das Hauptwählerreservoir der PAN liegt in der Hauptstadt, die vom PAN-Mann Berger regiert wird. Neben dem Hauptstadt-Bonus - ein Fünftel der Gesamtbevölkerung lebt dort - spricht für die PAN, daß ihre Parlamentarier als nicht korrupt gelten. Das zählt in Guatemala! Auf der Ebene des Stimmenfangs weist die PAN zwei große Schwächen auf: Sie ist in weiten Teilen des Landes nicht oder kaum präsent, so daß sie nur über geringe Möglichkeiten verfügt, sich aus den Kommunen und Regionen Unterstützung zu beschaffen. Außerdem hat sie zur Indianer-Frage nichts zu sagen, so daß sie in der Maya-Bevölkerungsmehrheit kaum Sympathien findet.

- Die "Republikanische Front Guatemalas" (FRG) wurde 1990 vom ehemaligen Militärdiktator Ríos Montt gegründet. Mit populistischen und autoritären Parolen - "Saustall ausmisten", "das Land wieder sicher machen", "Verbrecher hart bestrafen", "wer nicht arbeitet, soll nicht essen" - konnte der evangelikale Prediger reüssieren. Er war bereits 1982/83 Junta-Chef. Der Ex-General ist für eine äußerst blutige Phase der Aufstandsbekämpfung verantwortlich, die tausende Zivilisten das Leben kostete. Ríos Montt leitet die mit 32 Abgeordneten derzeit größte Fraktion des Parlaments. Er war kurzzeitig Parlamentspräsident. Seine Präsidentschaftskandidatur wurde vom Verfassungsgericht vor kurzem wie schon 1990 abgelehnt, weil laut Verfassung ehemalige Putschisten für das höchste Staatsamt nicht wählbar sind. Der geschickte Demagoge hätte höchstwahrscheinlich jeden Konkurrenten geschlagen. Er präsentiert sich als der "starke Mann", nach dem sich viele sehnen. Im Militär, Teilen der Oligarchie sowie in paramilitärischen Bürgerwehren kann er auf breite Unterstützung zählen. Mit einer Mischung aus Hau-drauf-Parolen, religiös verbrämten Appellen sowie der Selbstinszenierung als Opfer eines ungerechten politischen Systems setzt er sich immer wieder in Szene. Er gilt jedoch bei westlichen Regierungen aufgrund seiner Vergangenheit und seiner Unberechenbarkeit als unerwünschte Person. Mit vereinten Kräften - und vermutlich erheblichem Druck aus dem Ausland - wurde seine sowie die Ersatzkandidatur seiner Frau verhindert. Nun bewerben sich für die FRG ein ehemaliger Christdemokrat sowie ein Oberst um das Präsidentenamt. Im Umkreis der FRG, die ebenfalls für eine neoliberale Wirtschaftspolitik eintritt, sammeln sich diejenigen, die dem Friedensprozeß ablehnend gegenüberstehen.

- Die Allianz aus Christdemokratie, Zentrumspartei und Sozialdemokratie (DCG/UCN/PSD) ist die dritte bürgerliche Option. Sie bündelt die staatstragenden Funktionseliten, Teile der Mittelschichten und der Unternehmer. Die Allianz ist jedoch eine Totgeburt, da sie von oben her eilig zusammengezimmert wurde und an der Basis der jeweiligen Mitgliedsparteien auf wenig Akzeptanz stößt. Von der Christdemokratie haben sich deshalb acht Abgeordnete sowie Funktionäre im Landesinnern abgespalten. Die Allianz hält zusammen, weil ein Teil der Armee sowie Teile der Unternehmerschaft der PAN nicht zutrauen, das Land zu regieren. Die parteinahen Stiftungen der Bundesrepublik fördern diese Parteien seit vielen Jahren: Die Konrad-Adenauer-Stiftung die DCG, die Friedrich-Ebert-Stiftung die PSD und die Naumann-Stiftung die UCN. Ungeachtet der guten internationalen Kontakte, über die diese Allianz verfügt, hat sie im Land selbst nur

geringe Anziehungskraft. Ihre Mitgliedsparteien, die die staatlichen Institutionen in den letzten zehn Jahren größtenteils kontrollierten, haben vollkommen abgewirtschaftet. Dutzende ihrer Spitzenpolitiker sind in Korruptions- und Amtsmißbrauchsaffären verwickelt. Deshalb schrumpfte ihre Wählerschaft dramatisch. Heute wird der Allianz ihr postuliertes progressives Image nicht mehr abgenommen. Ihre Wirtschaftspolitik ist mit jener von PAN und FRG ohnehin weitgehend identisch. Mit dem parteilosen Andrade Díaz-Durán als Präsidentschaftskandidat konnte sie dennoch ein bekanntes Zugpferd gewinnen. Díaz-Durán spielte in der Vergangenheit immer dann eine bedeutende Rolle, wenn es darum ging, zwischen dem Militär und den Parteien Bündnisse zu schmieden. Er diente dem Regime unter General Kjell Laugerud García (1974-1978), fungierte in der Putschregierung von General Mejía Víctores (1983-1986) als Außenminister und war unter der christdemokratischen Regierung (1986-1990) maßgeblich daran beteiligt, Guatemala vom antisandinistischen Block fernzuhalten. Ein Mann für komplizierte Schachzüge also. Sein Dilemma: Die ehemals starke organisatorische Basis von UCN und DCG befindet sich ebenso wie ihre Glaubwürdigkeit im freien Fall. Die sozialdemokratische PSD stellte zu keinem Zeitpunkt eine relevante politische Kraft dar.

Die "Demokratische Front Neues Guatemala" (FDNG)

Nach langwierigen Verhandlungen stellte sich am 1. Juli die "Demokratische Front Neues Guatemala" (FDNG) der Öffentlichkeit vor. An ihrer Spitze stehen demokratische Akademiker sowie bekannte Aktivisten von Menschenrechtsgruppen - beispielsweise Nineth Montenegro (GAM) oder Rosalina Tuyuc (CONAVIGUA) - und Gewerkschafter wie Byron Morales (UASP). Ursprünglich gab es ein Tauziehen um die Frage, ob sich das neue Bündnis überhaupt als "links" definieren sollte. Verschiedene kleine sozialliberale Reformgrüppchen plädierten dagegen und sprachen sich lediglich für eine zivilgesellschaftliche und friedensorientierte Grundlinie aus. Bis auf eine haben sich diese Gruppen wieder aus der FDNG zurückgezogen. Dagegen engagieren sich jetzt vermehrt Personen, die bislang in legalen Volks- und Massenorganisationen tätig waren. Einige kehrten auch aus dem Exil zurück, um sich in der neuen Kraft zu betätigen. Die Namen an der Spitze sagen mehr über die FDNG aus als die allgemein gehaltenen programmatischen Aussagen, die man als linkssozialdemokratisch einstufen kann. Als Kandidaten für die Vize-Präsidentschaft nominierte die FDNG Juan León Alvarado. Er gehörte zu den Mitbegründern der radikalen Landarbeiterorganisation CUC, lebte von 1985-1992 in Mexiko und arbeitete dort in der Menschenrechtsorganisation "Justicia y Paz". Nach seiner Rückkehr engagierte er sich in der 500-Jahr-Kampagne und wirkt seither maßgeblich am Aufbau verschiedener Maya-Organisationen mit. Da er selbst Maya-Quiché ist und bis zu seiner Flucht im indianisch geprägten Hochland gelebt hat, ist er prädestiniert, die Maya-Bevölkerung anzusprechen. Ob und wie die Mayas votieren werden, ist jedoch völlig ungeklärt. Sie stellen die große Unbekannte und eine Hoffnung für die Linke dar.

Die Guerillabewegung hatte schon Monate vor Gründung der FDNG betont, daß ihr an der Gründung einer neuen, breit angelegten progressiven Partei gelegen sei. Nur so könne den rechten Parteien auf mittlere Sicht die Machtausübung streitig gemacht werden. Bis dahin hatte die Guerilla auf Wahlboykott gesetzt. Aber obwohl die Wahlenthaltung Rekordmarken erreichte, wurde die Legitimität der Abgeordneten nicht in Abrede gestellt. Aus Sicht der Guerilla hatte ein weiterer Boykottaufruf deshalb keinen Sinn mehr.

Mit der FDNG nimmt zum erstenmal seit Jahrzehnten wieder eine linke Liste an Wahlen teil. Ihre Zusammensetzung und Funktion ist mit der 1987/1988 in El Salvador gegründeten "Demokratischen Konvergenz" (DC) vergleichbar. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, der Linken neue Spielräume und Handlungsmöglichkeiten zu erschließen. Dies ist um so wichtiger, als die Befreiungsbewegung URNG die Perspektive einer kurzfristigen revolutionären Umwälzung realistischerweise zugunsten einer Verhandlungslösung aufgegeben hat. Um unter den sich ändernden Umständen bestehen zu können, brauchen die Kräfte, die bisher den bewaffneten Kampf unterstützt haben, neue politische Instrumente. Das Beispiel El Salvador zeigt aber, daß es Jahre dauert, bis eine neue linke Wahlpartei, die unter Bürgerkriegsbedingungen aufgebaut werden muß, richtig Fuß faßt. Es zeigt auch, daß erst die volle Integration der Guerilla ins politische Leben, die in Guatemala noch bevorsteht, einer linken Kandidatur Schubkraft verleiht. Deshalb kann die FDNG auch nicht mehr als einen Achtungserfolg erwarten. Sie kann aber den Kern einer zukünftigen Parlamentsarbeit der Linken bilden. Ob sich dann alle Strömungen der Linken in einer Partei wiederfinden werden oder nicht, muß sich erweisen.

Widrige Rahmenbedingungen

Allein die Tatsache, daß es die Linke überhaupt wagen kann, sich offen zur Wahl zu stellen, zeigt, daß sich in Guatemala ein Wandlungsprozeß andeutet. Die Zurückhaltung in meiner Formulierung korrespondiert mit der Vorsicht, die in Guatemala Leute, die sich als Linke zu erkennen geben, weiterhin an den Tag legen müssen. Denn die Kontinuität der Menschenrechtsverletzungen ist ebenso ungebrochen wie die Straflosigkeit der uniformierten Täter. Daran vermochten auch die Unterzeichnung des Menschenrechtsabkommens durch Guerilla und Regierung sowie die Stationierung einer UNO-Beobachtertruppe, MINUGUA, nichts Grundsätzliches ändern. Zwar zeichnet sich im Vergleich zum Vorjahr ein leichter zahlenmäßiger Rückgang der politischen Morde ab, aber weiterhin wird pro Tag eine Person getötet. Bei MINUGUA, die seit September 1994 den Auftrag wahrnimmt, die Umsetzung der Friedensabkommen zu verifizieren, wurden im ersten Halbjahr 1995 insgesamt 1600 Fälle von Menschenrechtsverletzungen angezeigt. In 40% aller Fälle ging es um das Leben oder die körperliche Unversehrheit der Betroffenen. Immer wieder werden politische Aktivisten entführt, getötet oder massiv bedroht.

Obwohl Regierung und Guerilla weiter verhandeln, halten die bewaffneten Auseinandersetzungen an. Die Befreiungsbewegung führte 1994 und im ersten Halbjahr 1995 im Schnitt täglich etwa eine bewaffnete Aktion und zwei Propagandaaktionen durch. Dies führt laut URNG-Angaben pro Tag im Durchschnitt zu 1,5-2 Verwundeten und Gefallenen der Armee. Seit Jahren bewegen sich die Guerillaaktionen in etwa auf diesem Level. Zum Vergleich: In El Salvador fügte die FMLN den Regierungstruppen nach eigenen Angaben in den letzten Kriegsjahren jeweils etwa 8000 Verluste (Tote und Verwundete) zu. Die guatemaltekische Guerilla ist also militärisch wesentlich schwächer als die FMLN. Die Armee kann sie zwar nicht schlagen, gleichzeitig beschränkt sich aber die Kapazität der URNG auch nur darauf, den Konflikt am Leben zu halten. Aus diesem Dilemma, das erkannte die Guerillaführung Guatemalas schon vor einem Jahrzehnt, kommt sie nur durch Friedensverhandlungen heraus. Das bisher letzte und bedeutendste Zwischenergebnis dieser Unterredungen war das "Abkommen über die Rechte der Maya-Bevölkerung" (s. ak 378, Mai 1995). Seither ist wenig passiert. Trotz vielfacher Anläufe konnten sich die Konfliktparteien im Punkt "sozioökonomische Aspekte und Agrarsituation" nicht auf ein unterschriftsreifes Dokument einigen. Trotz anderer Terminpläne, die auf Druck des UNO-Generalsekretärs Boutros-Boutros Ghali zustandekamen, wird es wohl 1995 kein endgültiges Friedensabkommen mehr geben. Die wichtigste Voraussetzung für eine tiefgreifende Demokratisierung des Landes fehlt also weiterhin. Ob unter diesen Umständen die Wahlteilnahme der Linken eher zur Legitimierung einer autoritären und die Bevölkerungsmehrheit ausschließenden Systems beiträgt, oder ob sie der Anfang vom Ende dieses Systems ist, läßt sich heute noch nicht mit letzter Sicherheit sagen.

Al., Nürnberg

11. Ein Platz an der Sonne. Deutsche Kaffeeplantagenbesitzer in Chiapas

Autor: Boris Alexander · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:02

Im Obergeschoß des exquisiten Kaufhaus des Westen am Berliner Wittenbergplatz befindet sich die "Feinschmeckeretage". Hier wählen Damen im schicken Nerz und Herren in sportlich geschnittenen, dunkelblauen Blasern erlauchte Leckerhappen für feierliche Anlässe oder auch nur das profane Alltagsvergnügen aus. Wer einen der freundlichen Verkäufer nach dem Edelkaffee Marke "Lopuro Maragogype. Mexikanischer Hochlandkaffee der absoluten Spitzenklasse" fragt, bekommt anstandslos die Antwort: "Selbstverständlich führen wir die besten Kaffeesorten der Welt".

Wenn zu Hause nach dem Menü das Caramelflambee auf der Zunge zergangen ist, die gepflegte Unterhaltung über dies und das zu versiegen droht, weil man Geschäft und Politik bereits hinreichend behandelt hat, lockert ein Kaffeedessert die Stimmung wieder auf. Ein Täßchen Kaffee Marke "Lopuro Maragogype" ist nun gerade recht. Wie schön, daß es da die Karl Hudler GmbH in den Pickhuben 4 in 20457 Hamburg gibt. Denn die Karl Hudler GmbH ist im Kaffeeimportgeschäft tätig, beliefert das Kaufhaus des Westen und sorgt für Nachschub an der edlen Bohne "Lopuro Maragogype". Herr Hudler verfügt über exclusive Verbindungen zu einer der produktivsten Kaffeeplantagen Lateinamerikas. Ein Blick auf das Etikett des Edelkaffees verrät, wo er gepflückt wurde: "Cafetal Selva Negra - Chiapas, Mexico". Das Cafetal "Selva Negra" zu deutsch: "Schwarzwald" ist auf der Finca "Liquidambar" angesiedelt.

Die Kaffeefinca Liquidambar im mexikanischen Bundesstaat Chiapas produziert allerbeste Qualität, und das zu günstigen Preisen. Damit die florierenden Geschäftsbeziehungen zwischen Familie Hudler aus den Pickhuben 4 in Hamburg und Familie Schimpf, Eigentümerin der Finca Liquidambar, auch in Zukunft auf solidem Boden stehen, haben Karl Hudlers Sohn Lorenz und Marianne Schimpf geheiratet. Warum auch nicht? Schließlich sind die deutschstämmigen Kaffeeplantagenbesitzerfamilien in Chiapas seit beinahe 100 Jahren hervorragend damit gefahren, die Beziehungen zum Vaterland nicht abbrechen zu lassen. Und familiäre Allianzen bieten eine solide Grundlage für politische und wirtschaftliche Kooperation.

Preußen am Pazifik

Die Kaffeefinca Liquidambar der Familie Schimpf liegt im Soconusco, dem Küstenstreifen an der Pazifikküste des mexikanischen Bundesstaates Chiapas. Gleich in der Nachbarschaft hat Don Folke von Knoop seinen Gutsbesitz. Seine Finca heißt "Prusia", unschwer als "Preußen" zu dechiffrieren, auch wenn man der spanischen Sprache nicht mächtig ist. Ein Ableger der Familie von Knoop hat im Jahr 1896 die Finca Prusia gegründet, der Name sollte an den geliebten Heimatboden der Junkerfamilie erinnern. Auch die Kaffeefincas "Nueva Alemania", "Hamburgo", "Bremen", "Hanover" und "Lubeca" befinden sich im Südzipfel Mexikos kurz vor der guatemaltekischen Grenze.

Nicht nur die Namen der Fincas, sondern auch die ihrer Besitzer, verraten uns, daß sich hier Deutsche niedergelassen haben. Die großen Fincas befinden sich noch heute im Besitz der deutschstämmigen Familien Luethje, Giesemann, Kahle, Edelmann, Pohlenz, Berstorff und Lüttmann. Im Soconucso ist man stolz auf seine Herkunft und man weiß, seinen Besitz zu verteidigen.

Es muß ein netter Platz an der Sonne sein, den sich die deutschen Großgrundbesitzer getreu der Parole wilhelminischer Kolonialpolitik um die Jahrhundertwende erschlossen haben. Der Soconusco ist tatsächlich eine der fruchtbarsten und für den Kaffeeanbau ideal geeigneten Regionen Mexikos. Hier findet sich vulkanische, fruchtbare Erde in tropisch-feuchtem Klima - für Kaffeeplantagen bestens geeignet. Der Soconusco zieht sich als ein 15-30 km breiter Streifen 150 km an der Pazifikküste entlang. Im Süden wird er begrenzt durch Guatemala, zur Landesmitte hin zieht sich die bis zu 2.500 m aufragende Bergkette der Sierra Madre del Sur. Die Ebenen von Pijijiapan und Tonalá bilden die nördlichen Abgrenzungen. Der Vulkan Tacaná zwischen der guatemaltekischen Grenze und Nueva Alemania erreicht immerhin die Höhe von 4.110 m. In einer Höhe von 200 bis 1.400 Metern erstrecken sich die Kaffeeanbauzonen. Im Soconusco werden etwa 30% der gesamten Kaffee-Ernte Mexikos eingefahren, ein großer Teil davon auf den Fincas der deutschstämmigen Großgrundbesitzer. Die beiden wichtigsten Städte im Soconusco sind Tapachula und Huixtla mit jeweils einigen zehntausend Einwohnern. Hier wird der Kaffee kommerzialisiert und verarbeitet.

Der Soconusco - dreimal kolonisiert

Bevor deutsche Kolonisten die fruchtbare Erde des Soconusco für sich entdeckten, hatte diese bereits zwei anderen Kolonialmächten gedient. "Soconusco" heißt übersetzt so etwas wie "Land der Schokolade". Dies weist uns auf ein weiteres begehrtes Produkt aus dem Soconusco hin - die Kakaobohne. In prähispanischer Zeit wurde Kakao hoch geschätzt. Um das Jahr 1500 u. Z. sollte dem Soconusco sein natürlicher Reichtum zum Verhängnis werden. Der aztekische Herrscher Ahuítzotl ließ damals seine Streitmacht in das Gebiet einfallen. Schon seit Jahren hatten die Azteken Kaufleute aus ihrer 1.300 km entfernten Hauptstadt Tenochtitlan, dem heutigen Mexiko-Stadt, in den Soconusco geschickt, um dort Kakao und prächtige Schmuckfedern zu erhandeln. Für die Azteken diente die Kakaobohne als Zahlungsmittel, der Kakaotrunk war der Herrscherkaste als Luxus-und Prestigeobjekt vorbehalten. Die Federn des Quetzalvogels schmückten ausgewählte Krieger als "Verdienstorden". Ahuítzotl wollte den Soconusco nicht mehr nur den Kaufleuten überlassen. Mit einem Feldzug des aztekischen Heeres eroberte er den Soconusco und band ihn in das Tributsystem des aztekischen Imperiums ein.

Nur wenige Jahre später kamen mit den Spaniern neue Herrscher in den Soconusco. Am 10.2.1519 betrat Hernán Cortés mexikanischen Boden. Die Spanier wurden von den unglaublichen Erzählungen über die Reichtümer der Azteken nach Tenochtitlan gezogen. Es dauerte allerdings bis zum 13.8.1521, bis Cortés den letzten großen aztekischen Herrscher, den mythenumwobenen Cuauthémoc, gefangennehmen konnte. Die Spanier hatten das Zentrum des mächtigen aztekischen Tributimperiums mit Hilfe von indianischen Völkern, die zuvor unter aztekischer Herrschaft standen, erobert. Nach der Einnahme Tenochtitlans gingen sie daran, ihre verbündeten indianischen Völker von neuem auszubeuten. Die fein säuberlich geführten aztekischen Tributlisten bedeuteten ihnen die Herkunft der Kostbarkeiten, die sie in Tenochtitlan vorfanden. Der Soconusco lieferte jetzt nicht mehr an Ahuítzotl und Moctezuma, sondern an die spanischen Konquistadoren.

Zwischen 1530 und 1540 wurde Soconusco zu einer ertragreichen spanischen Kolonie. Doch der koloniale Segen hielt für die Spanier nur wenige Jahre an. Denn mit den Spaniern waren für die indianische Bevölkerung unbekannte Krankheiten ins Land gekommen, die im Soconusco beinahe die gesamte indigene Bevölkerung ausrotteten. Bis ins 19. Jahrhundert blieb der Soconusco ein fast unbesiedeltes Gebiet, für das kaum jemand Interesse zeigte, bis besagte deutsche Kolonisten nach Chiapas kamen. Damit sind wir wieder beim Thema.

Die Deutschen am erfolgreichsten

Deutsche Plantagenbesitzer waren nicht die ersten und nicht die einzigen Ausländer, die am Ende des vorigen Jahrhunderts nach Soconusco kamen, aber sie waren die erfolgreichsten. Die erste Finca legte 1872 der Mexikaner Matías Romero an, doch zwei Probleme ließen sein Unterfangen zunächst scheitern: Die politische Instabilität in der Region, die sowohl von Mexiko als auch Guatemala beansprucht wurde und der Mangel an Arbeitskräften. 1883 wurde zumindest das erste Problem gelöst. In einem Vertrag zwischen Guatemala, Mexiko und den USA wurde der Soconusco definitiv Mexiko zugeschlagen und die Grenze eindeutig gezogen.

Die englische "Chiapas Land Colonization" Gesellschaft brachte ab Mitte der 80er Jahre erste ausländische Kolonisten nach Chiapas. 1890 kam Señor Mc Gee in Vertretung der englischen "The Rosing Brothers Company" nach Soconusco und gründete die erste große Kaffeefinca mit dem Namen San Juan Chicharras. Um das Arbeitskräfteproblem zu lösen, kam der Geschäftsmann auf eine findige Idee: Er ließ 300 Eingeborene der Gilbert-Inseln des polynesischen Südseearchipels mit Versprechungen nach Chiapas locken. Doch nach kurzer Zeit raffte eine Epidemie alle bis auf einen Polynesier dahin. Señor Mc Gee machte Pleite. Der letzte Polynesier wurde zum Hausdiener des Kapitäns, der die unglücklichen Südseeinsulaner in den Tod nach Chiapas gelockt hatte.

In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts traten nun die Deutschen auf den Plan. Im benachbarten Guatemala existierten bereits seit Mitte des Jahrhunderts deutsche Kaffeefincas. Den Kaufleuten und Bankiers Königsberg, Nottebohm und Schröder, die in Guatemala investiert hatten, gingen dort die Böden aus. Gleichzeitig stiegen aber die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt. Was lag also näher, als im benachbarten Soconusco die Kaffeeproduktion aufzunehmen und auf diese Weise zu expandieren? Die Deutschen kamen mit Erfahrung, mit bereits bestehenden Handelsbeziehungen und erprobter Technologie nach Chiapas. Beispielhaft ist der Aufstieg Adolfo Giesemanns. Ursprünglich war er Angestellter einer Handelsfirma in

Hamburg, die ihn nach Guatemala schickte. 1896 kam er im Auftrag seiner Firma nach Soconusco. Hier kaufte er die Finca El Retiro und wurde in wenigen Jahren zu einem der reichsten Plantagenbesitzer.

Er war nicht der einzige Deutsche. Auf ähnliche Weise waren bis 1892 bereits 26 große Kaffeefincas im Soconusco entstanden, die meisten davon in deutschem Besitz. Bis 1911 hatten Deutsche schon 1.373.120 US-Dollar in Fincas investiert und waren damit die führende Gruppe ausländischer Kolonisten. Mexikaner hatten kaum eine Chance mitzuhalten, denn sie verfügten nicht über die Unterstützung von Handelshäusern, die ihnen günstige Kredite gaben und die Vermarktung des Kaffees in Europa organisierten. Insofern ist die eingangs beschriebene Allianz der Familien Hudler und Schimpf typisch und grundlegend für den Erfolg deutscher Kaffeefinqueros gewesen. Wichtige Handelshäuser waren die Luttmanns und die Nottebohms, beide aus Hamburg. Außerdem die Importgesellschaft Melchers aus Bremen. Auch bereits in Mexiko ansässige deutsche Kaufleute wie die Brüder Oetling, die Herren Wöhler und Barting oder das Handelshaus Haack investierten in Chiapas.

Indios zur Arbeit gezwungen

Das Problem des Arbeitskräftemangels wurde nun auf typisch mexikanische Weise gelöst. Der chiapanekische Gouverneur Emilio Rabasa erließ 1892 ein Gesetz, das die Auflösung des Kommunallandes der Indiogemeinden verfügte. Das Land konnte so in den Besitz der Großgrundbesitzer übergehen. Zurück blieben landlose Indios, die auf den Fincas als Tagelöhner eingesetzt werden konnten. 1898 gab es im Soconusco bereits 6.500 bei den Finqueros verschuldete Tagelöhner, immerhin 22% der Gesamtbevölkerung. Auf den Fincas wurde das System der "Peonaje" eingeführt, wie es im Mexiko vor der Revolution von 1910 vielerorts üblich war. Als "Peones" bezeichnete landlose Indios wurden auf dem Großgrundbesitz der Fincas oder Haziendas angesiedelt, indem man ihnen eine kleine Parzelle zur Eigenbewirtschaftung überließ. Hauptsächlich arbeiteten sie aber für den Großgrundbesitzer, den "Patrón". Sie erhielten für die Schufterei auf den Feldern der Hazienda einen Hungerlohn unter dem Existenzminimum und mußten sich daher bei den Großgrundbesitzern verschulden. Der Lohn wurde ihnen nicht in Geld ausbezahlt, sondern in Form von Wertmarken, die sie aber nur in den sogenannten "Tiendas de raya" gegen Lebensmittel eintauschen konnten.

Die "Tiendas de raya" befanden sich wiederum im Besitz der Großgrundbesitzer. So waren die landlosen Indios dazu gezwungen, sich bei ihrem Patrón zu verschulden und damit als Arbeitskraft auf Gedeih und Verderben an die Finca oder Hazienda gebunden. Denn wenn ein verschuldeter "Peon" das Weite suchte, um der Ausbeutung zu entkommen, hatte er nicht nur die bewaffneten "Pistoleros" des Großgrundbesitzers, sondern auch die für ihre Brutalität berüchtigte Landpolizei, die "Rurales", auf den Fersen. Die Großgrundbesitzer unterhielten ein perfides System zur Rekrutierung von Arbeitskräften, denn freiwillig kam kaum jemand auf die Haziendas. Den landlosen Indios zahlte ein Anwerber einen Vorschuß, wenn sie ihm auf die Finca folgten. Einmal auf der Finca angekommen, waren sie dann als Schuldknechte den Großgrundbesitzern schutzlos ausgeliefert.

In Chiapas lebten nicht nur deutsche Großgrundbesitzer und ihre deutschen leitenden Angestellten. Chiapas war auch der Zufluchtsort des deutschen Anarchisten und Schriftstellers B. Traven. Traven, dessen eigentliche Identität immer noch die Phantasie zahlreicher Forscher beflügelt, mußte nach der Teilnahme an der Münchner Räterepublik von 1919 vor der politischen Justiz aus Deutschland fliehen. In den 20er Jahren beschrieb Traven in zahlreichen Erzählungen die Lebenssituation indianischer Arbeiter in Chiapas. In seinem Roman "Die Rebellion der Gehenkten" läßt er einen Campesino, als dieser für eine Finca angeworben werden soll, sagen: "Nein, ich will nicht nach Soconusco gehen; dort sind die Deutschen, sie sind die Herren der Kaffeeplantagen. Sie sind brutaler als die Raubtiere des Urwalds und behandeln dich wie einen Hund. Das ist unmöglich. Wenn ich auf einer Kaffeeplantage arbeiten und mitansehen müßte, wie sie einen von uns mißhandeln, würde ich einen der Deutschen mit der Machete töten." Die Deutschen hatten sich ihren Namen gemacht unter den chiapanekischen Indios. Ein geflügeltes Wort sagte: "Vor Kahle, Luttmann, Edelmann, da hüte sich der kleine Mann."

Wie vor 100 Jahren

Die Arbeitsbedingungen auf den Kaffeefincas im Soconusco haben sich in den letzten hundert Jahren kaum verändert. Auch heute noch schuften sich die indianischen Campesinos in einer 60-Stundenwoche die Knochen kaputt. Der Tageslohn beträgt umgerechnet etwa zwei bis vier deutsche Mark. Die

guatemaltekischen Saisonarbeiter werden meist noch schlechter behandelt. Es ist kaum zu glauben, aber auch heute gibt es noch das System der "Tienda de raya". Die Campesinos bekommen ihren kargen Lohn oftmals in Blechmünzen ausgezahlt, die sie nur in der "Tienda de raya" ihres Patrón eintauschen können.

Die Campesinos auf den Fincas werden nachts zusammengepfercht in großen Ställen mit Holzpritschen als Betten. Krankheiten grassieren, die Ernährung besteht aus Tortillas, Bohnen, Salz und manchmal etwas Fleisch. Die Großgrundbesitzer verhalten sich wie Feudalherren. Sie richten über "ihre" Arbeiter, auf vielen Fincas gibt es eigene Gefängnisse. Sogenannte Weiße Garden, "Guardias Blancas", werden von den Großgrundbesitzern angeheuert, um unbequeme Campesinos einzuschüchtern und notfalls zu ermorden. Diese illegalen bewaffneten Trupps arbeiten Hand in Hand mit der Bundespolizei und dem Militär. Sie sind eine Mischung aus Todesschwadronen und Privatarmee.

Revolution, Weltkrieg und

der kurze Winter der Anarchie

An den Arbeitsbedingungen auf den Fincas hat auch die Mexikanische Revolution von 1910-17 wenig ändern können. Bis nach Soconusco drang die Agrarrevolution der aufständischen Zapatistas kaum vor. Das Zentrum der zapatistischen Revolution bildete der Bundesstaat Morelos, südwestlich der Hauptstadt. Selbst hier wurde eine Agrarreform nur zögerlich umgesetzt. Erst Ende der 30er Jahre wurde unter Präsident Lazaro Cárdenas regional begrenzt der Boden neu aufgeteilt und Großgrundbesitz zerschlagen. In den 20er Jahren begannen sich in Chiapas Landarbeiter in der "Partido Socialista de Chiapas", dem "Sindicato de Obreros y Campesinos de Soconusco" oder dem kommunistisch orientierten "Bloque Obrero y Campesino" zu organisieren. Zeitweise gelang es, der Allmacht der Großgrundbesitzer den Widerstand von unten entgegenzusetzen. Lohnerhöhungen, Arbeitszeitregelungen und soziale Verbesserungen wurden erreicht. Doch letztlich waren alle Erfolge immer bedroht, das Land blieb im Besitz der Großgrundbesitzer.

Es war nicht zuletzt ihr Status als Ausländer, der die deutschen Cafetaleros vor der Revolution schützte. Keine der verschiedenen Revolutionsfraktionen wollte es sich mit der deutschen Regierung vermasseln. So kam es, daß die Fincas der deutsche Kolonisten nicht angetastet wurden. Eine scharfe Wende markierte erst das Jahr 1942. Mexiko trat an der Seite der Alliierten in den Krieg gegen Hitler-Deutschland ein. Die deutsche Kolonie in Mexiko wurde zum inneren Feind. 66 deutsche Kaffeefincas wurden von der mexikanischen Regierung unter Treuhandschaft genommen. Die deutschen Großgrundbesitzer wurden formal enteignet, konnten aber von der Hauptstadt aus mit Hilfe ihnen freundlich gesinnter Regierungsfunktionäre den Gang der Dinge verfolgen und begrenzten Einfluß nehmen. Als der Krieg zu Ende war, bekamen die Deutschen die Kaffeefincas zurückerstattet. Die Regierung setzte auf ausländische Investitionen. So umschifften die deutschen Kolonisten in Chiapas auch diese Klippe. Der Nachkriegsaufschwung in Deutschland schuf auch in Chiapas die Grundlage für gute Geschäfte mit Kaffee aus dem Soconusco. Die deutschen Cafetaleros saßen wieder fest im Sattel.

Doch die Zeit ist nicht stillgestanden. Seit Mitte der 70er Jahre erwacht ein neues Selbstbewußtsein derjenigen, die stets nur Verlierer der Geschichte waren. Die Indígenas und Campesinos in Chiapas beginnen Widerstand zu entwickeln. Die bewaffneten Rebellen des EZLN sind bisher nicht in den Soconusco vorgedrungen. Aber der Kampf um "Land und Freiheit" wird auch hier geführt. Radikale Campesinogewerkschaften wie die OPEZ (Organización Proletaria Emiliano Zapata) oder die UPFV (Unión Campesina Popular Francisco Villa) sind im Soconusco zu Hause. Am 4. August des letzten Jahres mußten Marianne Schimpf und ihr Ehemann Lorenz Hudler nach Mexiko-Stadt flüchten. Rebellierende Landarbeiter hatten die Finca Liquidambar in Besitz genommen. Auch Don Folke von Knoop erging es nicht besser. Mitglieder der UPFV besetzten die Finca Prusia. Für einige Monate begannen die Campesinos nun in eigener Regie zu produzieren. Doch am 28.4.1995 wurde der kurze Winter der Anarchie vorerst beendet. Die Macht kam mit Gewalt zurück. Die Señores Hudler und von Knoop hatten ihre Beziehungen spielen lassen. Schwer bewaffnete Soldaten und Polizeikräfte vertrieben die rebellischen Campesinos mit Tränengas und Schlagstöcken. Der Kampf um Land und Freiheit in Chiapas ist noch nicht gewonnen. Die Karl Hudler GmbH in den Pickenhuben 4 kann weiter Geschäfte machen.

Boris Alexander

Literatur:

Baumann, Frederike: Terratenientes, campesinos y la expansión de la agricultura capitalista en Chiapas, 1896-1916. In: Mesoamerica. Año 4, Cuaderno 5, (junio 1983), Antigua-Guatemala.

Deutsche Kaffeebarone und Landbesetzungen in Chiapas. Zusammengestellt von ZAPAPRES. Hamburg 1995. (Zu bestellen über ZAPAPRES c/o el rojito, Gr. Brunnenstr. 74, 22763 Hamburg)

Fenner, Justus: Lebens- und Arbeitsbedingungen der indianischen Kaffeeplantagenarbeiter in Soconusco, Chiapas. Hamburg 1986. (unveröffentlichte Magisterarbeit)

Los empresarios alemanes, el tercer reich y la oposición de derecha a cárdenas. (1. Band) Hrsg. von Brigida von Mentz u.a.. México DF 1988. (Hier vor allem die Beiträge von Daniela Spenser)

Traven, B.: La rebelión de los colgados, México DF 1994.

12. Die "Aufarbeitung" der Militärdiktatur in Chile. Der Fall Letelier. Interview mit dem Menschenrechtsanwalt Hiram Villagra

Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:01

Vor knapp einem Jahr, im November 1994, fällte das oberste Gericht in Santiago de Chile ein aufsehenerregendes Urteil. Manuel Contreras, der ehemalige General und Chef der früheren Geheimpolizei DINA, sowie sein direkter Untergebener, der Brigadier und "Operative Leiter" der DINA, Pedro Espinoza, wurden wegen ihrer maßgeblichen Beteiligung an der Ermordung Orlando Leteliers 1976 in Washington zu Haftstrafen von sieben bzw. sechs Jahren verurteilt. Obwohl diese Strafen später noch um jeweils etwa zwei Jahre heruntergesetzt wurden, sind dies die ersten und bisher einzigen Fälle, in denen hochrangige Militärs für ihre Verbrechen gerichtlich zur Verantwortung gezogen worden sind.

Trotzdem weigert sich Contreras hartnäckig, seine "Niederlage" anzuerkennen und die Strafe anzutreten. Er verschanzte sich zunächst auf seinem Gut im Süden des Landes und nahm danach Zuflucht in ein Militärkrankenhaus. Von dort erreichen täglich neue medizinische Berichte die Öffentlichkeit, die die Haftunfähigkeit des Ex-Generals belegen sollen. So leide Contreras beispielsweise an Anspannung, Streß und Bluthochdruck. Das Foltern, Morden und Verschwindenlassen von Tausenden Menschen unter seiner direkten Verantwortung und teilweisen Beteiligung scheint er dagegen problemlos verkraftet zu haben.

Worum geht es nun im "Fall Letelier", warum kam es gerade in diesem einen Fall zur Verurteilung? Welche Bedeutung hat dies für die aktuellen politischen Prozesse in Chile? (1)

Unter Allende war Letelier zunächst Botschafter Chiles in Washington gewesen. Später übernahm er in Santiago das Innenministerium und wurde schließlich wenige Monate vor dem Putsch Verteidigungsminister. Unmittelbar nach dem Putsch begann Leteliers Leidensweg durch verschiedene Knäste. Er kam nach einjähriger Haft frei und ging ins Exil in die USA. Dort schloß er sich dem Kampf gegen die Diktatur an. Dort war er aus seiner Zeit als Botschafter bekannt und anerkannt. Das machte ihn in den Augen der Pinochet-Diktatur zu einem besonders gefährlichen Gegner. Deshalb wurde beschlossen, Letelier endgültig zu beseitigen.

Im Juni 1976 begannen die konkreten Vorbereitungen. Contreras hatte Michael Townley als DINA-Agenten angeworben. Townley war US-Staatsbürger und fanatischer Antikommunist. Außerdem kannte er sich bestens mit Elektronik und Sprengstoffen aus. Er wurde mit der Durchführung des Attentats betraut und reiste mit falschen Papieren in die USA ein. Dort nahm er Kontakt zu rechten Exilkubanern auf. Schließlich brachte Townley die tödliche Bombe persönlich unter dem Auto Leteliers an. Gezündet wurde sie einige Tage später, am 21. September 1976, von drei Exilkubanern. Letelier wurde getötet. Mit ihm starb seine Sekretärin, die US-Bürgerin Ronnie Moffit. Ihr Mann überlebte schwer verletzt.

Weil Letelier sehr bekannt war, weil die Autobombe mitten auf einer befahrenen Straße am hellichten Tage explodierte, und weil auch eine US-Staatsbürgerin umgebracht wurde, ließ sich der Fall nicht einfach unter den Teppich kehren. Die US-Justiz ermittelte und konnte alle direkt Beteiligten identifizieren. 1979 wurde ein Auslieferungsgesuch für Townley gestellt, dem Chile schließlich stattgeben mußte. Vor Gericht machte Townley umfassende Aussagen zur Arbeitsweise und Struktur der DINA und belastete u.a. Contreras und Espinoza schwer. Townley wurde in den USA zu zehn Jahren Haft verurteilt. Nach Absitzen dieser Strafe wurde er mit einer neuen Identität ausgestattet und lebt seitdem unter staatlichem Schutz in den USA.

In Chile verschleppte das Militärgericht den Fall über zehn Jahre hinweg. Erst 1991 übernahm ein ziviles Gericht den Fall und fällte schließlich die Urteile gegen Contreras und Espinoza.

In Santiago de Chile sprachen wir mit Hiram Villagra, einem der Anwälte der Menschenrechtsorganisation CODEPU (Santiago), der an den Ermittlungen gegen Contreras und am Prozeß beteiligt war.

Wie kam es dazu, daß die Rolle des chilenischen Geheimdienstes beim Attentat bekannt wurde?

Das FBI erhielt Informationen über eine Reise von chilenischen Funktionären, die ungefähr in dieser Zeit mit falschen Namen in die USA gereist waren. Es wurde ein Foto nach Chile geschickt, und es war möglich, Michael Townley zu identifizieren, der in Chile ziemlich bekannt war. Er ist US-Staatsbürger und war einer der wichtigen Kader bei der Bewegung "Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit), die gegen Allende gekämpft hat. 1972 hat er bei einer Kommandoaktion teilgenommen, in der ein Fernsehsender in Concepcion angegriffen wurde. Dabei brachten sie auch den Wächter des Senders um. Als damals bekannt wurde, daß ein Nordamerikaner die Aktion geleitet hatte, war das ein riesiger Skandal. Dadurch wurde Townley zu einer "bekannten Figur" der ultrarechten Kreise.

Als dann Townleys Foto veröffentlicht wurde, gab es viele Chilenen, die ihn gleich einordnen konnten: Das ist doch der Gringo, der bei der Aktion in Concepcion teilgenommen hat. Diese Information hat auch die nordamerikanische Botschaft mitgekriegt. Davon ausgehend konnten dann zwei weitere Personen als chilenische Regierungsangestellte identifiziert werden. Einer von ihnen war Fernandez Larios (ehemaliger Major und Agent der DINA. Seine Aufgabe war es, Letelier auszuspionieren und das Attentat in den USA vorzubereiten. Anm. Übers.).

Als Townley sich später in den Händen der nordamerikanischen Polizei befand, sagte er aus, daß er den Befehl zum Attentat von Contreras und Espinoza erhalten hatte. Daraufhin wurde ein Auslieferungsgesuch gestellt, um Larios, Contreras und Espinoza vor ein nordamerikanisches Gericht zu bringen. Dieses Gesuch wurde zurückgewiesen, aber das Gericht deckte gewisse Unregelmäßigkeiten auf, die nicht einfach ignoriert werden konnten. Es wurde also eine Untersuchung des Falls unter Leitung eines zivilen Richters angeordnet. Dieser entdeckte nach elf Tagen Untersuchungsarbeit, daß vermutlich Personen aus Militärkreisen maßgeblich in den Fall verwickelt waren. Er erklärte sich daher für nicht zuständig und übergab den Fall der Militärjustiz. Das war im Jahr 1978. Fabiola Letelier, die Schwester des Ermordeten, führte ab 1980 einen langen Kampf mit der Militärjustiz (...).

Weil dieser Fall eine Staatsangelegenheit war, die die nordamerikanischen Interessen hier berührte, kam es nach dem Regierungswechsel zu einer Gesetzesreform. Danach gehören Fälle, die eine Bedeutung für die Beziehungen Chiles mit anderen Ländern haben, in die Kompetenz des Berufungsgerichts. Deswegen wurde der Richter Bañados für den Fall ernannt. Dieser holte den Fall aus der Militärjustiz heraus. Die Untersuchung lief nun unter einem zivilen Richter. Er ermittelte die Verantwortlichkeit von Contreras und Espinoza. Die ganze Untersuchung zeigte, daß noch weitere Leute aus der DINA an der Aktion beteiligt waren. Trotzdem war der Richter nicht gewillt, in diese Richtung weiter nachzuforschen.

Welche Rolle haben Contreras und Espinoza bei dem Fall gespielt?

Contreras gibt zu einem bestimmten Zeitpunkt seinem Untergebenen Espinoza die Anweisung, dem Kommando, das die Aktion durchführen soll, den Einsatzbefehl zu geben. Das ist ihre Verantwortung in dem konkreten Fall. Aber darüberhinaus konnte in der gerichtlichen Untersuchung gezeigt werden, daß diese Situation nur ein Teilstück innerhalb eines internationalen Terrornetzes war, das in diesen Jahren existierte. Die Geheimdienste der Diktaturen Südamerikas hatten sich zusammengetan und arbeiteten mit der Ultrarechten Nordamerikas und Europas zusammen. Man konnte aufzeigen, daß Contreras Beziehungen zu den Exilkubanern aufgenommen hatte, die das Verbrechen konkret durchgeführt hatten. Dies war nur einer von mehreren Kontakten, die sie z.B. auch zu den Italienern aufgebaut hatten.

Kannst Du das mit den Italienern näher erklären?

Die italienischen Neofaschisten von Estefano Delle Chiaie (und dessen faschistischer Gruppe Vanguaria Nazionale, Anm. Übers.) sind nach einer Serie von Attentaten, die sie in Italien begangen hatten (vermutlich z.B. das Attentat im Bahnhof von Bologna sowie ein Bombenanschlag in einer Bank in Milano, Anm. Übers.), nach Chile geflohen, um hier Asyl zu bekommen. Die DINA mietete ihnen eine Wohnung. Als Townley in die USA reiste, fuhr er anschließend nach Mexiko, um dort zu versuchen, weitere Personen zu ermorden, und reiste dann auch nach Europa, um in Italien die Ermordung Bernardo Leightons vorzubereiten (Leighton war zur Zeit der Unidad Popular Abgeordneter der Christdemokratie und ehemaliger Vizepräsident Chiles. Nach dem Putsch ging er ins Exil nach Italien. Dort verübte die DINA mit Hilfe italienischer Faschisten 1975 einen Mordanschlag auf ihn und seine Frau; beide überlebten schwerverletzt. Gegen Contreras läuft deswegen seit Februar '95 ein Verfahren in Italien. Anm. Übers.).

Er kam auch nach Deutschland, wo er Kontakt zu einigen Funktionären des chilenischen Diplomatischen Corps aufnahm und außerdem zu Gruppen von Neonazis und Kroaten, die sich in Deutschland befanden. 1975 nahm Townley Kontakt zu einem christdemokratischen Gewerkschafter, Riveros, auf, der sich in Deutschland im Exil befand und mit der DINA kollaboriert hatte. Man kann also sehen, wie Contreras von Chile aus ein ganzes Netz aufgebaut hat. Daran waren beteiligt: neofaschistische Gruppen aus Europa, Anti-Castro-Gruppen aus Cuba, Gruppen aus der argentinischen Rechten, sowie argentinische und paraguayische Sicherheitsdienste. All diese Gruppen fühlten sich als Teil eines weltweiten antikommunistischen Kreuzzuges, in dem terroristische Attentate nur eine weitere Arbeitsform darstellten. Deshalb gab die DINA diesen Gruppen materielle und logistische Unterstützung und verschaffte ihnen Asyl in Chile, während andererseits diese Gruppen bei Attentaten gegen Chilenen im Exil teilnahmen.

Ist bekannt, um welche faschistischen deutschen Gruppen es sich handelte?

Townley sprach konkret von einer Gruppe, die er nicht beim Namen nannte, die aber von einem gewissen Coronel Blado geleitet wurde, der aus Kroatien stammt. In dieser Gruppe gab es Kroaten und Deutsche. Ich weiß nicht, um welche Gruppe es sich dabei genau handelt. Vielleicht könnt Ihr in der BRD feststellen, welcher Mensch kroatischer Abstammung sich im Jahr 1974/75 in diesen Kreisen bewegte.

Es besteht also eine Verantwortung, die über das einzelne Verbrechen hinausgeht: nämlich die politische Verantwortung, eine Maschinerie des Terrors aufgebaut zu haben, die sowohl innerhalb der nationalen Grenzen als auch auf internationaler Ebene aktiv war. Letzteres geschah im Rahmen des Konzepts der Konfrontation zwischen Ost und West, wo jeder, der sich der Linken zuordnete, als Feind gesehen wurde.

Wenn man die Erklärungen der Militärjunta liest, sahen sie sich als Weltavantgarde: Chile als das einzige Land, das es geschafft hatte, sich vom Kommunismus zu befreien. Das war die übliche Parole. Deshalb mußten sie ihrer Meinung nach Teil einer weltweiten Offensive sein. Auch die Geheimdienste der Diktaturen in Uruguay, Paraguay, Argentinien, Chile und Bolivien teilten diese Vorstellung und arbeiteten deshalb zusammen.

Das alles hätte nicht bestehen können, ohne daß Pinochet davon Kenntnis hatte. Wenn es auch vor Gericht um ganz spezifische Verantwortlichkeiten geht und dafür konkrete Beweise notwendig sind, ist die politische Verantwortlichkeit wesentlich grundsätzlicher. Vielleicht wollte Pinochet nicht ganz konkret wissen, wann genau man wen wie und wo umbrachte. Aber in jedem Fall trägt General Pinochet innerhalb des Gesamtrahmens die politische Verantwortung für das Verbrechen. Deshalb zeigt er sich so bewegt und gibt Unterstützungserklärungen für Contreras ab.

Was für Aktivitäten haben die Linke und die Menschenrechtsbewegungen durchgeführt, damit Contreras und Espinoza vor Gericht gebracht und verurteilt wurden?

Der Fall Letelier wurde zu einer Art Symbol. Aufgrund der Tatsache, daß es sich um einen Fall von internationalem Terrorismus handelte, der in den USA begangen worden war, und aufgrund des sehr starken diplomatischen Drucks war dies der einzige Fall, der vom sogenannten Amnestiegesetz von 1978 nicht abgedeckt wurde. 1978, nur wenige Tage nachdem Townley des Landes verwiesen worden war, wurde ein Gesetz erlassen, das sämtliche Verbrechen der Militärs zwischen 1973 und 1978 amnestiert, mit Ausnahme des Falls Letelier. Dadurch war es möglich, den Fall wiederaufzunehmen. Der Fall wurde als der Fall betrachtet, wo es möglich war, Wahrheit und Gerechtigkeit in Bezug auf die begangene Verletzung der Menschenrechte zu erreichen. Und tatsächlich ist durch den Fall Letelier weiteres Material verfügbar geworden: über den Fall Soria, der vollständig untersucht wurde (Carmelo Soria war ein spanischer Diplomat. Er wurde von der DINA entführt, gefoltert und schließlich ermordet, Anm. Übers.), über die Operationen gegen Leighton und Prat (Prat war unter Allende oberster Militärchef und wurde 1974 in Buenos Aires ermordet. Anm. Übers.). Es war auch möglich, die Entführung des Priesters Mario Zañartu zu rekonstruieren. Außerdem wurde über den Fall sehr viel über die Kommandostruktur der DINA aufgedeckt. So wurde der Prozeß einer der wichtigsten, und vielleicht der wichtigste überhaupt auf dem Gebiet der Menschenrechte. Aus diesem Grund hat die Linke ihn auch als ihre Sache angenommen.

Aber aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse besteht eine Gefahr. Und die ist, daß dieser Fall als der "symbolische Fall" angesehen wird, in dem die Vergangenheit sanktioniert und anschließend vergessen wird. Als das Urteil im Fall Letelier verkündet wurde, sagten wichtige Stimmen auch innerhalb der Concertacion

(Parteienbündnis, das die Regierung trägt, Anm. ak): Es ist für Gerechtigkeit gesorgt worden, Contreras und Espinoza sind verurteilt - vergeßt das Thema Menschenrechte. Damit wäre unter die große Mehrzahl der Menschenrechtsverletzungen ein Schlußstrich gezogen.

Wir dagegen sagen, daß dieser Fall beispielhaft zeigt, daß Gerechtigkeit möglich ist und deshalb nur ein Ansporn dazu sein kann, das gesamte Thema der Menschenrechte wieder aufzunehmen. Es kann nicht darum gehen, sich mit dem absoluten Minimum an Gerechtigkeit zufrieden zu geben und die Angelegenheit anschließend komplett zu vergessen. Die Linke hat es nicht geschafft, die Forderung nach Gerechtigkeit auch in allen übrigen Fällen zu verstärken. Die Debatte ist ausschließlich auf den Fall Letelier konzentriert worden. Dieser Fall wurde nicht in den Zusammenhang mit der Gesamtheit der begangenen Menschenrechtsverletzungen gestellt. Es gibt auch eine Angst in der Concertacion, die Dinge zu vertiefen. Denn wenn man tiefer schaut, kommt man schnell zu den anderen Verantwortlichen: noch mehr Generäle und schließlich Pinochet. Das würde bedeuten, das empfindliche Kräftegleichgewicht der jetzigen politischen Lage zu brechen.

Und wie verhält sich die rechte Opposition dazu?

In der Rechten herrscht ein ziemliches Unbehagen. Das Thema Menschenrechte ist ein unbequemes Thema für sie. Sie versuchen, es zum Vergessen zu bringen und als zentrales Thema zu eliminieren. Es gibt eine direkte Verantwortung. Die UDI und RN (Union Democratica Independiente und Renovacion Nacional, zwei rechte Oppositionsparteien; Anm. ak) haben viele Mitglieder in ihren Reihen, die an Menschenrechtsverletzungen selbst beteiligt waren. Sie haben ziemlich geschickt ein Thema in die Diskussion eingebracht, nämlich daß die Versöhnung über den Weg des Vergessens erreicht wird. Sie haben immer gesagt, daß das Thema Menschenrechte ein Thema der Vergangenheit sei. Trotzdem erkennen sie an, daß es keine vollständige Straffreiheit geben kann.

Da gibt es zwei Lager. Die einen sagen, daß das Mindeste die Auslieferung Contreras (aus dem Militärkrankenhaus, Anm. Übers.) sein muß, um dann sagen zu können: Contreras wurde verurteilt, er sitzt seine Strafe ab - also vergessen wir den ganzen Rest. Diese Position erhält auch viel Unterstützung von Mitgliedern der Concertacion. Sie sagen, daß dieser symbolische Fall beweist, daß es Gerechtigkeit gibt, und daß über alles andere aus der Vergangenheit der Mantel des Schweigens gedeckt werden soll.

Das zweite, noch unnachgiebigere Lager erklärt, daß das Militär niemals besiegt wurde, daß die Verstöße gegen die Menschenrechte unvermeidbarer Bestandteil der Exzesse des gesamten Krieges waren, daß sie deshalb niemanden um Verzeihung bitten müssen, und daß es eine Unverschämtheit ist, daß das siegreiche Militär nun vor Gericht gebracht wird. Dabei ist ihnen klar, daß wenn sie ihre Position in dreister und unverschämter Form darlegen würden, sie kaum auf gesellschaftliche Zustimmung stoßen würden. Aber wenn sie ihre Position hinter dem Aufruf zum Vergessen, Vermitteln und der Möglichkeit der Begnadigung tarnen und darüberhinaus behaupten, es sei eine Schande, daß hier nur die eine Seite verurteilt wird und die andere nicht - was nur eine der Lügen ist, die sie verbreitet haben - könnten sie Zustimmung finden.

Wie verhält sich die Concertacion insgesamt dazu?

Ein Teil der Concertacion vertritt auch diese Position. Die Concertacion ist die Summe mehrerer Parteien mit drei Hauptkräften: die Christdemokratie (DC), die progressiven Kräfte, namentlich Sozialistische Partei (PS) und die Partei für die Demokratie (PPD) und die Überreste der Radikalen Partei. Aber bei diesen großen Themen findet man seltsamerweise nicht diese Aufteilung entsprechend den Parteien, also die rechten Positionen bei Christdemokratie und die linken bei Sozialistischer Partei/Partei für die Demokratie. Statt dessen verlaufen die Trennungslinien quer zu den Parteien. Bei dem konkreten Thema der Straffreiheit ist es so, daß für die Positionen der Rechten zwei Senatoren stehen: Adolfo Saldiver und Arturo Frei Bolivar, der Cousin des Präsidenten. Dazu kommen einige Sozialisten. Und für die Position, daß dieser Prozeß nur der Startschuß für weitere Prozesse sein kann, stehen PS und PPD.

Die Mehrheitsposition in der Concertacion und in ihrer stärksten Partei, der Christdemokratie, ist aber wesentlich gefährlicher und unklarer. Sie sagen: Solange Contreras nicht ins Gefängnis geht, komme bloß niemand auf die Idee, über die Menschenrechte (und Straffreiheit der Militärs, Anm. Übers.) zu diskutieren. Aber wenn er die Strafe angetreten habe, seien sie zu Gesprächen und Verhandlungen über Lösungswege bereit. Deshalb denken wir, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt das Thema sehr stark wiederaufkommen wird.

Dann wird es notwendig sein, eine große Front zu bilden, die sich auf ethische Prinzipien der Gerechtigkeit bezieht und verhindert, daß die Straffreiheit konsolidiert wird. Diesbezüglich ist ein großer Teil der Concertacion auf der anderen Seite der Barrikade, zusammen mit der Rechten.

Wie verhält sich die Bevölkerung zu dieser Situation?

Das ist eins der kompliziertesten Probleme. Denn nach einer Zeit großer sozialer Agitation und Mobilisierungen, die der Kampf gegen die Diktatur bedeutet hat, führte die Art und Weise wie die Situation beendet wurde zu einer großen Demobilisierung. Die demokratische Regierung entfernt sich immer mehr von den politischen Kämpfen. Allgemein gibt es in der Bevölkerung Sympathie für diese Angelegenheit. Jedes Mal, wenn man konkret fragt: "Sind Sie für die Straffreiheit?" lautet die Antwort "Nein." Als die gerichtliche Darlegung in Fernsehen übertragen wurde, was morgens während der Arbeitszeit geschah, liefen überall in den Büros und in den Geschäften die Fernsehapparate. Man konnte also das Interesse der Bevölkerung an der Sache sehen. Während der ganzen Verhandlung gab es eine bedeutende Mobilisierung: Es gab eine große Demonstration, es gab eine Art Mahnwache vor dem Gericht in der Zeit um die Urteilsverkündung und anschließend noch eine Demonstration.

Aber danach kam nichts mehr. Im allgemeinen sympathisiert die Bevölkerung mit der Sache, aber sie mobilisiert sich nicht. Das ist eins der wichtigen Themen in fortschrittlichen Kreisen bzw. in der Linken: die Schwierigkeit, von der Sympathie in die Aktion, in den sozialen Kampf überzugehen. Ich würde sagen, es gibt eine breite Sympathie in der Bevölkerung für die Frage der Menschenrechte. Aber die Fähigkeit, dies in politischen Kampf zu übersetzen, ist immer noch beschränkt auf die aktiven Mitglieder der politischen Parteien und vor allem auf die Kreise, die speziell zu den Menschenrechten arbeiten. Kurz gesagt: Es gibt nicht die Fähigkeit, diese Sympathien in eine Massenbewegung umzusetzen.

Gibt es innerhalb der Bevölkerung auch eine gewisse Angst vor einer möglichen Reaktion des Militärs?

Man darf dieses Phänomen nicht vernachlässigen. Es gibt eine reale Angst vor einem möglichen Putsch. Es gibt auch die politische Frustration, die sich in Apathie ausdrückt, weil der Übergang zunächst als eine Veränderung erschien, aber am Ende sich viel weniger verändert hat, als man gedacht hatte. Das hat verursacht, daß sich die Leute zurückgezogen haben und nicht mehr an Dingen teilnehmen. Es gibt ein wachsendes Desinteresse bei der Mehrheit, die davon ausgehen, daß Politik sowieso von denen "dort oben" im Kongreß gemacht wird, und daß das Gros der Bevölkerung eh nichts damit zu tun hat. Und sie verstehen nicht, wie ihre konkrete Teilnahme ein Faktor für Veränderungen sein kann. Das führt schließlich dazu, daß es keine großen organisierten sozialen Bewegungen gibt.

Wie verhält sich das Militär angesichts dieser Situation?

Es gab eine Zeit, wo viel über die Reaktion des Militärs spekuliert wurde. Die Militärs sind sehr zufrieden mit dem stattgefundenen Übergang, weil sie ihn als einen Erfolg betrachten. Sie sagen, daß es einen Übergang gegeben hat, der aber nach ihren Modellen durchgeführt wurde - kurz, eine Weiterführung der Arbeit des Regimes. Das sagen sie ganz offen und direkt. Ganz offen sagen sie, daß diese Demokratie ihrem Werk zu verdanken ist, und daß sie die "Bauherren" Chiles sind. Das akzeptiert die Concertacion zwar nicht, aber so wie die Dinge stehen, hat das Militär nicht unrecht. So betrachtet, ist die Concertacion dem ehemaligen Militärregime verpflichtet. Deshalb fühlen sie sich verpflichtet, die Stabilität nicht zu gefährden und sich bei Elementen, die einen Bruch bewirken könnten, nicht zu weit vorzupreschen. Und Pinochet selber hat die Aufgabe übernommen, von außerhalb den großen "Vormund" der Demokratie zu spielen, nach dem Motto: Erst mache ich den Putsch und schaffe diese Institutionalität und diese Verfassung, und dann sorge ich von außen dafür, daß sie auch eingehalten werden, aber ohne mich selbst dabei in die Politik zu verwickeln, um nicht der Kritik ausgesetzt zu sein.

Angesichts dieses Hintergrunds ist die Position des Militärs ziemlich kompliziert. Denn sie fühlen sich dazu aufgerufen, sich mit Contreras zu solidarisieren. Aber gleichzeitig können sie nicht offen gegen die Institutionalität verstoßen. Das beste Beispiel ist, was gerade passiert. Contreras wird, nachdem er verurteilt ist, in einem Militärkrankenhaus Asyl gewährt. Er weigert sich nun, die Strafe anzutreten. Aber er macht das nicht offen, er sagt nicht: "hier kriegt mich niemand raus!", sondern er sagt: "Ich bin krank, also müßt ihr warten, bis es mir besser geht, bevor ihr mich hier rausholt." Das ist eine Methode, die Strafe nicht anzutreten

und gegen die gerichtliche Entscheidung zu verstoßen: Indem er einen Vorwand gebraucht, den niemand glaubt, aber der alle dazu zwingt zu diskutieren, ob er nun krank ist oder nicht. Soviel zur Haltung des Militärs.

Auf einer tieferen Ebene gibt es aber etwas, was noch gefährlicher ist. Als die Übergangsphase von der Militär- zur Zivilregierung begann, kristallisierten sich drei Sektoren heraus. Der härteste und am stärksten den Putsch unterstützende Sektor sind die sogenannten "Dynamischen", eine Bezeichnung, die auf die DINA anspielt. Darunter sind viele ehemalige DINA-Agenten und auch Militärs, die nicht der DINA angehört hatten, die sich aber mit dem neuen politischen System nicht wohl fühlen und der Meinung sind, daß sie mit dem Militärregime besser bedient waren. Ein weiterer großer Sektor sind glühende Anhänger Pinochets, dem Chef loyal, ohne weitere Fragen zu stellen. Und der dritte Sektor sind die sogenannten "Neo-Professionellen". Sie sagen, daß das Militär nun die Aufgabe hätte, sich auf bereits eroberte Stellungen zurückzuziehen: zwar in alle Institutionen hineinzugehen, aber mit der Vorgabe, die Vergangenheit zu vergessen und in die Zukunft zu schauen, sich als ein in die Gesellschaft integriertes Element zu sehen. Diese Position ist also auch reichlich undemokratisch, denn sie tun das als "Vormund". Aber sie sagen eben, daß die Rolle des Militärs ist, in den Kommissionen zu sein, in der Legislative zu sein, die nationalen Grenzen zu verteidigen. (...) Also eine hochgradig technokratische Rolle. Und auch eine Rolle mit sehr viel Macht, also als ein in die Gesellschaft installierter Machtfaktor. Die Christdemokratie wollte in diesem neo-professionellen Sektor einen Verbündeten sehen, um die Hardliner zu verdrängen. Denn ihnen käme ein Militärputsch zweifellos nicht gelegen.

Sind diese drei Sektoren ungefähr gleich stark oder wie ist das Kräfteverhältnis?

Nein, ich würde sagen, der Sektor der Pinochet-Anhänger ist der weitaus stärkste. Der größte Teil des Militärs ist Pinochet gegenüber loyal. Der Sektor der Dynamischen ist klein, und der neo-professionelle Sektor umfaßt nur einige Militärs. Aber als dann die Verurteilung kam, zeigte es sich, daß diese Aufteilung eine ziemlich sekundäre Rolle spielt. Denn alle haben sich in Bezug auf Contreras zusammengeschlossen. Die Hegemonie hat also der härteste Sektor gewonnen. Die Pinochetisten haben nicht auf den unverschämten Lösungsweg gesetzt, das Urteil einfach nicht anzuerkennen und Contreras militärischen Unterschlupf in irgendeinem Regiment anzubieten, was auch im Gespräch war. Nein, man suchte nach einem "weichen" Weg, der aber im Grunde ebenfalls die Nichtanerkennung des Urteils bedeutete: Asyl in einem Militärkrankenhaus.

Was gab es für Reaktionen aus dem Ausland, speziell der Vereinigten Staaten, unter dem Gesichtspunkt des geplanten Beitritts Chiles zum Freihandelsabkommen NAFTA?

Hier ist ein Prozeß abgelaufen. In der Zeit der Militärregierung haben die USA in Bezug auf den Fall Letelier einen starken Druck ausgeübt. Als ein ziviler Untersuchungsrichter eingesetzt worden war, waren die USA erst einmal zufrieden und minderten den Druck merklich. Anders ausgedrückt: Es gab eine Phase der Normalisierung. Trotzdem zeigte diese letzte Phase des Prozesses, wo Contreras rebellisch wurde und er das Urteil nicht akzeptierte, wieder einmal, wie zerbrechlich das demokratische System Chiles ist. Das führt zu Problemen, weil klar wurde, daß die junge Demokratie weder so demokratisch noch so stark war, wie sie sich gab, weil es ganz klare Grenzen gibt, nämlich den Willen des Militärs. Wir haben hier nicht ein Militär, das einfach verschwunden wäre, sondern ein Militär, das präsent ist, das eine Grenze gezogen und die Spielregeln bestimmt hat, und das die Demokratie solange toleriert, wie sie sich innerhalb dieser Spielregeln bewegt. Aber sobald diese Grenzen überschritten werden, erkennt das Militär dies schlicht und ergreifend nicht an. Es macht keinen Putsch, aber es erkennt Dinge einfach nicht an. Das Bild der stabilen Demokratie wird also ziemlich angekratzt. Das wird ganz konkret einen Einfluß in Bezug auf die NAFTA haben, wo ein bestimmtes Maß an politischer Homogenität gefordert wird.

Vielen Dank für das Gespräch.

CHILE AG Braunschweig (redaktionell bearbeitet); das Gespräch wurde im Juli 1995 in Santiago de Chile geführt

Anmerkungen

1) Nach dem Militärputsch Pinochets 1973 wurde die Geheimpolizei DINA unter der Leitung von Manuel Contreras gegründet. Als direkter Untergebener von Contreras fungierte Espinoza. Der DINA oblag die Verfolgung, Ermordung und das Verschwindenlassen von RegimegegnerInnen. Pinochet schätzte die DINA

besonders wegen ihrer "Effizienz", mußte sie aber 1977 aufgrund der bekanntgewordenen Exzesse auflösen und durch den neuen Geheimdienst CNI ersetzen.

13. González und die Erpresser

Autor: Rainer Wandler · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:28

Erleichtertes Aufatmen bei Spaniens Sozialisten: die Skandale, die Regierungschef Felipe González neben ständig fallender Popularität Ermittlungen vor dem Obersten Gerichtshof einbrachte, sind alle "einem Verräter aus dem Militär und einem Bankier" zu verdanken. Ein riesiger Aufmacher vom 20.9.95 in der Tageszeitung "El País" soll die Aussage von PSOE-Sprecher Ciprió Ciscar untermauern. Was als Pressekampagne zur Imagepolierung der Regierung gedacht ist, kann leicht zu einem weiteren Schuß in den Ofen werden.

Der ehemalige Chef der Großbank Banesto, Mario Conde, soll seit März mit Hilfe des ehemaligen Agenten des militärischen Abschirmdienstes CESID Juan Alberto Perote versucht haben González zu erpressen. Sein Ziel: Strafverschonung und finanzielle Entschädigung. Mario Conde war 1993 enteignet worden, als sein Finanzimperium ins Schlingern geriet. 38 Tage U-Haft und ein Verfahren wegen Betruges brachten ihm seine gescheiterten Unternehmerabenteuer ein. Als die Regierung nicht auf die Forderungen einging, soll er der Presse nach und nach Unterlagen zugespielt haben, die Perote aus dem CESID-Archiv entwendet hatte. Der Skandal um den schmutzigen Krieg der GAL, dem in den Achtzigern 28 Menschen aus dem Umfeld der baskischen ETA zum Opfer fielen, sei damit erst so richtig ins Rollen gekommen. Größter Clou: der Abhörskandal vom Sommer, als bekannt wurde, daß der CESID jahrelang Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Presse abgehört hat. Regierungschef González habe sich nicht erpressen lassen. Er habe sich lediglich mit Condes Anwalt getroffen, um die für die Sicherheit des Staates wichtigen Dokumente zurückzuerhalten.

So weit die Enthüllungen der "El País". Was man dabei nicht bedachte: Erpreßt werden kann nur wer was zu verheimlichen hat. "El Mundo" - die Tageszeitung, die bisher alle großen Skandale mit ihren Enthüllungen erst so richtig anheizte - lüftete nur einen Tag nach dem Artikel der "El País" unter der Überschrift "Die Geheimdienstpapiere gefährden keinesfalls die Staatssicherheit, sondern nur die Zukunft von González" das Geheimnis um den Inhalt der noch nicht veröffentlichten Dokumente.

Sie sollen belegen, daß der CESID der GAL in Südfrankreich Autos, Wohnungen, Geld, Fotos der späteren Opfer und Waffen bereit stellte. Außerdem zahlte der Dienst die nötigen Bestechungsgelder an die französische Polizei, damit die Terrorkommandos aus Guardia Civil und französischen Söldnern ungestört arbeiten konnten.

Das beste Stück der Sammlung wurde bereits vor zwei Wochen öffentlich gemacht und liegt jetzt beim Obersten Gericht: die sogenannte Gründungsakte der GAL. In dem Papier werden vier verschiedene Aktionsformen gegen ETA gegeneinander abgewogen. "Systematische Panikmache" und "Vergeltungsschläge gegen Eigentum und Familienangehörige von ETA-Mitgliedern auf beiden Seiten der Grenze" werden als wenig sinnvoll abgelehnt. Als sehr effektiv wird hingegen die "Eliminierung des Gegners" eingeschätzt. Die gleichzeitige "Enthauptung verschiedener Führungsorgane würde zu einem schweren Bruch in der Kontinuität ihrer Strategie führen", heißt es. Am besten sei jedoch "das Verschwindenlassen mittels Entführung". Dabei müsse man allerdings Vorsicht walten lassen, daß die Aktionen nicht zu aufwendig wirken, damit niemand auf die Idee kommt "daß öffentliche Organe dahinterstecken."

Weitere Papiere belegen die Verwicklung der Guardia Civil-Kaserne in Intxaurrondo in schmutzigen Krieg und Folter. Mindestens sieben Tote gehen direkt auf die Kosten des erst diese Woche zum General beförderten Oberbefehlshaber Enrique Rodríguez Galindo und seiner Mannen. So der Tod des ETA Mitgliedes Mikel Zabalza: Er verstarb, als die Beamten immer wieder seinen Kopf in eine gefüllte Badewanne tunkten um ihn so zum Reden zu bringen. Anschließend wurde die Leiche in einen Fluß geworfen. "Auf der Flucht ertrunken", steht bis heute im Ermittlungsbericht. Oder der Fall von Lucía Urigoitia, die ohne sich zu wehren 1987 im Kugelhagel der Guardia Civil starb. Um Notwehr vorzutäuschen, manipulierten die Beamten die Waffe der Toten. José Lasa und Ignacio Zabala wurden 1983 in Südfrankreich entführt und dann unter Anwesenheit von Galindo zu Tode gefoltert. Die Leichen tauchten erst vor einem halben Jahr wieder auf. In all den genannten Fällen wurden die Verfahren wiedereröffnet. Bisher wurde Akteneinsicht vom CESID mit dem lakonischen Verweis auf "Geheimnisschutz" abgelehnt.

Reiner Wandler,

Madrid

14. Der israelisch-palästinensische Friedensprozeß. Eine Unterrichtskonzeption

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:23

"Im November 1993 hatte ich auf Einladung des israelischen Außenministeriums die Gelegenheit, aus erster Hand in Jerusalem Informationen zum aktuellen Friedensprozeß einzuholen und darüber hinaus die Stimmungslage von Israelis und Palästinensern zu erkunden." (S. 7 f.) Ohne die angegebene Jahreszahl könnte man vermuten, einen Reisebericht aus dem letzten Jahrhundert vor sich zu haben, als mit Einladungen von Höchster Stelle und Ersthand-Informationen noch Eindruck geschunden werden konnte. Tatsächlich stammt dies Bekenntnis jedoch aus dem Vorwort einer Unterrichtskonzeption zum israelisch-palästinensischen Friedensprozeß. Dies Thema ist sehr wichtig, die Konzeption wird nachvollziehbar begründet, die Dokumentation des Unterrichtsverlaufs ist von der Planung bis zur Auswertung detailliert dokumentiert. Also eine insbesondere für den gymnasialen Unterricht in den oberen Klassen, aber auch für die Erwachsenenbildung nützliche Handreichung. Man fragt sich daher bedauernd, warum der so sachkundige wie fleißige Martin W. Kloke (Verfasser von "Israel und die deutsche Linke") seine Leserschaft mit solchen Gespreiztheiten behelligt und in seinem ohnehin nicht gerade elegant formulierten Text auch noch im Übermaß seine Latein- und Fremdwörterkenntnis vorführt.

Erprobt wurde die Unterrichtskonzeption vom Autor im Februar/März 1994 im Grundkurs "Sozialwissenschaften" der Jahrgangsstufe 12 an einem Kölner Gymnasium. Sein Anliegen sei es, "am Beispiel des israelisch-palästinensischen Nationalitätenkonflikts die Schwierigkeiten einer Überwindung gewaltförmiger Auseinandersetzungen zwischen zwei nationalen Kollektiven aufzuzeigen." (S. 28) Hierbei handele es sich zum einen nicht um einen "beliebigen Konfliktherd", die geschichtlichen Ursachen dieses Konflikts lägen vielmehr auch in der eigenen, der deutschen Geschichte. Zum anderen ermögliche die Auseinandersetzung mit der jeweils spezifischen Haltung von Israelis und Palästinensern der Lerngruppe "die verblüffende Erfahrung, daß stereotype Ressentiments ein Phänomen darstellen, die sich in ihren Grundmustern auf nahezu alle sozialen Konflikte übertragen lassen." (S. 28) Es sei jedoch "eine isolierte didaktische Konzentration auf ‚Vorurteile und Konfliktbewältigung`" unbedingt zu vermeiden, könne doch sonst unter den Teilnehmern der Eindruck entstehen, als beruhe der Konflikt "nur" auf Wahrnehmungsstörungen, nicht aber auf einer realen Kollision nationaler Ansprüche. (S. 41) Kloke betont daher die Notwendigkeit des "Aufbaus einer kognitiven Grundstruktur [...], weil ohne ein wenigstens in Ansätzen verfügbares Orientierungswissen die geforderten instrumentellen, affektiven und sozialen Lernzieldimensionen ohne inhaltliche Verankerung" blieben. (S. 41) Dementsprechend - und entgegen der "zeitgeistigen didaktischen Diskussion" (S. 89), die die Wissensvermittlung eher tief hängt - besteht die erste Hälfte der insgesamt zwölfstündigen Unterrichtseinheit aus der Vermittlung historisch-politischen Orientierungswissens und der Anregung zu einer Auseinandersetzung mit Ausmaß und Wirkung sozialer Vorurteile im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Der Autor stellt seinen didaktischen Überlegungen und der Dokumentation sowie Diskussion der Unterrichtseinheit einen fünfzehnseitigen Abschnitt voran, in dem er über die Entwicklung des Konflikts, die in ihm enthaltene Vorurteilsproblematik und das Gaza-Jericho-Abkommen als möglichen Wendepunkt informiert. Anders als sonst überwiegend anzutreffen, reduziert der Autor den Zionismus nicht auf eine Reaktion auf den Antisemitismus, sondern definiert ihn als eine "politische Manifestation", zu dessen "entscheidenden Determinanten die historische Gleichzeitigkeit einer Trias aus religiös-kultureller Zionssehnsucht, europäischem Nationalstaatsgedanken sowie - nicht zuletzt - der Virulenz ‚moderner` postemanzipatorischer Judenfeindschaft" gehöre. (S. 12) Zu den Konfliktursachen schreibt er u.a.: "Schon im frühen 20. Jahrhundert deutete sich an, daß der Prozeß der zionistischen Landnahme und Besiedlung auf die schleichende Enteignung, Vertreibung und politische Unterdrückung der Araber Palästinas hinauslaufen könnte." (S. 13) Allerdings widerspricht sich der Autor selbst, wenn er im Zusammenhang der "Relevanzbestimmung des Themas" formuliert, "das zionistische Experiment jüdischer Staatlichkeit in Palästina ist ohne Auschwitz nicht in seiner Spezifik zu verstehen". (S. 27) Die "Spezifik" des zionistischen Unternehmens bestand doch gerade darin, daß es die Voraussetzung der Bildung eines jüdischen Staats war, die bisherigen Bewohner, die palästinensische Bevölkerung, zu vertreiben und zu entrechten - ein Prozeß, der Jahrzehnte vor der Schoah

begann. Der Staat Israel hingegen ist allerdings "ohne Auschwitz nicht in seiner Spezifik zu verstehen", ist aber ansonsten ein Staat wie viele andere (geworden), dessen Wirken als "zionistisch" zu bezeichnen etwa so realitätstüchtig wäre wie die Behauptung, die DDR sei vor 1989 ein sozialistischer Staat gewesen. Dennoch: Ist für Linke der kritische Blick auf das zionistische Unternehmen nichts Neues, ist es doch erfreulich, daß ein Autor wie Kloke, dem nicht unterstellt werden kann, Linker zu sein, der im Thema angelegten philosemitischen Versuchung entkommen ist und sich an den in der seriösen Literatur überlieferten historischen Fakten orientiert.

Bei den (im Anhang dokumentierten) Unterrichtsmaterialien scheint der Autor jedoch dem anti-"fundamentalistischen" Trend erlegen zu sein. Gegenübergestellt werden als Beispiele der Äußerungen von Gegnern des Friedensprozesses eine Erklärung von Netanjahu, dem Vorsitzenden des rechten Likud, und ein Interview mit einem nicht einzuordnenden Hamas-Mitglied. Der Vergleich der Äußerungen ergebe, daß "anders als Netanjahu" sich das Hamas-Mitglied "erst gar nicht der Mühe eines wenigstens scheinbar argumentativen Gedankenganges" unterzogen habe. (S. 60) Wohl wahr. Allein: Friedensgegner hin oder her, ein israelischer Spitzenpolitiker wird sich selbstverständlich immer um eine gewisse - im "westlichen" Sinne - Rationalität bemühen. Zu vergleichen ist aber nur Vergleichbares. Im vorliegenden Falle etwa die Position Netanjahus mit der einer führenden Persönlichkeit der innerpalästinensischen Opposition gegen "Oslo"; oder aber die Position eines Siedlers aus Hebron mit der eines Hamas-Mitglieds. Dieser Mißgriff bei der Materialauswahl wirkt sich negativ auf den gesamten Erkenntnisprozeß aus: Die Einschätzung der Gegner des Friedensprozesses hat in der Unterrichtseinheit eine zentrale Stellung; für die Lerngruppe stellten sich, wie auch aus Klokes Bilanzierung der Ergebnisse hervorgeht, Likud und Hamas als die wesentlichen Gegner des Friedensprozesses dar. Dies ist zum einen zu kurz gegriffen und führt zum anderen zu einer Unterschätzung der langfristigen Wirkungen der Politik der israelischen Rechten wie zur Überschätzung der kurzfristigen Wirkung der Hamas-Politik.

Im zweiten Teil seiner Arbeit (S. 44-93) dokumentiert Kloke die zweite Hälfte der Unterrichtseinheit. Aus der ersten Hälfte, in der vor allem grundlegendes Wissen vermittelt wurde, hatte sich die Fragestellung ergeben: "Welche Perspektiven - Chancen und Risiken - birgt der israelisch-palästinensische Verständigungsprozeß, um trotz aller Widerstände auf beiden Seiten den Abbau sozialer Intergruppen-Vorurteile fördern zu können, so daß eine Bewältigung des nahöstlichen Konflikts in politisch greifbare Nähe gerät?" (S. 45) Diese auf "Intergruppen-Vorurteile" reduzierte Leitfrage ist im Unterrichtsverlauf verändert und "politischer" geworden. Die Problemstellung lautete nun: "Welche Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich für die Beteiligten in der nahöstlichen Region, damit überhaupt noch eine realistische Friedensperspektive verfolgt werden kann? Darüber hinaus: Wie ist es mit den politischen Handlungsspielräumen verständigungsbereiter Akteure innerhalb der PLO und Israels bestellt?" (S. 66)

Kloke bilanziert die Erprobung seiner Unterrichtskonzeption: "Abgesehen von dem fachlichen Kompetenzgewinn hinsichtlich zentraler Fakten und Zusammenhänge hat die Reihe für die große Mehrheit der Lerngruppe ‚Erfahrungen` sowohl mit der fatalen Eigendynamik sozialer Vorurteile als auch mit möglichen Strategien zu ihrer Überwindung vermitteln können." (S. 90) Damit einher ging die Förderung der Erkenntnis, "daß gruppenspezifische Vorurteile überall dort einen fruchtbaren Nährboden finden, wo realexistierende Gegensätze (welcher Art auch immer) zu ideologischen Konfliktfigurationen hochstilisiert werden." (S. 90)

Dies alles in allem positive Resultat ist - soweit aus der Dokumentation des Unterrichtsverlaufs zu ersehen - auf die Sachkenntnis des Autors in fachlicher wie pädagogischer Hinsicht zurückzuführen und sicher auch auf sein Engagement "für die Sache". Die stilistischen Schwächen der Darstellung und die gelegentlichen Fehlgriffe in der Argumentation und der Materialwahl sind gegenüber der Brauchbarkeit dieser Unterrichtskonzeption von nachrangiger Bedeutung.

Klaus Mellenthin

Martin W. Kloke: Der israelisch- palästinensische Friedensprozeß. Sachinformationen, Planungsvorschläge, Praxiserfahrungen, Materialien für den Unterricht. Frankfurt (Haag + Herchen; Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V., Bd. 25) 1995. 120 S., 24,80 DM.

15. Politische Schreibtischtäter in der bundesdeutschen Justizgeschichte

Zum Urteil des Bundesgerichtshofs gegen die Mitglieder des nationalen Verteidigungsrates der ehemaligen DDR - von Rolf Gössner

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:20

Zum Urteil des Bundesgerichtshofs gegen die Mitglieder des nationalen

Verteidigungsrates der ehemaligen DDR - von Rolf Gössner

Endlich müssen auch deutsche Spitzenpolitiker, oberste Staatsschützer und Generale für ihre menschenrechtswidrigen politischen Beschlüsse als Täter strafrechtlich büßen - nicht nur ihre Untergebenen, Befehlsempfänger und Handlanger. Nach dem Urteil des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 26. Juli 1994 (Az. 5 StR 98/94) sind die Angehörigen der höheren Hierarchieebene(n) "im Rahmen organisatorischer Machtapparate" eines Staates, ohne Ansehen der Person und Funktion, nicht mehr vor Strafe gefeit oder privilegiert. Nicht länger werden sie nur als Anstifter zur kriminellen Tat oder lediglich als Gehilfen der unmittelbaren Täter eingestuft - nein, sie werden selbst als Täter belangt: als Totschläger, als Gewalttäter, als Freiheitsberauber, als Grundrechtsverletzer in "mittelbarer Täterschaft".

Ob wohl nach diesem Urteil das große Zittern unter den exekutiven Spitzenpolitikern und Befehlsgebern dieser Republik ausbrechen wird? Schlechte Zeiten für politkriminelle Drahtzieher, Hintermänner und Schreibtischtäter? "Ein Stück Gerechtigkeit", so jubelt Die Welt vom 27.7.1994 und mit ihr andere Tageszeitungen. Oder handelt es sich doch nur um einen pseudo-gerechten Gerichtsbeschluß gegen ganz bestimmte, mißliebige Schreibtischtäter in einer ganz bestimmten historischen Situation? Um eine Gerichtsentscheidung, die in ungleich schwerwiegenderen Fällen und bei ungleich grausameren Tätern der Vergangenheit undenkbar gewesen wäre; um eine Entscheidung, die möglicherweise auch künftig keinen Bestand haben wird, sobald es um politische Schreibtischtäter des eigenen politischen Lagers geht, die im besten Glauben, mit den edelsten Motiven und ohne Anflug von Unrechtsbewußtsein den Staat mit allen Mitteln schützen wollen und dabei, leider, leider, ein paar Bürgerrechte verletzen oder außer Kraft setzen.

Das aufsehenerregende Urteil des Bundesgerichtshofes richtet sich nämlich gegen ehemalige DDR-Gewaltige: gegen den einstigen DDR-Verteidigungsminister, General a.D. Heinz Keßler, seinen Stellvertreter Fritz Streletz und den Suhler SED-Bezirkssekretär Hans Albrecht - allesamt Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates (NVR), den sie zu DDR-Zeiten zusammen mit dem mittlerweile verstorbenen Staatsratsvorsitzenden Honecker, dem Vorsitzenden des Ministerrates Stoph und dem Stasi-Chef Mielke gebildet hatten.

Nachdem Honecker wegen seines Krankheitszustandes aus dem Verfahren ausgeschieden war und weil Mielke sich wegen Polizistenmordes in der Weimarer Zeit gerichtlich zu verantworten hatte, wurden zunächst nur die drei Angeklagten in erster Instanz vom Landgericht Berlin für die Todesschüsse an der innerdeutschen Grenze - als Anstifter und Gehilfen - verantwortlich gemacht und zu relativ hohen Freiheitsstrafen verurteilt: Keßler wegen Anstiftung zum Totschlag zu siebeneinhalb Jahren, Streletz aus demselben Grund zu fünfeinhalb Jahren und Albrecht zu viereinhalb Jahren wegen Beihilfe zur Anstiftung zum Totschlag. Gegen dieses Urteil legten Staatsanwaltschaft wie Verteidigung Revision ein, so daß das Verfahren in zweiter Instanz vor dem Bundesgerichtshof landete, dessen Urteil nun vorliegt und inzwischen Rechtskraft erlangt hat.

Unmittelbare Grenz-Täter:

Die Männer am Abzug

Gegen zahlreiche unmittelbare Täter, also gegen DDR-Grenzer und Todesschützen an der innerdeutschen Grenze, sind bereits zuvor und parallel zum NRV-Prozeß gerichtliche Strafverfahren durchgeführt und abgeschlossen worden. Dabei spielte auch in diesen knapp 20 Verfahren der Verfassungsgrundsatz "Nulla poena, nullum crimen sine lege" (Art. 103 Abs. 2 GG) eine entscheidende Rolle: Danach dürfen Menschen nur nach Gesetzen verurteilt werden, die zum Zeitpunkt der Tat auch in ihrem Land, also der DDR, gegolten haben (Rückwirkungsverbot). Deshalb müßten die sogenannten Mauerschützenprozesse eigentlich grundsätzlich

nach dem (Straf-) Recht der DDR geführt werden (falls das jeweilige Strafmaß nicht im bundesdeutschen Strafrecht milder ist).

Auch wenn Mord und Totschlag selbstverständlich in der DDR strafbar waren, so waren es die Schüsse an der Mauer nach dem dortigen Recht nicht. Denn das Grenzgesetz von 1982 erlaubte solche Schüsse (§ 27) gegen sogenannte Republikflüchtlinge - die in der DDR als "Verbrecher" galten -, um sie an der Flucht zu hindern. Also könnten die Beschuldigten, so grausam es klingt, für ihr Todeshandwerk einen Rechtfertigungsgrund geltend machen. Nach Ansicht des Strafrechtswissenschaftlers Klaus Lüderssen war das Grenzgesetz "nicht rechtswidrig, Befehle zu seiner Anwendung waren es demnach auch nicht". Es sei auch mit Art. 12 Abs. 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (Garantie der Ausreisefreiheit), dem die DDR seinerzeit beigetreten ist, vereinbar. Begründung: Diese Vorschrift enthält in Abs. 3 einen Gesetzesvorbehalt, "wonach die einzelstaatlich-souveräne Entscheidung, das Ausreiserecht aus Gründen der nationalen Sicherheit oder des ‚ordre public` einzuschränken, respektiert wird" (Lüderssen, Der Staat geht unter - das Unrecht bleibt? Frankfurt 1992, S. 151).

Im Zusammenhang mit Schußwaffengebrauch im Grenzbereich müßten im übrigen auch die entsprechenden bundesdeutschen Vorschriften für Polizeivollzugs- und Bundesgrenzschutzbeamte, u.a. geregelt im "Gesetz über den unmittelbaren Zwang" (UZwG), problematisiert und überdacht werden: Danach dürfen nämlich im Grenzdienst Schußwaffen zwar nicht gegen "Republikflüchtlinge", aber doch gezielt gegen einzelne Personen dann gebraucht werden, wenn diese "sich der wiederholten Weisung, zu halten oder die Überprüfung ihrer Person oder der etwa mitgeführten Beförderungsmittel und Gegenstände zu dulden, durch die Flucht zu entziehen versuchen" (§ 11 Abs. 1 UZwG). 1992 setzte allein der Bundesgrenzschutz insgesamt 46 mal die Waffe ein, in 21 Fällen gegen Personen - um, insbesondere an der deutschen Ostgrenze, Grenzdurchbrüche von außen zu verhindern (Bundestagsdrucksache 12/6690 v. 28.1.94).

Ein konkreter Straftatverdacht muß also im Grenzbereich nicht bestehen - das bedeutet, daß der gezielte Schußwaffengebrauch auch gegen vollkommen Unverdächtige und gegen Unbewaffnete gesetzlich erlaubt ist (gegen solche, die eines Verbrechens verdächtig sind oder auf frischer Tat ertappt werden oder sich der Festnahme durch Flucht entziehen, ohnehin). Da schützt sie dann auch nicht jene Vorschrift vor der unmittelbaren Todesgefahr, wonach der Zweck des Schußwaffengebrauchs nur sein darf, "angriffs- oder fluchtunfähig zu machen" (§ 12 Abs. 1 UZwG). Kommt es zu polizeilichen Todesschüssen, was immer wieder passiert (1993 sind im ganzen Bundesgebiet 15 Menschen an den Folgen polizeilichen Schußwaffengebrauchs ums Leben gekommen), so dürfen die staatlichen Todesschützen immer wieder auf gerichtliche Nachsicht hoffen - u.a. weil die Durchsetzung des staatlichen "Strafanspruchs" gegenüber einem verdächtigen Flüchtenden einen hohen Stellenwert genießt, oder der Todesschütze Notwehr oder notfalls Putativ-(vermeintliche)-Notwehr geltend machen kann, oder aber es wird ihm lediglich fahrlässige Tötung oder Körperverletzung mit Todesfolge angelastet. In manchen Bundesländern ist die Polizei gar in bestimmten Situationen zum gezielten Todesschuß ermächtigt (beschönigend "finaler Rettungsschuß" genannt).

Doch diese bundesdeutschen Regelungen staatlichen Schußwaffengebrauchs und die hierauf basierende Polizeipraxis werden von den Gerichten nur höchst selten problematisiert. Demgegenüber findet das DDR-Grenzgesetz vor bundesdeutschen Gerichten keine Gnade - schließlich gestattete es, auf Menschen zu schießen, deren strafbares Verhalten ausschließlich darin bestand, die DDR verlassen zu wollen bzw. zu flüchten.

Hier besinnen sich die Gerichtsjuristen, wie bereits im ersten Mauerschützen-Prozeß vor dem Landgericht Berlin, auf die Formel vom "gesetzlichen Unrecht", weil dieses Gesetz und die hierauf basierende Praxis in einem schlechthin unerträglichen Maße der Gerechtigkeit widersprechen. Und mit dieser übergesetzlichen Formel kommt es dann zu Verurteilungen, die aber - trotz aller menschenrechtlichen Bedenken gegen die DDR-Grenzpraxis - dem verfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbot widersprechen. Im übrigen sieht der Einigungsvertrag eindeutig vor, strafbare Handlungen nach den in der DDR geltenden Gesetzen zu beurteilen. Über diese Prinzipien hat sich auch der Bundesgerichtshof (BGH) bereits in einer Grundsatzentscheidung vom 3.11.92 souverän hinweggesetzt. Er begründet die Rechtswidrigkeit und damit Nichtanwendbarkeit des § 27 DDR-Grenzgesetz in seiner Revisionsentscheidung zum zweiten Mauerschützenprozeß folgendermaßen: "Wenn ein Gesetz zur Gerechtigkeit in einem ganz unerträglichen Widerspruch steht, dann muß das Gesetz als unrichtiges Recht der Gerechtigkeit weichen", so der Vorsitzende Richter des 5. BGH-Senats, Heinrich Laufhütte (laut dpa vom 4.11.92). Der BGH hat damit höchstrichterlich eine naturrechtliche Debatte über

"gesetzliches Unrecht" und "übergesetzliches Recht" in der Bundesrepublik losgetreten - eine Debatte, die möglicherweise auch vor bundesdeutschem Recht oder Unrecht nicht Halt machen wird: Das frühere westdeutsche Staatsschutzrecht und die Praxis der Kommunistenverfolgung im Kalten Krieg böten sich dafür genauso gut an wie etwa die zeitgenössischen Regelungen zur faktischen Abschaffung des Asyl-Grundrechts und zu den menschenrechtswidrigen Folgen, die sich hieraus ergeben.

Doch es ist zu erwarten, daß sich das Naturrecht ausschließlich über das vergangene DDR-Recht erhebt. Die Welt vom 4.11.92 verdeutlicht angesichts des BGH-Urteils den politischen Sinn und Zweck der Entscheidung: "Damit ist endlich Klarheit geschaffen, daß es kein von uns zu respektierendes ‚DDR-Recht` wider das Menschenrecht gibt ... Nun kann niemand mehr behaupten, der real existierende Sozialismus sei ja doch etwas Legitimes eigener Art gewesen." Hier geht es ganz unverblümt um die Delegitimierung des "besiegten" und verhaßten DDR-Systems.

Abgesehen von der Schwammigkeit der BGH-Formel, die sich auf den Rechtsphilosophen Gustav Radbruch stützt, und der damit verbundenen "Überforderung" von Grenzsoldaten vor Ort, bleiben als grundsätzliche Bedenken, daß dieses Urteil letztlich gegen das verfassungsrechtliche Rückwirkungsverbot und gegen den Einigungsvertrag verstößt und so faktisch Sonderstrafrecht kreiert. Gleichwohl wird die Entscheidung für zahlreiche Ermittlungsverfahren gegen Grenzsoldaten wegweisend sein (gegenwärtig sind noch etwa 20 Verfahren gegen frühere DDR-Grenzsoldaten und deren Vorgesetzte anhängig, über tausend sollen noch folgen); außerdem ist mit ihr die Möglichkeit eröffnet worden, auch die Mitglieder im "Nationalen Verteidigungsrat" der DDR zu verurteilen.

Hinter DDR-Schreibtischen: Die (mittelbaren) Herren

des Totschlags

Die Urteile in den Mauerschützen-Prozessen fielen recht unterschiedlich aus, in aller Regel jedoch ziemlich moderat: Freisprüche, Bewährungsstrafen und eine Freiheitsstrafe bis zu sechs Jahren (für eine sogenannte Exzeßtat) weist die Skala der Urteilssprüche auf. Gleichwohl hielt sich in der Öffentlichkeit lange der vorwurfsvolle Blick auf die DDR-Hierarchie: Wie kann man die "armen Mauerschützen", die letzten in der Reihe, die Befehlsempfänger mit dem Finger am Abzug, verurteilen, solange Honecker und die anderen an der Spitze des Nationalen Verteidigungsrates sowie die ihnen unterstellten höheren Grenz-Kommandeure nicht ebenfalls zur Rechenschaft gezogen werden? Schließlich kamen von dort die politisch-rechtlichen Vorgaben und die oft tödlichen Befehle.

Das volkstümliche Lamento "die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen" schien sich auch hier mal wieder zu bestätigen, fallen doch Makrokriminalität, systematisch-bürokratische Unterdrückung, staatlich organisierte Kriminalität und ihre Drahtzieher auf höchster Ebene traditionellerweise aus dem herkömmlichen Strafrechtssystem. Mit dem Abstand zur eigentlichen Tat verringert sich das strafrechtliche Risiko. Das Landgericht Berlin hatte dieses geringe Risiko im Fall Keßler, Streletz und Albrecht auch für Befehlsgeber bereits beträchtlich erhöht; das Revisionsurteil des Bundesgerichtshofes schließlich machte sie zu Tätern, zu Herren des Totschlags.

In erster Instanz galten die Angeklagten lediglich als Anstifter und Gehilfen; eine Verurteilung wegen Mittäterschaft bzw. mittelbarer Täterschaft kam für das Landgericht Berlin nicht in Frage, weil nach DDR-Recht die juristische Konstruktion einer "mittelbaren Täterschaft" unanwendbar war, wenn die unmittelbaren Täter selbst strafrechtlich verantwortlich waren (wie dies bei den Todesschützen der Fall ist); und Mittäter konnte nach der DDR-Rechtsprechung nur sein, wer mindestens ein gesetzliches Tatbestandsmerkmal unmittelbar selbst verwirklicht hat. Damit traf die Befehlshaber praktisch eine geringere Schuld als die Mauerschützen vor Ort. Das Landgericht stellte fest, daß es einen "Schießbefehl" in der Form, wie ihn die Anklage unterstellte, zwar nicht gebe; trotzdem hätten sich die Angeklagten "den Kurs der Partei in Sachen Grenzsicherung zu eigen gemacht". Sicher seien sie abhängig gewesen von der Sowjetunion, denn schließlich war die Grenze zwischen DDR und BRD gleichermaßen die Grenze zwischen zwei verfeindeten Militärblöcken. Aber "in der konkreten Ausgestaltung der Grenzsicherung hatte die DDR", so das Gericht, "einen eigenen Spielraum". Und den nutzten sie so, daß sie die Grenze verminten, mit Selbstschußanlagen versahen und ihre Grenzsoldaten veranlaßten, bei der Stellung von "Republikflüchtlingen" bis zum äußersten zu gehen. Dabei hätten die Angeklagten "mit Toten gerechnet und sich damit (billigend) abgefunden".

Im nachfolgenden Revisionsverfahren blieb der Bundesgerichtshof bei seiner bereits im Mauerschützen-Prozeß dargelegten Auffassung: Wegen seines "offensichtlichen, unerträglichen Verstoßes gegen elementare Gebote der Gerechtigkeit und gegen völkerrechtlich geschützte Menschenrechte" sei das Grenzgesetz nicht geeignet, die Angeklagten zu rechtfertigen. Darüber hinaus machte der BGH, wie bereits erwähnt, die Anstifter und Gehilfen der ersten Instanz juristisch zu mittelbaren Tätern der an der deutsch-deutschen Grenze begangenen Totschlagshandlungen. Die Angeklagten, so die Konstruktion der "mittelbaren Täterschaft", hätten den von ihnen befehligten Schußwaffengebrauch an Mauer und Stacheldraht durch andere, nämlich die Mauerschützen ausführen lassen.

Trotz dieser juristischen Mutation von Anstiftern bzw. Gehilfen zu Tätern wurde die Höhe der erstinstanzlich ausgesprochenen Strafen für Keßler und Streletz vom BGH bestätigt, da Anstifter prinzipiell wie Täter bestraft werden und beide bereits in erster Instanz zu mehr als der für Totschlag geltenden Mindeststrafe von fünf Jahren verurteilt worden sind; nur bei Hans Albrecht hob der BGH die Strafe um einige Monate an, weil dieser erstinstanzlich lediglich als Gehilfe, und deshalb ursprünglich milder bestraft worden ist.

Mit zweierlei Maß

durch die bundesdeutsche Rechtsgeschichte

Die rechtspolitische Bedeutung dieses Urteilsspruchs lautet: "Schreibtischtäter sind jetzt Täter", wie es der Rechtshistoriker Uwe Wesel formuliert, der die Entscheidung "sehr vernünftig, im Prinzip völlig richtig" nennt - und dennoch ein "ungutes Gefühl" verspürt. Damit steht er nicht allein.

In der Tat ist dieses Urteil äußerst zwiespältig, wie so manches in Sachen DDR-"Vergangenheitsbewältigung" per Strafjustiz. Einerseits ließe sich der Prozeß gegen die ehemaligen Funktionäre des SED-Staates als heilsamer Lernprozeß ansehen, wie es der politische Kommentator der "Süddeutschen Zeitung", Heribert Prantl, versucht: "Die Justiz lernt, strafrechtliche Maßstäbe zu finden, die an politisches Handeln anzulegen sind", schreibt Prantl. "Daraus mag sich ein neues Verständnis dessen entwickeln, was in demokratischen Staaten unter einem politischen Prozeß zu verstehen ist: nicht die Kujonierung (jemanden unnötig und bösartig bedrängen, Anm. ak) der Opposition, sondern die Überwindung der faktischen Sanktionsimmunität von Spitzenpolitikern." Prantls Wunschgedanke: "Der Spieß des politischen Prozesses wird umgedreht."

Doch aller Voraussicht nach wird dieser gute Gedanke auch nach dem BGH-Urteil Wunschvorstellung bleiben. Denn das Urteil kann nicht isoliert betrachtet werden als bloße, prinzipiell wünschenswerte Einbeziehung von Drahtziehern und Befehlsgebern in die strafrechtliche Verantwortung; es muß vielmehr gesehen werden auf dem Hintergrund der bundesdeutschen Justizgeschichte und -tradition; und es muß gemessen werden an rechtsstaatlichen Prinzipien und den Regelungen des Einigungsvertrages.

1. Die juristische Konstruktion der "mittelbaren Täterschaft", so wie sie im vorliegenden Urteil zur Anwendung kam, war in der DDR unbekannt. Nach dem Einigungsvertrag sollten die Gerichte bei der strafrechtlichen Beurteilung von DDR-Unrecht nach dem Recht der DDR urteilen und nicht nach dem der BRD. Das ergibt sich auch aus dem sogenannten Rückwirkungsverbot. Das BGH-Urteil widerspricht also dem Sinn des Einigungsvertrages und verstößt gegen ein Verfassungsprinzip.

2. Der BGH argumentiert im vorliegenden Fall vollkommen anders, als bei der gerichtlichen "Bewältigung" des NS-Unrechts: Der BGH hat Nazi-Verbrecher, etwa SS-Generale, die für millionenfachen Mord verantwortlich waren, nur als Gehilfen, niemals als Täter bestraft. NS-Schreibtischtäter durften beim höchsten bundesdeutschen Gericht bis zuletzt mit Milde rechnen. Nun, da es um das mit dem NS-Unrecht, dem nazistischen Massen-, Völker- und Justizmord, absolut nicht vergleichbare DDR-Unrecht geht, macht der BGH einen Schwenk: jetzt werden aus Gehilfen Täter, just zu einer Zeit, in der diese Konstruktion auf keinen Fall mehr auf Nazi-Verbrecher Anwendung finden wird, denen im übrigen in früheren Verfahren fast durchweg zugute gehalten wurde, daß ihr Handeln - abgesehen von sogenannten Exzeßtaten - von den damals geltenden NS-Gesetzen gedeckt gewesen sei. Erst bei der Aburteilung von DDR-Bürgern wird aus einem Gesetz gesetzliches Unrecht, was die Täter hätten erkennen müssen.

3. Auch wurde in der Bundesrepublik kein einziger NS-Richter für schuldig befunden, etwa das "Blutschutzgesetz" angewandt, oder den Euthanasie-Befehl Hitlers als Gesetz verstanden und danach geurteilt zu haben. Der Bundesgerichtshof hielt ihnen das eigens kreierte "Richterprivileg" zugute: Schließlich hätten sie

sich gesetzestreu verhalten und das Recht nicht vorsätzlich und wider besseres Wissen gebeugt, sondern in bestem Glauben an die nationalsozialistische Sache ihre Todesurteile verhängt.

Doch auch hier machte der BGH bereits im Jahre 1960 eine bemerkenswerte Ausnahme und legte in seinem Urteil gegen einen Strafrichter plötzlich andere Maßstäbe an: Der 5. Strafsenat hielt Rechtsbeugung dann für gegeben, wenn der Richter "bewußt eine Strafe verhängt, die nach Art und Höhe in einem unerträglichen Mißverhältnis zu der Schwere der Tat und der Schuld des Täters steht". Die neue Strenge der BGH-Richter traf allerdings keinen Nazi-Blutrichter, sondern einen früheren DDR-Richter ...

Bei den berüchtigsten NS-Richtern des "Volksgerichtshofs" waren diese neuen Grundsätze rasch wieder vergessen, der Fall des Nazi-Richters am "Volksgerichtshof", Rehse, ist dafür ein bedrückendes Beispiel. Das Urteil gegen den ehemaligen DDR-Richter blieb solange einsam, bis sich die bundesdeutsche Rechtsprechung, nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, wieder mit Richtern aus der realsozialistischen DDR beschäftigen mußte: Nun kommt der Straftatbestand der Rechtsbeugung wieder voll zum Zuge.

4. Und noch eine eklatante Ungleichbehandlung: Spionage der ehemaligen DDR gegen die Alt-Bundesrepublik wird nach der Vereinigung - unter Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot und den Gleichbehandlungsgrundsatz - bestraft, während westdeutsche Spione, die gegen die DDR agierten, genauso straffrei bleiben, wie ihre Hintermänner an den Schreibtischen der bundesdeutschen Geheimdienst-Zentralen.

5. Dieses Messen mit zweierlei Maß bei der justitiellen "Vergangenheitsbewältigung" folgt offenbar einem traditionellem Rechts-Links-Schema, das sich auch bei der aktuellen justitiellen Behandlung von radikalen Linken und militanten Neonazis bestätigt. Wurden letztere lange Zeit mit Samthandschuhen angefaßt, begegnete man ersteren zunächst mit der geballten Antikommunismus-Justiz, später mit einer militanten "Anti-Terror"-Justiz.

Auch nach der Eskalation rechtsradikaler Gewalt seit Beginn der neunziger Jahre werden rechtsorientierte Gewalttäter gerne als Einzeltäter ohne politisch-organisatorischen Hintergrund gehandelt, während dem linksgerichteten Spektrum rasch organisatorische Strukturen unterstellt werden; dadurch kann das rechtsstaatlich höchst bedenkliche "Anti-Terror"-Sonderrechtssystem nach § 129a StGB aktiviert werden, das gegen rechts kaum Anwendung findet. Über das Organisationsdelikt § 129a können im übrigen alle Mitglieder einer sogenannten terroristischen Vereinigung (die etwa der "Kommandoebene" der RAF zugerechnet werden) für alle Taten, die der Vereinigung angelastet werden, strafrechtlich haftbar gemacht werden - gleichgültig, ob ihnen die Einzeltat konkret nachweisbar ist oder nicht.

Fazit

Eine Justiz, die zutiefst diskreditiert ist durch die Freisprüche von Blutrichtern der NS-Terrorjustiz, scheint bei der strafrechtlichen Bearbeitung der DDR-Vergangenheit um so größeren Verfolgungseifer an den Tag zu legen. Bis zum Beweis des Gegenteils müssen wir davon ausgehen, daß die bundesdeutsche Justiz - nach wie vor - mit zweierlei Maß mißt: Nazi-Mittäter und Verantwortliche für die Judenvernichtung des NS-Staates galten den bundesdeutschen Richtern allenfalls als (Schreibtisch-)Gehilfen. Politische Schreibtischtäter werden juristisch offenbar erst dann als Täter qualifiziert, wenn sie an ehedem volkseigenen DDR-Schreibtischen saßen. Entscheidend scheint also zu sein, wann der jeweilige Schreibtisch wo gestanden hat und wer dahinter saß. Bundesdeutsche Schreibtische, insbesondere wenn sie in Richter- oder Geheimdienststuben stehen, scheinen jedenfalls eher tabu zu sein.

Der Kalte Krieg ist längst noch nicht überstanden, der Antikommunismus triumphiert in der gegenwärtigen politischen Landschaft und der Ruch von "Siegerjustiz" ist nur schwer zu kaschieren. Mitunter offenbart sich in aller Deutlichkeit, daß die "Aufarbeitung" der DDR-Geschichte im Sinne einer Abrechnung mit dem "realsozialistischen" System betrieben wird und dabei manche lästigen Rechtsgrundsätze, wie etwa das Rückwirkungsverbot oder das Gleichbehandlungsgebot, vorübergehend über Bord geworfen werden. Ein klarer Fall von Politischer Justiz, die sich um historische Dimensionen und Maßstäbe ihres Tuns offenbar nicht zu kümmern braucht. Der Historiker Eberhard Jäckel sollte wohl recht behalten, als er bereits 1991 schrieb: "In Deutschland wird die doppelte Vergangenheit exekutiert, als wäre sie zweimal die gleiche gewesen, und was man nach 1945 versäumte, wird mit um so größerem Eifer nachgeholt. Die Deutschen führen sich auf wie die alliierten Säuberer nach 1945. Es ist, als ob sie es genössen, endlich einmal die Sieger zu sein."

Dr.jur. Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist; rechtspolitischer Berater der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" im niedersächsischen Landtag und in den neuen Bundesländern. Veröffentlichungen u.a.: "Kurzer Prozeß?" In: ID-Archiv (Hrg.), Bad Kleinen - Der Tod des Wolfgang Grams; Berlin-Amsterdam Herbst 1994. "Die vergessenen Justizopfer des kalten Kriegs - Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West"; Hamburg 1994. Mythos Sicherheit - Der hilflose Schrei nach dem starken Staat; Baden-Baden 1995.

16. Schengen am Ende? Am Ende Schengen!

Autor: A. List · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:33

"Das ‚krumme Geburtsdatum` 26. März 1995 für die Inkraftsetzung des Schengener Durchführungsübereinkommens für den Binnenverkehr (...) ist ein Luftfahrtdatum. An diesem Tag begann weltweit die Umstellung auf die Sommer-Flugplanperiode. Das BMV hat wegen der gerade im Flughafenbereich notwendigen Umstrukturierung und Umorganisation der Passagierströme (physische Trennung von national/international in Schengen/sonstige EU/nicht EU) diesen sinnvollen Umstellungstermin durchsetzen können." (LBA Info 29/5-95). Alleine in die dafür notwendigen Umbaumaßnahmen haben die deutschen internationalen Verkehrsflughäfen über 267 Millionen Mark investiert.

Seit 1985 das Abkommen zwischen Frankreich, der BRD und den Beneluxstaaten abgeschlossen, 1990 das Durchführungsabkommen mit den Ausgleichsmaßnahmen an den Schengener Außengrenzen für den Wegfall der Binnengrenzen konzipiert wurde, ist schließlich auch viel Wasser den Rhein und andere alte und neue Grenzflüsse in Europa hinuntergeflossen. Die offizielle Freiheitshymne vom Europa ohne Grenzen ist inzwischen ausgesungen, bzw. zum Separatistenhit der Kerneuropäer geworden.

Pilotprojekt

Das Pilotprojekt Schengen, ein zwischenstaatliches Modellprojekt für Gesamteuropa, ist ein Paradebeispiel für die Politik des "Kerneuropa" gegenüber dem Rest der Welt und für eine Politik der vollendeten Tatsachen. Zwar sah im Laufe der Zeit vieles etwas provisorisch aus, und daß das Abkommen schließlich mit über einjähriger Verzögerung wegen nie genau nachvollziehbarer technischer Schwierigkeiten im Zentralcomputer des Schengener Informationssystems (SIS) nicht in Kraft gesetzt werden konnte, gab Anlaß zu manch hämischem Kommentar. Über dieser Häme aber wurden und werden oft die Dimension des Projekts und seine schon im Laufe des Umsetzungsprozesses greifenden vereinheitlichenden Tendenzen übersehen.

Als Beispiel seien hier die Asyl-, Visa- und Flüchtlingspolitik genannt, sowie die in diesem Zusammenhang und dem Bereich der Organisierten Kriminalität abgeschlossenen Abkommen. Nach dem Zerfall der realsozialistischen Staaten wurden die Schengen-Prinzipien unter Federführung der BRD in Windeseile auf die Ostgrenzen übertragen. Deren wesentlicher Kern - Flüchtlingsabwehr und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich Innere Sicherheit - reicht durch ein System von sogenannten Rückübernahmeabkommen heute bis zur Ukraine (Schengen-Ost).

Im Süden wird nachgekartet, wie das Rückübernahmeabkommen Spanien-Marokko (1992) zeigt. Den ursprünglich fünf Trägern dieses Projekts sind inzwischen Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und schließlich auch Österreich beigetreten; die letzten drei haben sich aber eine Frist zur Umsetzung und zur Herstellung der notwendigen Voraussetzung ausbedungen. Österreich z.B. will das in zwei Jahren erledigt haben. Dänemark hat Beobachterstatus, beantragt haben diesen auch Schweden und Finnland.

Schengen soll definitiv die Grundstruktur der Festung Europa sein, ihre Hausordnung im Bereich Innere Sicherheit einschließlich Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Schengen enthält ebenfalls die Vorgaben für die neuen europäischen Vorhöfe im Süden und v.a. im Osten. Darüberhinaus wird derzeit wegen des EU-"Dissidenten" Norwegen und des Nichtmitgliedes Island an Sonderbedingungen gebastelt, die den Einbau der skandinavischen Länder ermöglichen sollen (Nordische Paßunion). "Dabei gilt es", so heißt es in der Sprache der Schengen-Architekten, "insbesondere eine Lösung für die Frage zu entwickeln, wie die vollständige Transformation auch des künftigen Schengen Besitzstandes auf die beiden Drittstaaten gewährleistet werden kann" (Staatssekretär Schelter auf einer Tagung der Europäischen Rechtsakademie am 21./22.9.95), d.h. wie diese Länder faktisch eingebunden werden können, ohne den politisch umstrittenen formellen Beitritt als Voraussetzung beschließen zu müssen.

Einer "Notiz des belgischen Vorsitzes" vom März 1995 ist zu entnehmen, daß es das erklärte Ziel von "Schengen" ist, insgesamt in den "dritten Pfeiler" der EU (Innen- und Justizpolitik) aufgenommen zu werden: das Pilotprojekt wäre dann ans Ziel gebracht. Die Mlada Fronta Dnes (27.3.95) in Prag schreibt zur Inkraftsetzung: "Seit gestern trennt uns von Europa erneut ein Vorhang. Diesmal kein eiserner, sondern der Schengener (...) Für die Bevölkerung von Mittel- und Osteuropa bringt das Abkommen außer den Kontrollen

an den Schengener Grenzen (...) auch das seit einigen Jahren fast unbekannte, unangenehme Gefühl ‚derjenigen von anderswo` mit. Die Union teilt sich mit diesem Akt sichtbar in die erste und zweite Liga."

Innenminister Kanther, der jetzt über ein "weltweit einmaliges Fahndungssystem" verfügen darf (WDR, 27.3.95), wird das genausowenig stören, wie die polnische Kritik vor dem Abschluß des Rückübernahmeabkommen zwischen BRD und Polen auf Basis der Schengen-Prinzipien, es dürfe über Menschen nicht wie über Vieh verhandelt werden.

Vor allem Differenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik über Fragen der Grenzkontrollen haben allerdings von Anbeginn ein Scheitern des Schengen-Projekts möglich erscheinen lassen. Während Frankreich von den Möglichkeiten, bestimmte Teile der Übereinkunft nicht anzuwenden (Beschluß des Exekutivausschusses vom Dezember 1994), Gebrauch gemacht hat und weiterhin Grenzkontrollen durchführt, hat die Bundesrepublik schon im Vorfeld den Bundesgrenzschutz an den Westgrenzen zu Beginn des Jahres 1995, also vor Inkraftsetzung, um 500 Mann im "Sondereinsatz" und schengengemäß verstärkt. War die französische Maßnahme ursprünglich bis zum 1.7.95 befristet, wurde sie jetzt verlängert bis zum 31.12.95. Die Bombenanschläge in Frankreich lieferten den Vorwand zur Intensivierung der Kontrollen bis hin zum Einsatz von Soldaten zur Grenzüberwachung. Juppe, Frankreichs Außenminister, drohte im April sogar, daß er sich "das Recht vorbehalte, das System zu verlassen, wenn es uns nicht die genügenden Garantien gibt". (FR 8.4.95) Das ist natürlich alles andere als die hochgehaltene Freizügigkeit und Kontrollfreiheit im Innern des Schengenraumes.

Außengrenzen: dicht?!

Die Spatzen, aufrichtige Kriminalisten und der ehemalige Innenminister Schäuble pfiffen es von den Dächern: "Der Schlagbaum ist kein intelligentes Fahndungsinstrument" und "Grenzkontrollen sind gegenüber der organisierten Kriminalität nur eingeschränkt wirksam." Diese Erkenntnisse hinderten aber keinen der Schengen-Propagandisten in den letzten Monaten und Jahren daran, die ausgefeiltesten Projekte zur Sicherung der Schengen-Außengrenzen mit eben dieser Organisierten Kriminalität zu begründen, die dem Zeitgeist entsprechend mit Flüchtlingsfluten und organisierter Schleppertätigkeit ihre aktuelle Koloratur erhielt.

Die Schengen-Essentials sind:

- Ausarbeitung eines einheitlichen "Schengen-Visums". 125 Staaten sind inzwischen in allen Schengen-Ländern visumverpflichtet; lediglich 25 Staaten sind in keinem der Schengen-Länder visumpflichtig.

- "Fahndungstechnische Überprüfung" statt Stichproben an den Schengen-Außengrenzen; das sortiert die Leute noch einmal nach Schengen-Menschen sowie EU- und Drittauslandsmenschen.

- Einreiseverweigerungsmöglichkeit aus "Gründen der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung".

- Schengenweite, grenzüberschreitende Fahndung, bzw. Ausschreibung dazu, polizeiliche (verdeckte) Beobachtung schengenweit von Personen, auch Kontaktpersonen und Fahrzeugen und sog. Nacheile. Hier gibt es noch Differenzen. Die Niederlande bspw. erlauben der deutschen Polizei die Nacheile im Raum von 10 km, die Belgier begrenzen die Nacheile zeitlich - eine halbe Stunde, die BRD erlaubt sie großherzig unbegrenzt.

- Registrierung bei Verdacht einer Straftat, einer "erheblichen Gefährdung" oder "anderer erheblicher Gefahren für die innere oder äußere Sicherheit.

Zur Umsetzung dieser Ziele wurden und werden Flug- und Seehäfen umgebaut. Die Kontrollzeiten, die für die Kontrollen von DrittausländerInnen nach Schengen-Standard bleiben, ohne daß der "Flugverkehr zusammenbricht", peinlich genau ausgerechnet für EU-BürgerInnen 20 Sekunden, für Nicht-EU-BürgerInnen 40 Sekunden/Passagier. Zug um Zug wurden Visa- und andere Formulare für Schengen-Bedürfnisse ausgearbeitet, Fahndungsformulare vereinheitlicht, Rechtsvorschriften und Computerprogramme kompatibel gemacht. Automatisierte Fingerabdrucksysteme für Flughäfen und andere Grenzen, Asylcard und sogenannte Smart-Cards für automatisierte Abfertigungsverfahren an den Grenzen müssen ebenfalls in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Der Wildwuchs der Bestimmungen wird in der "Einführung und Anwendung des Schengener Regimes auf Verkehrsflughäfen" deutlich, in der es u.a. heißt, die Außengrenzkontrollen im Sinne der Schengener

Vorgaben seien dann wirksam, wenn sie der "Risiko - und Gefährdungslage in den Drittländern entsprechen (...) Die Vertragsparteien wollen zu diesem Zweck durch ihre Sicherheitsbehörden in Kürze Erhebungen über die von Drittstaaten ausgehenden Risiko- und Gefährdungseinwirkungen vornehmen lassen" (Beschluß des Exekutivausschusses vom Dezember 1994) Das heißt schlicht: weltweite Lageberichte und darauf abgestimmte Kontrollen gegen Flucht- und Migrationsbewegungen, sogenannte islamische Fundamentalisten, Schlepper- und Schleuserorganisationen und wie die Gefährder der Sicherheit heutzutage alle heißen.

Die Kritik daran hielt sich bisher in engsten Grenzen. Beschwerden äußerten vor allem kerneuropäische Reisende. Der Ärger über beibehaltene Paß- und Grenzkontrollen oder das Verschwinden von Koffern im Bermuda-Dreieck Frankfurter Flughafen als Folge der nach Schengen-Vorgabe durchgeführten Kontrollen wurde häufiger in den Medien erwähnt als beispielsweise der in der Thüringer Allgemeinen publizierte Stimmungsbericht: "Wer sich seiner Gefühle als Interflug-Gast erinnert, wenn neben ihm die Lufthansa-Passagiere in ihre unbegrenzte Reisewelt gewunken wurden, versteht die Bitterkeit bei Polen oder Tschechen." (27.3.95)

Der lange Zeit als Vorbild propagierte Amsterdamer Flughafen Schiphol, der Magnetkarten (smart-cards) für Schengenland-Reisende eingeführt hatte, setzte laut Wirtschaftswoche (25/95) die Paßkontrollen wieder in Kraft; die Magnetkarten wurden wegen Mißbrauchs - sie wurden einfach weitergegeben - wieder abgeschafft. Die Einführung im Schengen-Land ist damit aber natürlich nicht hinfällig.

Diese "Behinderungen" der privilegierten Schengen-BürgerInnen können wohl tatsächlich als Kinderkrankheiten abgetan werden. Und doch sind auch sie Folgen systemimmanenter Maßnahmen, die im Laufe der Zeit eben perfektioniert werden müssen. Exemplarisch sind hier auch wieder die Ostgrenzen zu Polen und der Tschechischen Republik. Hier führt der Status der beiden Länder als Nicht-EU-Länder - also als Drittstaaten, die zumindest stichprobenartig besonderen Kontrollen unterworfen werden und ihre gleichzeitige Einbindung in den Kleinen Grenzverkehr zur Bundesrepublik vor dem Hintergrund ihrer besonderen Rolle als Brennpunkte der "illegalen Einwanderung und -schleusung" - zu erheblichem Durcheinander bei der Grenzabfertigung und zu langen Wartezeiten. (FAZ, 31.5.95)

Hierfür wolle "die Bundesregierung die Einrichtung von ‚Schengen-Spuren`, eine Sonderabfertigung für Polen und Tschechen aber lasse das Schengener Abkommen nicht zu", wird ein Sprecher des Innenministeriums zitiert. (Ebda.) Hierzu gehören auch die speziellen Probleme mit Gibraltar. Britische Reisende gelten dort als EU-AusländerInnen und sind entsprechenden Kontrollen unterworfen. An diesen Berichten werden die Strukturen der Differenzierung nach Schengen-Muster und der von der Praxis ausgehende Druck auf alle Nachbar- und Nichtmitgliedstaaten schon deutlich. Ebenso wie in dem lapidaren Kommentar eines Sprechers des Brüsseler Euro-Citizen-Action-Service, die "Kontrolle von offensichtlichen Minderheiten beim Grenzüberschritt ist gängige Praxis" die Hauptbetroffenen erkennbar werden.

Sicherheitsschleier

Die Inkraftsetzung der Schengener Durchführungsübereinkunft im März diesen Jahres war tatsächlich nicht der "Urknall", aber sie hat die Basis der Abschottung nach außen und der Kontrolle nach innen erheblich verbreitert. Vor allem ist es ein großer Schritt in Richtung einer Politik der Inneren Sicherheit auf europäischem Niveau.

Exemplarisch wird dies deutlich an den hochgekochten Differenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Ein kleinerer Punkt war dabei die jahrelang von der deutschen Regierung Frankreich und anderen - z.B. auch den Niederlanden - vorgeworfene Verweigerung des Rechtes zur "Nacheile", d.h. zum offenen und routinemäßigen Polizeieinsatz auf des Nachbarn Grund und Boden. Noch in diesem Frühjahr wurde dieser Punkt Frankreich v.a. vorgehalten, nachdem dort angeblich die innerstaatlichen Gesetze für diesen Brauch fehlten.

Im jüngsten Erfahrungsbericht zur Durchführung des Schengener Abkommens stellt das Innenministerium nicht ohne Stolz fest, daß deutsche Polizeibeamte grenzüberschreitende Observation und Nacheile in allen Schengener Nachbarstaaten durchführen könnten, weil Frankreich seit dem 1.7.95 die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen habe. Auch das ist noch nicht perfekt. Deshalb wird sich die Bundesrepublik für eine Harmonisierung auf der "Basis der deutschen Linie: Räumlich und zeitlich unbeschränktes Verfolgungs- und Festhalterecht im Nachbarterritorium für ausländische Polizeibeamte einsetzen."

Politisch höher gehängt wurden die Fragen um die von Frankreich wieder eingeführten großflächigen Grenzkontrollen, einschließlich des Einsatzes von Militär. Vordergründiger Anlaß waren die Bombenanschläge in Frankreich. Gestützt auf die nach Art. 2, Abs. 2 Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) möglichen Ausnahmeregelungen wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit beantragte und erhielt Frankreich eine zweimalig verlängerte Erlaubnis - jetzt bis zum 31.12.95 - zur Durchführung von Personengrenzkontrollen. Interpretiert wurde dies als Zeichen des Unwillens Frankreichs, das Schengener Abkommen wirklich durchzuführen. In dem schon angesprochenen Bericht heißt es dazu, daß die Bundesrepublik als Wortführerin der anderen Schengen-Staaten alles unternehmen werde, damit die Dynamik des Schengen-Prozesses durch das Fortführen der Binnengrenzkontrollen durch Frankreich nicht erlahmen werde.

Aufgeführt werden drei Schwerpunkte dieser Bemühungen, von denen die letzten beiden für diesen Zusammenhang besonders wichtig sind:

1. Erweiterung Schengens, um die Vorteile der Freizügigkeit auf alle EU-Mitgliedsstaaten weiter auszudehnen.

2. Erschwerung des Rückgriffs auf Art. 2, Abs. 2, SDÜ.

3. Volle Ausschöpfung des durch das SDÜ erweiterten Kooperationsrahmens durch den BGS, das BKA und die Polizeien der Länder.

Punkt 2 richtet sich direkt gegen das französische Vorgehen. Es wird dabei die Gefahr gesehen, daß "namentlich aus rein nationalem Interesse" der entsprechende Passus aus dem Übereinkommen angewendet wird. Und das - so die deutschen Schengen-Apologeten - gehe natürlich auf gar keinen Fall.

Punkt drei weist dagegen auf den deutschen und natürlich mißbrauchsfreien und schengengemäßen Weg hin. Und der sieht so aus: Schon vor Inkrafttreten des SDÜ wurden als Folge der Abschottung an den deutschen Ostgrenzen neue Fluchtwege über Italien und Frankreich nach Deutschland entdeckt. "Der Strom fließe ‚jetzt untenrum`", zitiert die FAZ am 12.1.95 vernommene Busfahrer. "Über Bulgarien, Slowenien, Italien, von dort über den Grenzübergang Ventimiglia nach Marseille und dann über die Autobahn nach Lyon, Dijon, Mülhausen (...) In Mülhausen, so haben die Franzosen ermittelt, werden die Kurden ‚angeliefert`. Danach werden sie in grenzüberschreitende Linienbusse (‚Eurobusse`) gesetzt. Diese bringen die Reisenden an die offenen Grenzübergänge Neuenburg, Breisach und Sasbach." Kanthers messerscharfe Reaktion: "Einschleusungen nun über Westgrenzen. 500 Grenzschützer sollen Schleppern das Handwerk legen - Albaner und Ex-Jugoslawen kommen über Italien." (KStA, 9.2.95)

Diese 500 Beamten sind im Rahmen eines Sondereinsatzes zur "Bekämpfung der illegalen Zuwanderung mit unterschiedlichen Einsatzschwerpunkten und Einsatzorten entlang der gesamten Westgrenze" eingesetzt. Sie arbeiten zivil und uniformiert. Kontrollen dürfen "nur" bei konkretem Verdacht auf illegale Einreise, Schleusung u.ä. vorgenommen werden und zwar in einer Tiefe von dreißig Kilometern im grenznahen Raum. Verdachtsunabhängige Kontrollen dürfen die BGSler laut SDÜ eben nicht (mehr) vornehmen. Eben deshalb ist diese Art der Grenzsicherung durch und durch schengengemäß im Unterschied zum französischen System. Und sie steht auch nicht im Verdacht, Art. 2, Abs. 2, SDÜ (s.o.) aus rein nationalem, sprich: innenpolitischen Interesse zu mißbrauchen.

Kanther wäre aber nicht Kanther und die BRD nicht Führerin der Schengen-Gruppe, wenn auf verdachtsunabhängige, d.h. gegebenenfalls allgemeine Kontrollen verzichtet werden würde: "Nach dem Wegfall der systematischen Grenzkontrollen ist die Verantwortung der (Bundes-, d.A.) Länder für die Sicherheit des Binnengrenzbereichs erheblich gestiegen", heißt es in einem Bericht zu den neuen Aufgaben des BGS nach Inkrafttreten Schengens. Und das heißt weiter: "Bayern hat bereits seit dem 1. Januar 1995 in seinem Polizeiaufgabengesetz die Befugnis zur sogenannten verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrolle im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 km sowie auf Durchgangsstraßen und in öffentlichen Einrichtungen des internationalen Verkehrs verankert. (...) Dies ist eine notwendige Maßnahme. Den anderen Bundesländern ist die Schaffung solcher Regelungen in ihrem Polizeirecht ebenso zu empfehlen wie die Unterhaltung eines ständigen Sicherheitsschleiers im grenznahen Raum." (Presseerklärung des BMI zum BGS-Jahresbericht 1994). Baden-Württemberg praktiziert diesen ständigen, wirkungsvollen "Sicherheitsschleier", der notwendig sei, um den "Migrations- und Einschleusungsgefahren über die Binnengrenzen nach Inkrafttreten (...) weiter wirksam entgegentreten zu können", mit dem nach Paragraph 26, Abs.1, Nr.4 PolG möglichen Aufbau von

Kontrollstellen. Und auch das wird kurz und bündig als eine "nicht-schengenwidrige", anlaßunabhängige Maßnahme bezeichnet.

Dieser Sicherheitsschleier ist die deutsche schengengemäße Antwort auf die Probleme, die Frankreich mit viel Getöse und auch aus innenpolitischen Interessen mit der Beibehaltung von Personenkontrollen und mit dem Einsatz von Militär zu lösen vorgibt. Zwei Wege, dasselbe Ziel.

Dieser Sicherheitsschleier besteht in der neuen Kooperation von BKA, BGS und Polizeien der Länder (s.o. Punkt 2) und ggf. des Zolls. Damit ist auch das nach dem SDÜ nicht erlaubte Einrichten von "Ersatzgrenzkontrollen in Form systematischer grenzpolizeilicher Kontrollen im Hinterland" umgangen.

Personendatensätze

"30.000 Computer an den Außengrenzen sorgen für deutliche Fahndungserfolge", so kommentierte Staatsminister Schmidtbauer in einem Interview vom 28.4.95 die ersten Gehversuche des ehemaligen Schengen-Sorgenkindes SIS (Schengener Informationssystem). In dem schon genannten Erfahrungsbericht vom September 1995 heißt es, daß gegenwärtig 3,4 Millionen Datensätze zur Personen- und Sachfahndung, sowie zur Einreiseverweigerung gespeichert seien. Insbesondere das deutsche Datenvolumen weise eine hohe "Dynamik hinsichtlich der ständigen Aktualisierung" auf.

Nicht das Gesamtsystem, aber Schwerpunkt und Hauptzielsetzung sollen am Beispiel der "Personendatensätze" dargestellt werden. Danach entfallen von den deutschen Datensätzen (insgesamt 2,3 Mio.) im SIS über 700.000 auf Personen. Über 200 betreffen Ausschreibung zur verdeckten Beobachtung, etwa 800 die Vermißtenfahndung von Jugendlichen und Erwachsenen. Knapp 900 betreffen Festnahmen, über 600.000 eine Einreiseverweigerung. Der letztere Bereich ist der Schwerpunkt der Arbeit der SIRENE beim BKA, d.h. dem nationalen Zentralcomputer für das SIS. Weitaus die meisten "Treffer" bei Abfragen des SIS seit Inkrafttreten betreffen diesen Bereich. Und zwar 273 aufgrund einer ausländischen Ausschreibung, aufgrund der deutschen Ausschreibung gab es im Ausland 3.988 "Treffer" im Bereich Einreiseverweigerung/Abschiebung.

Was der deutschen Seite in diesem Bereich überhaupt nicht behagt ist erstens, daß die von ihr ausgeschriebenen "Drittausländer" - in der Regel abgelehnte und dann untergetauchte AsylbewerberInnen - in anderen Länder mittlerweile einen vorläufigen oder endgültigen Aufenthaltstitel besitzen; in 10% der Fälle waren deshalb aufwendige Konsultationsverfahren erforderlich. Und zweitens, daß die anderen Vertragspartner das System nicht so umfassend und schnell aktualisieren wie die Deutschen selbst. Hier besteht wie üblich Harmonisierungsbedarf.

Die Mengenangaben sind nur schwer zu bewerten. Sie verweisen aber doch auf das derzeitige Hauptziel des SIS: die durch die Maschen der unmittelbaren Grenzsicherung geschlüpften Menschen im Binnenland dingfest zu machen und wieder rausschaffen zu können. Zudem wird auch das SIS durch sein bloßes Anlaufen eine Sogwirkung in dem Sinne entfalten, als die anderen Länder ständig ermahnt werden können, sich der deutschen Geschwindigkeit und Intensität gefälligst anzupassen. Dieser Anpassungsdruck wird sich - von deutscher Seite dringend erwünscht - auf immer weitere Länder nicht nur der EU ausdehnen. Und so, wie die dänischen Transportunternehmen - lange Zeit bevor Dänemark auch nur einen Beobachterstatus im Schengenverbund hatte - in die Kontrollregeln gezwungen wurden, werden die durch das Inkrafttreten von Schengen geschaffenen Fakten immer weitere Länder in das System zwingen.

Am Ende wird Europa dann wie Schengen aussehen: mit einem Sicherheitsschleier im Innern, der sich an den Grenzen zu neuen Mauern verdichtet hat.

A. List

17. Rückübernahmeabkommen - der neueste Stand

Autor: A. Maurer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:25

In ak 380 wurde ein Überblick über den formalen Stand des Projekts "Rückübernahmeabkommen" gegeben. Im Juli 1995 wurde das Abkommen mit Vietnam unter Dach und Fach gebracht und gleich ergänzt um ein - auch mit osteuropäischen Staaten üblichen - Abkommen über die Zusammenarbeit in Fragen der "Inneren Sicherheit". Die Auseinandersetzung um die Abschiebung der Sudanesen vom Frankfurter Flughafen hat eine der Thesen des letzten Artikels eindrucksvoll bestätigt: die Bundesregierung, konkret Kanther, holt sich von terroristischen Regierungen und kriegsführenden Regimen, Zusagen über menschenrechtsgemäße Behandlung der Abzuschiebenden ein und schiebt auf dieser Basis Menschen in Folterregime ab. Was sind schon Analysen von Menschenrechtsorganisationen gegen das Ehrenwort eines leibhaftigen Regierungschefs oder einer -chefin, wie im Falle der Türkei.

Im "Asyl-Erfahrungsbericht 1994" legt das Bundesinnenministerium einige Zahlen vor, die zumindest ansatzweise die quantitative Dimension der abgeschlossenen und angepeilten Rückübernahme- und Durchbeförderungsabkommen sichtbar werden lassen.

Kroatien. Von Mai bis Oktober 1994 wurde die erste "Rückführungsphase" für "ehemalige Kriegsflüchtlinge" in "befriedete" Gebiete durchgeführt. In dieser Phase sind etwa 20.000 "Ausreisepflichtige", einschließlich Familien mit Kindern "überwiegend freiwillig" ausgereist.

Die zweite Phase ist jetzt eingeleitet worden. Dabei sollen 40.000 bis 60.000 Menschen rausgeschafft werden. Wegen "schwieriger wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse" in der Region habe die kroatische Regierung (!) um ein halbes Jahr Aufschub gebeten.

Die Reaktion darauf ist ein klassischer Kanther: Die Innenministerkonferenz beschloß daraufhin, die Abschiebung "flexibel" anzuwenden, nach "Maßgabe der Einzelfälle". "Von einem weiteren Verschieben der zweiten Rückführungsphase sollte abgesehen werden. Abgesehen davon, daß dies nachteilige Folgen für den Abschluß von zukünftigen Rückübernahmeabkommen haben könnte (pacta sunt servanda - Strauß läßt grüßen. A.M.), würde eine solche Verschiebung tendenziell zu einer weiteren Zuwanderung mit dem Ziel eines Dauerbleiberechts von Kroaten führen, die als Touristen visumfrei einreisen können." (S. 41/42)

Es tut mir leid, aber auch die weitere Begründung, warum pacta servanda sunt, muß wörtlich zitiert werden. Nur so kommt die Eiseskälte der neudeutschen Großraum-Bürokraten zum Ausdruck, mit der sie das Netz ihrer Abkommen europa- und weltweit auslegen. "Deutschland ist Kroatien soweit wie möglich entgegengekommen (...) Soweit sich auf kroatischer Seite Erwartungen im Hinblick auf die besetzen Gebiete nunmehr nicht erfüllt haben, kann dies nicht zu einer Vertragsänderung führen (...) Eine Vereinbarung dergestalt, daß die nach Kroatien zurückkehrenden Personen nur in ihre angestammten Herkunftsgebiete zurückkehren sollen, war gerade nicht Gegenstand des Abkommens." (S. 42)

Das ist die Weiterentwicklung des gegen die KurdInnen angewandten Prinzips der innerstaatlichen Fluchtalternativen: in Kriegs- und/oder Bürgerkriegsländern wird zurückgeschoben gemäß dem Frontverlauf. Man sieht förmlich die im Innenministerium über Landkarten gebeugten, fähnchensteckenden Fachbeamten, die weltweit in Kriegs- und Krisengebieten "befriedete" Regionen, Städte, Dörfer, Stadtteile ausmachen und dann: raus.

(Rest-)Jugoslawien. Weil wegen des UN-Luftembargos eine direkte Rückführung nach Belgrad "zunächst" nicht möglich war, und Mazendonien den Umweg über Skopje - "mit Ausnahme von Straftätern" - nicht zuließ, seien Rückführungen dorthin "fast völlig zum Erliegen gekommen". Nach teilweiser Aufhebung des Embargos im September 1994 seien "Direktabschiebungen" wieder möglich. Aber: die jugoslawische Regierung habe beschlossen, nur auf Grundlage eines formellen Abkommens und entsprechender finanzieller Flankierung, die Rückführung zu gestatten. "Jedenfalls derzeit" könne beides nicht akzeptiert werden. Aber: das BMI "bleibt bemüht, durch Gespräche auf Fachebene auf die jugoslawische Seite einzuwirken." (S. 44/45)

Bei diesen Gesprächen mit einer ansonsten heftigst bekämpften "Kriegstreiber-Regierung" geht es immerhin um die "Rückführung von derzeit etwa 120.000 Menschen".

Am Beispiel der Probleme mit dem Rausschmiß von Menschen in Staaten, in die eine Direktabschiebung nicht möglich ist, wie hier wegen des Luftembargos, wird auch ganz cool die Umgehung erörtert.

"Das Gelingen der Rückführung hängt aber oftmals auch davon ab, daß Drittstaaten die Durchbeförderung ... über ihr Hoheitsgebiet in den Zielstaat gestatten." (S. 44)

Weiterentwickelt wird auch das schon im ak 380 angesprochene Kanthersche Projekt des möglichst "flächendeckendes Netz von Durchbeförderungsvereinbarungen in Europa" entwickelt. Dessen aktuellste Knoten sind Albanien und Rumänien, mit denen man sich in der "Sondierungsphase" befindet und Bulgarien, Ungarn und die Slowakische Republik, "mit denen solche Gespräche in Kürze geführt werden."

Die Süddeutsche Zeitung vom 15.9.95 schreibt, daß nach Rumänien 40.000 Menschen auf dem Luftwege abtransportiert werden.

In einem Entwurf des "Ausschuß' für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten" des Europaparlamentes zu einer "Empfehlung des Rates betreffend den Musterentwurf eines bilateralen Rückübernahmeabkommens zwischen einem Mitgliedstaat der Europäischen Union und einem Drittstaat" (vgl. auch ak 380), heißt es, es gäbe "inzwischen ungefähr 60 Rückübernahmeabkommen, die sowohl west- als auch zentral- und osteuropäische Staaten betreffen, von denen ein großer Anteil erst in jüngster Zeit abgeschlossen wurde ..."

A. Maurer

18. Frauen in China: Verfolgt, erniedrigt und mißbraucht

Autor: Gunnar Köhne · Rubrik: Frauen; China · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:24

In China sind Frauen häufig willkürlichen Verhaftungen, Folter und sexuellem Mißbrauch ausgesetzt. Dies belegt ein neuer ai-Bericht über das Gastgeberland der UNO-Weltfrauenkonferenz.

Tong Yi war Sekretärin des prominenten chinesischen Dissidenten Wei Jingsheng, als sie im April 1994 drei Tage nach dessen Festnahme ebenfalls von der Polizei abgeholt wurde. Erst klagte man die junge Frau wegen "Fälschungsdelikten" an. Später wurde die Anklage wieder fallengelassen, bevor Tong Yi dann im Dezember ohne Gerichtsverfahren zu zweieinhalb Jahren "Umerziehung durch Arbeit" verurteilt und in das Arbeitslager Hewanin Wuhan in der Provinz Hubei verlegt wurde. Nachdem sie sich bei der Lagerleitung über die unmenschlichen Arbeitsbedingungen für die Häftlinge beschwert hatte, wurde sie Berichten zufolge mehrfach geschlagen. In einem Brief an ihre Eltern bat Tong Yi um schmerzlindernde Medikamente. Die Eltern durften die Medizin zwar im Lager abgeben, aber Tong Yi hat sie nie erhalten.

Die 50jährige Journalistin Gao Yu arbeitete vor der Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 für die Zeitung Economics Weekly, die von den Behörden verboten worden ist. Nach 15 Monaten Haft wurde Gao Yu im August 1990 freigelassen, ohne daß jemals Anklage gegen sie erhoben worden wäre. Im November 1994 wurde die Journalistin erneut wegen angeblichen "Verrats wichtiger Staatsgeheimnisse" zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Ansicht von amnesty international ist dieses Urteil ein weiterer Schlag gegen die Meinungs- und Publikationsfreiheit in China. Gao Yu leidet zudem an einer Herzkrankheit. Die notwendige medizinische Hilfe wird ihr verweigert.

So wie Tong Yi und Gao Yu ergeht es zahllosen Frauen in China. Sie werden kontrolliert, eingeschüchtert, willkürlich inhaftiert, zur Zwangsarbeit verurteilt, in Haft gefoltert oder sexuell mißbraucht, wenn sie sich in der Demokratiebewegung engagieren oder ihr grundlegendes Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen. Auch die Religionsfreiheit von Frauen ist in China nicht viel wert: Die pensionierte Grundschullehrerin Zhu Mei gehört einer protestantischen Hauskirche an und hatte dafür schon während der Kulturrevolution sechs Jahre im Gefängnis verbringen müssen. 1987 wurde sie im Alter von 67 Jahren in Shanghai erneut verhaftet und "konterrevolutionärer" Straftaten beschuldigt, weil sie ihren Sohn ermutigt haben soll, aus Shanghai zu fliehen. Fünf Jahre Haft lautete das Urteil. Im Gefängnis wurde Zhu Mei geschlagen. Dabei wurde ihr das rechte Knie gebrochen. 1992 wurde die alte Frau aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig entlassen.

Erzwungene "Ein-Kind-Politik"

Die Politik der erzwungenen Geburtenkontrolle, wonach Paare eine offizielle Erlaubnis benötigen, um ein Kind zu bekommen, führt zu Menschenrechtsverletzungen an Frauen. Jede Frau, die erwerbstätig ist und ein Kind gebären möchte, muß bei ihrem Arbeitskollektiv eine "Gebärerlaubnis" beantragen. Verheiratete kinderlose Frauen werden dabei bevorzugt: Ist die jährliche Geburtenquote, die dem Kollektiv von der staatlichen Planungskommission zugeteilt wird, erschöpft, müssen alle weiteren Schwangerschaften abgebrochen werden. Damit wird Artikel 16 der auch von China ratifizierten UNO-Konvention zur "Beseitigung aller Formender Diskriminierung der Frauen" verletzt, in der jeder Frau das "Recht auf freie und verantwortungsbewußte Entscheidung über Anzahl und Altersunterschied ihrer Kinder" zugestanden wird. amnesty international liegen Berichte über Zwangssterilisationen und Abtreibungen vor, die von offiziellen Stellen oder in deren Auftrag vorgenommen wurden. Frauen wurden - manchmal für Tage oder sogar Wochen - in Vorratskammern oder Büros eingesperrt, bis sie sich zu einer Abtreibung überreden ließen. Ein Beamter gab an, Frauen bis zu zwei Monate in ein örtliches Gefängnis eingewiesen zu haben, wenn sie sich unnachgiebig zeigten. Vor allem aus dem besetzten Tibet reißen die Berichte über Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisationen nicht ab.

Die staatliche Ein-Kind-Politik spitzt das Problem der Bevorzugung von Söhnen in der chinesischen Gesellschaft zu. Mit Hilfe von Geschlechtsbestimmungen durch Ultraschall und Fruchtwasseruntersuchungen werden Abtreibungen von weiblichen Föten gezielt vorbereitet - für Ärzte, Krankenhauspersonal und Privatunternehmer, die über die entsprechenden Geräte verfügen, ein lohnendes Geschäft. In vielen Teilen des Landes überleben ungewollt auf die Welt gekommene Mädchens meist nur wenige Stunden: Sie werden

ausgesetzt oder ertränkt. Und Tausende Mädchen verwahrlosen unter unsäglichen Bedingungen in Waisenhäusern.

Mißhandlung in Haft

Vergewaltigung stellt in örtlichen Gefängnissen und den sogenannten "Schutz- und Untersuchungszentren" ein großes Problem dar. Inhaftierte Frauen wurden mit Elektroschocks mißhandelt. In einigen Fällen wurden Berichten zufolge Hunde auf nackte Frauen losgelassen.

Seit 1991 sind sechs tibetische Nonnen in Haft oder kurz nach ihrer Freilassung gestorben. Sie sollen im Gefängnis gefoltert oder mißhandelt worden sein. Die 25jährige Damchoe Pemo aus Lhasa wurde im Mai 1993 von der Polizei festgenommen und immer wieder mit Elektro-Schlagstöcken mißhandelt. Nachdem man sie gezwungen hatte, zwölf Stunden lang aufrecht zu stehen, erlitt die Tibeterin im fünften Monat eine Fehlgeburt. "Die chinesische Regierung muß sicherstellen, daß diese und andere Fälle von Folter und Tod in der Haft untersucht werden. Während der Weltfrauenkonferenz werden die Augen von Frauen aus aller Welt auf Peking gerichtet sein. Die Regierung darf frauenspezifische Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land nicht länger ignorieren", betonte amnesty international in einem kürzlich vorgelegten Bericht.

China war dennoch bemüht, vor der Weltkonferenz die eigene Frauenpolitik in ein positives Licht zu rücken. In einem 1994 veröffentlichten "Weißbuch zur Situation der Frauen in China" lobt die Regierung die historische Rolle der Partei bei der Befreiung der Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Frauen waren bei dieser Leistung der Partei aber kaum beteiligt: Im Zentralkomitee der KP Chinas waren nach eigener Auskunft nur 24 Frauen vertreten - ganze 13 Prozent. Auch im Erwerbsleben werden Frauen benachteiligt, wenngleich ihr Anteil an der arbeitenden Bevölkerung mit 44 Prozent relativ hoch ist. Doch im Zuge der fortschreitenden Modernisierung entlassen Betriebe zunehmend Frauen und stellen bevorzugt männliche Arbeitskräfte ein.

Nur "eine Frage der Zeit"?

Ausländische Investoren reiben sich derweil die Hände, wenn sie an China denken: Seit dem Beginn von Deng Xiaopings Wirtschaftsreformen hat sich ein riesiger Markt von einer Milliarde potentieller neuer Konsumenten aufgetan. Ihre Rechnung scheint aufzugehen, denn die Chinesen setzen alles daran, mit dem westlichen Lebensstandard gleichzuziehen. In weniger als zwanzig Jahren hat China den Sprung von einem Entwicklungsland in die Reihen der Industrienationen geschafft. Der Lebensstandard in Shanghai oder Peking steht in manchen Vierteln dem im Westen kaum noch nach. Längst haben dort private Autos und Motorräder das Heer der Fahrradfahrer an den Straßenrand gedrängt. Doch die rasante wirtschaftliche Entwicklung in China bleibt nicht ohne negative Begleiterscheinungen. Korruption und Kriminalität erreichen ein bisher unbekanntes Ausmaß, und die Regierung reagiert mit rigiden Strafen auf alle Anzeichen sozialer Unruhe und politischer Opposition, die den wirtschaftlichen Aufschwung oder den guten Ruf bei ausländischen Investoren gefährden könnten. Mitte August wurden zehn Menschen hingerichtet, "um die öffentliche Ordnung in der Hauptstadt angesichts der anstehenden Weltfrauenkonferenz aufrechterhalten zukönnen". Nach Zeitungsberichten waren die Männer wegen Mordes, Raubes, Waffenschieberei und "Vandalismus" verurteilt worden.

Doch die Forderungen nach einer Liberalisierung des politischen Systems und der Einhaltung der Menschenrechte werden immer selbstbewußter und dringender gestellt. Internationale Großveranstaltungen wie die Weltfrauenkonferenz oder das Treffen der Interparlamentarischen Union im September 1996 in Peking, auf denen offen über Menschenrechtsfragen diskutiert werden wird, wird den Druck auf die Regierung weiter erhöhen. "Wir können warten", sagte ein Student aus Shanghai nach dem Massaker auf dem "Platz des Himmlischen Friedens", "vielleicht dauert es noch drei Jahre, bis sich wirklich etwas ändert, vielleicht noch fünf oder zehn. Aber es ist nur eine Frage der Zeit."

Gunnar Köhne

Aus: ai-Journal September 1995

Anzeige

19. Was hat die Weltfrauenkonferenz in Beijing gebracht?

Von Christina Schenk

Autor: Christina Schenk · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:16

Die IV. Weltfrauenkonferenz setzte die 1975 in Mexiko begonnene Geschichte der UN-Weltgipfel zur Lage der Frauen fort. Ging es am Anfang noch darum, überhaupt ein Problembewußtsein für das Ausmaß patriarchaler Unterdrückung, Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen überall in der Welt zu erzeugen und darüber hinaus auf der Ebene der NGOs eine Verständigung zwischen Frauen aus aller Welt über Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer Situation in den verschiedenen Regionen und Ländern zu beginnen, kam es zehn Jahre später auf der III. Weltfrauenkonferenz in Nairobi schon zu relativ konkreten Selbstverpflichtungen seitens der unterzeichnenden Staaten - zusammengefaßt in den "Vorwärtsstrategien von Nairobi".

Die IV. Weltfrauenkonferenz in Beijing sollte unter dem Motto: "Gleichheit - Entwicklung - Frieden" eine Bestandsaufnahme vornehmen, inwieweit die Strategien von Nairobi, aber auch die Festlegungen der UN-Umwelt-Konferenz in Rio, der Menschenrechtskonferenz in Wien und der Bevölkerungskonferenz in Kairo zu einer Verbesserung der Situation von Frauen geführt haben und die Staaten erneut zu konkreten Schritten zur Verbesserung der Situation verpflichten.

Die Hauptthemen der Konferenz waren die wachsende Verarmung von Frauen, die anhaltende Diskriminierung und die überall zunehmende Gewalt gegen Frauen und Mädchen, sowie der nach wie vor weitgehende Ausschluß von Frauen aus Entscheidungsprozessen in Politik und Wirtschaft. Es mußte festgestellt werden, daß keines der Ziele von Nairobi verwirklicht worden war. Die Feststellung: Frauen leisten zwei Drittel der Arbeit, erhalten dafür ein Zehntel des Lohnes und besitzen nur ein Hundertstel der Produktionsmittel hat noch immer Gültigkeit. Die norwegische Ministerpräsidentin Brundtland erklärte vor der UNO-Konferenz, daß es kein Land auf der Welt gäbe, in dem Frauen nicht in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens benachteiligt und struktureller sowie physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt wären.

Diese Probleme erneut und zum Teil deutlicher als je zuvor thematisiert und damit ins öffentliche Bewußtsein gerückt zu haben, ist eines der Hauptergebnisse von Beijing. Fortschritte in Form von konkreten Selbstverpflichtungen der Staaten sind jedoch kaum erreicht worden. Statt dessen war diese Weltfrauenkonferenz wie noch keine UN-Weltkonferenz zuvor von Versuchen geprägt, bereits errungene Positionen bei der Gleichstellung der Geschlechter wieder rückgängig zu machen. Dies spiegelte sich auch in der Diskussion um das Abschlußdokument der Weltfrauenkonferenz wider. Verpflichtungen, die die UNO-Mitgliedsstaaten auf der Weltumweltkonferenz von Rio, der Menschenrechtskonferenz von Wien oder der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo eingegangen waren, wurden plötzlich wieder in Frage gestellt. Einflußreiche konservative und fundamentalistische Kreise, wie der Vatikan und einige islamische Staaten, versuchten, eine Umkehr des inzwischen in Gang gekommenen Prozesses der Anerkennung von Menschenrechten für Frauen zu erreichen. Dies ist dank des starken Drucks, vor allem seitens der Nichtregierungsorganisationen, nicht gelungen. Aber die Tatsache, daß intensiv gekämpft werden mußte, nur damit am Ende bereits vorher gefaßte Beschlüsse erneut bekräftigt wurden, spricht Bände über die Situation, in der Frauen sich international gegenwärtig befinden.

Auf dem Forum der Nichtregierungsorganisationen, das seit langem stets parallel zur offiziellen Regierungskonferenz stattfindet und auf diese Einfluß nehmen soll, wurden insgesamt mehr als 5.000 Workshops, Arbeitsgruppen und Plenardiskussionen angeboten. Zeitweise hatte man die Wahl zwischen 200 zeitgleich stattfindenden Veranstaltungen. Nicht nur die Vielfalt der dort vertretenen Ideen, Projekte und Strategien war beeindruckend, sondern auch der antikapitalistische Grundkonsens und die durchaus nicht selbstverständliche Übereinstimmung darin, daß es "Frauenpolitik" genaugenommen nicht gibt - die Situation und die Forderungen von Frauen müssen in allen Politikfeldern berücksichtigt werden: "Alle Themen sind Frauenthemen" hieß es.

Die zweite Aufgabe des NGO-Forums, Einfluß auf die Regierungskonferenz zu nehmen, konnte aufgrund der großen Entfernung zum Tagungsort der Regierungskonferenz nur sehr eingeschränkt wahrgenommen werden.

Die offizielle Regierungskonferenz war zudem hermetisch abgeriegelt, so daß die Lobbyarbeit ausschließlich über die Vertreterinnen der bei der UNO akkreditierten NGOs möglich war. Immerhin gab es Regierungsdelegationen, die mit ihren jeweiligen nationalen Nichtregierungsorganisationen eng zusammenarbeiteten, ob diese nun akkreditiert waren oder nicht - z.B. die englische, kanadische und auch die australische.

Die Regierungsdelegation der Bundesrepublik unter der Leitung von Bundesfrauenministerin Nolte lag dergleichen fern, was angesichts der Art und Weise, wie der nationale Vorbereitungsprozeß verlaufen ist, nicht wundert. Der nationale Bericht der Bundesregierung an die UNO zur Lage der Frauen in der Bundesrepublik war so geschönt, daß man von einer bewußten Irreführung der Weltöffentlichkeit sprechen muß. Die Berichte der Arbeitsgruppen des Nationalen Vorbereitungskomitees, in dem Frauen aus Projekten und Netzwerken gearbeitet haben, zeigen dagegen ein realistisches Bild der andauernden Diskriminierung von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. So ist es nicht verwunderlich, daß eine Zusammenarbeit mit den mehr als 7.000 deutschen Frauen beim NGO-Forum seitens der deutschen Regierungsdelegation nicht gewollt war. Die Bundesregierung hat übrigens darauf verzichtet, die Arbeitsgruppenberichte in Beijing der Öffentlichkeit vorzustellen.

Frau Nolte stattete zwar dem NGO-Forum in Huairou einen Besuch ab, aber ihr Auftritt dort war eher peinlich. Einerseits versprach sie vollmundig, sich für die Unteilbarkeit der Menschenrechte von Frauen einzusetzen, andererseits wollte sie genau das in der Frage des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch nicht mehr gelten lassen. Dies brachte ihr Pfiffe und Buh-Rufe ein. Auch in der Frage der Sanktionierung der Gewalt gegen Frauen waren nur halbherzige Willenserklärungen zu hören.

Für mich haben sich durch die Teilnahme in Beijing viele Anregungen für die parlamentarische Arbeit der PDS-Bundestagsgruppe ergeben. Wir werden die Politik der Bundesregierung künftig auch an ihren Versprechungen bei der UNO-Weltfrauenkonferenz messen und ihre Selbstzufriedenheit über vermeintlich erreichte Erfolge bei der Gleichstellung der Geschlechter ad absurdum führen. Wir werden unsere Forderung nach deutlichen Schritten in Sachen Gleichstellung der Geschlechter auch weiterhin mit ganz konkreten Gesetzesvorschlägen und Anträgen untermauern. Denn, ob die IV. Weltfrauenkonferenz ein Erfolg war oder nicht, hängt auch davon ab, was wir selbst daraus machen.

Christina Schenk ist frauenpolitische Sprecherin und Leiterin des AK Feministische Politik der PDS-Bundestagsgruppe.

20. Der "Fall" Monika Haas. Die sprachliche Erzeugung einer Top-Terroristin und Super-Agentin

Die sprachliche Erzeugung einer Top-Terroristin und Super-Agentin - von Irmgard Schultz

Autor: Irmgard Schultz · Rubrik: Medien; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:06

"Die Darstellung hat sichtlich im Sinn, die Angst vor der bewaffneten Frau anzusprechen, den Sitz ihrer Waffe als ‚unter dem Rock` zu lokalisieren und diese Waffe in einen sexuellen Kontext zu stellen" (Theweleit 1980, S. 81).

Der "Fall" Monika Haas, der im kommenden Winter mit großer internationaler Aufmerksamkeit vor einem deutschen Gericht verhandelt werden wird, wäre erst einmal ein "Fall" für den deutschen Presserat und für Media Watch.

Am Anfang des Erzeugungsprozesses einer Super-Agentin und Top-Terroristin stand die Verbreitung eines medial erzeugten, ikonisierten Frauenbildes von der kämpfenden Frau. Am Ende sitzt eine lebendig-wirkliche Frau im Gefängnis mit einer Anklage, die auf "lebenslänglich" zielt. Ihre bürgerliche Existenz, die Monika Haas für sich und ihre drei Kinder in den letzten 13 Jahren in Frankfurt am Main aufgebaut hat, wird zerstört.

Mediale Entwirklichung

Monika Haas ist keine Katharina Blum. (1) Sie lebte Anfang der 70er Jahre in der Frankfurter Sponti-Szene und engagierte sich im "Komitee gegen Folter" für bessere Haftbedingungen der Gefangenen. Wie so viele aus dem Umkreis dieser Gefangenenorganisationen tauchte sie 1975 ab, wurde von der BILD-Zeitung in einem palästinensischen Ausbildungslager gesehen und heiratete in Aden/Jemen einen Militär der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas). 1976 holte sie ihren 9jährigen, in Frankfurt geborenen Sohn nach Aden. Sie bekam noch zwei Kinder. 1982 kehrte sie nach der Trennung von ihrem Mann mit den drei Kindern nach Frankfurt zurück. Sie arbeitete zunächst als Taxifahrerin, dann (wegen der Kinder) nachts in einer Taxizentrale, schließlich als Sachbearbeiterin in den Frankfurter Universitätskliniken. Neben Familienversorgung und Erwerbsarbeit ging sie zur Abendschule und studierte ein paar Semester an der Fachhochschule. Der älteste Sohn hat inzwischen sein Studium beendet, die jüngeren Kinder gehen beide zum Gymnasium. 1994 wurde Monika Haas Frauenbeauftragte an den Frankfurter Universitätskliniken nach dem Hessischen Gleichstellungsgesetz. Diese Arbeit versprach mehr Befriedigung im Beruf und endlich auch einmal mehr Geld, das all die Jahre sehr knapp gewesen war und immer für die Kinder draufging.

Dieses wirklich gelebte Leben der Monika Haas kommt in ihrem medial erzeugten Spiegel-Bild nicht vor. In den sechs Artikeln des Nachrichtenmagazins der Spiegel (1992-1995), anhand derer im folgenden die sprachliche Erzeugung einer Super-Agentin und Top-Terroristin nachgezeichnet werden soll, kommt Monika Haas selbst nicht ein einziges Mal zu Wort. (2) Der Aufbau des Frauenbildes der Superlative des Schönen, des Schrecklichen und des Bösen der Frau beruht auf einer brutalen Entwirklichung und Enteignung von ihrer gelebten Frauenbiographie.

Amazonen -

Der Archetyp des Mythos

über die waffentragende Frau

Die Entwirklichung und Entbiografisierung der Frauen ist ein Grundmechanismus patriarchaler Machtstrategien des modernen europäischen Denkens (Schultz 1994). Anstelle des als Alltag gelebten Lebens entsteht eine fiktionale Wirklichkeit. Das, was mit den davon betroffenen Menschen geschieht, ist von kritischen Denkern der Moderne als Mythologisierung analysiert worden: "Ein Mythos erzeugt Wirklichkeit, wo doch nur Bilder herrschen" (Barthes 1988).

Die starke erkenntnislenkende Macht des Mythos liegt in dieser Erzeugung einer Fiktion von Wirklichkeit. Der Mythos setzt sich an die Stelle einer wirklichen Geschichte und ist deshalb als ein Denkmechanismus analysiert worden, der "von Geschichte enteignet". In diesem Sinne ist Monika Haas in den Spiegel-Berichten von ihrer Geschichte "enteignet" und mythologisiert worden. Es entsteht ein fiktionales Bild von ihr.

Die Sprachforschung hat u.a. die Vorgänge analysiert, die solche "Denkmechanismen" bewirken. Der Sprachforscher Wygotzki beispielsweise beschrieb den Prozeß der Wissensinternalisierung als einen "Verdampfungsprozeß", in dem sich die Sprache von außen zum Gedanken innen im Individuum verdichtet.

Der Annahme, wir würden in Begriffen denken, ist nur unter sehr großem Vorbehalt zuzustimmen. Um sich die Begriffe der "äußeren Sprache" anzueignen, werden sie dem Operationsmodus der "inneren Sprache" unterworfen. Der Operationsmodus besteht im wesentlichen in einer phonetischen, syntaktischen und semantischen Reduktion (Wygotzki 1969). Im Prozeß seiner Gestaltwerdung kann sich nun der (vorbegriffliche) Gedanke als begriffliche oder aber auch als bildliche Repräsentation ausdrücken.

Das bildhafte Denken spielt bei der Aneignung und Interpretation von Wirklichkeit also eine zentrale Rolle, u.a. als eine grobe Ein- und Vorabstimmung der Denkenden in ihre Einschätzungs- und Bewertungsmechanismen. In dieser Funktion der kollektiven Vor-Einschätzung und Bewertung können die (Denk-)Bilder der normativen Orientierung dienen, sie funktionieren dann als Leit-Bilder (Dierkes u.a. 1992, S. 41 ff.).

Hegemonial vorherrschende Leitbilder von der Frau, - das sind die stereotypen Frauenbilder, die alle kennen und die zum Bodensatz eines kulturellen Gedächtnisses gehören -, haben eine solche normative Funktion. Sie begründen Weiblichkeitsmythen. An die Stelle der unterschiedlich gelebten Frauenwirklichkeiten werden Behauptungen über eine zum Kollektivsubjekt vereinheitlichte Frau und über deren gleichbleibendes Wesen in der Menschheitsgeschichte gesetzt. Dadurch werden die wirklichen Frauen entindividualisiert, enthistorisiert und mit einer Aura kultureller Weiblichkeit ausgestattet.

Ein Archetyp eines solchen Weiblichkeitsmythos ist der von den kämpfenden Amazonen am Beginn der abendländischen Geschichte. Die Amazonen, so sagt es der Mythos, hätten ihre linke Brust vom schönen Körper abgeschnitten, um besser den Bogen ansetzen zu können für ihren Kampf gegen das Patriarchat. Die Amazonen sind das Urbild des Schönen und des Schrecklichen der mit Waffen kämpfenden Frau. Der Amazonenmythos ist zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich ausgemalt worden.

Im modernen Denken steht das Bild der Amazonen für den Geschlechterkampf, der zu Beginn der abendländischen Geschichte überwunden wurde und folglich versunken ist in der verblaßten Vorgeschichte der mythologischen Zeit. Dergestalt wurde das Politikfeld des modernen Denkens von Frauenmacht bereinigt und die Bürgermänner konnten mit wohliger Angstlust den gebannten Schrecken einer kämpfenden Frauenmacht genießen und ihn im Bild der ikonisierten Schönheit der Frau idealisieren.

Weiblichkeitsmythen drücken sich in den wiederkehrend erkennbaren Zügen des Frauenbildes aus, in Weiblichkeitsstereotypen. Diese greifen auf die von Wygotzki analysierte "innere Sprache" unseres Denkens zurück, die bildhaft Gestalt annimmt. Einer der am meisten stereotypisierenden Züge des Frauenbildes in unserer Kultur ist die Verbindung von Weiblichkeit mit Schönheit ("Die schöne Frau" bzw. "die häßliche Frau"), welche fast synonym gebraucht werden (Schultz 1992).

Weiblichkeitsstereotype fungieren als normative "Deckbilder" (Knapp 1987), die den wirklichen Frauen ihren "sozialen Ort" zeigen. Damit begründen und legitimieren sie zugleich die vielfältigen patriarchalen Strategien der politisch-ökonomischen Entwertung sowie der sozialen Kontrolle über die einzelne Frau. Indem sie "die Frau" mit einem gesellschaftlichen Raum des vorpolitisch Privaten identifizieren, dienen sie vor allem der politischen Entmachtung der Frauen, ihrer Verdrängung aus dem "Raum" der damit männerbündlerisch besetzten politischen Öffentlichkeit.

Die Super-Agentin:

ein Spiegel-Bild deutsch-

deutscher Männerphantasien

Im ersten der sechs Spiegel-Artikel (4/1992) wird das Bild von Monika Haas beschrieben durch eine geradezu ikonisierende Reduktion auf das Gesicht: "Helle Augenfarbe, heller Teint, gutaussehend". Eine Maske wird gezeigt, zusammengefaßt im Stereotyp der schönen Frau. Das Stereotyp die schöne Frau geht zurück auf das zur selben Zeit in der Presse vorgestellte Buch der Autoren Michael Müller/Andreas Kanonenberg über eine "RAF-Stasi-Connection". In diesem versuchten die Autoren auf spektakuläre Weise die Entdeckung einer

Stasi-Akte "Wolf" in der Gauck-Behörde auszuschlachten, in der die schöne Frau als Drahtzieherin diverser Geheimdienst- und Terroraktionen bezichtigt wird.

Diese Akte setzte auch beim Autor des Spiegel-Artikels einen regelrechten Schub voll Geheimdienst- und Agentenphantasien in Gang. Wie die Buchautoren sieht er die Akte als Beweis dafür, "daß die Konspirateure von der Stasi-Hauptabteilung XXII (‚Terrorismusabwehr`) mehr über die RAF wußten als die BKA-Fahnder im Westen", nämlich, wie er weiter ausführt, daß die RAF-Frau Inge Viett der Stasi Details und Pläne über die RAF geliefert habe. Die Stasi habe dafür der RAF vertrauliche Fahndungsunterlagen aus dem BKA geliefert, und "das spätestens seit 1978, womöglich seit 1976".

Dieser kleine Zeitsprung bildet die Plattform für das Anbinden der RAF-Stasi-Story an die Geschichte über die schöne Frau, die (hier erstmals und dann im Verlauf der weiteren fünf Spiegel-Artikel immer eindeutiger) mit der Flugzeugentführung der "Landshut" 1977 in Zusammenhang gebracht wird.

Der Autor behauptet, Monika Haas habe in Aden Kontakt mit Inge Viett gehabt (3), womit er suggeriert, daß sie vielleicht auch eine Stasi-Frau war (eine Unterstellung, gegen die Monika Haas - mit Erfolg - gerichtlich vorging. Der Rowohlt-Verlag, der das Buch "Die RAF-Stasi-Connection" herausgab, mußte die Auslieferung einstellen). Ferner behauptet er eine Teilhabe von Monika Haas an den undurchsichtigen Beziehungen zur Stasi, insofern sie "jahrelang inmitten des komplizierten Beziehungsgeflechts von RAF, Palästinensern und Stasi" gesessen habe. Damit legt er den Rückschluß nahe, daß die Stasi schon vor 1978 von geplanten RAF-Aktionen gewußt habe, eine Datierung, die für die Entführung der Lufthansa-Maschine "Landshut" relevant ist, welche 1977 stattfand.

Die Suggestion einer Mitwisserschaft der Stasi wird noch dadurch verstärkt, daß der Autor ohne jeden Beleg den Ehemann von Monika Haas der Flugzeugentführung bezichtigt und behauptet, "ihr Ehemann, der PFLP-Führer Zaki Helou, verantwortlich unter anderem für die Entführung der Lufthansa-Boeing ‚Landshut` nach Mogadischu 1977, pendelte ständig zwischen dem Nahen Osten, Warschau und Ost-Berlin".

Über die Buchautoren der RAF-Stasi-Connection weit hinausgehend nennt der Autor des Spiegel-Artikels die schöne Frau mit vollem Namen als Monika Haas und führt darüber hinaus auch den westlichen Deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) als möglichen Mitwisser der RAF-Stasi-Connection ein. Er spekuliert: "Mancher RAF-Plan sei möglicherweise bis zum BND gelangt - Begründung: Inge Viett habe enge Kontakte zu ihrer Vertrauten Monika Haas in Aden gepflegt. Und eine Freundin der ‚schönen Frau` sei ihrerseits mit einem arabischen BND-Konfidenten liiert gewesen". Daß diese Spekulation vom Autor zu nichts anderem als der Erzeugung eines Gerüchtes angeführt wird, kann der an dieses Zitat anschließende Satz nur notdürftig verdecken: "Auch andere Behauptungen sind kaum belegbar."

Die spekulative Unterstellung einer möglichen Mitarbeit von Monika Haas in Stasi und BND gleichzeitig schafft zum einen das Bild einer Super-Agentin. Andererseits schafft das damit verbundene Gerücht für die wirklich existierende Monika Haas und ihre Kinder eine lebensbedrohliche Gefahr, sollten Befreiungskämpfer, die sich "verraten" fühlen, diese Geschichte für wahr halten. Das nahm der Spiegel in Kauf. Das als Gerücht zitierte Gerücht ist eine der übelsten Methoden sprachlicher Suggestion aus dem Arsenal eines unseriösen Sensationsjournalismus.

Ein Gespinst an Vermutungen, an Behauptungen angeblicher Gewährsmänner und Informanten, die sich im Dickicht undurchsichtiger Geheimdienstkanäle verlieren, bilden den Stoff, aus dem das Bild der Super-Agentin Monika Haas gewoben wird. Essentiell besteht dieser Stoff aber aus sexualisierten Männerphantasien, in die der Artikel gleich mit einer kleinen Geschichte über den legendären Anführer der PFLP, Wadi Haddad, einführt: "Luduina Janssen, 23, Psychologin aus dem holländischen Breda, ahnte nicht, was Wadi Haddad, 47, Anführer in der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), kurz vor Mitternacht noch mit ihr bereden wollte" beginnt der Artikel und fährt fort: "Anfangs ging es im PFLP-Zentrum in der südjemenitischen Hauptstadt Aden nur um die sozialen Verhältnisse in den Niederlanden. Doch dann kam der Dicke plötzlich zur Sache. ‚Angewidert` erfuhr die Kämpferin der linksextremen Organisation ‚Red Help`, die zum Guerilla-Training angereist war, wie sich ein ‚Revolutionär mit großen Idealen` als ein ‚Mensch mit niederen Beweggründen` entpuppte. ‚Umarmt und geküßt` habe Haddad sie plötzlich, gab Luduina später, nach ihrer Verhaftung bei einem Zwischenaufenthalt in Tel Aviv, dem israelischen Geheimdienst zu Protokoll. Selbst die

nüchternen Mossad-Leute schildern den Höhepunkt jener arabischen Nacht im Stil von Hedwig Courths-Mahler: ‚Dann versuchte er, sie zu besitzen`."

Was die idealistische Luduina, (die wie der PFLP-Führer intimisierend beim Vornamen genannt wird,) als widerlich abstieß, schien eine andere, der "die holländischen Terrorlehrlinge" gleich mehrfach begegneten, geradezu anzuziehen: "Die junge Frau hatte einen PFLP-Führer geheiratet", eine Tatsache, welche Monika Haas auch nie bestritt. Für den Spiegel-Autor ergibt sich aus dieser Verbindung darüber hinaus aber offensichtlich ganz von selbst die (sich im Text anschließende) Schlußfolgerung: "und gilt seitdem als eine der geheimnisvollsten Gestalten aus der europäischen Terrorismus-Szene." Damit ist die Figur der Monika Haas als gefährliche Ehefrau in Szene gesetzt.

Das Bild von der gefährlichen Ehefrau hält sich in den sechs Artikeln durch. Die Tatsache, daß Monika Haas Ehefrau war, wird als "Deckbild" und "Tarnung" entlarvt, die sie nur dazu benutzt habe, um ihr wirkliches Gesicht zu verbergen, aus dem hinter der Maske des Schönen das Schreckliche und das Böse hervorscheint.

Das Bild ist auf paradoxe Weise ambivalent. Einerseits zeigt es Monika Haas aus nichts anderem bestehend als aus geborgter Männermacht, andererseits aber zugleich auch als eigenständig Aktive, die selbst Böses tut. Diese Ambivalenz zieht sich durch bis in die später erhobene Anklage. Zusammengebracht werden beide Aspekte der Personenzuschreibung über das Bild von der Spinne im Netz, das sich unwillkürlich beim Lesen solcher Begriffe wie "kompliziertes Beziehungsgeflecht von RAF, Palästinensern und Stasi" oder (gefährliches) "früheres Umfeld der schönen Frau" einstellt.

Monika Haas hat den Spiegel, nachdem noch ein zweiter Artikel dieser Machart über sie erschien, wegen "Rufmordes" angezeigt. Das Gericht folgte der Anzeige und verurteilte ihn zu 80 000 DM Schmerzensgeld. Das Urteil würde einen Präzedenzfall in der deutschen Mediengeschichte schaffen, der klären könnte, wie weit ein investigativer Spekulationsjournalismus gehen darf. Das Geld wurde ihr und ihren Kindern bis heute jedoch nicht ausgezahlt, da der Prozeß in eine neue Instanz geht.

Monika Haas steht inzwischen (Juni 1995) unter Strafanzeige wegen terroristischer Flugzeugentführung und wegen des Mordes an dem deutschen Arbeitgeberpräsidenten Schleyer, um nur die schwersten Punkte der Anklage zu nennen. Zu dieser Anklage trugen die "Enthüllungen" in den folgenden Spiegel-Artikeln in nicht unerheblichem Maße bei.

Die semantische Strategie einer Aufforderung

zur Strafverfolgung

Im zweiten Spiegel-Artikel (10/1992)wird die Top-Terroristin eingeführt. Dafür werden die letzten Distanzen zwischen Berichterstatter und zitierter Quelle, zwischen Darstellung und Kommentar aufgehoben.

Der Artikel behauptet, daß RAF und PFLP eine Verabredung getroffen hätten, nach der die Palästinenser der RAF bei einem Anschlag beistehen würden, wenn die Deutschen zuvor eine "Vorleistung" erbrächten. Diese hätte in der Schützenhilfe für eine geplante Entführung eines israelischen Flugzeugs aus Nairobi bestanden. 1976 wurden dort zwei Deutsche festgenommen und nach Israel ausgeliefert, wo sie zu zehn Jahren Haft verurteilt wurden, von denen sie fünf Jahre abbüßten. Als angebliche "Gegenleistung" hätte dann die PFLP die Aktion der RAF unterstützt, als diese 1977 den Arbeitgeberpräsidenten Martin Schleyer entführte (und später ermordete), um die Freilassung ihrer Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und anderer aus Stuttgart-Stammheim zu erreichen.

Ein palästinensisches Kommando entführte zur Unterstützung der Schleyer-Aktion die mit Touristen voll besetzte Lufthansa-Maschine "Landshut" nach dem Start in Palma de Mallorca. Bei dieser Aktion wurden die Passagiere fünf Tage lang als Geiseln genommen und der Flugkapitän ermordet.

Eine Beteiligung von Monika Haas wird hier wiederum über den Verweis auf die Akte "Wolf" eingeführt sowie über die "Vorahnungen" des Kölner Verfassungsschutzes. Dieser wird dabei zu einem einzigen beseelten Subjekt personifiziert: "An beiden Aktionen, so behauptet die Akte ‚Wolf` und so ahnte es der Kölner Verfassungsschutz schon lange, soll die ‚schöne Frau` beteiligt gewesen sein." Die Berichterstattung erfolgt quasi aus dem psychischen Innenleben deutsch-deutscher Strafverfolgungsbehörden.

Das Ziel der semantischen Strategie ist nicht allein die Erzeugung eines Bildes als Terroristin, sondern darüber hinaus zugleich auch seine Verbindung mit dem Bild der Agentin.

Dies wird aus der Darstellungsweise der "Nairobi-Aktion" deutlich, die in der Spiegel-Berichterstattung zu einer Geschichte von der "umgedrehten Kämpferin" umgebogen wird: 1976 wurde Monika Haas laut Spiegel-Artikel nach Nairobi "geschickt", um die beiden verschollenen Deutschen zu suchen. "Auch sie wurde prompt verhaftet, wie sie damals selbst berichtete". Dies hat Monika Haas auch nie bestritten. Ebenfalls nicht bestritten hat sie, daß sie von kenianischen Polizeibeamten vernommen wurde.

Der Autor des Artikels behauptet jedoch, daß sie vom israelischen Geheimdienst Mossad vernommen und wieder freigelassen worden sei. Dies hat Monika Haas jedoch entschieden von sich gewiesen. Sie sei von Afrikanern und einem Inder verhört worden, die sie freigelassen hätten, berichtete die Wochenzeitschrift "Freitag" am 16.4.1993.

Der Spiegel konstruiert aus der Freilassung ein an "die deutschen Behörden" adressiertes Gerücht: "Die alte Geschichte aus der arabischen Wüste dürfte heute wieder deutsche Behörden beschäftigen. Denn nicht nur die Terroristen und ihre Gastgeber in der Volksrepublik Jemen wunderten sich damals, wie es einer zarten Frau gelingen konnte, dem als rabiat bekannten Mossad zu entfliehen."

Als mögliche Erklärung bietet der Spiegel-Autor die Konstruktion von der vom Mossad "umgedrehten" Monika Haas an. Als "Beleg" für dieses Gerücht bemüht er Zeugen aus dem Innersten der RAF selbst.

So zitiert er Joachim Klein (der sich nach der Beteiligung am Attentat auf die OPEC 1975 in einer spektakulären Erklärung vom bewaffneten Kampf distanzierte): "Ein Mitglied der deutschen Rote Armee Fraktion (RAF), das im Nahen Osten dem israelischen Geheimdienst Mossad in die Hände fällt und anschließend zu den Palästinensern zurückgeschickt wird, ‚dürfte wohl tot sein`." (4)

Die Entlebendigung der bewaffneten Frau ist das strategische Ziel der Männerphantasie vom "Flintenweib". Das hat Theweleit an verschiedenen literarischen und biographischen Zeugnissen von deutschnationalen Männern gezeigt, die über die Beteiligung von Frauen an den proletarischen Aufständen nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland berichteten (Theweleit 1980).

Entlebendigung wirklicher Frauen ist auch das Resultat des ikonisierten Bildes von der "schönen Frau" (Schultz 1992). Mit diesem Bild verbinden bestimmte Männer, auch das hat Theweleit gezeigt -, eine tiefe Befriedigung über die zur Strecke gebrachte, die getötete Frau. Diese Befriedigung bleibt dem Spiegel-Autor versagt, wie der Fortgang des Artikels zeigt: "Klein irrte." Und einige Zeilen weiter: "Die Frau ... ist quicklebendig und wohnt seit zehn Jahren in Frankfurt am Main - seltsamerweise weitgehend unbehelligt." Als mögliche Erklärung dafür, warum sie "unbehelligt" lebe, bringt der Autor des Artikels wiederum die Agentengeschichte ins Spiel, dieses Mal die von Monika Haas' angeblicher Tätigkeit für den westdeutschen Bundesnachrichtendienst, der - so suggeriert der Artikel - von der "untätigen" Bundesanwaltschaft gedeckt würde.

Der Aufbau dieses Gerüchts basiert auf dem semantischen Verfahren des negierenden Verdachts: "Den Verdacht, sie habe womöglich insgeheim deutsche Sicherheitsdienste über RAF-Aktionen informiert, weist Monika Haas von sich."

Wie das Doppelbild von Top-Terroristin & Super-Agentin konstituiert dieses Verfahren immer einen double-bind: die Beschuldigte kann erklären, was sie will, ihre Antwort erhärtet in jedem Fall den Verdacht.

Frauenangstbild der neunziger Jahre: die als Ehefrau und Mutter getarnte Regentin

In einem dritten Spiegel-Artikel (20/1992) werden die Anschuldigungen gegen Monika Haas wiederholt. Im Februar 1992 wird diese das erste Mal wegen der "Landshut"-Entführung verhaftet.

Nach sieben Wochen Haft ist sie wieder auf freiem Fuß. Die Richter argumentierten, daß eine Stasi-Akte nicht zur Tatsachenfeststellung herangezogen werden dürfe. Andere strafrechtsrelevante "Beweise" gegen Monika Haas gab es nicht.

Statt nun seine diffamierenden Behauptungen gegen Monika Haas einzustellen, schraubte der Spiegel die Tonlage in seinem folgenden vierten Artikel (48/1992) noch um eine ganze Oktave höher: der deutsche Kanzler und mit ihm deutsche Staatsgeschichte wurde eingeführt.

Der Artikel zeigt in Zeitraffer-Darstellung die "Dramatik des deutschen Herbstes" 1977, so der Untertitel des Artikels. Diese wird jedoch völlig auf die "Landshut"-Entführung bzw. auf die Befreiung der entführten Flugzeuginsassen und auf die Verwicklung und Beteiligung von Monika Haas daran reduziert. Der Versuch, ein Stück deutscher Geschichte aus der Perspektive einer immerhin fast zwanzigjährigen Distanz zu beleuchten, wird gar nicht erst unternommen.

Der Moment der Befreiung der Geiseln wird sprachlich und durch die Fotos der getöteten bzw. verwundeten Entführer und Entführerinnen ins Zentrum gestellt. (5)

Die einzige Überlebende des Kommandos wird mit den Worten zitiert: ",Kill me.` Als die Verwundete auf einer Trage an Fotografen und Kameraleuten vorbeitransportiert wurde, rief sie immer wieder auf Englisch: ‚Wir werden siegen`. Die Bilder der Fanatikerin gingen um den Erdball." Es sind Bilder der besiegten, der verwundeten, waffentragenden Frau. Indem die Szene in sprachlich erzeugter Unmittelbarkeit fünfzehn Jahre später ohne jegliche historische Distanz reproduziert wird, wird auch die Emotionalität, die mit diesem Frauenbild verknüpft war, reproduziert.

In den siebziger Jahren war der Mythos von der schönen und schrecklichen Amazone im Bild der überzeugten Terroristin wieder auferstanden, die unter dem Einsatz ihres Lebens für eine Befreiungsbewegung ein Flugzeug entführt. Vorbild dafür war Leila Khaled (6). Dieses Frauenbild ist in den neunziger Jahren historisch überholt.

Wie die Gräzistin Beate Wagner-Hasel am Amazonenmythos in der altgriechischen Literatur herausgearbeitet hat, drückte das Bild von den kämpfenden Amazonen die spezifischen sozialen Spannungen aus, die zur Zeit der sprachlichen Formulierung des Mythos herrschten (Wagner 1986, Wagner-Hasel 1992).

Ebenso ist die Ausmalung des Bildes von der Amazone als "bewaffnete Terroristin" nicht von den sozialen Spannungen und politischen Konflikten der siebziger Jahre zu trennen. Wird es in enthistorisierender Unmittelbarkeit fast 20 Jahre später reproduziert, ist dies als eine semantische Strategie zu begreifen, die auf politische Regression und auf Reaktivierung der mit dem Bild von der "Terroristin" verbundenen Emotionen zielt.

Diese Strategie kann aber nicht ohne Re-Aktualisierung der Konstrukte des Imaginären funktionieren, sonst wäre das sprachlich erzeugte Bild schlicht "veraltet". Im vierten Artikel (48/1992) wird daher das konstruierte Frauenbild von Monika Haas für die neunziger Jahre flott gemacht.

Dafür wird es zum einen um den Fakt der Mutterschaft Monika Haas' erweitert: "Sie soll in der Nacht zum 8. Oktober 1977 unter dem Namen Cornelia Christine Vermaesen, geborene Trubendorffer, im Hotel Java abgestiegen sein. In ihrer Begleitung waren angeblich ein Baby und ein Mann, der sich als Sarvati Kamal ausgab, in ihrem Gepäck, so die Fahnder, ein Kilogramm Sprengstoff, sechs Handgranaten und zwei Pistolen." Zum anderen erfährt das Bild der Monika Haas hier eine ganz entscheidende Image-Erweiterung: "Fortan firmiert die Deutsche in der Szene und in Geheimdienstberichten als die ‚Schöne Frau` oder als ‚Queen of Aden`."

Von der "Queen of Aden" (so die Überschrift des ganzen Artikels) war bisher keine Rede gewesen. Zur Königin und geheimen Regentin wird Monika Haas erst in diesem Artikel gemacht. Als "Regentin" wird sie in der sprachlich-dramatischen Komposition des Artikels zur Gegenspielerin des (vor Erleichterung nach der Befreiung der Geiseln weinenden) "Regenten" Helmut Schmidt. Im Gegensatz zu diesem zeigt sie jedoch keinerlei Regung, sondern eiserne Nerven beim Waffentransportieren (die sie zwar nicht "unter dem Rock" transportiert, wie Theweleits "Flintenweiber", dafür aber im Kinderwagen, einem nicht weniger symbolischen Ort).

Der Spiegel-Artikel entwirft ein Bild von der "Queen", die zwar nicht ihre linke Brust für den Kampf opfert, dafür aber das Leben ihrer neugeborenen Tochter riskiert. Dies kann als eine neue Version des Frauenbildes von der Amazonenkönigin gelesen werden.

Der vorläufig letzte Akt: das Zeugen der Zeugin

Genau am Jahrestag der "Landshut"-Entführung wurde in Oslo/Norwegen die Überlebende des palästinensischen Entführer-Kommandos, Souhaila Andrawes Sayeh (7) "entdeckt".

Der fünfte Spiegel-Artikel (46/1994) berichtet kurz, daß die "Exterroristin" drei Tage lang den deutschen Vernehmern Rede und Antwort gestanden habe. Dabei habe sie die Frankfurterin Monika Haas belastet, bei der Entführung der "Landshut" mitgemacht zu haben.

Der sechste und vorläufig letzte Spiegel-Artikel (3/1995) ist dann dem Leben und der Aussage der Landshut-Entführerin Souhaila Andrawes Sayeh gewidmet. So scheint es jedenfalls auf den ersten Blick. Im Gegensatz zu Monika Haas wird diese als Frau mit einer Biographie und inneren Entwicklung geschildert. Auch die von ihr abgebildeten Fotos zeigen - im Gegensatz zu denen von Monika Haas - eine menschliche Frau sowie eine für ihre Tat hart bestrafte Frau (mit Krücken), die lächelt. Sie wird einfühlsam interviewt, auch nach ihren Empfindungen gefragt, beispielsweise: wie es ihr erging, als die norwegische Polizei vor der Tür stand, nach ihren Beweggründen für die Flugzeugentführung, danach, wie sie zur PFLP gekommen ist.

Sie wird auch kritisch gefragt, wie wichtig es der deutschen Polizei war, von einer "bestimmten Person" zu hören (Antwort: "Außerordentlich"). (8)

Trotz eines eindeutigen Urteils, das die Verbreitung der Gerüchte über eine angebliche Geheimdienstmitarbeit Monika Haas' dem Spiegel untersagt hat, tischt der sechste Artikel unter der in anatomischer Hinsicht verwirrenden Zwischenüberschrift: "Auf wie vielen Schultern trug Monika Haas" wieder die aus dem ersten Artikel bekannte Geheimdienstphantasie auf. Der Autor argumentiert: "Das Geständnis von Souhaila Sayeh deckt sich in vielen Punkten mit Erkenntnissen, die Abwehrspezialisten der ehemaligen DDR-Staatssicherheit über die Hintergründe der Landshut'-Entführung gesammelt hatten." Er berichtet weiter, daß die Stasi eine Ermittlungsakte über Monika Haas angelegt hatte.

Dies ist eine nicht unwichtige Feststellung, weil sie erklärt, daß die Stasi gegen Monika Haas "ermittelte", was im Klartext bedeuten würde, daß Monika Haas in Aden der Stasi ein Dorn im Auge gewesen war. Diese Erklärung würde auch mit der von Monika Haas selbst übereinstimmen, die in einem Interview sagte: "Der Geheimdienst der DDR hat keine Möglichkeit ausgelassen, mich im Nahen Osten bei palästinensischen Gruppen und auch bei Regierungen als Agentin des BND, des BKA und sogar der CIA zu diffamieren. Das einfache Kalkül war, meinen damaligen Mann zu diskreditieren" (die Tageszeitung vom 24.1.1992). Unter der Hand wird im Spiegel-Artikel dann aber die Ermittlungsakte in eine Mitarbeiterinnen-Akte uminterpretiert.

Das ist ein Grundproblem in der Bewertung der aus dem Archiv geholten Stasi-Akten: Sind sie als Mitarbeiter-Akten zu werten oder als Akten über Personen, gegen welche die Stasi vorging? Der Spiegel-Autor macht seine Entscheidung in der Akten-Bewertung des Vorgangs "Wolf" nicht kenntlich, sondern weicht, wie im ersten Artikel, ins bereits bekannte Sprachfeld der Spekulation aus, das er hier jedoch noch rein geographisch gesehen immens erweitert: "Wo der DDR-Geheimdienst schnüffelte, waren auch die Agenten des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) nicht weit. Und wo der BND lauschte, hörten die Amerikaner mit, hängten sich Franzosen und Russen dran. Der Geheimdienst der Israelis, der Mossad, war ohnehin stets mittendrin - ein weites Feld für Spekulationen".

"Eins- zwei- drei" parodierte Bill Wilder in seinem wunderbaren Film diese Art von Geheimdienst-Spekulationen. Indem der Spiegel-Autor sich in dieses vertraute Feld deutsch-deutscher Machtphantasien des sogenannten Kleinen Mannes aus der Zeit des sogenannten Kalten Krieges zurückbegibt, hält er sich die Option für ein Switchen zwischen beiden Frauenbildern, zwischen Top-Terroristin und Super-Agentin, offen. Für den Autoren selbst jedoch erhält dadurch die (deutsche) Geschichte eine geschlossene innere Kontur: Die Stasi ist letztlich der orientierungsgebende Fels, der ihm in der beängstigenden Unübersichtlichkeit der zusammengebrochenen Machtkonstellationen der neunziger Jahre emotionalen Halt und politische Ausrichtung gibt.

So ist denn auch die weitere Spekulation: "Wenn es stimmen sollte, daß Monika Haas entgegen ihren Beteuerungen für den israelischen Geheimdienst gearbeitet hat..." als eine erschreckende politische Regression eines Journalisten anzusehen, der noch nicht mitbekommen hat, daß wir inzwischen nicht mehr in den siebziger Jahren leben, zu denen die literarischen Geheimdienstphantasien eines John le Carré (9)

genauso wie die glorifizierenden Phantasien vom "Bewaffneten Kampf" gehörten, die vielen Menschen, nicht zuletzt den "Kämpferinnen und Kämpfern" selbst, unendlich viel Leid gebracht haben.

Die Renovierung des Mythos von der Amazonenkönigin, die sich als Ehefrau und Mutter tarnt, ist hingegen als eine semantische Strategie der neunziger Jahre zu begreifen, welche frauenfeindlich-reaktionär und regressiv in den Prozeß der Neustrukturierung einer politischen Öffentlichkeit nach der "Wende" in Deutschland eingreift. Sie zielt auf Eliminierung der Frauen aus der politischen Öffentlichkeit (siehe die Diffamierungen von Hillary Clinton).

In das Muster der "Ehefrau" preßt der Spiegel-Artikel letztlich auch die Kronzeugin Souhaila Andrawes, freilich in gut-böser Verdoppelung des inszenierten Frauenbildes. Souhaila Andrawes ist der lebende Beweis für die Existenz einer ausschließlich wirklichen (nicht getarnten) Ehefrau. Im Gegensatz zu Monika Haas war und ist Souhaila Andrawes nach ihrer Jugendsünde ("Ich war noch ein Kind", stellt die Überschrift des Spiegel die Quintessenz des Interviews heraus) nichts anderes als Ehefrau. Aus den Vernehmungsprotokollen aus Norwegen, welche der Spiegel vom ermittelnden Bundesanwalt noch vor Monika Haas oder deren Verteidiger erhielt (10), zitiert der Autor denn auch das pikante Histörchen vom Super-Terroristen Carlos, der die damalige Soraya Ansari hat heiraten wollen. Diese Geschichte führt den Autor zur Feststellung: "Geheiratet hat sie später einen anderen, den Palästinenser Abu Matar. Über ihren Ehemann sagt Sayeh, der sei ‚Schriftsteller` und ‚Professor für arabische Literatur`. Matar pflegte mehr als gute Beziehungen zur PFLP, scheint über Details des arabischen Terrorismus bestens informiert zu sein". Damit wird einerseits gezeigt, daß Souhaila Andrawes eine gute Ehefrau ist, die zu ihrem Mann steht, andererseits aber entgeht auch sie nicht dem spekulativ erzeugten Konstrukt vom mächtigen, gefährlichen Ehemann.

Im Gegensatz zu Monika Haas, die bisher über ihren Ex-Ehemann einzig verlautbarte, daß dieser 1984 bei einem Attentat in Madrid lebensgefährlich verletzt wurde, lange gelähmt war und seither schwerkrank ist und sich daher alle Spekulationen über ihn von selbst erledigen (taz vom 24.1.1992), brachte Souhaila Andrawes selbst ihren Ehemann ins Spiel. Nach Aussage des Spiegel erzählte sie, ihr Ehemann könnte Auskunft über die wahren Hintermänner des Attentats auf das Flugzeug nennen, das 1988 mit allen Passagieren an Bord in Lockerbie explodierte. So ist auch in dieser Berichterstattung über Souhaila Andrawes letztlich der Ehemann der eigentliche Akteur. Ein eigener Bericht über "Lockerbie" und Abu Matar zeigt: hier stimmen die Verhältnisse, hier ist der Ehemann der wirkliche Regent.

Ausblick: In Erwartung des kommenden Medienspektakels

Nach einem im Juni 1995 getroffenen Urteil des obersten Gerichtes in Norwegen kann Souhaila Andrawes nach Deutschland ausgeliefert und wegen der "Landshut"-Entführung vor Gericht gestellt werden (eine letzte Entscheidung darüber wird die norwegische Justizministerin treffen).

Während Arafat in Norwegen für seine neue politische Haltung den Friedensnobelpreis erhielt, soll die "kleine Soldatin" Andrawes 18 Jahre später für ihre damalige Aktion abgestraft werden. Außer der Hoffnung auf Strafminderung durch Anwendung des deutschen "Gesetzes zur Einführung der Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten", das bei Mord eine Strafminderung des Schuldmaßes "lebenslänglich" auf drei Jahre gewähren kann, bleibt ihr wenig Hoffnung für eine eigene friedliche Zukunft.

Die belastende Aussage von Souhaila Andrawes, die vielleicht in dieser Form gerade wegen der deutschen Kronzeugenregelung zustandekam (diese Möglichkeit gibt die Autorin des Artikels der Frankfurter Rundschau vom 21.1.1995 zu bedenken), hat wiederum Monika Haas ins Gefängnis gebracht. Sie hat deren Wahrheitsgehalt entschieden bestritten. In einem offenen Brief an die Presse weist Monika Haas darauf hin, daß ihr jetzt nichts anderes übrigbleibe, als die Kronzeugin mit ihren eigenen Widersprüchlichkeiten zu konfrontieren. Vorprogrammiert ist ein Prozeß amerikanischer Spielart, in dem es immer darum geht, die Zeugen "unglaubwürdig zu machen".

Als Begleitmusik des Prozesses ist ein Medienspektakel "Kronzeugin versus Queen" zu befürchten, das für ein männliches Publikum als Freistilringen der Damen im Schlamm inszeniert wird. Wie aber kann dies verhindert werden? Auch die Autorin des Artikels der Frankfurter Rundschau, der über die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen die beiden Frauen berichtete, fragt: "Welche Chance hat Haas überhaupt, - wenn sie denn tatsächlich unschuldig ist -, dies zu beweisen?" (FR vom 21.1.1995)

Monika Haas hat wirklich wenig Chancen. Durch den Mißbrauch der Macht der Medien ist sie in eine aussichtslose double-bind-Situation gebracht worden: Sie muß sich einerseits vor Gericht gegen das Bild der Super-Terroristin, die sogar das Leben ihrer neugeborenen Tochter für den Kampf aufs Spiel setzte, wehren. Andererseits aber muß sie sich auch gegen das Bild von der "umgedrehten" Super-Agentin wehren. Ist den Spiegel-Autorinnen und Autoren eigentlich nicht bewußt, daß es bereits Zeugnisse dafür gibt, daß Sprache töten kann?

Anmerkungen:

1) Katharina Blum ist eine Kunstfigur aus einem Roman von Heinrich Böll, die aus Entsetzen und Wut über die Berichterstattung ihres "Falls" in der BILD-Zeitung den dafür verantwortlichen Journalisten erschießt.

2) Nach Aussage ihres Verteidigers lehnte Monika Haas nach Veröffentlichung der ersten Presseberichte auf sein Anraten hin ein Interview mit dem Spiegel-TV-Journalisten Stefan Aust ab.

3) Wie der Spiegel selbst berichtet, wiesen Inge Viett wie Monika Haas die Behauptung zurück, daß sie sich gekannt hatten.

4) Im 4. Spiegel-Artikel (48/1992), in dem die Geschichte über die "umgedrehte Terroristin" wiederholt wird, läßt der Autor sogar Andreas Baader höchstpersönlich kommentieren: "Man kann eben bei keinem ausschließen, daß er umkippt, wenn die Schweine ihn kriegen" (Spiegel 48/1992). Wer den immerhin im Hochsicherheitstrakt in Stammheim einsitzenden Baader so direkt mitbekommen konnte, daß er diesen Ausspruch zitieren kann, bleibt das Geheimnis des Autors.

5) Daß die Befreiung der Geiseln ein ergreifender Augenblick in der deutschen (Staats-)Geschichte war, wird daran verdeutlicht, daß der deutsche Kanzler vor Erleichterung weinte, als er die erlösende Nachricht von der Befreiung der Geiseln in Bonn erhielt.

6) Leila Khaled war Mitglied der PFLP und wurde berühmt durch mehrere Flugzeugentführungen Anfang der 70er Jahre. "Ihr Bild, wie sie mit züchtig bedecktem Kopf ihr Gewehr streichelt, zierte die Titelseite von Zeitungen und Magazinen in der ganzen Welt. (...) Man berichtete in der Presse, sie habe die Waffen und Pläne für die Entführung in ihrer Unterwäsche versteckt. Hier war eine Frau, die zwar schön, aber unmißverständlich todbringend und daher höchst erregend war" (Mc Donald 1992:109).

7) Die Palästinenserin wird vom Spiegel mit vollem Namen als Souhaila Andrawes Sayeh bezeichnet, bei der Landshut-Aktion habe sie sich Soraya Ansari genannt.

8) Die Frankfurter Rundschau berichtete denselben Sachverhalt ausführlicher. Obwohl die Zeugin bereitwillig auf alle Fragen antwortete und auch Personen und Namen bekanntgab, konnte sie auf die gezielte Befragung nach Monika Haas nicht eingehen. Auch nach Vorhalt der Stasi-Akte bestätigte Souhaila Andrawes (Soraya Ansari) die Stasi-Angaben nicht. "Aber, so steht es im Protokoll, ‚ehrlich, ich kann mich nicht erinnern, Monika Haas auf Mallorca getroffen zu haben'. Zur ‚Gedächtnisstütze' teilen die Beamten der ‚Beschuldigten' Ansari nun mit, daß Haas zur Tatzeit ein Baby gehabt habe. Nach einer Mittagspause meint Ansari schließlich, auf Mallorca mit einem Baby gespielt zu haben, es sei ein blondes Baby gewesen, nur fehle ihr das Gesicht der Mutter dazu. Die in Frage kommende Tochter von Monika Haas hat pechschwarzes Haar." (FR vom 15.11.94)

9) John Le Carré beschrieb in seinem Agentenroman "Die Libelle", wie eine junge Engländerin vom israelischen Geheimdienst Mossad sowie von palästinensischen Widerstandskämpfern für jeweils deren Sache "umgedreht" wurde. Die Geschichte von der "umgedrehten" Monika Haas hat verblüffend ähnliche Züge mit John Le Carrés literarischen Phantasien, die im Kern eine ins Agentenmilieu verschobene Inszenierung des Pygmalion-Motivs ist.

10) Der Anwalt von Monika Haas stellte deswegen Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den ermitttelnden Bundesanwalt.

Literatur:

Barthes, Roland. Mythen des Alltages, Frankfurt 1988

Der Spiegel 4/1992: Trojanisches Pferd

Der Spiegel 10/1992: Wolf in der Wüste

Der Spiegel 20/1992: Mittleres Beben

Der Spiegel 48/1992: Die Queen of Aden

Der Spiegel 46/1994: Pakete für Mahmud

Der Spiegel 3/1995. Ein ehrenvoller Auftrag; "Ich war noch ein Kind"; Lockerbie: War es Abu Nidal?

taz vom 21.1.1992: "Solche Konstruktionen sind einfach infam"

Dierkes, Meinolf/ Hoffmann, Ute/ Maerz Lutz: Die Funktion von Leitbildern. in: Dies.: Leitbild und Technik, Berlin 1992, S. 41 ff.

Freitag vom 16.4.1993: Die Legende einer modernen Emma Peel

Frankfurter Rundschau vom 21.1.1995: Eine offene Rechnung aus dem deutschen Herbst 1977

Knapp, Gudrun-Axeli. Arbeitsteilung und Sozialisation: Konstellationen von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft im Lebenszusammenhang von Frauen. in: Ursula Beer (Hrsg.,): Klasse - Gesellschaft- Geschlecht. Ferninistische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik, Bielefeld 19-87

Mc Donald, Eileen: "Erschießt zuerst die Frauen", Stuttgart 1992

Schultz, Irmgard: Madonna - das ewige und das wirkliche Idol. Reflexionen über weibliche Schönheit anhand der Rolle von Idolen für das Selbstverständnis der Frau. in: Farideh Akashe-Böhme, Reflexionen vor dem Spiegel, Frankfurt/Main 1992, S. 91 ff

Schultz, Irmgard: Der erregende Mythos vom Geld, Frankfurt/New York 1994

Theweleit, Klaus: Männerphantasien, Hamburg 1980

Wagner, Beate: Männerfeindliche Jungfrauen.. Ein kritischer Blick auf Amazonen in Mythos und Geschichte. In: Feministische Studien, 5. Jg.,1/1986 .86 ff

Wagner-Hasel, Beate: Matriarchatstheorien in der Altertumswissenschaft, Darmstadt 1992

Wygotzki, Lew Semonowitsch (Vygotski, Lev Semenovic): Denken und Sprechen, Frankfurt/M. 1969

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus: "beiträge zur feministischen theorie und praxis"; Heft 40/1995: Utopie - Richtiges im Falschen. Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. Die "beiträge ..." sind zu beziehen über: Niederichstr. 6, 50668 Köln.

Spendenaufruf für Monika Haas

Monika Haas sitzt seit zehn Monaten im Gefängnis wegen des Vorwurfs, 1977 Waffen für die Entführung der "Landshut" nach Mallorca gebracht zu haben. Sie diesen Vorwurf immer bestritten. Seit Jahren verbreitet der "Spiegel" in einer regelrechten Kampagne diese Behauptung, die er ausgerechnet aus einer Stasi-Opfer-Akte ableitet, einer Akte, deren Glaubwürdigkeit bereits durch Gerichtsbeschluß als äußerst fragwürdig festgestellt wurde. Wiederholt verbreitete der "Spiegel" außerdem die absurde Stasi-Theorie, Monika Haas sei Mitarbeiterin westlicher Geheimdienste.

Am 16. Mai 1995 erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen Monika Haas. Alleiniger Gegenstand des Verfahrens, das im Januar vor dem OLG Frankfurt eröffnet werden soll, ist nach wie vor der Vorwurf des Waffentransports. In der Anklageschrift jedoch leitet die Bundesanwaltschaft aus diesem Vorwurf ab, Monika Haas sei Mitwisserin an der Landshut-Entführung und deshalb auch Tatbeteiligte an der Schleyer-Geiselnahme - der Öffentlichkeit wird das Bild einer gefährlichen Top-Terroristin geliefert.

Wie kam es zu Verhaftung und Anklage? Im Oktober 1994 wurde in Oslo Souhaila Andrawes verhaftet, die einzig Überlebende des palästinensischen Entführungskommandos. Sie machte umfassende Angaben, verneinte jedoch immer wieder, irgendetwas über einen Waffentransport durch Monika Haas zu wissen. Die Auslieferungsdrohung nach Deutschland versetzte sie jedoch zusehends in Panik.

Dies würde lebenslange Haft für sie bedeuten. Der norwegischen Presse zufolge wurde sie mit der deutschen Kronzeugenregelung bekannt gemacht, die besagt, "daß sie mit drei Jahren davonkommen kann, wenn sie mit Informationen herauskommt, die andere Personen in sehr ernsten Verbrechen belasten" (Stavanger Aftenblad vom 19.12.1994). In Etappen ließ sie sich erweichen: Was ihr aus der Stasi-Akte vorgelesen wird, hielt sie zuerst für möglich, dann für gut möglich und schließlich für die "Wahrheit".

Monika Haas wird mit der Begründung der Fluchtgefahr in U-Haft gehalten, obgleich sie seit 13 Jahren in Frankfurt lebt, bis zur Inhaftierung einer geregelten Arbeit nachging und ihre Kinder alleine versorgt. Sie hat nie versucht, sich einem Verfahren zu entziehen, im Gegenteil immer wieder betont, wie wichtig ihr eine gerichtliche Klärung der Vorwürfe ist. Es besteht kein Grund für die Untersuchungshaft. Inzwischen wurde Monika Haas, bisher Frauenbeauftragte der Frankfurter Universitätskliniken, mit der Begründung U-Haft und Anklageerhebung die Kündigung ausgesprochen.

Verhaftung und Anklage gegen Monika Haas basieren auf Aussagen, die mit den Versprechungen der Kronzeugenregelung zustande gekommen sind. Das Konstrukt des Kronzeugen aktiviert gezielt ein Aussageverhalten, das nicht die Wahrheitsfindung zur Grundlage hat. Die Kronzeugenregelung wird von daher seit ihrer Einführung als mit rechtsstaatlichen Prinzipien völlig unvereinbar kritisiert.

Es werden dringend Spenden benötigt.

Spendenkonto:

Frank Haas, Konto-Nr. 318 811 731, BLZ 500 502 01, Frankfurter Sparkasse

Postadresse:

Forum für Monika Haas, Postfach Bodo Lube 180 148, 60082 Frankfurt/Main

21. Christian Klar war über einen Monat im Hungerstreik

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Haftbedingungen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:30

Vom 1. September bis zum 4. Oktober befand sich der in Bruchsal inhaftierte RAF-Gefangene Christian Klar im Hungerstreik. In einer Erklärung an die Anstaltsleitung zu Beginn seiner Aktion schrieb Christian: "Ab heute bin ich im unbefristeten Hungerstreik für die Aufhebung aller verhängten Besuchsverbote; für die Zulassung von bis zu drei Personen bei Besuchen, wie es hier allgemein möglich ist; für die Aufhebung des Telefonverbots; für die Achtung meines Rechts auf Briefkontakte."

Vom 3.9.95 datiert ist eine längere Erklärung, in der er diese Forderungen für die Öffentlichkeit bekräftigte und erläuterte. Dort heißt es: "Es gibt eine ganze Reihe von Problemen, die ein Gefangener aus eigener Kraft lösen kann. Wenn ein Minimum an Bewegungsfreiheit innerhalb eines Knastes oder eines Flügels existiert, die Zusammensetzung der Gefangenenbelegung nicht völlig manipuliert werden kann (also anders als in kleinen Abteilungen oder ‚Wohngruppenvollzug`), findet sich immer eine Spur von Beziehungen, die zu solidarischem Handeln entwickelt werden kann ... Der Alptraum beginnt da, wo der Knast bzw. die übergeordneten Behörden die weitergehende oder vollständige Absonderung anordnen (...)."

Christian Klar ist seit 1982 inhaftiert, mehrere Jahre unter verschärften Isolationshaftbedingungen. In den letzten Monaten hatten sich seine Haftbedingungen wieder verschärft. So wurden Besuchsverbote gegen die ehemaligen Gefangenen Günter Sonnenberg, Bernd Meyer, Irmgard Möller, Lutz Taufer, Manuela Happe, verhängt, die mit Christian Klar kommunizieren wollten. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag auf Besuchszusammenführung mit dem Gefangenen Stefan Wischneski, der im Zuge eines Transports vorübergehend in Baden-Württemberg inhaftiert war. Die Besuchsverbote wurden mit dem "schädlichen Einfluß" auf den Gefangenen begründet, der dem "Vollzugsziel" entgegenstehen würde.

Auch die Briefzensur wurde bei Christian in der letzten Zeit verschärft. Sie hat teilweise wieder die Ausmaße der Jahre 1982 bis 1989 angenommen, wie er schreibt. Neben "wilder" Posteinbehaltung, die sich nach der Tageslaune des Postzensors richtet, sollen bestimmte politische Debatten verhindert werden.

So wurden z.B. alle politischen Texte zu den Gefangenen in Frankreich angehalten, als eine Gefangene aus der französischen Guerillagruppe "action directe" einen Briefwechsel mit Christian beginnen wollte. Ein weiterer Schwerpunkt der Briefzensur ist die Verhinderung einer Diskussion mit der Berliner Gruppe "ak kassiber", die mit Christian über Antinationalismus diskutieren wollten.

Zitate aus den Anhalteverfügungen sprechen für sich: "Der Text propagiert eine Revolution auf kommunistischer Grundlage" oder "Der Brief beschäftigt sich in hetzerischer Weise mit der angeblich bevorstehenden Hinrichtung des US-amerikanischen Strafgefangenen Mumia Abu Jamal".

Die Hungerstreikerklärung von Christian Klar wurde ebenfalls beschlagnahmt, was dazu führte, daß die Aktion erst fast eine Woche nach Beginn bekannt wurde.

Kaum Solidarität von draußen

Christian schreibt in seiner Erklärung "Hungerstreik ist eine Kampfform, die die Brücke nach Draußen sucht, es ist der kämpferische Vorschlag, für eine Zeit und für ein konkretes Ziel die Kräfte zusammenzutun."

Auch als die Aktion schließlich öffentlich bekannt war, gab es zunächst draußen keine größeren Aktionen zur Unterstützung seiner Forderungen. Lediglich die Angehörigen, Freundinnen und Freunde der politischen Gefangenen haben mit zwei Kundgebungen die in Baden-Württemberg für Christians Klars Haftbedingungen Verantwortlichen benannt. Allerdings weigerte sich der Innenminister des Landes eine Delegation der Angehörigengruppe zu empfangen. In Berlin ergriff die Gruppe ‚ak kassiber` Ende September Initiative für Solidaritätsaktionen, u. a. Besuche der Deutschen Presseagentur in Berlin und des Büros von amnesty international. Eine Kundgebung vor der Außenstelle des Bundesjustizministeriums in Berlin mit ca. 30 Personen kam erst am 6.10.95 zustande, als Christian den Hungerstreik schon beendet hatte.

Nach seiner Verlegung in das Knastkrankenhaus Hohenasperg bestand die akute Gefahr, daß er zwangsernährt werden könnte. Am 4.10.1995 erklärte er die Beendigung des Hungerstreiks: "Ein Gefangenenkampf, der unter den gegenwärtigen Bedingungen eine unmittelbare Entscheidung sucht, ist problematisch und riskiert ernste Rückschläge. Meine Aktion ist von dieser Art gewesen, deswegen höre ich heute auf. (...). Die Not haben aus der Unmittelbarkeit des Hungerstreiks sicher mehr Leute draußen verstanden als vorher. Nur ist die Abschottung dauernde Realität und wir müssen Wege finden, sie zu beenden."

Bemerkenswert war das weitgehende Nichtverhalten des linken Spektrums, daß sich bisher zu den Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen immer solidarisch verhalten hat. Es wäre auch zu kurzschlüssig, darin nur eine Folge des Zusammenbrechens linker Strukturen zu sehen. Die Kampagne zur Rettung von Mumia Abu Jamals Leben zeigte, daß es durchaus auch heute noch möglich ist, Solidaritätskampagnen zu initiieren und auszuweiten. In Berlin kämpfen Gruppen, die sich um die Freilassung der wegen mutmaßlicher Herstellung der Zeitung ‚radikal` Verhafteten sowie Gesuchter einsetzen, andere wollen die Auslieferung von Benjamin Vegas nach Spanien verhindern. Es gelang nicht, diese Gruppen in eine kurzfristige Solidaritätsarbeit zu Christian Klars Forderungen einzubeziehen. In anderen Städten war die Situation nicht grundsätzlich anders.

Zu diesem Nichtverhalten hat sicherlich auch die Auseinandersetzung innerhalb der Gefangenen aus der RAF beigetragen. Gerade in den Medien wurde Christian Klar immer wieder als besonders unbeugsam und staatsfeindlich dargestellt. Noch während des Hungerstreiks wurde er in einer ZDF-Sendung als Drahtzieher der Antiimperialistischen Zellen (AIZ) bezeichnet.

Da auch nach Beendigung des Hungerstreiks keine von Christian Klars Forderungen erfüllt wurde, ist zu hoffen, daß jetzt Gruppen draußen versuchen, seine Forderungen politisch durchzusetzen. Damit kann Realität werden, was er in seiner Abbrucherklärung zum Ziel seiner Aktion geschrieben hat: "Ihr Charakter: Signale der Solidarität, Anstöße zur politischen Diskussion, den Wert des Kampfes für das Leben und die Freiheit ausdrücken."

Peter Nowak

22. Tropenholz - der Boykott ist immer noch gerechtfertigt!

Die Debatte um "Ökoholz" hat begonnen/Wer hat den Nutzen davon?

Autor: hhH, Berlin · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:15

Viele Linke bewerten die derzeitige Debatte um nachhaltige Entwicklung ausschließlich negativ und kehren einseitig deren (selbst-)betrügerischen Aspekte hervor. So möchte ich die folgende Kritik der "Ökolabel" für Holz aus angeblich nachhaltiger Tropenforstwirtschaft nicht verstanden wissen. Meines Erachtens drücken das Reden und die Bemühungen um sustainable development auch einen gewissen Reifegrad der kapitalistischen Entwicklung aus. Die Grenzen der Ausbeutung werden facettenhaft sichtbar und in vielfacher Hinsicht bedeutet das eine viel größere Herausforderung für linke, sozialistische Analyse und Praxis, als die - sicher notwendige - Ideologiekritik. Andererseits aber darf der Blick auf "die Zeiten, die da kommen", die Gegenwart nicht verklären.

Schon bevor es Menschen gab, schrumpfte der tropische Waldgürtel und dehnte sich wieder aus. Doch diese Prozesse zogen sich über zigtausend Jahre hin. Die menschlichen "Siegeszüge über die Natur" sind weitaus rasanter. Allein in den letzten 100 Jahren ging die Hälfte des ursprünglichen Tropenwaldes verloren, und was noch mehr erschrecken muß: Der weitaus größte Anteil davon verschwand in der kurzen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. (1) Seitdem stieg das Volumen des Tropenholzhandels von 4,2 auf 66 Mio. Kubikmeter/Jahr. Dies zeigt den ungeheuren Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte und verdeutlicht ebenso den Fortschritt ihres Zerstörungspotentials. Trotz allen "kritischen Konsums" wird heute etwa alle eineinhalb Sekunden Primär-Regenwald von der Ausdehnung eines Fußballfeldes zerstört. An einem Tag sind das 57.600 Fußballfelder, oder die Fläche des Bundeslandes Bremen, in einem Monat 4/5 der Fläche Schleswig-Holsteins. Der jährliche Verlust dieser regional wie global ungemein bedeutenden Ökosysteme entspricht dem Gebiet der fünf neuen Bundesländern plus Niedersachsen.

Tödliche Effizienz

Die katastrophalen Auswirkungen dieser Entwicklung sind weitgehend bekannt. Die Stichworte sind u.a. Verlust von Artenvielfalt, (2) Verkarstung und Erosion, Beeinträchtigung und Zerstörung von Lebensgrundlagen (insbesondere der indigenen Kulturen), Klimaveränderungen. (3) Was geschieht, wenn die Wälder als "Klimamaschine" komplett ausfallen werden, ist kaum absehbar. Sicher ist nur, daß wir einem Problem gegenüberstehen, das sich nicht zum Aussitzen eignet. Die sogenannten "Selbstheilungskräfte des Marktes" verlassen in dieser Überlebensfrage ihre freundliche "Dr.-Jekyll-Gestalt" und treiben sich, so scheint es, als "unsichtbare Hand" des fiesen Würgers Mr. Hyde umher.

Der Grund ist simpel: Solange es noch unerschlossene Naturwälder gibt, die einfach "abgeerntet" werden können, bleibt der ökonomische Druck zur rücksichtslosen Ausbeutung hoch. Selbst nach Angaben der Internationalen Holz-Handesorganisation ITTO stammen über 99% des international gehandelten Tropenholzes aus Raubbau. (4)

Die "Holzernte" ist nicht der einzige Grund für die Waldverluste. Denn die Holzfäller erschließen, was vorher unzugänglich war, und ebnen den Weg für Besiedlung oder für die große Agroindustrie. (5) Dieser "Türöffner-Effekt" ist bei selektivem Einschlag, der von der Holzlobby stets als Argument für die Harmlosigkeit bzw. Naturverträglichkeit ihres Tuns ins Feld geführt wird, meist noch stärker als beim Kahlschlag. Und auch die Waldschäden, die unmittelbar auftreten, wenn nur die für den Weltmarkt lukrativsten Baumriesen geschlagen werden, sind oft sehr groß: "Tatsache ist, daß für einen Stamm, den wir nutzen, ... hundert Stämme kaputtgemacht werden." (6) Hinzu kommt die Schädigung zahlreicher "Nichtholzprodukte" (Früchte, Kautschuk, Rattan, Medizinalpflanzen usw.), die von der örtlichen Bevölkerung traditionell genutzt werden und oft auch kommerziell ausbeutbar sind. (7)

Der emeritierte Leiter des Instituts für Weltforstwirtschaft an der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, Prof. Eberhard Brünig, der als ein ausgewiesener Freund der Holzwirtschaft gilt, beschreibt in einem 1993 in der Malaysischen Botschaft gehaltenen Vortrag die volkswirtschaftliche Bilanz des

Holzeinschlags in Malaysias Provinz Saravak mit den Worten: "Für jeden Dollar, der in Saravak mit Holz verdient wird, entstehen ökologische und soziale Schäden von zwei bis drei Dollar."

Am schwersten wiegt, daß die Rechte der lokalen Bevölkerung in der Regel mißachtet werden. Das Indonesian Network for Forest Conservation, SKEPHI, beschreibt die Situation folgendermaßen: "Konzessionen werden ohne Rücksicht auf die Bevölkerung vergeben, und die Liste gewalttätiger Konflikte ist lang: Erst im August 1994 überfielen aufgebrachte Dayarks ein Holzfällercamp ... und zerstörten Autos und Teile der Ausrüstung. ... In Ost-Kalimantan schlagen [Holzkonzerne] das Gebiet kahl, um darauf Monokultur-Plantagen wie Eukalyptus zu errichten."

"Lokale Bevölkerung und NGOs werden in die indonesische Forstpolitik nicht einbezogen, alle wichtigen Entscheidungen treffen Regierung und Holzkonzerne im Alleingang", resümiert Susanne Breitkopf von "Rettet den Regenwald" (RdR) die Situation. In Malaysia, dem mit 50% weltweit zweitwichtigsten Tropenholzexporteur, leisten Angehörige verschiedener Dayark-Völker, wie das Nomadenvolk der Penan, seit Jahren erbitterten Widerstand gegen die Holzfirmen. Im Rahmen einer Rundreise durch verschiedene Holzkonsum-Staaten Europas, Nordamerikas und Japan rief der Penan-Repräsentant Unga Paran den BesucherInnen einer in Deutschland organisierten Veranstaltung zu: "Kauft kein Holz aus unserem Land, sonst geht die Zerstörung weiter - wir leiden Hunger und Krankheit, und es ist schwer zu überleben." (8)

In einem Gespräch, das der damalige Robin-Wood-Aktivist Carsten Hüttche im Jahre 1991 kurz vor einer Protestaktion im Holzhafen von Saravak mit einer Gruppe Penan führte, bitten diese um Unterstützung: "Wir fragen nicht nach Geld, Autos oder Entwicklungsprojekten. Wir können ohne diese Dinge leben. Wir können davon unabhängig sein. Das einzige, von dem unser Leben völlig abhängt, ist der Wald. ... Wir versuchen alles, die Holzfirmen zu stoppen. Darum wenden wir uns an Euch. Wir wissen, daß ihr Macht habt. Macht heißt, daß man Dinge beeinflussen kann."

Öko-Kolonialismus?

Trotzdem wird gegen den Tropenholz-boykott oftmals der Vorwurf des Ökokolonialismus laut. (9) Meist dient die ökonomische Situation der Tropenwaldländer und deren Recht auf Entwicklung (bzw. Pflicht auf Rückzahlung von Weltbankkrediten) als Argument. Doch in der Regel verbleibt nur der geringste Teil der mit dem Holzgeschäft erwirtschafteten (ökonomischen) Werte in den tropischen Ländern selbst. Nach Untersuchungen des World Resources Institute (WRI) gelang es der indonesischen Regierung, nur 37% der Holzgewinne abzuschöpfen, den Philippinen sogar nur 16,5%. Wenn die Entwicklung der Herkunftsländer tatsächlich das eigentliche Ziel des Holzimportes wäre, so müßte wenigstens dafür gesorgt werden, daß das geschlagene Holz möglichst weitgehend im Land selbst verarbeitet wird, so daß statt des ökonomisch relativ wertlosen Rohstoffs möglichst fertige Möbel oder Fenster (zumindest aber geschnittene Bretter und Bohlen) exportiert werden können. (10)

Doch gerade die deutschen Holzimporteure kämpfen seit Jahren verbissen gegen Handelsbeschränkungen für Rundholz. In einem Telex, das der damalige Vorsitzende des Vereins Deutscher Holzeinfuhrhäuser (VDH) Schulze-Riewald im Jahre 1987 an einen Bonner Behördenvertreter schickte, beschwerte er sich über einen Vertragsentwurf zu den gerade angelaufenen Verhandlungen eines neuen GATT-Vertrages. (11) In dem GATT-Text werde "mit keinem Wort darauf hingewiesen, daß die Entwicklungsländer gehalten sind, den Industrieländern einen freien Zugang zu ihren Rohstoffen einzuräumen."

Und weiter: "Bekanntlich bestehen im Bereich des Rundholzes zahlreiche Exportbeschränkungen in Ländern der Dritten Welt." Und selbst nachdem der VDH der inzwischen um sich greifenden Bewegung für Tropenholzboykott einen freiwilligen Verhaltenskodex entgegensetzte, in dem es u.a. heißt, daß "die Mitglieder des VDH ... die Bemühungen der Länder der Dritten Welt [fördern], ihre Rohstoffe möglichst weitgehend im Lande selbst zu veredeln", kann von entwicklungspolitischer Verantwortung kaum geredet werden. In einem Bericht an das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) aus dem Jahre 1992 hieß es, daß "eine eindeutige Trendwende zu verstärktem Rundholzexport" zu verzeichnen sei.

Die Holzverarbeitung wird zunehmend mit dem Ergebnis vernachlässigt, daß bis zu 60% des eingeschlagenen Holzes am Hiebort ungenutzt verbleiben. Die Mehrwertschöpfung wie auch der Beschäftigungseffekt sind gering. Darüber hinaus sägen die Holzwirtschaft und mehr noch die exportierenden Länder den Ast ab, auf dem sie sitzen. Bei Beibehaltung des derzeitigen Abholzungstempos wird der Tropenholzhandel nach

Schätzungen des WRI bis zum Jahre 2000 von jetzt acht auf zwei Mrd. Dollar zurückgehen. So werden immer mehr Länder ein ähnliches Schicksal wie etwa die Elfenbeinküste erleiden. Das westafrikanische Land verzeichnete in den sechziger und siebziger Jahren ein erstaunliches Wirtschaftswachstum. Der Holzexport brachte jährlich 300 Mio. Dollar ein. Die Entwicklung des Landes galt als vorbildlich. Doch Anfang der 90er Jahre betrugen die Exporterlöse für Holz nur noch 30 Mio. Dollar im Jahr. Zusammen mit sinkenden Preisen für andere Exportgüter und weiteren ökonomischen Rückschlägen führte der weitgehende Zusammenbruch der Holzexporte zum wirtschaftlichen Niedergang der Elfenbeinküste. In einer halben Generation - von 1980 bis 1994 - sank das Pro-Kopf-Einkommen um die Hälfte. (12)

Ähnlich erging es Nigeria und den Philippinen. Früher war Nigeria ein wichtiges Exportland für tropische Hölzer. 1988 mußte es forstwirtschaftliche Produkte für 100 Mio. Dollar importieren. Auch Thailand importiert inzwischen selbst Holz. Die Regierung hat schon vor einigen Jahren jeglichen Holzeinschlag verboten, nachdem Hunderte von Menschen durch Erdrutsche und Überschwemmungen zu Tode gekommen waren und Unruhen der Bevölkerung die Regierung zum Handeln zwangen. Der Erlös aus dem Holzexport der Philippinen stieg bis Anfang der 70er Jahre auf 217 Mio. Dollar im Jahr. Zu Beginn der 90er Jahre kam der Holzexport der Philippinen völlig zum Erliegen. (13)

Totalboykott

oder "Umweltlabel"?

Die Regenwaldbewegung lehnte eine Kennzeichnung von umweltfreundlich gewonnenem Tropenholz, das aus bereits degradierten Sekundärwäldern stammt, nie rundweg ab. Die Forderungen von RdR und anderen Umweltinitiativen und -verbänden lauten zusammengefaßt:

- Keine Einfuhr von Holz aus Primärwäldern,

- Kennzeichnung von Tropenholz aus schon degradierten Wäldern nach seiner Herkunft,

- kein Holzeinschlag gegen den Willen der örtlichen Bevölkerung,

- kein Export von unverarbeitetem Holz.

Weil aber "der deutsche Holzhandel all das abgelehnt" habe und sich "selbst einer Wiederaufforstungsabgabe, wie sie die britischen Importeure anbieten, verweigert, ... bleibt den deutschen Verbrauchern leider keine andere Wahl, als auf Tropenholz zu verzichten." (Reinhard Behrend von RdR in Ökotest 10/94) Nach wie vor gelte deshalb: "Wir werden Tropenholz boykottieren, bis die Plünderung ... des Regenwaldes gestoppt ist, bis der Holzhandel wirklich auf ökologisch verträgliche Produkte umsteigt. Vorschußlorbeeren für vage Versprechungen vergeben wir nicht."

Dem Einwand der Tropenholzlobby, die schnelle Etablierung eines Öko-Labels für Tropenholz würde den Druck auf die Primärwälder nehmen, widerspricht Behrend: "Weil es immer noch unerschlossene Naturwälder gibt, wo man jahrhundertealte Bäume herausholen kann, ist das Tropenholz so billig, daß es sich nicht lohnt, die bereits geschädigten Flächen zu pflegen und dort eine ordentliche Forstwirtschaft zu betreiben, die eben teuer ist ..." Eine Kennzeichnung zum jetzigen Zeitpunkt laufe daher darauf hinaus, den Tropenholzhandel "in genau dem heutigen Umfang weiterzubetreiben", bis sich "irgendwann in ferner Zukunft vielleicht etwas verbessert" habe. Das Ganze sei nichts als "ein politisches Alibi für die Bundesregierung, weil die vor allem aus außenpolitischen und handelspolitischen Gründen [Anm.: Der Bundesregierung dürfte es in erster Linie um Maschinenexport gehen] keine energischen Schritte gegen den Raubbau ergreifen will".

Die Holzlobby berief sich zunächst darauf, daß "grundsätzlich ... eine wirksame Kontrolle nur im Augenblick des Einschlags möglich" sei. "Ein seriöses Zertifikat kann nur ausgestellt werden, wenn das Holz aus Plantagen stammt. Das ist jedoch die absolute Ausnahme." Und weiter: "... bei Be- oder Verarbeitung von Tropenholz geht automatisch jeder Ursprungsnachweis verloren. Das importierte Tropenholz besteht ... zu 80% aus ... verarbeiteten Produkten ... hier wäre ein seriöser Nachweis technisch unmöglich."

Doch seit die Boykottbewegung Erfolge im Bereich des individuellen Verbrauchs (Möbel) und des kommunalen Tropenholzverzichts erzielen konnte, soll das Unmögliche möglich werden.

Öko-Tropenholz -

mehr als "viel heiße Luft"?

In Deutschland forciert das "klassenübergreifende" Holz-Bündnis Initiative Tropenwald (ITW) die Kennzeichnung tropischer Hölzer aus einer nachhaltigen, ökologisch verträglichen Nutzung. Die Anfang 1992 vom Hauptverband der Holz- und Kunstoffverarbeitenden Industrie (HDH), dem VDH und der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) gegründete ITW hat mit finanzieller Unterstützung des BMZ selbst Kriterien zur Kennzeichnung umweltfreundlich gewonnener tropischer Hölzer entwickelt. RdR beklagt allerdings, daß dabei die Umweltverbände und -initiativen von essentiellen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen waren. (16)

Im Mai 1995 zog sich die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände darum aus dem Beratergremium der ITW zurück. Der Regenwald Report vermeldete daraufhin eine gewisse Nervosität bei der ITW. Während eines Forstseminars in Köln soll der ehemalige GHK-Funktionär, Initiator und heutige Geschäftsführer der ITW, Stephan Schardt, zur Eile gemahnt haben: "Wenn man nicht sofort damit anfängt, kann man die Kennzeichnung vergessen, dann sind wir raus aus dem Geschäft ... Die Boykott-Kampagne gegen Tropenholz war gerade in Deutschland äußerst erfolgreich. Wir (sic!) haben heute große Probleme, das Holz zu verkaufen." (15)

Nach Ansicht von RdR geht die zu kurze Vorbereitungszeit zulasten der Seriosität. Doch die ITW denkt natürlich in anderen Kategorien. Der "ideelle Gesamtholzverkäufer" Schardt formulierte das ITW-Interesse während seines Kölner Vortrages so: "Unsere Hauptaufgabe ist es, das schlechte Image des Tropenholzes wieder in ein gutes zu verwandeln." Doch dem angestrebten Image schaden die Träger der ITW selbst am meisten. Die Firma des Richard Anders, der bis 1991 Vorsitzender des VDH war und heute Leiter der VDH-Fachabteilung "Überseehölzer" ist, soll sich laut einer im März 1992 gegebenen Pressekonferenz des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) an der illegalen Plünderung der Regenwälder in Ghana beteiligt haben. Anders und andere Unternehmen haben demnach in den 80er Jahren insgesamt 250 Quadratkilometer tropischen Regenwaldes außerhalb der Legalität abgeholzt. Dabei sollen die Holzimporteure rund 80 Mio. Mark schwarz außer Landes geschafft haben. Durch Strohmänner habe die Richard Anders GmbH & Co. KG staatliche Holzhandelsagenturen Ghanas unterwandert, Doppelverträge und Doppelrechnungen ausgestellt, mehr als erlaubt exportiert und Steuern hinterzogen. Durch andere Betrügereien seien Hilfsgelder internationaler Organisationen zweckentfremdet worden.

Für einigen Wirbel sorgte auch die Einschlagpraxis der Firma CIB/Feldmeyer (Besitzer: ITW-Vorsitzender Dr. Hinrich Lüder Stoll) in deren im Kongo (17) gelegen Konzessionsgebiet: "Die CIB hatte einen Vertrag mit der Regierung des Kongo. Bis 1989 war ihr der Einschlag von jährlich 100.000 Kubikmeter Holz erlaubt. Doch 1989 hatte sie über 137.457 Kubikmeter geerntet." (18) Außerdem soll CIB "statt der geforderten 60% nur 30% des Holzes im Kongo selbst verarbeitet", sich dafür aber "beim Steuerzahlen eher zurückgehalten" haben: "Nach einem 1992 erstellten Gutachten schuldete die CIB dem kongolesischen Staat umgerechnet 1,5 Mio. Mark". (19)

Als RdR den Vorsitzenden der Initiative Tropenwald deshalb einen Umweltkriminellen nannte, ging Herr Stoll vor den Kadi und hatte Erfolg. RdR darf jetzt nicht mehr behaupten, daß Stoll "mehr eingeschlagen" habe "als erlaubt" und muß für den "Umweltkriminellen" 3.000 Mark Schmerzensgeld zahlen. Grundlage des gerichtlichen Entscheids war eine verwegene Rechnung Stolls, nach der die CIB im Jahre 1988 angeblich rund 11.000 Kubikmeter weniger eingeschlagen habe und auch 1990 10% weniger zu ernten beabsichtige. Dadurch habe die CIB 1989 nur noch knapp 16.000 Kubikmeter zuviel Holz eingeschlagen. Schützenhilfe bekam Stoll vom Generaldirektor der Forstbehörden des Kongo, Rigobert Ebonzo, der in einem Brief an das Gericht bekräftigte, daß die CIB "innerhalb des durch die gültigen Gesetze vorschriftsmäßigen Rahmens operiert" habe. Und schließlich beurkundete der Forstwirtschaftsminister des Kongo, Jaques Kanwe, dem Gericht, daß der CIB wegen "der besorgniserregenden Situation des Unternehmens" sämtliche Abgaben auf die "Überproduktion" erlassen würden.

Was zu erwarten war, denn der im Auftrag der Weltbank (20) und des BMZ tätige UNO-Gutachter Schmincke schrieb über eben jenen Jaques Kanwe in einem 1992 verfaßten Bericht an das BMZ, daß dieser "überwiegend mit persönlichen Geschäften befaßt [sei], die teilweise aus dem Aufforstungsfond finanziert werden." Auch Angestellte der bundeseigenen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), die in unmittelbarer Nachbarschaft zu Stolls Konzessionsgebiet ein Naturschutzprojekt betreibt, berichten, daß eine wirksame Kontrolle nicht möglich sei, da "die gesamte Verwaltung korrupt" sei. (21) Bürgermeister würden

illegal auf Trophäenjagd gehen, und hohe Regierungsbeamte seien zufällig immer dann im Hafen anzutreffen, wenn Elfenbein verladen werde. De facto könnten die Holzhändler hier machen, was sie wollen.

Doch selbst ohne Filz wird es nicht einfach sein, die Herkunft des angeblichen Öko-Tropenholzes nachzuvollziehen. Schmincke bewertete die Zustände auf dem Konzessionsgebiet der CIB zwar als "besser als auf den Nachbarkonzessionen"; doch die Feldmeyer-Gruppe verkaufe nicht nur die eigene Holzernte, sondern ebenso (und sogar massiv) Holz, das sie selbst von der libanesischen SEFCA beziehe, die "sich in der Waldvernichtung der Zentralafrikanischen Republik besonders hervorgetan hat."

Wie unabhängig

ist die Zertifikation?

Die Einschlagmethoden der Feldmeyer-Firmen halten einer unabhängigen Überprüfung nicht stand. Auch nach dem gerichtlichen Persilschein für Stoll reißen die bad news über die Einschlagpraxis seiner Firmen nicht ab. Am 12.9.1995 veröffentlichte Inter Press Service (IPS) einen Bericht, in dem ehemalige Angestellte der CIB/Feldmeyer ihrem früheren Arbeitgeber zerstörerische Einschlagmethoden im Ndoki-Nationalpark vorwerfen, den das Time-Magazin als "den letzten Garten Eden" bezeichnete. Die CIB-Konzession befindet sich in dessen unmittelbarer Nachbarschaft, und Stoll behauptet, dort "bestandsfähige Nutzung" zu betreiben.

Ein Ex-Mitarbeiter der CIB bestreitet das: "Sie holzen alles ab, was da ist!" (IPS) Auch Ebenholz werde gefällt und mit Chemikalien camoufliert, um die Forstbehörden zu täuschen. Ein weiterer CIB-Mitarbeiter sprach von "unzähligen" gefällten Bäumen, was von dem US-amerikanischen Leiter eines im Ndoki-Nationalpark wirkenden Schutzprojektes der "World Conservation Society" (WCS) bestätigt wurde: "Ich bin über diese Zone hinweggeflogen und kann erklären, daß die Ausbeutung Ndokis durch die CIB katastrophal ist."

In der gerichtlichen Auseinandersetzung mit RdR konnte Stoll außer dem Schreiben der Geschäftsfreunde aus Ghana ein ihn entlastendes Gutachten einer angeblich neutralen Instanz vorlegen. Nach dem Wirbel um Stolls "Unregelmäßigkeiten" hatte die Weltbank das Schweizer Unternehmen Société Géneral de Surveillance (SGS) (ein Multi mit über 35.000 Beschäftigten, der weltweit Gutachten und Zertifikate ausstellt) beauftragt, ein zweites Gutachten über die Konzession zu erstellen. Als Stoll dieses sehr viel besser ausgefallene Gutachten dem Hamburger Gericht vorlegte, erhielten die RdR-Leute allerdings auch Einblick in die ökologische Kompetenz des Gutachterkonzerns: Zwar ließ dessen Analyse nicht unerwähnt, daß Stoll auf seinem Einschlaggebiet die Sipo- und Sapellibäume ausrottet; doch die SGS bewertet dies als "Artendrift zu besser nachwachsenden und schneller wachsenden Arten." (22)

Eine im Wortsinne eigentümliche Interpretation von Nachhaltigkeit! Die ökologisch wertvollen, jahrhundertealten Bäume sind zwar weg, aber weil an deren Stelle irgend etwas nachwächst (das sich womöglich noch "nachhaltiger" zu Geld machen läßt), macht das gar nichts. Dies Beispiel ist deswegen von grundsätzlicher Bedeutung, weil der Trend bei der Wirtschaftsprüfung wegen der bekannten Mängel behördlicher Kontrollen in Richtung privater Unternehmen geht.

Dies mag für die rohstoffexportierenden Länder, die sich strukturell bedingt ökonomisch und politisch in einer erpreßbaren Situation befinden, im allgemeinen von Vorteil sein. So hat Indonesien seine Handelsbilanz durch den Einsatz privater Wirtschaftsprüfungsunternehmen schon beträchtlich aufbessern können. Nur zeigt das obige Beispiel, daß Unabhängigkeit und Kompetenz mancher zivilgesellschaftlicher Kontroll- und Begutachtungsinstitutionen ebenso begrenzt sind wie behördlicherseits. In o.g. Fall war die Auftraggeberin des Gutachtens (die Weltbank) sogar über eine Tochterfirma selbst an dem zu begutachtenden Unternehmen beteiligt.

Doch auch wenn die Interessenverquickung nicht immer so offensichtlich sein wird, bleiben erhebliche Zweifel an der Verleihung (und Kontrolle) von Öko-Labels für angeblich umweltfreundlich geschlagenes Tropenholz durch Privatunternehmen. Auch die ITW hat ihre Zertifikationskriterien inzwischen an die neutrale UNO-Organisation Center for International Forestry Research (CIFOR) weitergegeben, unter dessen Leitung sie z.Zt. in mehreren Ländern (Elfenbeinküste, Brasilien und Indonesien) getestet werden. Zumindest in Indonesien wurden auch NGOs einbezogen. Das Indonesian Network for Forest Conservation (SKEPHI) hält das allerdings für reine Alibibeschaffung: "Dieser Test dient in keiner Weise dem Schutz der Regenwälder -

allenfalls dem Image der Holzindustrie. Zwei Drittel der indonesischen Teilnehmer stammen aus dem Forstministerium. Die sind alle von Bob gekauft." (23)

"Bob" heißt mit vollem Namen Bob Hasans und ist der drittgrößte Holzkonzessionär Indonesiens. Sollte seine Firma allerdings auf Grundlage egal welcher Kriterien unter die Lupe genommen werden, könnte das trotz aller Bedenken als Fortschritt gewertet werden. Denn bisher konnte "Bob" sich nicht nur durch seine exzellente Beziehung zum Staatspräsidenten Suharto vor allzuviel Neugierde der Umweltschutzbewegung schützen. Er besitzt zudem das Monopol für sämtliche Satelliten- und Luftaufnahmen, die in Indonesien veröffentlicht werden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: Die letzten in Indonesien veröffentlichten Luftaufnahmen zur Lage der Wälder stammen von 1991. Auf das Ergebnis des Tests darf jetzt mit Spannung gewartet werden.

Der Forestry

Stewardship Council (FSC)

Dem Gutachterwesen eine einheitliche Basis und zivilgesellschaftliche Kontrolle zu geben, ist der Grundgedanke des "Forstwirtschaftlichen Verwaltungsrates" FSC, der als eine Art ziviler "Runder Tisch Tropenholz" angesehen werden kann. Der FSC wurde 1993 durch diverse RepräsentantInnen von Umweltverbänden, Organisationen indigener Völker, Gemeinden und Waldgruppen auf der einen und der Holzindustrie auf der anderen Seite als "internationale, unabhängige, nicht profitorientierte Nichtregierungsorganisation" gegründet. Die aktuelle Mitgliedsliste reicht von Umweltverbänden wie Greenpeace, Friends of the Earth oder dem WWF über die Coordinadora (24) de las Organizaciones Indigenas de la Cuenca Amazonika (COICA) bis hin zu Wirtschaftsunternehmen wie der führenden Baumarktkette Großbritanniens B&C oder IKEA. Ergänzt wird sie von Einzelpersonen aus dem einen oder anderen Lager (zu denen seit kurzem auch der ITW-Geschäftsführer Stephan Schardt gehört, der in der Mitgliedsliste als Geschäftsmann geführt wird). Den Vorstand bilden VertreterInnen des World Resources Institute, von WWF, Cultural Survival und der COICA.

Der FSC hat inzwischen ein festes Domizil in Oaxaca, Mexico, bezogen. 1994 ratifizierte die Mitgliedervollversammlung "Prinzipien und Kriterien" eines zukünftigen FSC-Labels für aus nachhaltiger Bewirtschaftung gewonnenes Tropenholz. Derzeit ist der FSC dabei, Organisationen zu akkreditieren, die entsprechende Zertifikate ausstellen sollen.

Die langjährig aktiven Organisationen der Regenwaldbewegung begleiteten den Prozeß von Beginn an mit einer Mischung aus konstruktiver Einmischung, Kritik und Ablehnung. Zur Gründungsversammlung im Jahre 1993 in Toronto meldeten sich 26 RepräsentantInnen von Umweltorganisationen und Gruppierungen, die die Anliegen indigener Völker vertreten, mit einer gemeinsamen Erklärung zu Wort, in der sie ihre Bedenken zum Ausdruck brachten.

Kritisiert wurden u.a. ungenügende Konsultationen im Vorfeld der Gründungsversammlung, das geheime Abstimmungsverfahren, die "substantielle Präsens der auf kommerzieller Forstwirtschaft basierenden Industrie, die Stimmrechte zu haben scheinen", und daß die "Prinzipien und Kriterien, die den Kern des FSC ausmachen,trotz aller Anstrengungen bis heute noch unakzeptable Mängel aufweisen".

Außerdem stellten sie die folgenden vier Forderungen auf:

1) Offene Wahlen und Abstimmungsverfahren, die (außer bei Vorstandswahlen) durch - formell zu protokollierende - Rundrufe durchzuführen seien.

2) Repräsentanten von Regierungen und der "auf kommerzieller Ausbeutung der Wälder basierenden Industrie" sollten "als nicht-stimmberechtigte Beobachter willkommen geheißen" werden.

3) Die Abstimmung über die bereits kursierenden "Prinzipien und Kriterien", soll "bis zum Abschluß eines breit angelegten Prozesses von Konsultationen und Revisionen in den jeweiligen Ländern und/oder Regionen, unter nachdrücklicher Beteiligung ökologisch und sozial engagierter NGOs und indigener Gemeinschaften", verschoben werden.

4) Weil die Anzahl der Vorstandsmitglieder begrenzt und es dem Vorstand deshalb nicht möglich sei, "die Vielfalt der regionalen Bedürfnisse zu repräsentieren", soll ein Kontrollkomitee, bestehend aus regional nominierten NGOs, eingerichtet werden.

Nachdem der vorläufige Vorstand und die Versammlungsmehrheit die Annahme der Forderungen 2) und 4) ablehnten und die Versammlung nach dem Prinzip "Eine Organisation, eine Stimme" fortführten, zogen sich elf UnterzeichnerInnen der "gemeinsamen Erklärung" aus dem FSC-Gründungsprozeß mit einer neuen Erklärung zurück, in der sie ihre anhaltende Besorgnis über das Stimmrecht für die Wirtschaftslobby und den damit einhergehenden "Verlust an Unabhängigkeit und Vertrauenswürdigkeit" ausdrückten.

Umstritten ist derzeit vor allem die Behandlung von Plantagen entsprechend dem "FSC-Prinzip 9" und eines für die nachträgliche Ergänzung der "Kriterien und Prinzipien" geplanten "Prinzips 10", das noch in Arbeit ist. Die meisten Umweltgruppen lehnen die Zertifizierung von Plantagenholz derzeit (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen) ab.

Greenpeace argumentiert in einer vom 4.8.1995 datierten Stellungnahme gegenüber dem FSC-Vorstand vor allem mit der "Abwesenheit eines durchdachten und auf eine Entscheidung hinführenden verbindlichen Diskussionsprozesses" und der Ungenauigkeit der bisher gehandelten FSC-Definition für Plantagen. Unklar sei z.B., ob auch Holz aus Produktionsarealen mit Monokulturen schnell wachsender exotischer Baumarten zertifiziert werden soll, oder aus Gebieten, in denen nach Kahlschlägen mit mehr oder minder standortgerechten Sorten aufgeforstet wurde.

Bekäme das Holz aus solcherart intensiven "Versilberungskulturen" ein FSC-Siegel, so wäre sogar ein zusätzlicher Anreiz zur Zerstörung von Primärwäldern geschaffen. Greenpeace verlangte mindestens eine zeitliche deadline für die Umwandlung von Primärwäldern, damit die sowieso kaum zu stoppenden weiteren Umwandlungen nicht auch noch über die Zertifikate mit besseren Marktchancen belohnt würden, und schlug dafür den Zeitpunkt der Veröffentlichung der "FSC-Kriterien und Prinzipien" im Juni 1994, mindestens aber den Tag des nächsten Vorstandstreffens, vor.

Darüberhinaus bestünden aber generell tiefgreifende Bedenken gegen eine Zertifizierung von Plantagenholz, die auch mehreren FSC-Kriterien zuwiderlaufen würde. Langfristig brächten Plantagen weder ökonomische noch ökologische Vorteile, und vielerorts seien Plantagen Anlaß sozialer Konflikte. Die sozialen, ökologischen und langfristigen ökonomischen Nachteile könnten von der Plantagenwirtschaft allerdings externalisiert (auf andere Kostenträger abgewälzt) werden.

Ein anderer Konflikt entzündete sich jüngst an der Frage der Akkreditierung von Zertifizierungsorganisationen. Ausgerechnet die SGS-Forestry, die mit ihrem im Auftag der Weltbank durchgeführten Gutachten über die Umweltvertäglichkeit der CIB/Feldmeyer im Kongo dem Firmeneigner Stoll aus der Patsche half, soll eine der vier Institutionen werden, die in Zukunft die Zertifizierung des FSC-"Ökotropenholzes" bewerkstelligen sollen.

Ende August unterzeichneten 15 VertreterInnen von Organisationen der Umwelt- und Regenwaldbewegung ein von RdR vorbereitetes Memorandum für das 7. FSC-Vorstandstreffen, in dem sie ihre Bedenken gegen die geplante Akkreditierung von SGS-Forestry äußerten. Als Gründe ihrer ablehnenden Haltung nannten sie neben dem CIB-Gutachten eine Zertifikations-Charta, die SGS für ISOROY in Gabun erstellt hatte, sowie ein Zertifikat für die Demara Timbers Ltd. in Guyana, welches sogar vom WWF kritisiert worden war. Die ISOROY arbeite in Gebieten mit hoher Biodiversität (Artenvielfalt), die sie für den Einschlag in unberührte Wäldern öffne.

Beide Fälle seien zwar noch nicht offiziell als Zertifizierungen aufgeführt worden. Aber einer Presseerklärung der ITW vom 16.5.1995 zufolge hätten die deutschen Besitzer der Konzessionen bereits bekanntgegeben, daß sie sich um eine Zertifizierung bewerben werden, sobald diese erhältlich sein wird. Die UnterzeichnerInnen des Memorandums befürchten deshalb ein praktisches Aushöhlen des FSC-Prinzips, nicht das Eindringen in Primärwälder zu zertifizieren, und warnen vor den Folgen: "Um Waldnutzung von Sekundärwäldern überhaupt rentabel zu machen, ist es dringend zu wünschen, daß eine Konkurrenz durch Holz aus Primärwäldern ausgeschlossen wird."

Offen sei weiter die Frage, welche Möglichkeiten der Kontrolle es dafür geben wird, die zusätzlichen Gewinne, die für das "Ökotropenholz" zu erwarten seien, wirklich in eine bessere Waldwirtschaft zu investieren und der regionalen Bevölkerung zugutekommen zu lassen. Und schließlich bemängelten sie, daß nicht einmal eine wirksame Kontrolle der Zertifikation möglich sein werde, weil nur die Ergebnisse der jeweiligen Gutachten, nicht aber deren vollständige Akten zugänglich sein sollen.

NGOs haben zu Recht von den Regierungen und Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit verlangt, ihre Akten für eine öffentliche Kontrolle zu öffnen, kommentiert das Memorandum diesen wohl wesentlichsten Schwachpunkt des ganzen Unternehmens. Und weiter: "Wir fordern deshalb, daß alle FSC-Dokumente offengelegt werden, z.B. Bewertungsberichte über die Aussteller von Zertifikaten und über die Verträge mit ihnen."

Fazit

Ohne Zweifel wäre die Zertifizierung von Holz aus ökologisch und sozial akzeptabler Bewirtschaftung von bereits degenerierten Wäldern ein Fortschritt, wenn es dadurch tatsächlich gelänge, den Druck zur Plünderung der Primärwälder in den Tropen (und anderswo) abzuschwächen und den Aufbau einer in diesem Sinne "nachhaltigen" Waldwirtschaft zu ermöglichen.

Nur bleiben erhebliche Zweifel, ob die (zudem freiwillige) Zertifizierung die Verhältnisse entsprechend zu beeinflussen vermag. Was ist, wenn die Zertifizierung sehr schnell zu einem Zusammenbruch der Boykottbewegung führt, die ja das treibende Motiv auf Unternehmerseite sein dürfte, sich auf die ganze Geschichte einzulassen? Angesichts der schon jetzt zutage tretenden Mängel der FSC-Prinzipien in der Frage der Plantagen, der Frage nach der Kompetenz und Zuverlässigkeit von Zertifikationsorganisationen und den zu erwartenden Schwierigkeiten der Handelskontrolle, darf bezweifelt werden, ob der eventuelle Nutzen ausgleichen kann, was durch ein Ende der Boykottbewegung sicher angerichtet würde.

Darüber hinaus stellt sich die grundsätzliche Frage der kollektiven Entwicklungsperspektive. Die Rohstoffproduktion in den Tropen ökologisch und sozial verträglicher und deren Konsum in den Wohlstandszonen "ethischer" zu machen, wäre zwar besser als nichts.

Aber unser strategisches Ziel sollten wir doch wohl anders verorten. Sollten die Anstrengungen nicht vor allem darauf gerichtet sein, daß zunächst in den ökonomisch schwächeren Regionen unserer Erde mehr Holz verarbeitet und verbraucht (!) werden kann, das dann möglichst aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Europa zu kommen hätte? (25)

Auch die mit einem Ökosiegel verzierten Ressourcen gehen aber weiter (oder sogar vermehrt!) den Weg der größeren Kaufkraft und enden als japanische Betonschalungen, Verpackungskisten und Kartons oder als deutsche Mahagonisärge, während es in den Herkunftsländern nicht nur an Möbeln und Baumaterial, sondern auch an Möglichkeiten, von deren Herstellung und Vertrieb zu leben, mangelt. Für die Bedienung regionaler Märkte aber wäre ein internationales Ökosiegel nicht nötig. In den reichen Industrienationen könnten die Toten dagegen auch in Särgen aus einheimischen Hölzern begraben werden und die Lebendigen in Gebäuden mit Kiefernholzfenstern über nachhaltige Entwicklung debattieren.

hhH, Berlin.

Anmerkungen:

1) Die Beschleunigung nahm in den letzten Jahren noch zu. Zwischen 1970 und 1990 verschwand ein Fünftel der ursprünglichen tropischen Primärwaldfläche. Wird die derzeitige Praxis beibehalten, werden bis 2010 nur noch 20 Prozent der ursprünglichen Fläche übrig sein (nach BUND "Klimaschutz in Berlin" 1995, S. 4).

2) Weil in den Tropenwäldern viele Arten (insbesondere Insekten) endemisch, das heißt nur in einem kleinen Gebiet, vorkommen, ist die Ausrottungsrate hier besonders hoch. Durch menschliche Aktivität sterben jeden Tag ca. 100 Tier- und Pflanzenarten aus.

3) Derzeit trägt das Abholzen und -brennen allein der Tropenwälder zu 15 Prozent zum anthropogenen (menschengemachten) Treibhauseffekt bei.

4) Die Angabe stammt von einer von der ITTO in Auftrag gegebenen Studie. Ohne Australien wären es der Studie nach sogar nur 0,1 Prozent. Auch laut dem 1993 erschienenen Tropenwaldbericht der Bundesregierung "erfolgt die forstwirtschaftliche Nutzung tropischer Wälder weltweit nur in Ausnahmefällen nach den Grundsätzen nachhaltiger Ressourcenbewirtschaftung."

5) Die Besiedelung ist nicht immer spontan. In Brasilien legten die Regierungen z.B. entsprechende Programme auf, um Forderungen nach Landreform die Spitze zu nehmen. Außerdem wurden die Siedlerinnen

und Siedler faktisch zu Pionierleistungen für die Viehwirtschaft und den großangelegten Anbau von Futtermiteln mißbraucht. "Das Heer der seit Mitte der 60er Jahre ins Land gelockten Siedler hat den Kampf mit den Großgrundbesitzern um das von der Regierung versprochene Land längst verloren. Auf dem einst von ihnen gerodeten Land weiden inzwischen Millionen von Zebu-Rindern" (J. Lutzenberger, Greenpeace Magazin 1/90).

6) Reinhard Behrend vom Verein "Rettet den Regenwald" (RdR) in Öko-Test 10/94.

7) Schöner Wohnen 8/93.

8) Rhein-Zeitung, 12. 11. 1990. "Robin Wood aktuell" (Sept. 1991) zitiert eine Ernähungsstudie von Paul Chin (Universität Malaya), nach der die Rate der Unterernährung bei den EinwohnerInnen des untersuchten Waldgebietes von 11 Prozent auf 31 Prozent nach der Abholzung anstieg. Während in den intakten Waldgebieten jährlich pro Kopf 54 kg Fleisch und Fisch zur Verfügung stehen, sind es nach der Abholzung noch 2 kg. Was diese Zahlen für die betroffenen Waldnomaden bedeuten, geht aus der folgenden Schilderung hervor, die ebenfalls Robin Wood aktuell 9/91 entnommen ist: "Täglich heulen Motorsägen, und Bäume fallen rings um unsere Siedlung bis in die Pflanzungen. (...) Selbst unsere geliebten Fruchtbäume fällen sie. Auch den Rattan, aus dem wir unsere Hütten bauen, töten sie, und die Begräbnisstätten unserer Verwandten schänden sie ohne Erbarmen. Die Geister der Verstorbenen sind erzürnt. (...) Wir leiden an Hautausschlägen und Schwellungen, denn unsere Quellen sind verschmutzt."

9) Einige kritische Stimmen sind durchaus bedenkenswert. So wandte Rainer Hörig im Ökozidjournal 2/92 ein, daß nach der erwähnten Aktion in Saravak nicht nur die ausländischen ProtestlerInnen verhaftet und zu einigen Wochen Gefängnis verurteilt wurden, sondern örtliche Umweltorganisationen recht sauer reagierten, weil auch sie von der Polizei durchsucht wurden und einer "antiimperialistischen" Pressekampagne ausgesetzt waren, gegen die sie sich wegen der Pressezensur nicht wehren konnten. Peter E. Stüben führte dagegen im selben Heft das universelle Prinzip der Menschenrechte an, das auch Einmischung von außen rechtfertigt. Einen besonders demagogischen Angriff startete jüngst ein gewisser G. Schlag von der Gewerkschaft Holz und Kunstoff (GHK) im elektronischen Comlink-Diskussionsforum "Gruppen/Klima/Tropenwald". Der Gewerkschafter beklagt sich, "daß die, in der Mediendarstellung simpel-romantisierende Reduzierung der Entwicklungsländer auf ihre - von edlen Indianern bewohnte, von pyromanen Kleinbauern & mafiosem Holzeinschlag bedrohte - Regenwaldidylle ihre komplexen Probleme und Eigenanstrengungen unverantwortlich verniedlicht." Für verantwortungsvoll hält es Schlag, die mühsam um internationale Zusammenarbeit und Solidarität ringende Regenwaldbewegung und deren Boykottkampagne mit Haßtiraden zu attackieren: "Der kleinkarierte, eurozentristische Habitus der nur medienwirksamen Boykottkampagne führt zur Entsolidarisierung und Mißtrauen: In der 3. Welt, beim hiesigen entwicklungspolitischen Spektrum und der Normalbevölkerung: Als ‚alternative Politik` ist die Anwendung der Weltmarkt-Machtlogik (Boykott) gegen Entwicklungsländer politisch unerklärlich, die bewußte Negierung ihrer Verelendungskreisläufe so unverständlich wie die Menschenrechtsforderung nur für Indianer, und das Abschieben der Folgelasten auf die 3. Welt ökonomisch untragbar." Belege für seine pauschalen Unterstellungen bringt der "gegen Entsolidarisierung" und "Mißtrauen" kämpfende Autor keine.

10) Sven Rohde erläutert in der Ausgabe 8/93 der Zeitschrift "Schöner Wohnen": "Die Wertschöpfung, die beim Export von Rundholz vielleicht 90 Dollar betragen hätte, steigt im Zuge der Verarbeitung auf 900 Dollar."

11) GATT ist ein internationales Vertragswerk für den schrittweisen Abbau von "Handelshemmnissen".

12) Worldwatch Report 1995,S. 19.

13) ebd., S. 29.

14) Weil R. Behrend (RdR) fünf Jahre lang unbehelligt den Papiercontainer der VDH durchforsten konnte, ist uns die folgende Anekdote vom Gründungsprozeß der ITW überliefert: Auf der VDH-Sitzung am 10. Okt. 1991 wurde eine "Gemeinsame Erklärung" von GHK, VDH und HDH beschlossen, mit der die "Initiative Tropenwald" im Febr. 1992 startete. Die Anwesenden hatten zwar Bedenken wegen mancher Formulierungen, aber beruhigten sich gegenseitig: "Es beruhigt die Gemüter und man kann davon ausgehen, daß die Grünen etwas beruhigt sind," sagte der Holzhändler Peters.

15) Regenwald Report (RR) 2/95

16) ebd.

17) Die "Congolaise Industrielle des Bois" (CIB) ist das größte Einschlagsunternehmen im Kongo. Insgesamt liegen 80 Prozent der gesamten Holzproduktion in den Händen von 40 ausländischen Unternehmen. In den letzten 25 Jahren betrug die Holzernte hier im Durchschnitt rund 600.000 Kubikmeter Holz im Jahr. Ein Viertel des Exports geht in die Europäische Union (EU), der Rest nach Asien, Amerika und andere europäische Staaten. Am begehrtesten sind die Harthölzer Sipo, Sapelli und Okoume. Rund 8.800 Menschen (zehn Prozent aller im formalen Sektor Beschäftigten) leben im Kongo direkt vom Holzeinschlag. Die Exporte brachten dem Land in den letzten Jahren durchschnittlich Einnahmen von 57 Mio. Dollar im Jahr. Doch das meiste Geld geht an die ausländischen Transportgesellschaften. Nach Angaben der französischen Holzfirma SNBS trägt der Transport zu 40 Prozent zum Holzpreis bei. (IPS Bericht vom 12. 9. 95).

18) RR 2/95 S. 2.

19) Zitiert nach Focus 6/95 S. 76.

20) Die Weltbank ist über ihre Schwesterorganisation International Finance Corporation (IFC) direkt am Holzgeschäft Stolls beteiligt. Sie bewilligte der CIB in den 80er Jahren Kredite von insgesamt 2,25 Mio. Dollar, um "bei der Ausweitung der Logging-Operationen zu helfen."

21) Zitiert in RR 2/95 S. 3.

22) ebd.

23) Zitiert nach RR 1/95 S. 10

24) Die "Koordination der Indigenen Organisationen des Amazonasbeckens" ist Mitinitiatorin und Bündnispartnerin des "Klimabündnisses europäischer Städte mit den indigenen Völkern des Regenwaldes" (siehe auch ak 380).

25) Das bliebe allerdings nach wie vor durchzusetzen. In einigen Ländern hat der Abholzungsboom auch einheimische Holzunternehmen groß werden lassen, die nun, da die Ressourcen in den eigenen Ländern knapp werden, zusätzlich zu den traditionellen Abholzern den Druck auf die verbliebenen Wälder in Zaire oder im Amazonasgebiet verstärken.

Die neun Prinzipien des FSC

1. Übereinstimmung zwischen Gesetzen und FSC-Prinzipien

Waldmanagement soll alle anerkannten Gesetze des Landes, in dem es Anwendung findet, sowie alle von dem Land unterzeichneten internationalen Verträge und Übereinkommen, soweit sie die FSC-Prinzipien und -Kriterien berühren, respektieren.

2. Besitz- und Nutzungsrechte und Verantwortlichkeit

Langfristige Besitz- oder Nutzungsrechte sollen klar definiert, dokumentiert und legal erworben sein.

3. Rechte indigener Völker

Die legalen und gewohnheitsmäßigen Rechte der indigenen Völker auf Besitz und Nutzung ihres Landes, ihrer Territorien und Waldressourcen sollen garantiert und respektiert werden.

4. Gemeindeangelegenheiten und Arbeiterrechte

Waldmanagement soll das langfristige soziale und ökonomische Wohlergehen der Waldarbeiter und der lokalen Gemeinden bewahren oder steigern.

5. Nutzung der Waldreichtümer

Um die ökonomische Lebensfähigkeit sowie eine große Vielfalt ökologischer und sozialer Reichtümer sicherzustellen, soll Waldmanagement zur effizienten Nutzung der vielfältigen Produkte und Dienstleistungen des Waldes ermutigen.

6. Umweltfolgen

Waldmanagement soll die biologische Vielfalt und die damit zusammenhängende Qualität der Wasserressourcen, Böden und der einzigartigen und fragilen Ökosysteme und Landschaften erhalten, um die ökologischen Funktionen des Waldes und seine Integrität zu bewahren.

7. Management Planung

Abhängig vom Stand und von der Intensität der Aktivitäten soll ein Management-Plan erstellt, verwirklicht und aktualisiert werden. Die langfristigen Management-Objekte und die Mittel zu ihrer Verwirklichung sollen klar benannt werden.

8. Monitoring (Ständige Überwachung) und Abgaben

Das Monitoring soll dazu führen, daß, abhängig vom Stand und von der Intensität des Waldmanagements, Abgaben entsprechend der Art und dem Zustand des Waldes, der Erträge für Waldprodukte, dem Umfang der Schutzmaßnahmen und der sozialen und ökologischen Auswirkungen der Aktivitäten des Waldmanagements erhoben werden.

9. Bewahrung des Naturwaldes

Primärwälder, gutentwickelte Sekundärwälder und Zonen von überwiegend ökologischer, sozialer und kultureller Bedeutung sollen erhalten bleiben. Solche Gebiete sollen nicht durch Baumplantagen oder anderen Formen der Landwirtschaft ersetzt werden.

Ins Deutsche übertragen aus "FSC Notes": A newsletter of the Forest Stewardship Council Summer 1995.

23. Kameruns Holzexport: Ein Mühlstein als Rettungsring

Autor: hhH, Berlin · Rubrik: Umweltpolitik; Kamerun · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:10

In der Ausgabe 2/95 der vom "Rettet den Regenwald e.V." herausgegebenen Zeitschrift REGENWALD-REPORT (RR) schildern die für drei Jahre als Öko-Berater in Kamerun tätig gewesenen Deutschen Renate und Ulrich Pfaff ihre persönlichen Eindrücke und benennen Hintergründe der Regenwald-Vernichtung in dem westafrikanischen Land. Die größtenteils dem Bericht entnommenen und im folgenden vorgestellten Tatsachen machen beispielhaft deutlich, daß die (auch im linken Blätterwald kursierende) Behauptung, Tropenholzboykott sei eine "ökoimperialistische" und "wohlstands-chauvinistische" Zumutung sentimentaler "Natur- und Indianerromantiker", den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht wird. Alle Zitate sind, soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, o.g. Bericht entnommen.

Vom "kritischen Konsum" der Regenwaldfreundinnen & -freunde in den "Wohlstandszonen" ist in Kamerun nichts zu spüren. Hier herrscht derzeit eine Art Goldrausch. Weil die Erdölvorkommen vor der Südwestküste bald erschöpft sind und vom Erdgas kaum noch die Rede ist, wächst jetzt der Run auf "das grüne Gold". Nach Berechnungen der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) ist das Land heute zu 38% mit Regenwald bedeckt. Vor wenigen Jahren waren es noch 50%.

Nachdem die Landeswährung CFA-Franc im Januar 1994 aufgrund einer Empfehlung des IWF um 50% abgewertet wurde und sich die Auslandsschulden dadurch mit einem Schlag auf umgerechnet neun Mrd. Mark verdoppelten (bei 12 Mio. EinwohnerInnen mit einem Durchschnittseinkommen von 350 Mark im Jahr), beschleunigten Staat und Holzfirmen den Einschlag. Nach Verlautbarungen der Forstbehörde SEPBC wurde der Export von Stämmen in den ersten sieben Monaten des Jahres 1994 um 116% erhöht. "Die illegal über die Kongo-Grenze transportierten Hölzer sind hier nicht mitgerechnet."

Lediglich eine Verschiebung in der Nationalität der ausländischen Konzessionäre ist zu verzeichnen. Vor 1990 waren hier noch mindestens ein halbes Dutzend deutsche Firmen aktiv, die sich inzwischen alle zurückgezogen haben sollen. Ob die in Deutschland relativ populäre Boykottbewegung den Ausschlag gab, ist allerdings unklar. Wegen gravierender Wahlfälschungen und Menschenrechtsverletzungen hat das Auswärtige Amt der BRD Kamerun die Wirtschaftshilfe gesperrt. Dies und die traditionell "guten Beziehungen" der konkurrierenden französischen Firmen zur ehemaligen Kolonie haben die Veränderung wohl ebenfalls beeinflußt. Fest steht, daß Frankreich angeboten hat, Kameruns Schulden um 50% zu reduzieren, wenn das Land im Gegenzug bereit ist, den französischen Firmen noch mehr Sonderrechte einzuräumen. (1)

Kamerun erscheint der Holzexport als "letzte Rettung". Zwar ist der Anbau der traditionellen Export-Artikel Kaffee, Kakao, Kautschuk und Baumwolle durch die Abwertung relativ rentabler geworden; doch im Gegenzug sinken deren Weltmarktpreise. Der Run auf das "grüne Gold" könnte, so scheint es, das Land "vor dem Ertrinken" bewahren. Aber der "Rettungsring Holzexport" wird das Land möglicherweise erst recht "runterziehen". Den kurzfristig zu erzielenden Erlösen aus dem Holzexport stehen kaum abzuschätzende volkswirtschaftliche Langzeitschäden entgegen. Mit seinem ökologischen Reichtum verliert Kamerun auch die vielfältigen nachhaltig ausbeutbaren Nichtholzprodukte des Waldes. Zum Beispiel gehen die pharmazeutischen Essenzen verloren, die den Wald zu einer "ungeheuren Apotheke" (2) machen. Daran ändert auch die selektive Abholzung nur weniger Baumriesen pro Hektar nichts (3) denn: "Trotzdem wird praktisch der ganze Wald zerstört: Bis zu 70% des Dschungels gehen dabei drauf."

Die Hauptleidtragenden sind wie überall, wo tropische Wälder "abgeerntet" werden, die Gemeinschaften der traditionellen (indigenen) Waldbevölkerung. Die Kultur der als WaldnomadInnen lebenden Pygmäen wird den Ausverkauf des Waldes nicht überleben. Daran ändert auch die Arbeit verschiedener humanitärer Organisationen nichts, die versuchen, die Pygmäen "aufzufangen" und ihnen "ökonomische, sozio-psychologische und religiöse" Alternativen zu bieten. Teilweise verschlechtern die von der Weltbank im Namen des "Natur- und Ressourcenschutzes" auferlegten Änderungen im kamerunischen Forstgesetz (von 1994) sogar die Situation der traditionellen WaldnutzerInnen: "Es wurde die totale Staatskontrolle über fast alle Wälder festgeschrieben. (...) Die kleinen Leute werden mit drastischen Strafen bedroht, wenn sie am

traditionellen, aber nach dem neuen Forstrecht plötzlich falschen Ort, Holz für ihren täglichen Bedarf holen." (4)

Problematische

Rolle der NGOs

Bei der Vorlage des Forstgesetzes gab es öffentlichen Widerspruch, was für Kameruner Verhältnisse eine kleine Sensation darstellte. Aber er scheiterte an den parlamentarischen (von der Staatspartei manipulierten) Mehrheitsverhältnissen. Petitionen und außerparlamentarische Protestaktionen regionaler Bevölkerungsgruppen "aus dem Osten des Landes, wo die Leute am ärmsten sind und durch die Abholzungen noch ärmer werden", in deren Verlauf "ganze Dörfer revoltierten", wurden gewaltsam niedergeschlagen, ohne daß dies im Land oder gar international Aufsehen erregte. Was zu einem nicht geringen Teil daran liegen mag, daß die im Netzwerk FONGEC zusammengeschlossenen Kameruner Umwelt NGOs streng darauf achten (müssen), nicht in Konflikt mit dem Staat zu geraten. "Sie haben in Wirklichkeit wenig Rückhalt im Land [und] leben meist exklusiv von ausländischen Geldern, die in der Regel an Auflagen der Geberagenturen in Europa gebunden sind." (5)

Weil "Außenfinanzierung" durch ein 1990 verabschiedetes neues Vereinsrecht verboten wurde, bewegen sie sich oft außerhalb der Legalität und sehen sich allein deshalb gezwungen, "dicke Freundschaft mit den Repräsentanten des herrschenden Systems und der Staatspartei zu pflegen". Diese "Freundschaft" äußert sich dann in "höflichen" Berichten über bekannte Holz-Bosse. In dem Umweltmagazin des CIPCRE (Internationaler Kreis zur Förderung der Schöpfung), "A l`Affût" (Auf der Lauer), wurde z.B. ausgerechnet der Sultan von Fumban, der im Land als graue Eminenz des Holzbusineß gilt, als Umweltschützer porträtiert, der sich über "die Leute in den Dörfern" schwer empört zeigte, weil diese bescheidene Mengen Holz für ihren täglichen Bedarf sammeln. 1994 nahm CIPCRE gar eine einzige freundliche Bemerkung eines seiner Angestellten zugunsten der verfolgten Sozialdemokratie zum Anlaß, den "Abweichler" zu entlassen.

Gefeuert wurde auch ein Mitarbeiter des Aménagement Pilote Intégré de Dimako, API (Pilotprojekt Integrierte Waldbewirtschaftung), einem angeblich unabhängigen Regenwaldforschungs-Institut im Osten des Landes. Der Wissenschaftler hatte sich im Rahmen seiner Arbeit zum Thema "Interaktion Mensch/Wald" zu sehr für die Lage der traditionell im und/oder vom Wald lebenden Menschen eingesetzt. Das ging zu weit, denn: "Die Kooperation mit ausländischen Firmen ist augenfällig. Das Institut API liegt nicht irgendwo auf neutralem Gebiet, sondern ausgerechnet in den Gebäuden der berüchtigten Holzfirma Société Forestière (SFID) in Dimako" . Bei dem in Kribe an der Atlantikküste gelegenen ebenso "unabhängigen" Regenwaldforschungs-Institut TROPENBOS (Tropenwald) ist die Situation ähnlich: Hier "sahen wir das europäische Personal der Holzfirma WIJMA aus- und eingehen, wie wenn die alle hier zuhause wären".

Aber es gibt auch kritische Stimmen im Land, welche die Waldvernichtung offen anprangern. Einige NGOs haben ihren Hauptsitz im Ausland und besitzen daher einen internationalen Status. Die SAILD zum Beispiel, die ländliche Selbsthilfeprojekte unterstützt, hat ihren Hauptsitz in der Schweiz und so konnte deren Bauernzeitung den Raubbau offen anprangern. Auch die Oppositionspresse berichtet kritisch: Der Regionalpolitiker Dr. Albert Mbida war im Juni 1994 der Held der Oppositionspresse, als er offiziell geduldete "Plünderung, Täuschungsmanöver, Rechtsbruch und Wilderei in unseren Wäldern" beklagte. Und neben den bereits genannten Petitionen und Protestaktionen aus dem Osten Kameruns und den Revolten dieser Region, ist auch eine "Öko-Guerilla" zu erwähnen, die mit Aktionen, wie dem Abbrennen von Holz-LKW um den Wald kämpft.

Es gibt also allen Grund, die Behauptung interessierter (oder ideologisch befangener) Kreise, die Boykottbewegung handele gegen die Interessen und den erklärten Willen der Umweltgruppen der Dritten Welt, eher skeptisch zu beurteilen. Solange Primärwälder geplündert werden, scheint mir der Boykott die richtige Politik, die gerade Menschen, die eine solidarische Welt ohne gegenseitige Übervorteilung und Raubbau an der Natur erkämpfen möchten, tatkräftig unterstützen sollten. Daß dies nicht reicht, und daß linke Menschen und Organisationen die Zusammenarbeit mit AktivistInnen in den Tropenwald-Regionen selbst suchen und entwickeln sollten, versteht sich von selbst.

hhH, Berlin.

Anmerkungen:

1) Die Autoren beziehen sich auf eine im New Scientist veröffentlichte Enthüllung von Fred Pearce.

2) So der Biologe Tessa in Bafoussam. Tessa nennt z.B. Yohimbin, das als einziges Aphrodisiakum gilt, dessen medizinische Wirkung nachgewiesen ist und das er selbst vertreibt. Daß die Aufmerksamkeit der europäischen Pharmaindustrie - obschon eine Chance für den Erhalt des Waldes - nicht unproblematisch ist, zeigt die Tatsache, daß europäische Firmen derzeit bestrebt sind, sich die von der dortigen Bevölkerung schon seit ewigen Zeiten genutzten Mittel patentieren zu lassen. Die einheimische Bevölkerung würde so zu "Wilderern" gemacht oder gezwungen, ihre eigenen Mittel auf dem Weltmarkt zu kaufen.

Selbst völlig neuartige Medikamente werden aus den Waldpflanzen gewonnen. So wurde erst kürzlich ein Pflanzenwirkstoff entdeckt, der bei der Behandlung von AIDS eines Tages eine wichtige Rolle spielen könnte.

3) Von den 300 nutzbaren Bäumen des Kamerun werden nur etwa 15 Sorten ausgebeutet. 53% aller exportierten Baumstämme bestehen allein aus den Sorten Ayou und Sapelli.

4) Die Geldstrafe für illegalen Holzeinschlag im großen Stil sind dagegen so niedrig, daß sie für Unternehmer geradezu eine Verführung darstellen.

5) Als Beispiel führen R. und U. Pfaff an, daß CIPCRE im Februar 1993 mit ihren deutschen Geldgebern, der mit BMZ-Geldern operierenden "Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe" (EZE) eine zehnjährige Kooperation vereinbart und sich dabei vertraglich verpflichtet hat, sich von dem UNCED "Gegengipfel" von 1992 in Rio de Janeiro zu distanzieren.

24. Von der Nachhaltigen Entwicklung zur Abwicklung des Nordens. 10 Thesen für ein linkes Gegenkonzept

10 Thesen für ein linkes Gegenkonzept - von Christoph Spehr

Autor: Christoph Spehr · Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:17

Seit der UNCED-Konferenz in Rio 1992, dem Forschungsprojekt Sustainable Europe und der Anzeigenkampagne von Hoechst ist "sustainable development" bzw. "nachhaltige Entwicklung" zum hegemonialen Leitbegriff umweltpolitischer Reform geworden. Nach anfänglicher allgemeiner Begeisterung ist inzwischen auch vehemente Kritik an diesem Diskurs formuliert worden; in der Regel nach dem Muster, entweder die fehlende Trennschärfe des Begriffs zu kritisieren, oder aber den Begriff gegen falsche Indienstnahme "positiv besetzen" zu wollen.

Die folgenden Thesen sind von der Auffassung geleitet, daß diese Art der Kritik unzureichend ist. Eine emanzipatorische Politik, die sich der ökologischen Problemlage und ihrer gesellschaftlichen Konstituierung gleichermaßen bewußt ist, wird dem herrschenden Diskurs um "nachhaltige Entwicklung" ein eigenständiges Konzept gegenüberstellen müssen. Dieses Konzept muß von vornherein den Zusammenhang von Ökologie und Herrschaft denken - ein nachträgliches Implementieren "gesellschaftlicher Rahmenbedingungen" in das Konzept der nachhaltigen Entwicklung genügt nicht. Die nachfolgenden Thesen verstehen sich als eine Art erste Blaupause für ein solches umfassendes Alternativkonzept, für das hier der Arbeitstitel "Abwicklung des Nordens" vorgeschlagen wird.

Der Text ist aus der derzeitigen Diskussion des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) heraus entstanden. Er ist beeinflußt worden von einem längerfristigen Diskussionszusammenhang u.a. mit Ulla Peters, Heinz-Jürgen Stolz, Armin Stickler und Claudia Bernhard. Der Bundeskongreß im nächsten Jahr, der BUKO 20, wird zum Thema "Nachhaltige Herrschaft - herrschende Nachhaltigkeit" in Heidelberg stattfinden. Wir werden in den nächsten Ausgaben des ak die Diskussion, besonders um die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" weiter verfolgen.

I. Befreiung

statt Modernisierung

Das Konzept der "Nachhaltigen Entwicklung" beruht auf der Vorstellung einer "Umweltkrise", die darin besteht, daß die Fortsetzung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung durch ihre ökologisch katastrophalen Folgen gefährdet ist. "Lösung der ökologischen Krise" bedeutet dann, daß diese Entwicklung - durch geeignete Modifikationen - weitergehen kann: durch verbesserte Steuerung und Kontrolle, Wissenschaft und Technik. Dementsprechend sieht der herrschende Diskurs die Ursachen der Umweltkrise vor allem in "Fehlern" dieser Entwicklung, d.h. in Verschwendung, irrationaler Lebensweise und schlechter Wirtschaftssteuerung, sowie in ungenügender "Technik" im weitesten Sinne. Herrschaft und Machtverhältnisse werden nur dann thematisiert, wenn "dumme" Herrschaftseliten die Notwendigkeit der ökologischen "Fehlerkorrektur" nicht "einsehen".

Diese Sichtweise erfaßt nicht den Kern des Problems: daß es so weitergeht, ist die Katastrophe. Die Grundlagen der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung sind ihrem Wesen nach naturzerstörend, sowohl für die "Umwelt" als auch für die "innere Natur" der Menschen. Diese Grundlagen sind die Enteignung des natürlichen Reichtums für nationale und konzernorientierte Zwecke und die Zurichtung der Natur gemäß den Interessen der Herrschenden, bzw. gemäß den Spaltungen der patriarchalen Dominanzkultur: der Herrschaft des Nordens über den Süden, des Reichtums über die Armut, der "Leistung" über die Subsistenz; der Herrschaft von Weißen über "den Rest", von Männern über Frauen, von Bürgern über Marginalisierte. Ozonlöcher und Treibhauseffekte sind nicht mehr als die Spitze des Eisbergs, ein Über-das-Ziel-Hinausschießen des grundlegenden Prinzips: von den natürlichen Ressourcen sowenig wie möglich übrigzulassen für die Reproduktion der Natur und der Menschen, und statt dessen soviel wie möglich für die Aufrechterhaltung der Herrschaftsmittel in Dienst zu nehmen. Das gilt für Wälder und Rohstoffe ebenso wie für Intellekt und Seele der Menschen.

"Lösung der ökologischen Krise" bedeutet in dieser Perspektive daher nicht weniger als die Zurückdrängung von Herrschaft und Dominanz, und die Wieder-Überlassung bzw. Wieder-Aneignung der äußeren und inneren Natur durch die Menschen selbst. Nicht die Technik, sondern das soziale System des Nordens muß demzufolge geändert werden; sein Zugriff und seine Kontrolle begrenzt, nicht erweitert werden. Nicht die Kompetenz und Verfügungsgewalt des weißen, männlichen, leistungsrassistischen Kerns der Industriegesellschaft muß "verbessert" werden, sondern sie muß auch im Norden selbst auf allen Feldern zurückgedrängt werden.

II. Abwicklung des Nordens statt "Nachhaltige Entwicklung"

Die "Nachhaltige Entwicklung" der gegenwärtigen Verhältnisse liegt nicht in unserem Interesse. Wenn auch einzelne Forderungen vernünftig sind, bleibt der herrschende Diskurs als ganzer ein Diskurs der Herrschenden über ihre Zukunft. Statt dessen geht es um eine "Abwicklung des Nordens" im weitesten Sinne: einen schrittweisen Abbau seiner Einmischungen und seiner Herrschaftsinstrumente; eine Reform seiner Lebensformen und seiner Dominanzkultur; die Schaffung von Fähigkeiten und Voraussetzungen für ein anderes Naturverhältnis.

Nicht die Modernisierung von Herrschaft und Kontrolle, sondern ihre Zurückdrängung schafft Spielräume für eine andere Entwicklungslogik und für ein anderes gesellschaftliches Naturverhältnis. Die gegenwärtige ökologische Krise wurzelt in der Verfaßtheit des herrschenden Gesellschaftssystems, vor allem in der Verdrängung sozialer Konflikte durch Machtentfaltung nach außen. Dies geht tiefer als das, was sich durch Umweltauflagen oder selbst Eingriffe in Eigentumsverhältnisse über Nacht ändern läßt. Es geht um einen Ausstieg. Dieser erfolgt nicht mit einem einzigen Ruck, und er erfordert das Finden von Übergangs- und Zwischenlösungen; dies soll mit dem Begriff der Abwicklung angedeutet werden.

III. Kein Blut für Öko

Was wir zur Zeit erleben, ist eine Neuaufteilung der Welt en detail. Nicht mehr Länder und Kontinente werden erobert, sondern die besten Böden, die biologisch vielfältigsten Regionen, die Information über biotische Zusammenhänge und die Rechte, diese zu manipulieren. Daß wir mit der uns global "zustehenden" Menge von Umweltraum "auskommen", wenn wir uns aussuchen können, wo er liegt, und wenn wir ihn mit den extremsten chemischen und biotechnischen Methoden traktieren können, löst kein Problem. Das Problem liegt im herrschaftsförmigen Zugriff auf den weltweiten Umweltraum durch den Norden, und in den Folgen, die dieser Zugriff um sich herum erzeugt.

Das erste Prinzip der Abwicklung des Nordens ist daher die Unterbindung jeder Intervention. Keine militärischen Einsätze zum "Schutz der Natur" und der "Rohstoffsicherheit der Industrieländer", keine "Grünhelme" und keine UN-Truppen. Keine Zwangssteuerung der Entwicklung im Süden durch strukturelle Machtmittel des Nordens, statt dessen Streichung der Schulden und Abbruch der Strukturanpassungsprogramme (SAPs). Keine Päppelung nationaler Eliten in der "Dritten Welt" durch Militär und Geld.

IV. Strukturelle Nichtherrschaftsfähigkeit statt ökologischer Kriegswirtschaft

Ökologische Effizienzrevolution an sich wirkt unter den derzeitigen Umständen als ökologische Kriegswirtschaft. Sie dient dazu, den Norden unabhängiger von einzelnen Rohstoff- und Energielieferanten in der "Dritten Welt" zu machen, ohne die ausbeuterischen Stoffströme wirklich zu beenden. Das Denken in "MIPS" (Materialinputs pro Serviceeinheit) bedeutet in der gesellschaftlichen Wirklichkeit nichts anderes als das Bestreben, aus weniger mehr zu machen: aus weniger Rohstoffen und Kosten die gleiche (oder mehr) Leistung und Macht. Sparen ist sinnlos, wenn wir nicht kontrollieren, auf welches Konto die gesparten Summen überwiesen werden.

Eine realistische politische Praxis, die nicht die Augen vor den wirklichen Machtverhältnissen verschließt, muß sich darin ausdrücken, daß die Hauptinstrumente der ökologisch-ökonomischen Herrschaft des Nordens gestutzt werden. Eine ökologische Wende wird nur erreicht, wenn Schritte hin zu einer ökologischen Abrüstung bzw. zu einer strukturellen Nichtherrschaftsfähigkeit des Nordens gemacht werden. Das "Einfrieren der Instrumente" richtet sich auf ein Moratorium für Strukturanpassungsprogramme, gentechnologische Forschung

und Patentierung, internationale Umweltabkommen und Sicherheitsratsbeschlüsse - vier Stützpfeiler des derzeitigen Ausbaus nördlicher Kontrolle über den Rest der Welt.

V. Veränderung

der Lebensform statt

neue Wohlstandsmodelle

Seit der Studie "Sustainable Netherlands" wissen wir, daß auch bei uns die Lichter nicht ausgehen, wenn wir mit den nationalen bzw. regionalen ökologischen Vorräten auskommen müssen. Was wir wirklich konsumieren, ist der kleinere Teil dessen, was wir an Ressourcen der Welt in Beschlag nehmen. Den Löwenanteil ökologischer Verschwendung schluckt der Apparat der Herrschaftssicherung und der Aufrechterhaltung von Abhängigkeit: Rüstungs- und Exportindustrien, deren Produkte wir nicht essen, sondern nur als Mittel einsetzen, um die Konsum- und Dienstleistungsströme weiter in unsere Richtung zu lenken. Das gleiche gilt nochmal für den Teil ökologischer Ressourcen, die wir in unserem Alltag zum Einsatz bringen: das meiste ist nicht unserem direkten Konsum, sondern den Umständen unserer Lebensform geschuldet.

Der lineare Weg des Lohnarbeiter-Autos von der häuslichen Garage zur täglichen Arbeit läßt sich gut durch öffentliche Verkehrsmittel ersetzen. Für den labyrinth-artigen Weg des Reproduktions-Zweitautos zwischen Kindergarten, Einkaufszentren, Ämtern und Abenteuerspielplatz gilt das nicht. Der Mittelstands-Haushalt kann sich die Entscheidung für Bio-Produkte und Gegenstände von dauerhafter Qualität leisten; der Haushalt einer alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerin kann das nicht. Wer nur den Einzelnen Wertewandel und "neue Wohlstandsmodelle" predigen will, verhält sich zynisch. Es geht nicht nur um individuelle Wertentscheidungen und Lebensstile, sondern um die Grundlagen der materiellen Organisation unserer Lebensformen: geschlechtliche Arbeitsteilung, funktionale Entmischung des Lebensraums, Verteilung von Armut und Reichtum, soziale Erpressung in der Arbeitsgesellschaft.

VI. Kein Leben auf Kosten anderer - keine "Zivilisation" auf Kosten von uns selbst

Wir brauchen weder die Rettung der Welt noch eine verquaste Märtyrerhaltung: wir können unserem eigenen Interesse folgen. Die Macht, die durch Ausbeutung anderswo hergestellt wird, unterdrückt auch uns selbst. Eine "Entmachtung" des Nordens nach außen und innen schafft auch für uns die Spielräume, unser Leben selbst zu organisieren.

Sicher gibt es Bereiche, wo wir bestimmte Konsummuster und Verhaltensweisen beenden müssen, einfach weil sie anderen Menschen und Ländern gegenüber nicht zu verantworten sind. Dies gilt z.B. für unseren Gebrauch riesiger Flächen in der "Dritten Welt" für Fleisch und Futtermittel, die hier verbraucht werden, und zum Durchwühlen nach strategischen Rohstoffen für unsere Zwecke. Hier gibt es Überschneidungen mit einigen Forderungen, die zumindest in der niederländischen Nachhaltigkeits-Studie erhoben wurden.

Die zu akzeptierende Wiederaneignung von "Land und Freiheit" durch Menschen in der "Dritten Welt" hat aber ihre Parallele in der Wiederaneignung von Selbstbestimmung und Selbstversorgung hier. Schritte zur Beendigung der Weltmacht- und Weltmarktpolitik sind auch Schritte zur Verabschiedung eines Allmacht-Staates, der mit "seinen" nationalen Ressourcen globale Geschäfte macht - und der diese Macht, diesen Reichtum und diese "Sachzwänge" dann hier einsetzt, um eine hundertprozentige Kontrollgesellschaft zu schaffen. In der wir zwar meistens was zu konsumieren, aber nichts mehr zu bestimmen haben.

VII. Wir brauchen keine "intelligente Katastrophe"

Die derzeitige "umweltpolitische Dynamik" richtet sich vorzugsweise auf die liebevolle Ausgestaltung des Irrsinns. Echte Renner sind der "intelligente Stau" durch High-Tech-Verkehrsleitsysteme, durch die noch mehr Autos in optimierter Verteilung über noch mehr Straßen schleichen können; oder die "intelligente Verschmutzung" durch EDV-mächtige Umweltmonitoring- und Biotopplanungssysteme. Keine müde Mark mehr für diese Art Forschung, mit der Böcke zu Gärtnern gemacht werden!

Auch als internationalische Bewegung sollten wir selbstkritisch hinterfragen, wieviel von unserem aufgehäuften Expertenwissen der selbstverliebten Verschönerung des Unfugs dient. Statt "fairen" Verrenkungen sollten wir unsere Ziele auf direktem Wege ansprechen. Nur die Banane ist eine gute Banane, die an Ort und Stelle

gegessen wird. "Food security" ist am ehesten zu erreichen, wenn Grundnahrungsmittel überhaupt aus der Handelbarkeit auf dem Weltmarkt herausgenommen werden.

VIII. Wir sitzen nicht alle

in einem Boot

Das Rechnen in abstrakten ökologischen Planungsgrößen ignoriert die Tatsache der rassistischen, sexistischen, klassenmäßigen Spaltung der Gesellschaft. Umweltpreise, handelbare Verschmutzungsrechte, "Ökoprodukte", Feminisierung der Entsorgung, rassistische Zuschreibung gefährlicher Arbeiten etc. führen dazu, daß sich wohlhabende, professionalisierte, "produktive" Männer in der Ökokatastrophe bewegen können wie Fische im Wasser. Wissen, Geld und Mobilität entscheiden das Überleben in der Umweltkrise.

Für eine solidarische Politik des Überlebens werden wir die Arroganz und Dominanz des industrieproduktiven Sektors brechen müssen. Insbesondere können wir nicht seinem Drängen nachgeben, alles wirtschaftsfriedlich über marktförmige Steuerungsmittel zu regeln, die es ihm erlauben, seine Privilegien zu reproduzieren. Auch hier ist Direktheit angesagt: Abschalten, was abgeschaltet werden muß; Umweltauflagen und Verbote an denen orientieren, die am meisten betroffen sind.

IX. Wir müssen endlich raus aus dem 20. Jahrhundert

Alles hängt davon ab, ob wir selbst endlich geistig und praktisch rauskommen aus diesem 20. Jahrhundert: seinem Steuerungswahn, seinem Entwicklungswahn, der Verwechslung von uns selbst und dem Staat. Ob wir anfangen, uns um uns selber zu kümmern.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, was mehr und mehr Menschen aus der "Dritten Welt" sagen: Stoppt Hilfe, stellt Entwicklung ein, laßt uns endlich in Ruhe! Wir müssen selbst aufhören mit den guten Vorschlägen und dem ohnmächtigen Starren auf Entwicklungen und mit der Wahnvorstellung, daß wir schon etwas täten, nur weil wir "mitreden" - aber nichts kontrollieren.

"Politik ist im wesentlichen Notwehr." (Enzensberger) Sie handelt davon, daß wir uns organisieren, was wir brauchen: Räume und Zusammenhänge. Selbstorganisation ist vor allem die Frage, wie wir trotz Spaltungen miteinander umgehen und gemeinsam etwas verändern können. Solange wir das nicht können, bleibt der paternalistische Staat alternativlos.

X. Wir brauchen eine soziale Kampagne für Alternativen

Wir sind nicht ohnmächtig. Das hektische Bestreben der herrschenden Eliten, die einsetzenden Rohstoffkriege mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung kurz und "sauber" zu halten; der gewaltige PR-Aufwand, der für die Durchsetzung der technologischen Abhängigkeiten über die gentechnische Revolution getrieben wird: all das zeigt, wie dünn der Lack geworden ist, wenn erst einmal daran gekratzt wird.

Die hier vorgestellte Konzeption zielt darauf ab, konkrete Abwicklungsziele mit der Entfaltung sozialen Widerspruchs zusammenzubringen. Mögliche Wege dafür sind:

1. Die Formulierung von gemeinsamen inhaltlichen Plattformen zusammen mit anderen Gruppen und Organisationen; die Vorstellung der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" könnte ein Anlaß sein, sich auf gemeinsame kritische Gegenpunkte zu einigen.

2. Regionale und lokale Aktionsbündnisse, die vor Ort konkret machen, was zum Mindestumfang einer solchen Plattform gehören muß: öffentliche Aktivitäten und Durchsetzungsversuche

- gegen Intervention und Rohstoffkrieg

- gegen die wichtigsten "Instrumentenfabriken" (z.B. im Gentech-Bereich)

- für konkrete Ausstiege (vom Rindfleisch bis zu den strategischen Rohstoffen für die Rüstungsindustrie)

- für die Wiederaneignung von Flächen, Räumen und Zusammenhängen: sowohl im regionalen Umland - Landkommunen, Ökobetriebe - als auch in der Stadt (Widerstand gegen "bereinigte" Innenstadtkonzepte, Verteidigung von Besetzungen und Projekträumen).

3. Die Planung gemeinsamer Aktionen auf überregionaler Ebene. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit sind solche Aktionen vor allem da möglich, wo eine symbolische Qualität mit im Spiel ist. Ein solcher Punkt von exemplarischer symbolischer Qualität wäre z.B. das Aufrücken der BRD als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat. Ein solcher Punkt wird mit Sicherheit das 50-jährige BRD-Jubiläum 1999, an dem sich die Auseinandersetzung um die aggressivere Weltmachtrolle und um den neuen Ökoimperialismus so oder so aufhängen wird. Aktivitäten von symbolischer Qualität könnten aber auch z.B. öffentliche Verschwendungspartys sein, um auf den Zynismus der herrschenden ökologischen Sparvorschläge hinzuweisen, usw.

Bescheiden vorgebrachte Verbesserungsvorschläge führen uns nicht weiter. Klarheit tut not angesichts der Fülle von Vereinnahmungsversuchen und Nebelbomben. Seien wir herzlos und gemein, wo es gilt, diese zu kritisieren. Seien wir unbescheiden und pragmatisch, wo immer sich noch ein paar Leute für die oben genannten Alternativen zusammenbringen lassen.

Literatur:

Arts, Bas: Nachhaltige Entwicklung. Eine begriffliche Abgrenzung. In: Peripherie 54, Berlin 1994.

Bernhard, Claudia: Schneller, höher, natürlicher. Expertentum und Dogmen der Sustainability. In: Forum Wissenschaft 4/94, Marburg 1994.

Bleischwitz, Raimund: Ein neues Entwicklungsmodell für den Norden. Hrsg. vom Verein zur Förderung entwicklungspolitischer Initiativen und Entwicklungszusammenarbeit in Niedersachsen e.V. (VEN), Hannover 1994.

Eblinghaus, Helga u.a.: Thesen zum Konzept Sustainable Development. In: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 194/195, Bremen 1995.

Enzensberger, Hans Magnus: Interview in der ZEIT v. 20.01.1995.

Esteva, Gustavo: Fiesta - jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik. Frankfurt/Main 1992.

Hinterberger, Friedrich u.a.: Ökonomie der Stoffströme - ein neues Forschungsprogramm. Wuppertal Papers Nr. 32, April 1995.

Katzek, Jens und Spangenberg, Joachim: "Sustainable" Biotechnology?! Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld "Zukunftsfähigkeit und Gentechnik". In: Forum Wissenschaft 4/94, Marburg 1994.

Kluge, Thomas und Schramm, Engelbert: Nachhaltigkeit konkret. In: Wechselwirkung 67, Aachen 1994.

Middleton, Neil; O'Keefe, Phil; Moyo, Sam: Tears of the Crocodile. From Rio to Reality in the Developing World. London und Boulder, Colorado 1993.

Milieu defensie: Sustainable Netherlands. Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande. Deutsche Übersetzung hrsg. vom Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt/Main 1994.

O'Connor, James: Is Sustainable Capitalism possible? In: ders.: Conference Papers. CES/CNS Pamphlet 1, Santa Cruz 1991.

Peters, Ulla: Den Weg ins Freie finden. Landfrage und Subsistenzperspektive. In: Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.): LandLos. Wuppertal 1995.

Sachs, Wolfgang: Die vier E's. Merkposten für einen maß-vollen Wirtschaftsstil. In: Politische Ökologie 33, München 1993.

Schultz, Irmgard: Die Folgen von Tschernobyl. Frankfurt/Main 1989.

Spangenberg, Joachim: Sustainable Europe. In: Forum Wissenschaft 3/94, Marburg 1994.

Spehr, Christoph: Effektivierter Industrialismus. Eine Kritik der Nachhaltigkeits-Ideologie. In: Forum Wissenschaft 3/94, Marburg 1994.

Trepl, Ludwig: Natur im Griff. Landschaft als Öko-Paradies. In: Hammann, Winfried und Kluge, Thomas (Hrsg.): In Zukunft. Berichte über den Wandel des Fortschritts. Reinbek 1985.

25. Das Elend des Pazifismus. Kommentar von Jürgen Elsässer in der jW (Dokumentation)

Uli Cremer, LAG Frieden und Internationales der GAL Hamburg

Autor: Uli Cremer, LAG Frieden und Internationales der GAL Hamburg · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Grüne (und Vorläufer); Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:26

Niemand bei den Grünen besitzt zur Zeit ein Patentrezept, wie der grausame Krieg in Ex-Jugoslawien beendet werden kann. Gerade diejenigen, die seit Jahren gegen eine Militärintervention eintreten, haben das immer wieder eingeräumt. Nach dieser Vorbemerkung möchte ich zu einigen Fragen und Argumenten Stellung nehmen, die an Menschen, die in den Diskussionen um Bosnien eine Position gegen eine Militärintervention beziehen, immer wieder herangetragen werden:

1. Wenn die UN-Schutzzonen von der UNO nicht militärisch geschützt werden können oder sollen, was dann?

Es existiert die Möglichkeit, die Bevölkerung von Schutzzonen unter UN-Aufsicht zu evakuieren. Voraussetzung für einen solchen Schritt wäre es, entsprechende Fluchträume zur Verfügung zu stellen. Zum Beispiel könnte ein Staat wie Deutschland sich bereit erklären, alle Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen. Konsequenz wäre natürlich die Aufgabe der Schutzzone. Aber zu beantworten ist die Frage, was Priorität haben soll: Land oder Menschenleben? Meines Erachtens hat die internationale Staatengemeinschaft zuallererst die Aufgabe, das Überleben der Menschen zu sichern. Ob die BewohnerInnen der Schutzzonen das Evakuierungsangebot annehmen oder ob sie bleiben und militärischen Widerstand leisten wollen, müssen sie natürlich selbst entscheiden. Der Punkt ist nur, daß das Evakuierungsangebot gemacht werden muß.

2. Die NATO-Luftangriffe haben die bosnischen Serben an den Verhandlungstisch gezwungen.

Diese These läßt sich aufgrund der zeitlichen Abfolge nicht halten: Bereits Ende August, also mehrere Tage vor dem Terroranschlag in Sarajevo und den dann folgenden Luftangriffen, hatte nicht nur Milosevic, sondern auch das Parlament von Pale die US-Friedensvorschläge begrüßt und Verhandlungsbereitschaft gezeigt. Dem US-Unterhändler Holbrooke war es bereits im August gelungen, den bosnischen Serben mit ihrer eigenen Zustimmung das Verhandlungsmandat zu entziehen und dieses der Belgrader Führung zu übertragen. Aufgrund der ökonomischen Schwierigkeiten (Folge des Wirtschaftsembargos) hat Belgrad ein ernsthaftes Interesse, den Konflikt zu lösen. Deswegen war die Verhandlungsbereitschaft nicht geheuchelt, sondern hatte Substanz.

3. Die NATO-Luftangriffe zeigen, daß der Konflikt durchaus militärisch gelöst werden kann.

Eine militärische Koalition aus NATO-, kroatischen sowie bosnischen Truppen wäre natürlich in der Lage, den Krieg militärisch zu gewinnen. Die Frage ist allerdings, welche Folgen das hätte. Wie würde die serbische Seite sich nach einer solchen Niederlage, die die Besetzung serbischer Siedlungsgebiete beinhaltet, verhalten? Mit Partisanenkrieg, der ideologisch in die Tradition des Widerstandes im 2. Weltkrieg gestellt würde? Mit Terroranschlägen in den NATO-Ländern? Mit der Wiederaufnahme des Krieges bei nächster Gelegenheit? Politische Lösung des Konflikts heißt, daß auch die Interessen der SerbInnen fair berücksichtigt werden müssen.

4. In Serbien herrscht Faschismus. Es wird Völkermord begangen. Dem ist nur mit militärischen Mitteln beizukommen.

Einmal abgesehen von der Frage, ob die Kriegsführung in Ex-Jugoslawien sich in ihrer Grausamkeit von anderen Kriegen tatsächlich abhebt und ob das bosnisch-serbische Regime faschistisch ist oder nicht: Solange Faschismus in kleinen, schwachen Staaten besteht, gibt es durchaus effektive nicht-militärische Mittel. In Ex-Jugoslawien würde z.B. ein konsequent umgesetztes Energieembargo den Krieg stoppen können. Gegen mächtige Staaten sind andererseits militärische Mittel grundsätzlich nicht mehr einsetzbar, soll nicht unser Planet aufs Spiel gesetzt werden. Wir leben nach wie vor im Atomzeitalter. Wenn die verbrecherischen Staaten mächtig genug, womöglich atomar gerüstet sind, steht die Moral gegen die Konsequenz der atomaren Vernichtung, die durch Bombardierung von AKWs und/oder den direkten Einsatz von Atomwaffen herbeigeführt werden kann.

5. Das Wirtschaftsembargo hat in Ex-Jugoslawien versagt.

Das Wirtschaftsembargo funktioniert nicht, weil gerade auch den westlichen Staaten der Wille fehlt, es umzusetzen. Daß das Embargo insbesondere von den Nachbarstaaten nur halbherzig eingehalten wird, hat seine Ursache darin, daß diese durch seine Einhaltung schweren ökonomischen Schaden nehmen. Solange von den reichen westlichen Ländern keine wirtschaftlichen Kompensationen geleistet werden, fehlt das ökonomische Interesse, das Embargo einzuhalten. Das Mittel hat also keineswegs versagt, da es bisher gar nicht richtig angewendet worden ist.

6. Zur Durchsetzung und Überwachung eines Wirtschaftsembargos braucht mensch doch auch Militär.

Das von der Hamburger LAG Frieden und Internationales erarbeitete Sanktionshilfekonzept geht davon aus, daß, wenn der ökonomische Anreiz zur Einhaltung eines Embargos durch den UN-Sanktionshilfefonds gegeben ist, die verbleibende kriminelle Energie durch die einzelnen Länder mit ihren Zoll- und Polizeiapparaten erfolgreich bekämpft werden kann. Der Ruf nach militärischer Überwachung ignoriert die ökonomischen Zusammenhänge und erscheint deswegen wenig erfolgversprechend. Er ist ein Beispiel für militärische Allmachtfantasien.

7. Die Vorschläge für die verschiedenen nicht-militärischen Konfliktlösungsmechanismen sind doch Konsens. Für Sanktionshilfefonds, UN-Massenmedien, Prävention und Frühwarnsysteme sind wir doch alle.

Das ist ein Scheinkonsens: Wer für Militärinterventionen eintritt, muß den Rüstungsetat in der gegenwärtigen Größenordnung erhalten. Da die vorgeschlagenen nicht-militärischen Mittel auch Milliarden kosten, taucht das Problem auf, wie beides finanziert werden soll. Grüne PolitikerInnen, die für Militärinterventionen und Haushaltskonsolidierung eintreten, müssen erklären, wie sie Militär und nicht-militärische Konfliktlösung bezahlen wollen. Weil es letzteres nicht zum Nulltarif gibt, steht beides alternativ.

8. Das Waffenembargo gegen die bosnische Regierung muß aufgehoben werden, damit die Muslime sich wenigstens selbst verteidigen können.

Was ist denn daran noch aufzuheben? Das Waffenembargo gegen Bosnien und Kroatien besteht faktisch schon seit langem nicht mehr. Insbesondere Deutschland (BND) und die USA gewähren beiden Staaten seit 1992, verstärkt seit 1994 Militärhilfe, indem sie Waffen liefern und Militärberater (z.B. den ehemaligen NATO-Befehlshaber Galvin) schicken. Selbstverständlich erfolgen die Operationen verdeckt, so daß die Öffentlichkeit nur gelegentlich etwas erfährt. Aber wer wollte, konnte das z.B. bei Monitor (24.8.95) sehen oder in der FAZ nachlesen.

Weil es die oben genannte Militärhilfe gibt und die NATO-Luftangriffe mit kroatischen bzw. bosnischen Offensiven höchst kompatibel sind, wird die NATO von der serbischen Seite natürlich nicht als besonders neutral wahrgenommen. Das wird für den weiteren Prozeß ein Problem sein.

In der Militärhilfe liegen die Hintergründe und Motive für die dadurch natürlich keineswegs gerechtfertigte Geiselnahme von UN-Blauhelmen im Mai 1995. Die als Reaktion darauf stationierte schnelle Eingreiftruppe aus NATO-Ländern wurde als weitere Eskalation gesehen. Die Folge war das von Massakern begleitete Einkassieren der Schutzzonen Srebreniza und Zepa durch die bosnischen Serben.

9. Der pazifistische Vorwurf "Wer für eine Militärintervention in Ex-Jugoslawien eintritt, leistet der Militarisierung der deutschen Politik Vorschub" soll nur von einer Diskussion um den konkreten Konflikt ablenken.

Leider wird die grüne Diskussion um die Berechtigung einer Militärintervention in Ex-Jugoslawien nicht im luftleeren Raum geführt, sondern gerade unseren MdBs sind Entscheidungen über die deutsche Beteiligung an derlei Einsätzen abverlangt. Vier unserer MdBs (Schoppe, Poppe, Beck und Lippelt) haben sich dabei bereits Ende Juni '95 auf die Seite Rühes geschlagen.

Deswegen hat die Befürwortung der Militärintervention direkt etwas mit unserer Stellung zum deutschen Militär zu tun. Wer eine logische und konsequente (damit glaubwürdige) Position bezieht, muß aussprechen daß er/sie 1. den Aufbau der Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr richtig findet, 2. den Unterhalt der Industrie richtig findet, die die zugehörigen Angriffswaffen herstellt und damit 3. für Aufrüstung eintritt. Wie soll unter diesen Vorzeichen noch glaubwürdig grüne Abrüstungspolitik vertreten werden?

Und: Wer die Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien und Kroatien fordert, kann nicht länger die Rüstungsexportrichtlinien verschärfen wollen. Am konsequentesten ist da MdB Gerd Poppe, der sich bisher nicht von den Waffenschiebergeschäften der von ihm öffentlich unterstützten bosnischen Hilfsorganisation Merhamet distanziert hat, also die Praxis wohl so in Ordnung findet (laut "Kennzeichen D" vom 6.9.96 wurden Waffen als humanitäre Hilfe von der Caritas Speyer ausgegeben; die Staatsanwaltschaft Saarbrücken ermittelt).

10. Bei der Verteidigung der Schutzzonen geht es um keine große Militärintervention, sondern nur um einen ganz begrenzten militärischen Einsatz.

Leider hat von denen, die einen militärischen Schutz der Schutzzonen verlangen, bisher niemand ein eigenes Konzept dafür vorgelegt. Insofern muß angenommen werden, daß das militärische Konzept der NATO gilt. Es läßt sich ja darüber streiten, ob der Einsatz von Cruise Missiles eine "begrenzte" Aktion ist. Die bosnischen Serben sehen das sicher anders als der NATO-Generalsekretär. Nur: Die Geschichte zeigt, daß so manche Militärintervention klein begonnen hat. Im Vietnamkrieg haben die USA auch nicht sofort hunderttausende Soldaten stationiert, sondern auch mit Militärberatern etc. begonnen.

Entnommen einer Sonderausgabe der GALintern, Mitgliederzeitschrift der GAL Hamburg

Vom "Nutzen" einer Militärintervention

Eine Diskussion in der GAL Hamburg

Der Streit um grüne Außenpolitik, angestoßen durch den Brief von Joschka Fischer an die Mitglieder, erhitzt immer noch die Gemüter in der Partei. Auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung die Befürworter einer militärischen Intervention in den Jugoslawienkrieg in der Vorhand sind, ist diese Auseinandersetzung noch nicht entschieden. Im Hamburger Landesverband (der GAL) wird seit Wochen ohne endgültiges Ergebnis gerungen. Allerdings zeichnet sich ab, daß diese ehemals linke Bastion, die dann von 1989/90 an zu einer Hochburg der Realos umgebaut wurde, in dieser Frage mehrheitlich gegen die Fischer-Position entscheiden wird. Im Vordergrund steht dabei jedoch nicht die Kontroverse zwischen "Stahlhelmfraktion" und "Pazifisten", sondern den Kern macht die Diskussion um den Nutzen einer Militärintervention sowie eine unterschiedliche Charakterisierung der deutschen Außenpolitik aus. Da in dieser Frage innerhalb der Grünen wahrscheinlich nicht im Grundsatz entschieden wird, sondern eben an der Realpolitik, zeichnen wir exemplarisch einen Strang dieser Auseinandersetzung nach. Wir stellen sich aufeinander beziehende Position von Willfried Maier (Vorsitzender der Fraktion in der Bürgerschaft) einerseits und von Andreas Bachmann und Tina Rosenbusch (Mitglied der Bürgerschaft/Landesvorstandsmitglied) vor. Die Texte sind einer Sondernummer der Mitgliederzeitung der GAL entnommen. Weiter dokumentieren wir eine Stellungnahme von Uli Cremer (Mitglied der LAG Frieden), die im Zusammenhang der Vorbereitung einer über diese Frage entscheidende Mitgliederversammlung entstanden ist.

Willfried Maier zitiert aus einem Positionspapier von Bachmann/Rosenbusch u.a.: "Wer heute die Militärintervention in Ex-Jugoslawien und gegebenenfalls noch die Teilnahme deutscher Soldaten daran unterstützt, sitzt militärischen Allmachtsphantasien auf" und antwortet: "Niemand, nicht einmal das Pentagon oder die Hardt-Höhe hat solche Phantasien. Alle betonen das hohe Risiko und die ungewisse Erfolgschance einer militärischen Intervention. Keine der Großmächte ist bereit, das Leben ihrer Soldaten in einem jugoslawischen (Land-)Krieg zu riskieren. Darum sind alle extrem vorsichtig mit dem Einsatz militärischer Mittel. Keiner denkt an einen Krieg mit dem Ziel, die bosnischen Serben oder gar die Republik Serbien zu besiegen und zur Kapitulation zu zwingen. Niemand glaubt auch, allein durch Luftangriffe den politischen Konflikt lösen zu können.

Viel begrenztere Ziele werden mit den Luftangriffen verfolgt, insbesondere das Ziel, die Serben zum Rückzug ihrer schweren Waffen aus der 20 km Sperrzone um Sarajevo zu veranlassen. Das wurde im Februar 1994 durch die Androhung von Luftangriffen schon einmal erreicht. Inzwischen haben die Serben das damalige Zugeständnis wieder zurückgenommen und ihre schweren Waffen rund um Sarajevo wieder in Stellung gebracht. Die bloße Androhung von Luftangriffen wird daran nichts mehr ändern können. Ob tatsächliche Luftangriffe dieses Ziel erreichen, ist nicht sicher. Eine andere Möglichkeit zum Schutz der UNO-Schutzzone Sarajevo aber ist schwer zu sehen, gerade wenn man keinen Landkrieg und keinen militärischen Masseneinsatz mit ungewisser Eskalation will."

Bachmann/Rosenbusch antworten: "Wir sollen Verständnis für die NATO-Luftangriffe haben, da es sich ja nur um ‚begrenzte Ziele wie Rückzug der schweren serbischen Waffen` aus dem Umfeld der Schutzzonen handelt. Unabhängig davon, daß wir davon ausgehen, daß der Schutz von Menschenleben in diesen Gebieten nicht militärisch durchgesetzt werden, sondern bestenfalls das "Territorium" verteidigt werden kann, ist uns unbegreiflich, wie man die Augen vor den Folgen der NATO-Luftangriffe verschließen kann. Von den zivilen Opfern der Luftangriffe mag in der BRD kaum einer sprechen.

Darüber hinaus waren die ausgedehnten Bombardierungen der NATO der Startschuß für eine kroatisch-bosnische Offensive, bei der viele Menschen fliehen mußten. Auch waren sie Anlaß oder Auslöser für militärische Gegenoperationen der mittlerweile ins militärische Hintertreffen geratenen bosnischen Serben.

Die militärischen Einsätze der NATO mit UNO-Segen diskreditieren nicht nur die UNO langfristig als Vermittlerin, sondern verstärken auch ganz praktisch die Kriegshandlungen mit all ihren Schrecken - und vielleicht verlängern sie sie sogar. Wir verstehen daher nicht, warum hier von begrenzten Zielen und vor allen Dingen von begrenzten Auswirkungen die Rede ist."

Maier referiert wieder: "Der Militarisierung der deutschen Politik wird Vorschub geleistet" und entgegnet: "Zunächst einmal ist das gar kein Argument zur Sache, sondern Überwechseln auf ein anderes Feld: eine Motivations-Kritik an der Bundesregierung. - Zum anderen ist der größte Teil der Behauptung nun wirklich ein Phantasie-Produkt. Tatsächlich ist die Bundeswehr um mehr als ein Drittel reduziert worden und soll weiter schrumpfen. Und wenn sie modernisiert und auf ‚out of area`-Einsätze vorbereitet wird, handelt es sich dabei gerade nicht um die Vorbereitung einer militarisierten und spezifisch deutschen Großmachtpolitik. Die Bundesregierung strebt damit vielmehr Gewicht in der NATO bzw. in der UNO an in der Epoche nach dem Ende des Ost-West Gegensatzes.

Dagegen kann man aus guten Gründen sein. Aber die Gründe müssen auch hier in den Zielen gesucht werden, die verfolgt werden sollen. Wenn es darum ginge, die Bundeswehr tauglich zu machen, nicht mehr als nationale Armee und als Gewaltmittel nationaler Politik zu operieren, sondern Funktionen innerhalb der UNO und auf Grundlage von UNO-Beschlüssen zu vertreten, so wäre das ja eher ein Fortschritt. Die Regierung würde damit einen Teil ihrer nationalen Souveränität an internationale Gremien abtreten. Das bleibt eine Einbuße an Souveränität, selbst wenn sie darüber eine verstärkte Mitsprachemöglichkeit in internationalen Gremien gewänne."

Bachmann/Rosenbusch: "Vielen erscheint unsere Warnung vor der Militarisierung der deutschen Politik und Gesellschaft als absurd. Willfried mag in seinem Aufsatz diese Gefahr nicht sehen, da es nicht um deutsche militärische Alleingänge gehen würde, sondern um die Einbindung in die trans-nationalen Strukturen der NATO und UNO.

Hier wird eine Karikatur unserer Kritik gezeichnet, als ob wir die Gefahr eines 4. Reiches an die Wand malen würden. Es geht hier um viel realere Gefahren: In diesen trans-nationalen Organisationen, in die die BRD stärker militärisch einbezogen wird, spielt sie offenkundig die Rolle einer Großmacht bzw. in Europa die Rolle der Hegemonialmacht.

Die innenpolitische Dimension, die in dem Aufsatz von Willfried als ein ganz anderes Thema bezeichnet wird, das mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien nur wenig zu tun haben soll, hat es in sich. Wer out-of-area-Einsätze deutscher Soldaten, unter welcher Helmfarbe auch immer, als Marschroute ausgibt, wird sich kurzfristig positiv zum militärisch-industriellen Komplex, zur entdemokratisierten Zone Militär, zurückhaltender gegenüber der massenhaften Kriegsdienstverweigerung junger Männer und konkreten Abrüstungsvorschlägen verhalten müssen. Gesellschaftliche und ökonomische Ressourcen, die in einem der reichsten Länder der Welt für mühsame politische Initiativen des Nord-Süd-Ausgleichs und Verteidigung sozialer Standards in unserem Land selber benötigt würden, wären dann mit grünem Segen für eine traditionell-militärische Außenpolitik gebunden.

Bei dieser Orientierung wäre es im übrigen zweifelhaft, daß Militär ausschließlich für die Wahrung von Menschenrechten in der Welt eingesetzt würde. Teile der militärischen und politischen Eliten in der BRD haben schon vor einiger Zeit ihre Anforderung an das Militär definiert, die wir durchaus in der Tradition einer imperialistischen Außenpolitik (freier Zugang zu Märkten, Rohstoffen) sehen. Wenn dies äußerlich nicht unter dem Vorzeichen der Pickelhaube, sondern unter dem Euro-Label stattfindet, tröstet uns dies nicht."

Was folgt daraus? Für Maier: "Und das Fazit? Wir sind in der Lage, nicht unmittelbar entscheiden zu müssen. Zugleich sind wir von den ‚harten` außenpolitischen Informationen auch abgeschnitten. Darum bin ich angesichts der aktuellen Luftangriffe eher für Zurückhaltung. Eine pazifistisch auftrumpfende Verurteilung scheint mir ebenso unangemessen wie jubelnde Zustimmung. Mein Vorschlag: Wir hören auf mit der Moralisierung der Debatte. Also weder: Bomben auf Pale sind moralisch verwerflich, noch: Bomben auf Pale sind moralische Pflicht. Statt dessen sagen wir: Unser Ziel ist, daß die Menschen in Bosnien trotz unterschiedlicher ethnischer Zuordnung wieder friedlich miteinander leben können. Dafür ist es aktuell vor allem notwendig, den Schutzzonen, d.h. den muslimischen ethnischen Inseln in einer Umgebung mit anderer Färbung, das Überleben zu garantieren. Ist das durchgesetzt, sind wir für einen Waffenstillstand und für einen Frieden, der bei Erhaltung der bosnischen Republik allen ihren Völker Garantien für Sicherheit und Mitbestimmung gibt.

Die Luftangriffe beurteilen wir unter diesem Gesichtspunkt. Bringen sie den Frieden näher durch Entmutigung des Aggressors oder verfehlen sie dieses Ziel und heizen den Krieg an? Dabei gilt dann allerdings keine vorgefaßte Meinung, sondern nur die Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung, über deren Ausgang wir nichts Sicheres wissen."

Diese Haltung, die Entscheidung aufzuschieben, die Bomben auf Pale weder zu begrüßen, noch sie zu verurteilen, kann sich selbstverständlich nur der leisten, der mit den NATO-Bombenangriffen leben kann. Die andere Seite wird eine Entscheidung herbeiführen müssen, wenn sie sich nicht der Macht des Faktischen beugen will.

Zusammengestellt: he.

Dokumentation

Das Elend des Pazifismus

Unterstützung erhalten die Bellizisten um Joschka Fischer von einer Seite, die sich ansonsten eher durch wilde Schläge gegen alles, was von grün kommt, hervortut. Jürgen Elsässer schreibt in der jungen Welt vom 4.10.1995:

"Trotz aller Schaukämpfe auf dem bündnisgrünen Strategiekongreß hat sich der Pazifismus, die in BRD wie DDR früher populärste Form der Regimeschelte, in nichts aufgelöst. Das ist gut so. Joschka Fischer und Günter Grass sprechen nur aus, was Jürgen Trittin und Gregor Gysi noch nicht zu sagen wagen: Da man die weltweite Kanonenbootpolitik des neuen Deutschland mit schönen Reden eh nicht zu stoppen vermag, muß man beim Kriegführen mitmischen, um wenigstens ‚das Schlimmste zu verhindern`. Originell ist das nicht: Seit Präsidentenvater Ernst von Weizsäcker mit dieser Begründung PR für Hitler gemacht und so den Zweiten Weltkrieg verhindert hat, gehen die Realpolitiker damit auf Dummenfang.

Vom Tofu-Pazifismus zum Toraodo-Bellizismus: Durch diese bösartige Mutation sind die einstigen Alternativen zwar gefährlicher geworden, aber endlich auch ernstzunehmen. Was waren das noch für geistige Tiefflieger, als sie Reagans Satz ‚Es gibt Wichtigeres als den Frieden` als Gipfel der Inhumanität anklagten - und damit auch den Kriegen gegen Franco, Hitler und Somoza die Legitimation entzogen. Von da bis zum ideologischen Super-GAU Gorbatschows, also der Halluzinierung des Friedens als ‚Menschheitsaufgabe`, die statt Klassenkampf die Klassenversöhnung erfordere, war es nur noch ein kleiner Schritt. Dieser ganze Quatsch hat nicht die Kriegsgefahr beseitigt, wie man unschwer feststellen kann, sondern nur die kommunistische Weltbewegung, die - bei aller notwendigen Kritik - wenigstens ein neues 1914, ein neues 1939 hatte verhindern können. Sowohl im Golf- als auch im Balkankrieg wurde der intellektuelle Bankrott der Friedensbewegung manifest: Nicht in ihren Flugblättern, sondern in den Pamphleten der Bellizisten wurde 1991 und wird heute vor einer möglichen Wiederkehr der Vergangenheit gewarnt. Diese, nicht jene, sprechen die Wahrheit über die Neue Weltordnung aus. Ihre Schlußfolgerung, daß man, wo die Waffe der Kritik versagt, gegen sie auch die Kritik der Waffen schärfen muß, ist nicht falsch, nur verkehrt: Sie suchen die Ungeheuer immer nur unter den jeweiligen Gegnern des deutschen Imperialismus, statt in seinem Umfeld. Aber auch hier sind die Pazifisten nicht besser - auch für sie ist Karadzic, nicht Tudjman, der Völkermörder und Faschist.

Die notwendige Opposition gegen die deutsche Außenpolitik kann deswegen nicht auf den Grundlagen der Friedensbewegung organisiert werden, sondern nur im Bruch mit ihnen."

26. Wird SS-Mann Priebke ausgeliefert ?

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:03

Mehr als ein Jahr lang saß der ehemalige SS-Hauptsturmführer Erich Priebke in Argentinien im Hausarrest. Nun entschied ein argentinisches Gericht, daß Priebke entgegen dem Urteil einer früheren Instanz doch nicht nach Italien ausgeliefert werden dürfe, da die Verbrechen, derer er beschuldigt wird, in Argentinien verjährt seien. Priebke, der seit 1948 in Argentinien lebt, ist einer der Nazis, die 1944 an der Ermordung von 335 Italienern in den Fosse Ardeatine (den Ardeatinischen Höhlen) beteiligt waren. Priebke hat damals die "Strichliste des Todes" geführt.

Das Massaker war eine "Vergeltungsmaßnahme" für eine Aktion italienischer Partisanen, bei der 33 Angehörige eines Südtiroler Polizeibataillons ums Leben gekommen waren. Daß dabei 335 Menschen umgebracht wurden und nicht 330, wie nach der internationalen Kriegskonvention "legitim" gewesen wäre, ist ein reiner Zählfehler. Priebke selbst gibt zu, eine Geisel ermordet zu haben - auf Befehl Hitlers, wie er zu seiner Verteidigung vorgibt. Möglicherweise hat Priebke, wie manche meinen, damals noch mehr Geiseln ermordet. Das Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles meint beweisen zu können, daß Priebke im Auftrag Eichmanns italienische Jüdinnen und Juden zur Deportation nach Auschwitz "gesammelt" hat. Allein der Mord in den Fosse Ardeatine ist Untat genug.

Daß Priebke überhaupt von den italienischen Behörden ins Visier genommen wurde, ist allein dem Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles zu verdanken. Dessen Vertreter, Rick Eaton, hatte in anderer Angelegenheit recherchiert und war dabei auf eine ganze Nazi-Kolonie im argentinischen Bariloche gestoßen. Dort lebte Priebke zusammen mit vielen seiner SS-Kumpane, die nach Kriegsende über verschiedene Fluchtwege nach Südamerika gekommen waren. Nach eigener Darstellung war Priebke in der Neujahrsnacht 1946/47 aus einem britischen Internierungslager bei Rimini entkommen und über die sogenannte "Rattenlinie", die der im Vatikan ansässige österreichische Bischof Hudal organisiert hatte, nach Südamerika geschleust worden. Zu den unter Beihilfe des Vatikans entkommenen Nazi-Größen gehörten auch Adolf Eichmann, Josef Mengele und Klaus Altmann-Barbie.

Die Aufdeckung des Falls Priebke hat 1994 in Italien für einiges Aufsehen gesorgt. Immerhin sind die Fosse Ardeatine nach Marzabotto, wo 1944 in wenigen Wochen 1836 Menschen den SS-Todesbataillonen unter Major Reder zum Opfer fielen, die bekannteste Stätte deutscher Greueltaten in Italien. Priebke war in der Nazi-Hierarchie auch nicht irgendjemand, sondern rechte Hand des damaligen Gestapo-Chefs von Rom, Herbert Kappler, der später als Kriegsverbrecher verurteilt wurde und 1977 unter bis heute nicht ganz geklärten Umständen nach Deutschland fliehen konnte. Angesichts der Bedeutung des Falles war es schon merkwürdig, daß die italienischen Behörden bis zur Enthüllung des Wiesenthal-Zentrums keinerlei Aktivitäten zur Ergreifung Priebkes unternommen hatten.

Auch den deutschen Behörden muß Untätigkeit vorgeworfen werden. 1971 war ein erstes Verfahren gegen Priebke wegen der Deportation von bis zu 7.000 Juden aus Nord- und Mittelitalien eingestellt worden. Diese Deportationen waren von Männern der Einheit Priebkes durchgeführt worden. Der Vorwurf des Totschlags gegen Priebke sei aber damals schon verjährt gewesen. Außerdem habe der Mann - so die Staatsanwaltschaft Hamm heute - nicht weiter verfolgt werden können, da sein Wohnsitz unbekannt gewesen sei. Das Auswärtige Amt wiederum, so wird jetzt bekannt, konnte nicht gegen Priebke vorgehen, da kein Haftbefehl gegen ihn vorgelegen habe. Deshalb habe Priebke ("Wohnsitz unbekannt") in der deutschen Botschaft in Buenos Aires anstandslos seinen Paß verlängern können.

Immerhin haben es beide Behörden nun geschafft, handelseinig zu werden: Der Haftbefehl ist erlassen und der Auslieferungsantrag gestellt. Allerdings hat Priebke seine Einwilligung, nach Deutschland zu kommen, um sich einem Gerichtsverfahren zu stellen, inzwischen wieder zurückgezogen. Sein Anwalt argumentiert, die Priebke zur Last gelegten Verbrechen seien auf italienischem Boden begangen worden; deshalb könne ein anderes Land nicht seine Auslieferung verlangen. Da es darüber hinaus kein offizielles Auslieferungsabkommen zwischen der BRD und Argentinien gibt, könnte es geschehen, daß auch Erich Priebke, wie die meisten Naziverbrecher, straffrei davonkommt.

ES, Hamburg

27. "Wir feiern mit!"

Autor: Aktion gegen Saarlandbrigade · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege; Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:29

Zu einer Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis der Saarlandbrigade am Montag, dem 13. November 1995, in Wadern im Nordsaarland ruft ein "Überregionales Bündnis" auf.

Die Fallschirmjäger der Saarlandbrigade mit ihren Standorten im Saarland (Lebach, Saarlouis, Merzig), Rheinland-Pfalz (Zweibrücken) und in Baden-Württemberg (Phillippsburg) gehören zu den Krisenreaktionskräften der NATO und Bundeswehr. Sie waren in Somalia dabei, beteiligen sich im Rahmen von NATO-Manövern seit Jahren an Übungen in der Türkei und im türkischen Teil Kurdistans, sind stolz auf die Tradition deutscher Fallschirmjäger im 2. Weltkrieg und singen auch heute noch Nazi-Lieder. Sie sind eine der Eliteeinheiten, welche die "Neue Weltordnung" erzwingen und erhalten sollen. Für die außenpolitischen Überlegungen der Bundesrepublik sind sie von zentraler Bedeutung. Einer Außenpolitik, die ökonomische Ziele zusehends mit militärischen Mitteln erreichen will. Im Juli 1995 wurde der Kommandeur der Saarlandbrigade in Saarlouis zum "nationalen deutschen Befehlshaber in Kroatien ernannt", heißt es in der "Saarbrücker Zeitung" vom 25.7.95. In der Öffentlichkeit präsentiert er sich als "soldatischer Vollprofi" mit "Interesse an Zeit- und Militärgeschichte" und als "glänzender Stratege". (Merziger Stadtanzeiger, 26.7.1995)

Ursprünglich sollte das Gelöbnis am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, stattfinden, wurde dann aber nach Protesten auf den 13.11.95 verlegt. Ein breites Bündnis ruft zu der Protestveranstaltung gegen die Militärfeier und gegen deutsche "Out-of-area" Einsätze auf. Zu dem "Überregionalen Bündnis gegen das Gelöbnis der Saarlandbrigade am 13. November" gehören: Arbeitsgemeinschaft Frieden, Trier - AKAZ, Morbach - AKTION 3. Welt Saar - DKP, Saarland - Bündnis 90/Die Grünen, OV St. Wendel - Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband St. Wendel - Jugendzentrum Losheim - Jusos Landesverband Saar - Jusos im Kreis Saarlouis - Mailbox Machteret Trier - Selbstverwaltetes Multikulturelles Zentrum Trier - No pasaran, Universität Trier - PDS Landesverband Saarland - PDS Trier - Antifa Trier - TIGA, Trier - Tutti Futti, Thionville - VVN/Bund der Antifaschisten Saar

Stand 6.10.1995

Aufrufe, Plakate, weitere Informationen bei: Aktion 3. Welt Saar, Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim, Tel 06872/6982 Fax 7826.Als Hintergrundmaterial empfiehlt sich auch die "Flugschrift 2" hrsg. von der Aktion 3. Welt Saar und der TV-Film "Friedensengel" vom KAOS Film- und Video-Team, Köln und querblick Konstanz, der nach seiner Ausstrahlung im Februar über die Frequenzen von RTL (Kanal 4) für monatelangen Wirbel sorgte.

Nr.1 Demostration

Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis der Saarlandbrigade im Mai 1993 in Merzig. Damals verlegten die Militärs das Gelöbnis zurück in die Kaserne.

Nr.2

Tatsache ist ... (aufgenommen am Tag der offenen Tür, 28.5.1994, in Merzig einer der fünf Standorte der Saarlandbrigade)

Nr. 3

Dem deutschen Fallschirmjäger (ebenfalls 28.5.1994, Merzig) Kein Wort davon, daß deutsche Fallschirmjäger zuallererst Täter waren. Im 2. Weltkrieg andere Länder und Städte angriffen und an Terrormaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung teilnahmen.

28. "Wohltäter", Unternehmer, Antisemit. Der "Deutsche Konservative" Joachim Siegrist als Wahlsieger in Lettland

Der "Deutsche Konservative" Joachim Siegerist als Wahlsieger in Lettland

Autor: Bernhard Strasdeit · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:32

"Lettland: Geringe Steuern, bezahlbare Löhne, keine Mafia, fleißiges Personal - meine Regierung wird der deutschen Wirtschaft den roten Teppich ausrollen." So warb der deutsche Rechtsextremist Joachim Siegerist (48) im Vorfeld der lettischen Parlamentswahlen mit großen Anzeigen unter anderem in der FAZ vom 2. Mai 1995 um Geldspritzen aus betuchten Kreisen.

Nun ist die deutsche Wirtschaft in Lettland wohl kaum mehr auf rote Teppiche angewiesen. Die Billiglöhne werden bereits genutzt. Auch Lettland mit einer Regierung Siegerist als Ordnungsfaktor in Osteuropa oder als wirtschaftlicher "Brückenkopf" in das "chaotische Rußland" oder gar bis zum chinesischen Markt (so Siegerists reißerische Werbung) mag für globale Kapitalströme nicht besonders anziehend sein. Trotzdem floß genug Geld aus dem Westen, um Siegerists neuer lettischer Partei "Latvijai" (Volksbewegung für Lettland) einen professionellen Wahlkampf und einen unerwarteten Wahlsieg zu ermöglichen.

Mit 15 Prozent der Stimmen und damit 16 der 100 Sitze im Rigaer Parlament wurde diese antirussisch-nationalistische Variante die drittstärkste politische Kraft (von neun Fraktionen). Insgesamt gingen 38 Sitze an eindeutig rechtsextremistische Parteien. Koalitionsverhandlungen finden jedoch querbeet statt. In Vorgesprächen mit "Saimnieks" (sogenannte Reformkommunisten) und "Lettischer Weg" (bürgerliches Zentrum) beanspruchte Siegerist das Innenministerium.

Wegen ständiger Abwesenheit war Siegerist während der vergangenen Legislaturperiode aus dem Parlament ausgeschlossen worden. Er durfte ohne den Nachweis minimaler lettischer Sprachkenntnisse kein neues Mandat anstreben - eine der gesetzlichen Regelungen, die sich ansonsten gegen den russischen Bevölkerungsanteil (etwa 40 Prozent) in Lettland richten. Siegerist als Abgeordneter ging nicht; Siegerist als Minister ist inzwischen jedoch gut möglich.

Als deutsch-lettischer Nationalist (lettischer Vater und deutsche Mutter) kokettiert Siegerist mit seinen politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zu Freunden in der Bundesrepublik. Früher war er Journalist der Springerpresse. 1980 unterstützte er eine "Bürgeraktion für Strauß". Dann gründete er mit Gerhard Löwenthal und Ludek Pachmann die "Konservative Aktion", später die "Deutschen Konservativen e.V.".

Im rechts-elitären Strategieorgan "Criticon" warb Siegerist schon 1982 für Karenztage im Krankheitsfall und plädierte für eine volksgemeinschaftliche Unternehmerpolitik. Anfang der 90er Jahre verlegte sich Siegerist auf offenen Rassismus. In einem Rundbrief (Auflage 17.000) hetzte er 1992 gegen Sinti und Roma: "Die Zigeuner produzieren Kinder wie Kaninchen... Ich würde dieses miese, kriminelle Pack aus dem Lande jagen." Auf Zahlkarten mit dem aufgedruckten Stichwort "Zigeunerterror" sammelte er für seine GmbH 85.000 DM. Bei einem anschließenden Prozeß wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung verteidigte ihn Dr. Ossmann, Ex-Anwalt von Strauß. Trotz Verurteilungen betrieb Siegerist 1994 erneut eine rassistische Kampagne, diesmal mit antisemitischen Angriffen gegen Ignatz Bubis und, so der Originalton, "die Strolche aus dem Jüdischen Weltkongreß".

Seit 1991 agierte Siegerist parallel in Lettland, zunächst als Geschäftsmann in Sachen Textilien und als Bauherr in Riga. Er erhielt die lettische Staatsbürgerschaft und trat Weihnachten 1992 massiv als Wohltäter in Erscheinung, organisierte Suppenküchen und spannte die Johanniter-Unfall-Hilfe für seinen Wahlkampf ein. Für rund 3,6 Millionen Mark, so schätzt der "Spiegel", organisierte der Rechtsextremist bislang Hilfsgüter für Bedürftige in Lettland. Die Spenden verwendete er als Werbegeschenke, die sich insbesondere dann in Siegerists Wahlkreis bemerkbar machten. 1993 kandidierte Siegerist zum lettischen Parlament und wurde Abgeordneter für die ultrarechte LNNK. Fortan prahlte er damit, daß seit 50 Jahren erstmals wieder eine Deutscher in Lettland war zu sagen hat. Überhaupt gestaltet sich die Tradition "deutsch-lettischer

Waffenbrüderschaft" in SS-Verbänden als konstitutives Element eines neuen lettischen Chauvinismus. Wegen Unzuverlässigkeit schloß die LNNK Siegerist nach einem Jahr wieder aus; er verlor sein Mandat und gründete erfolgreich seine eigene Wahlpartei.

Ob Siegerist tatsächlich in eine neue lettische Regierung eintreten kann, hängt auch davon ab, ob er weiterhin Rückendeckung aus der BRD erhält.

Bernhard Strasdeit

29. Knapp daneben ist auch vorbei. Erklärung des des K.O.M.I.T.E.E zur gescheiterten Grünau- Aktion (Dokumentation)

Erklärung des K.O.M.I.T.E.E. zur gescheiterten Grünau-Aktion

Rubrik: Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:19

Am 11.4.95 entdeckte die Besatzung eines Streifenwagens frühmorgens in Grünau (Berlin-Köpenick) auf einem Parkplatz vor dem im Bau befindlichen Abschiebeknast zwei verdächtige Fahrzeuge, die offenbar verlassen waren. Es handelte sich um einen Lieferwagen und einen PKW. Im Transporter fanden sie eine 120kg-Bombe mit Zeitzünder, Warnschilder, auf denen die Gruppe K.O.M.I.T.E.E. die Sprengung des Knastes ankündigte; im PKW befanden sich Ausweispapiere und Autokennzeichen. Aufgrund dieser Funde wurde die Fahndung nach den InhaberInnen der Ausweispapiere eingeleitet; in den folgenden Wochen gerieten eine Reihe von FreudInnen und Bekannten der Gesuchten ins Visier der Bundesanwaltschaft. Eine Erklärung von Betroffenen veröffentlichten wir in ak 382. Jetzt hat die Gruppe K.O.M.I.T.E.E. sich selbst zu Wort gemeldet, um gleichzeitig ihre Auflösung mitzuteilen. Wir dokumentieren auszugsweise ihre Erklärung.

Nach dem Scheitern des Angriffs auf den im Bau befindlichen Abschiebeknast Berlin-Grünau am Morgen des 11.04.95 war es keineswegs sicher, ob wir uns jemals wieder zu Wort melden würden. Vieles sprach dagegen - angesichts mehrerer konkret Beschuldigter und völliger Unklarheit darüber, ob die BAW noch weitere Personen hineinziehen würde. Es erschien uns ratsam, uns mit einer Darstellung der Ereignisse zurückzuhalten, zumal wir nicht wußten, wie sich die Betroffenen in der Situation verhalten wollen. Wir haben uns jetzt entschieden, daß mit einer Veröffentlichung nicht länger gewartet werden kann, da das Schweigen um die Aktion durch uns gebrochen werden muß, um den politischen Flurschaden so weit wie möglich zu begrenzen. Wir werden auf eine genaue Erklärung dessen, was an diesem Abend passiert ist, aber verzichten und es den Betroffenen überlassen, sich dazu zu äußern, wenn sie es wollen. Wir denken nicht, daß jede und jeder alle Details kennen muß, um sich mit der Aktion und unserer Politik auseinanderzusetzen und sich zu den Beschuldigten solidarisch zu verhalten.

In diesem Text geht es darum, die schwerwiegenden Fehler, die uns unterlaufen sind, zu benennen und selbstkritisch zu reflektieren, gerade auch damit andere daraus lernen können.

Durch unsere Fehler wurden Unbeteiligte mit unseren Aktionen in Zusammenhang gebracht.

Weiter ziehen wir Konsequenzen aus unserem Scheitern: wir werden unser Projekt "das K.O.M.I.T.E.E." beenden. Diesen Schritt auch öffentlich bekanntzugeben, leitet sich für uns aus der Bestimmung unseres Projektes und unserer Verantwortung gegenüber linksradikaler Politik ab.

(...)

Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E.

Seit Ende der 80er und noch verstärkt in den 90er Jahren war und ist eine radikale Linke zu beobachten, deren politische Stärke und gesellschaftlicher Einfluß von Jahr zu Jahr mehr verloren ging und deren inhaltliche wie praktische Entwicklung sich immer mehr von radikalen Positionen entfernt hat. Solange es eine gemeinsame Stärke gab, auch auf militanter Ebene, hielten wir es nicht für unbedingt nötig, immer wieder unter demselben Namen in Erscheinung zu treten.

Als der kontinuierliche Diskussionsfaden durch die zu beobachtende Rückzugsbewegung der Linken abgerissen war und gemeinsam erarbeitete Handlungsgrundlagen sich aufzulösen begannen, kamen wir zu dem Schluß, daß es nötig ist, sich als Gruppe in den Kontext einer kontinuierlichen und öffentlich nachvollziehbaren Politik zu stellen.

Wir sind davon ausgegangen, daß Beiträge und Interventionen von Gruppen, deren Name für eine bestimmte Praxis und politische Ausrichtung steht, von der Öffentlichkeit und der Linken mit einer größeren Aufmerksamkeit gelesen, verfolgt und diskutiert werden als Veröffentlichungen von Gruppen ohne erkennbare

Kontinuität. So hofften wir im Laufe der Zeit auf die Entwicklung der linken Scene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte zu setzen.

Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausrichtung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehleinschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw. wären nicht nur auf uns, sondern dadurch, daß wir auch Orientierung bieten wollten, evtl. auch auf die Linke im Allgemeinen zurückgefallen.

Warum militante Politik

Angesichts des Diskussionsstandes der radikalen Linken, ihrem häufigen Schweigen und Nichtverhalten, bedarf es einer Erklärung, warum wir uns in diesen bewegungsarmen Zeiten für militante Politik entschieden haben. (...)

Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen. Radikale Kritik an der bestehenden Praxis von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung, die nicht alle Mittel von Widerstand sucht, nutzt und erfindet, muß früher oder später den Glauben an sich selbst verlieren. Um bei unserem Beispiel zu bleiben: eine Linke, die zu recht behauptet, der Bau und Betrieb von Abschiebeknästen sei ein Verbrechen, aber nicht alle Möglichkeiten, den Bau zu verhindern, ernsthaft in Betracht zieht, schafft sich ihre Perspektivlosigkeit auch ein gutes Stück weit selbst, sie hat ihre Niederlage schon im eigenen Kopf erlitten. Unsere Methode, wäre sie erfolgreich gewesen, wäre gewiß nicht die einzige gewesen und vielleicht nicht mal die beste, aber allemal eine bessere als die Klage über die Aussichtslosigkeit linker Politik in einer sich nach rechts bewegenden Gesellschaft.

(...)Wir wollten mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offenstehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen.

Auch wenn wir nicht sagen, daß im heutigen gesellschaftlichen Kontext militante Politik der einzig richtige Weg ist, sind wir der Meinung, daß es ein Fehler wäre, sämtliche Praxis auf Eis zu legen, solange wir auf der Suche nach der richtigen Strategie sind. (...)

Nicht zuletzt hat radikale Politik für uns natürlich auch einen moralischen Aspekt: selbst wenn wir die endgültige Lösung auch nicht vorweisen können, wollen wir uns nicht damit abfinden, einfach nur zuzusehen und uns unser Plätzchen im Trockenen zu sichern.

(Hier folgt eine Darstellung der Anschläge auf eine Bundeswehreinrichtung und der Begründung für den Anschlag in Grünau. Die Red.)

Zur verhinderten Aktion

in Grünau

Vieles davon, was in der Presse über die Geschehnisse vom 11.04. berichtet wurde, ist richtig. Das Auffinden der beiden Fahrzeuge auf dem Waldparkplatz an der Rabindranathstraße war tatsächlich auf eine unglücklichen Zufall zurückzuführen. Eines war gestohlen und enthielt die Sprengsätze und anderes Material für die Aktion (...), während in dem anderen diverse Ausweispapiere und weitere persönliche Gegenstände waren. Eine durch den Wald schleichende Bullenstreife wurde auf die Autos aufmerksam und durchsuchte sie. Diese Konstellation zweier Fahrzeuge, die den Bullen die Fahndung nach vier Personen ermöglichte, war aber nicht das Ergebnis irgendeiner Planung, sondern Resultat einer Panne, in deren Folge wir relativ kopflos die Gefährdung Unbeteiligter aus den Augen verloren haben. (...)

Für die Sprengung wurden 4 Propangasflaschen mit je 30 kg Natriumchlorat-Puderzucker-Gemisch (80:20) bestückt und mit Zeitzündern versehen. Die Flaschen hätten wir im Keller, in der Nähe tragender Bauteile, deponiert. Die tragende Substanz des Hauptgebäudes sollte so weit zerstört werden, daß aufgrund der statischen Schäden der gesamte Knast hätte abgerissen werden müssen.

Im Transit lagen Tafeln, die vor der bevorstehenden Sprengung warnten und mit dem Namen der Gruppe unterschrieben waren. Sie sollten an den diversen Eingangstüren des Gebäudes angebracht werden, um

eventuell doch auf einem Streifengang befindliches Wachpersonal vor dem Eintritt in das Gebäude zu warnen und sie aufzufordern, sich in Sicherheit zu bringen. Dies war aufgrund unserer Beobachtung aber nicht zu erwarten.

Es war ausgeschlossen, daß weitere Personen durch den Angriff gefährdet worden wären. (...)

Zu unseren Fehlern

Für die Ausführung der Aktion hatten wir uns einen festen Termin gesetzt, dem ein, wie sich herausstellte, äußerst knapp berechneter Zeit- und Arbeitsplan vorausging. Je näher der Tag der Aktion kam, desto deutlicher wurde, daß wir keinen Raum miteingeplant hatten, um neu auftretende Probleme und die latent vorhandenen Ängste der Einzelnen zu thematisieren und kollektiv lösen zu können. Wir verfielen einem Mechanismus, der in unserer Männercombo nicht unbedingt neu war: es wurde von jedem Einzelnen verantwortlich am eigenen Aufgabenbereich gearbeitet und dabei der Blick für das Ganze verloren. Grundsätzlich muß als Fehler benannt werden, daß bei jeder Aktionsplanung, und insbesondere bei einer von dieser Dimension, immer die Zeit für gemeinsame Zwischenresümees bleiben muß. Aufgrund eines gesteckten Zieles bzw. der Einhaltung eines Zeitplanes darf nicht über die aktuelle Situation der einzelnen Beteiligten hinweggegangen werden. (...)

Fazit:

Entgegen dem durch die Presse vermittelten Bild, Berlin-Grünau hätte kurz vor einer Kamikazeaktion gestanden, wäre die von uns geplante Aktion durchführbar gewesen. Tatsache ist aber, daß wir in der Planung einiges an schwerwiegenden Fehlern produziert haben. Unserer Meinung nach war der Größte, uns nicht die ausreichende Zeit gelassen zu haben, im rechten Moment nicht von dem einmal gesetzten Termin losgelassen zu haben und bei auftretenden Pannen weder Ausweichmöglichkeiten noch den nötigen Raum für deren Beseitigung eingeplant zu haben. Die meisten der weiteren Fehler sind aus diesem Zeitdruck heraus entstanden, dem Unvermögen, die Probleme so ausreichend und gemeinsam zu diskutieren, bis für alles die beste Lösung gefunden ist.

Wir müssen aus diesen Fehlern Konsequenzen ziehen. Die Funktionalisierung von Personen, die wir der Justiz in die Hände gespielt haben, können wir durch unser Bedauern nicht rückgängig machen. Wir können nur versuchen, soweit das in unserer Macht steht, den Schaden zu begrenzen.

Unserer eingangs des Papieres formulierten Verantwortung sind wir nicht gerecht geworden. Der von uns anvisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt!

Wir werden unsere politische Arbeit als K.O.M.I.T.E.E. beenden. Diese Entscheidung haben wir aufgrund der Gesamtheit der von uns verursachten Fehler gefällt.

Eine Weiterführung unserer Politik unter diesem Namen könnte eventuell auch noch den jetzt Beschuldigten zur Last gelegt werden. Wir kennen die Verurteilungswut deutscher Gerichte in 129a-Prozessen und wissen, daß sie Angeklagte nicht nach Beweislage, sondern nach politischer Opportunität verurteilen.

Unsere Entscheidung ist kein Abgesang auf militante Politikformen im Allgemeinen, sondern unsere persönliche Konsequenz aus dem Debakel. Wir finden es nach wie vor wichtig und richtig, auch mit militanten Mitteln in die politischen und militärischen Pläne der Herrschenden einzugreifen und ihre Projekte, wo immer möglich, zu benennen, anzugreifen und zu verhindern.

Wir freuen uns sehr über die Initiative des K:O:L:L:E:K:T:I:V's, die unser Thema aufgegriffen haben und konsequent weitertragen.

6.9.95, DAS K.O.M.I.T.E.E.

Kommentar

Nicht jede(r) kann anfangen

Wer kennt sie nicht, die sarkastische Behauptung von Karl Marx, die Geschichte wiederhole sich, aber eben nur als Farce. Daran wird man unweigerlich beim Lesen der Erklärung der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. auf dieser

Seite erinnert. Schon der zweite Versuch, mit "konsequent militanter Praxis, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen", mündete in ein Desaster, das schließlich sogar die erklärte Aufgabe der Gruppe zur Konsequenz hat. Allein, Hohn und Spott ob ihres kläglichen Scheiterns hat die Gruppe sicher genug geerntet und es wäre auch der falsche Weg, auf die hinter dieser Erklärung stehenden Probleme einzugehen.

Als die RAF ihre Anschlagsserie mit dem Bombenanschlag auf das NATO-Hauptquartier in Heidelberg begann, gingen die GründerInnen noch davon aus, damit langfristig eine Bombe in das Bewußtsein des Proletariats legen, den "schlafenden Riesen" aufwecken und es an seine eigentliche Aufgabe, die proletarischen Revolution, erinnern zu können . Wieviel bescheidener hört sich dazu im Vergleich die Begründung des K.O.M.I.T.E.E.'s an, deren Propagandaziel nur noch die radikale Linke ist. Dennoch hat dies wenig mit politischem Realitätssinn zu tun, wie man bei einer solchen Einschränkung meinen möchte. Der von ihnen selbst beklagte Einflußverlust der radikalen Linken wird eben nicht darauf zurückgeführt, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse zwar objektiv aber eben nicht subjektiv nach Revolution schreien oder daß vielleicht die radikale Linke mit ihren Rezepten nicht auf der Höhe der Zeit ist. Vielmehr soll mit militanten Aktionen Mut gemacht werden, sollen die entsprechenden Themen (Kurdistan, Bundeswehr, Abschiebung) "gepusht" werden, so als bedürfte es nur des Anstoßes, um ein verschüttetes Bewußtsein frei zu legen. Und so fehlt denn auch nicht die schon 1970 falsche Behauptung, jeder könne anfangen und es bedürfe nur dieses Anfangs eines jeden: "Wir wollen mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offen stehen, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen."

Dieser Einengung politischer Praxis auf die "Propaganda der Tat" folgt in der Regel eine völlige Überschätzung ihrer Bedeutung für eine gesellschaftsverändernde Praxis und die Unterordnung unter die Regeln der Mediengesellschaft. Der Bombenanschlag auf eine Bundeswehreinheit sollte Auslöser dafür sein, "daß die Bundeswehr mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt". Als wenn es das Problem wäre, daß die Bundeswehr zu wenig im Mittelpunkt des Interesses stünde, als wäre es das Problem, daß die Menschen nicht wüßten, daß sie in Ex-Jugoslawien Krieg führt. Darauf muß man nicht mit Anschlägen hinweisen. Das Problem ist, daß das Kriegführen gebilligt wird (mindestens stillschweigend). Dem wiederum kommt man nicht mit solchen Anschlägen bei.

Das Problem ist auch nicht, daß die Menschen in diesem Land nicht wissen, daß Zufluchtsuchende abgeschoben werden. Das Problem ist, daß sie es wissen und es billigen. Unbestritten soll sein, daß die erfolgreiche Sprengung eines im Bau befindlichen Abschiedeknastes bei dem, was radikale Linke genannt wird, mehr als einen befriedigenden Seufzers hervorgerufen hätte. Sand im Getrieb wäre dies gewesen; aber schon die Behauptung, damit wäre der Ausbau der Abschiebemaschinerie "zumindest vorübergehend gestoppt" worden, läßt sich durch Fakten nicht bestätigen.

Läßt man alles Drumherum beiseite, reduziert sich die Erklärung der Gruppe für diese Art der Politik auf einen Begriff: "Konsequente militante Praxis könnte einer der Hebel sein, den Kreislauf der Linken von Glaubwürdigkeitsverlust nach außen und Mutlosigkeit und Anpassung nach innen zu durchbrechen." Es ist ein alter Fehler, zu versuchen, durch scheinbar noch radikalere Praxis den Einflußverlust wettmachen zu können. Bei wem wird mit solchen Aktionen nach außen Glaubwürdigkeit gewonnen? Es könnten doch wohl nur die sein, die ihren Glauben in die radikale Linke verloren haben, weil sie (hier vor allem wohl die RAF oder die RZ) im militanten/militärischen Sinn bei Null steht. Wer sind diese Menschen, die nur auf ein solches Signal warten? Wieviele sind es und was könnten sie, einmal "aufgeweckt" und "ermutigt" zur Veränderung beitragen? Ohne dieses Drumherum ausgedrückt bringt diese Erklärung rüber: militante Praxis ist für die Gemütslage der radikalen Linken gut. Daß dies so ist, darüber braucht eigentlich nicht gestritten werden (auch wenn dies wiederum einiges über den Stand dieser Linken aussagt), aber das allein kann wohl nicht ernsthaft Grundlage einer politischen Strategie sein.

In der Berliner radikalen/autonomen Linken wird das Versagen der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. vor allem daran diskutiert, daß sie in der Organisierung und Absicherung ihres Projekts dilettantisch vorgegangen ist und es der BAW durch die Verwendung eines Organisationsnamens für mehrere Anschläge ermöglicht hat, eine Organisation nach §129a zu konstruieren. Die Verfolgung durch die BAW im Umfeld der Verdächtigten verbietet hier eigentlich jeden Sarkasmus. Aber eben nur eigentlich, wenn die Gruppe und die Betroffenen in ihren Erklärungen nicht selbst diesen hervorrufen würden. Selten hat es eine so eitle und halbherzige

"Selbstkritik" einer politischen Gruppe nach einem solchen Disaster gegeben. Großmäulig wird zu Beginn der Erklärung bekannt gegeben, die Gruppe K.O.M.I.T.E.E. werde als Konsequenz aus ihrem Scheitern die Selbstauflösung vornehmen, um am Ende zu erklären, bis auf die dilettantische Ausführung sei alles bestens gelaufen, weshalb man sich freue, daß es für die aufgelöste Gruppe K.O.M.I.T.E.E. umgehend eine Nachfolgegruppe K:O:L:L:E:K:T:I:V gäbe. Vielleicht hätte es ja tatsächlich die Chance für die Verfolgten und Eingesperrten gegeben, mit der Auflösungserklärung die Anklage nach §129a zu erschweren. Dann hätte man den Hut ziehen sollen, daß eine Gruppe die Courage findet, sich durch Selbstauflösung zum Gespött der Szene zu machen, um damit anderen Menschen eine Chance auf Freiheit zu geben. Mit der Erklärung, unter anderem Namen weiter zu machen, ist diese Chance vertan. Ist dies nun nur Eitelkeit einer "Männercombo" oder schlichtweg Verantwortungslosigkeit gegenüber denjenigen, die jetzt für das Scheitern des Anschlages für Jahre in den Knast müssen?

Es ist eine Sache, wenn Menschen durch Anschläge auf Gewalteinrichtungen zur Minimierung der Gewaltmöglichkeiten des Staates beitragen wollen. Darüber kann in jedem einzelnen Fall diskutiert werden. Eine andere ist jedoch, wenn dies mit dem Erweckungsgedanken verbunden wird. Dann kann an diese Aktionen auch nicht mehr nur der Grad der handwerklichen Fähigkeiten betrachtet werden, sondern sie müssen einer politischen Kritik unterzogen werden. Die Ansprüche waren ja auch nicht gerade bescheiden: "Wir waren uns darüber im Klaren, daß eine solche Ausrichtung hohe Verantwortung und Genauigkeit erfordert. Fehleinschätzungen der politischen Lage, Ungenauigkeiten in der politischen Diskussion oder das Reproduzieren von überholten und falschen Politikansätzen usw. wären nicht nur auf uns, sondern dadurch, daß wir Orientierung bieten wollen, evtl. auch auf die Linke im Allgemeinen zurückgefallen." Damit ist der Nagel auf den Kopf getroffen.

he., Hamburg

30. "Nei Lénk" Luxemburg. Der Versuch einer neuen politischen Bewegung

Autor: André Hoffmann, Nachdruck aus SoFo · Rubrik: Luxemburg · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:04

Um die Entwicklung, die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Linken in Luxemburg zu verstehen, muß man einige der spezifischen Eigenschaften und Strukturen dieses kleinen Landes im Zentrum Europas kennen.

Die Gesamtbevölkerung des Landes beträgt rund 400.000 EinwohnerInnen. Davon besitzen rund ein Drittel nicht die luxemburgische Nationalität. Den weitaus größten Anteil davon macht die (ältere) italienische und die (jüngere) portugiesische Immigration aus. Die gesamte aktive Bevölkerung beträgt rund 215.000 Personen, davon 8.000 Angestellte bei europäischen oder internationalen Institutionen. Innerhalb der aktiven Bevölkerung stellen die Luxemburger selbst seit kurzem die Minderheit: nämlich 46%. Rund ein Viertel sind ansässige Nicht-Luxemburger aus der Europäischen Union, rund 3% aus Drittländern, rund ein Viertel sind BerufspendlerInnen aus den nahen Grenzregionen in Frankreich, Belgien, Deutschland. Nimmt man allein die Arbeiter und Angestellten, so sind unter ihnen fast 30% Grenzgänger, etwas über 30% ausländische Einwohner, 40% Luxemburger.

Vor allem die Zahl der Grenzgänger ("frontaliers") ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen: 1974 waren es noch 12.000, weniger als 8% der aktiven Bevölkerung, heute, wie gesagt: ein Viertel. Die meisten von ihnen kommen aus Frankreich: 51%; aus Belgien: 31%; aus Deutschland: 18%. Die Zahl der Arbeitsplätze ist in den letzten Jahren regelmäßig gestiegen - seit 1990 allerdings langsamer. Die Zahl der von Luxemburgern besetzten Arbeitsplätze aber stagniert oder geht sogar langsam zurück.

Das Land Luxemburg liegt in einer Großregion mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen, Umstrukturierungen und einer hohen Arbeitslosigkeit: in der französischen Grenzregion über 12%, in der belgischen fast 10%, in der deutschen fast 12%. In einem Umkreis von 45 km jenseits der Grenzen leben ungefähr eine Million Menschen, davon rund 100.000 auf Suche nach einem Arbeitsplatz. Hinzu kommt, daß die Löhne in Luxemburg höher sind als im umliegenden Grenzland.

"Großstadtökonomie"

Das luxemburgische Patronat schöpft also in einem großen "Reservoir" und kann sich seine Beschäftigten in der Regel unter einer großen Zahl von BewerberInnen aussuchen. Am Stammtisch wie in der offiziellen Politik besteht angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit die Tendenz, die Grenzgänger und Ausländer zu den Schuldigen zu erklären, bzw. eine Beschäftigungspolitik zu betreiben, die vor allem auf Substitution setzt: Grenzgänger ersetzen durch Luxemburger bzw. Einwohner. (...) In Wirklichkeit, das bestätigt auch eine rezente wissenschaftliche Studie, tragen die Grenzgänger (ebenso wie die ansässigen Ausländer) seit Jahren erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bei: zur Finanzierung der Staatsausgaben, der sozialen Versicherungen und anderer sozialer Transfers. (...)

Diese spezifische Beschäftigungsstruktur hat selbstverständlich gravierende soziale, politische und kulturelle Konsequenzen:

1. Die Luxemburger besetzen einen großen Teil der höher bewerteten Arbeitsplätze (vor allem im öffentlichen Dienst); in den verschiedenen Zweigen des Dienstleistungssektors (Banken, Kaufhäuser) nimmt die Zahl der Grenzgänger ständig zu; in den traditionellen Bereichen der Industrie und der Baubranche finden sich viele portugiesische Arbeiter. Die Arbeitsteilung verläuft also zum Teil entlang den Linien nationaler Zugehörigkeit.

2. Mehr als die Hälfte des Salariats im Privatsektor hat eigentlich keine politischen Rechte, bzw. übt sie nicht in Luxemburg aus. Das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger wurde zwar nun endlich eingeführt (aufgrund des Maastrichter Vertrags), aber noch mit manchen Einschränkungen und Schikanen verbunden. Eigentlich gibt es zwei "Zivilgesellschaften" in Luxemburg, mit den Grenzgängern sogar drei.

3. (...)

4. Noch etwas kommt hinzu: die sozio-linguistische Situation. Die Sprache der Luxemburger ist das "Lëtzebuergesch", ein moselfränkischer Dialekt. Von den beiden bekannten Fremdsprachen war Französisch

immer eher die Sprache der Bourgeoisie und der Intellektuellen, Deutsch die der "kleinen Leute", also auch der Arbeiterbewegung. Die Tages- und Wochenzeitungen in Luxemburg sind zum größten Teil in deutscher Sprache verfaßt. Heute aber sind die meisten Arbeiter und viele Angestellte frankophon (Italiener, Portugiesen, Grenzgänger aus Frankreich und Belgien). Einen Sonderfall stellt Luxemburg auch dar durch den geringen Anteil berufstätiger Frauen. Die Quote der berufstätigen Frauen beträgt knapp 37%, liegt also weit unter dem Durchschnitt in der Europäischen Union.

Wirtschafts- und Sozialstruktur

Die Wirtschafts- und Sozialstruktur hat sich auch in einem anderen Sinn erheblich verändert. Nicht nur ist ein Rückgang des industriellen und der Aufschwung des Dienstleistungssektors festzustellen. Es gibt zumindest noch zwei wichtige spezifische Entwicklungen:

1. Zum einen die Entwicklung in der Stahlindustrie im Süden des Landes. Die luxemburgische Wirtschaft war lange Zeit gekennzeichnet durch eine ziemlich monolithische Struktur mit einer außergewöhnlichen Dominanz der Stahlindustrie. Dies prägte auch die Beschäftigungsstruktur und die gesamte politische und soziale Entwicklung.

Seit der Jahrhundertwende, noch in den 60er, 70er Jahren, waren die Arbeiter der Gruben- und Stahlindustrie eine große, relativ homogene, stark organisierte, kämpferische soziale Gruppe. Sie setzte wesentliche soziale Verbesserungen durch. In der von der Stahlindustrie geprägten, stark urbanisierten Region lebte ein Drittel der Bevölkerung des Landes, dort waren die Bastionen sowohl der sozialistischen wie der kommunistischen Partei und der Arbeitergewerkschaften. Dies hat sich sehr schnell geändert. 1974 gab es noch um die 30.000 Beschäftigte in der luxemburgischen Stahlindustrie, heute sind es noch deren 7.000, mit sinkender Tendenz und entsprechender Demobilisierungsgefahr.

2. Zum anderen der Finanzsektor. Die enormen staatlichen Einnahmen aus dem Bankengeschäft haben es dem Luxemburger Staat erlaubt, die sozialen Konflikte in Grenzen zu halten und zum Beispiel Massenentlassungen bei der ARBED zu verhindern (durch die Finanzierung aller Arten von Sozialplänen, Frühpensionierung usw.). Zwar haben auch die neuen Arbeitsplätze im Banken- und Versicherungssektor die Verluste im Industriebereich zum Teil kompensiert (über 17% der aktiven Bevölkerung arbeitet heute in jenem Sektor). Andererseits aber ist Luxemburg sehr abhängig von einem Sektor geworden, der höchst labil ist und zu einem Großteil auf parasitären Aktivitäten beruht. (...)

Jahrelang schien es, als bliebe Luxemburg von den strukturellen Krisenerscheinungen in den Nachbarländern verschont. Die offizielle Arbeitslosenquote blieb unter 2%. Dies hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert. 1995 liegt die Zahl der Arbeitslosen über 5.000 Personen, das sind über 3% der aktiven Bevölkerung. Hinzurechnen muß man eine schwer einschätzbare Dunkelziffer. Die Frage der Arbeitslosigkeit, die Zukunft der Arbeit, Ausgrenzung und Armut sind denn auch einige der Schwerpunktthemen, mit denen die "Nei Lénk" sich prioritär beschäftigt.

Die KPL

Die Kommunistische Partei Luxemburgs (KPL) war seit Kriegsende eine relativ starke, ernstgenommene politische Kraft. Ihre Bastionen lagen naturgemäß in der Region der Stahlindustrie. Dort konnte sie beachtliche politische Erfolge erzielen. Ihren elektoralen Höhepunkt erreichte sie im Jahr 1968 mit 22% im Wahlbezirk Süden und 5 von 56 Abgeordneten im nationalen Parlament ("Abgeordnetenkammer"). Mit fast einem Zehntel der Abgeordneten war also die KPL verhältnismäßig eine der stärksten kommunistischen Parteien Westeuropas, worauf sie wohl zurecht nicht wenig stolz war. In den Gemeinden des Südens war sie stark vertreten, bildete zeitweilig Koalitionen mit der Sozialistischen Partei, stellte zweimal sogar den Bürgermeister von Lesch, der zweitgrößten Stadt des Landes (von 1946 bis 1949 und von 1970 bis 1978). Kein Wunder also, daß sie zwar viel geschmäht, dennoch als ernstzunehmender Faktor allgemein anerkannt war. Ihr Niedergang begann mit den Wahlen von 1974, schließlich behielt sie bei den Wahlen von 1989 noch einen einzigen Abgeordneten. Dieser Rückgang hängt ohne Zweifel zusammen mit den rapiden Veränderungen in der Sozialstruktur des Landes, vor allem mit der Schrumpfung der Stahlindustrie.

Dies ist aber nicht die einzige Erklärung. Die KPL war trotz ihrer Verankerung in der Bevölkerung eine sehr geschlossene Partei. Zwar gab es immer wieder auch Ansätze zu grundlegenderen Diskussionen (z.B. über

die Entwicklung der Sozialstruktur und die politischen Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären). Einige Tabus aber durften nicht berührt werden: die völlig unkritische Haltung zu den Ländern des "realen Sozialismus"; die inneren Machtstrukturen der Partei; die vorgeblichen Grundsätze des "Marxismus-Leninismus". (...) Der Einmarsch in die CSSR 1968 wurde vorbehaltlos gutgeheißen, die Entwicklungen der kommunistischen Parteien in anderen westeuropäischen Ländern mit Argwohn betrachtet. (...)

Gescheiterte Erneuerung

Die Gorbatschow-Ära in der Sowjetunion wurde unterschiedlich bewertet. Der "Kommunismus" bekam zeitweilig wieder ein positiveres, dynamisches Image, was sich auch auf die öffentliche Wahrnehmung der KPL auswirkte. In der Partei selbst hofften die einen auf die demokratische Reform des "Realen Sozialismus", die andern beargwöhnten eine schleichende Sozialdemokratisierung. Auf die kommenden Entwicklungen war ein großer Teil der Spitze und der Mitglieder nicht vorbereitet. Rumänien, dann vor allem der Fall der Berliner Mauer, kamen wie ein Schock. Damit schien aber auch die Chance einer grundlegenden Erneuerung gekommen.

Die Mauern innerhalb der Partei wurden niedergerissen. Es kam zu teils heftigen Diskussionen, zu Austritten. Nach langer und intensiver Vorbereitungsarbeit verabschiedete schließlich ein "Erneuerungskongreß" neue Grundsätze und neue Statuten. Die KPL schien eine neue politische Dynamik zu gewinnen. Man beobachtete mit großem Interesse die Entwicklungen anderer Parteien im Ausland: der PDS in Deutschland, des Bündnisses der "Izquierda Unida" in Spanien - und knüpfte auch entsprechende Kontakte.

Aber der Kompromiß hielt nicht. Nach einer ersten Phase wirklicher Dynamisierung brachen die alten Konflikte zwischen "Erneuerern" und "Konservativen" wieder aus, sie wurden z.T. zu persönlichen Fehden (Luxemburg ist ein kleines Land!), die auch in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Mitten in diese Periode heftigen Streits fielen die Gemeindewahlen von 1993. Der Versuch einer breiteren Öffnung der Partei wurde unter der Bezeichnung "KPL und Nei Lénk" in der Form "offener Listen" unternommen. Diese Öffnung wurde aber zum Teil nur halbherzig, zum Teil überhaupt nicht mitgetragen. Es kam (nochmal) zu einer schweren elektoralen Niederlage. Es blieben nur noch vier Gemeinderatsmitglieder. Und der Konflikt verschärfte sich weiter.

Auf einem neuen Kongreß im Dezember 1993 wurden schließlich die "Erneuerer" abgeschmettert - sowohl bei den Wahlen für die Parteigremien wie auch bei der Abstimmung über die politischen Resolutionen. Die KPL sollte wieder "handlungsfähig" werden und mauerte sich ein. Fast alle, die die Erneuerung mitgetragen hatten und noch in der Partei geblieben waren, traten nun aus, auch der einzige Abgeordnete, der 1990 nach dem Tod des Parteipräsidenten ins Parlament nachgerückt war und der im April 1994 sein Mandat abgab. Die meisten von ihnen aber wollten die politische Tätigkeit nicht aufgeben. Sie wollten ihr Ziel, eine neue Dynamik der Linken, eine neue Sammlung linker Kräfte aufgrund einer ernsthaften politischen Reflexion, weiter verfolgen.

Die "Nei Lénk"

Ein "Appell für den Aufbau einer neuen linken Bewegung" wurde im Februar/ März 1994 von über 100 Personen unterzeichnet (das ist für Luxemburg relativ viel): Das Spektrum der UnterzeichnerInnen ging weit über den Kreis ehemaliger KPL-Mitglieder hinaus. Sie wollten "eine offene, lebendige Organisation schaffen, wo jede/r mitarbeiten kann - auch ohne formelle Mitgliedschaft. Eine linke Bewegung, die sowohl ein Forum für Debatten über gesellschaftliche Entwürfe wie auch ein Instrument für gesellschaftliche Mobilisierung sein soll."

Aufgrund dieses Appells kam es dann am 12.3.1994 zur offiziellen Gründung der "Nei Lénk". Zu ihr stießen auch die Mitglieder oder Sympathisanten der "Revolutionären Sozialistischen Partei" (IV. Internationale), die den Appell noch nicht mitunterzeichnet hatten. Die Gründungsversammlung verabschiedete einen Programmentwurf - die klassischen Themen der Linken wurden mit neuen Schwerpunkten und Akzenten versetzt: eine neue Verknüpfung der sozialen, der demokratischen und der ökologischen Frage; die Verbindung individueller und sozialer Rechte; die Notwendigkeit einer neuen Wirtschaftsordnung und eines neuen Wachstumsmodells (...) Im Statutenentwurf wurde vor allem der Charakter einer offenen Bewegung betont.

Nicht einstimmig, aber mit großer Mehrheit traf die Gründungsversammlung auch die schwerwiegende Entscheidung, die NL solle sich an den kommenden nationalen Wahlen beteiligen. Das Wahlresultat brachte für viele eine schmerzhafte Ernüchterung: Nur im Wahlbezirk Süden und mit einer Europaliste hatte die NL kandidiert. Im Süden kam sie auf 1,7%, ihre (landesweite) Europaliste auf 0,9%. Zum Vergleich: Die Europa-Liste der KPL kam auf 1,6%, ihre Liste im Süden noch auf 2,8%, damit verlor sie ihr einziges Abgeordnetenmandat - und gab der NL die Schuld.

Nach ernüchterndem Wahlergebnis: Es geht weiter!

Für die NL unterstrich die Wahlbeteiligung (...) ein immer noch ungelöstes Problem: Sie ist angetreten mit dem Anspruch, eine breite Bewegung zu sein, die Dynamik und die Zusammenarbeit, die Diskussion in der Linken zu fördern. Mit der Wahlbeteiligung erscheint sie aber dann selbst als eine konkurrierende politische "Partei". Die Frage des Charakters der "Bewegung" bleibt ungeklärt. Konsens besteht allerdings darin, daß keine Partei im traditionellen Sinn entstehen soll, daß die NL weiterhin die Sammlung linker Kräfte anstrebt und die Debatten über grundsätzliche gesellschaftliche Fragen anregen soll.

Als relativen Erfolg konnte sie gerade in dieser Hinsicht vor kurzem ein "Seminar" über "Arbeit und Arbeitslosigkeit" verbuchen, an dem Vertreter der großen Gewerkschaften, Grüne, sozial engagierte Katholiken aktiv teilnahmen. Hier liegt ohne Zweifel eines der fruchtbaren Handlungsfelder. Daneben ist eine neue linke Zeitschrift geplant, die auch die verschiedenen Komponenten der Linken einbeziehen soll. (...) Zwei Gemeinderäte in zwei großen Gemeinden des Südens bekennen sich zur NL, die bemüht ist, dort zumindest eine ernsthafte kommunale Politik zu betreiben, wobei das Gewicht auf einer lokalen Umsetzung der großen gesellschaftlichen Probleme liegt.

In vielen Ländern gibt es diese Umstrukturierungen der "Linken" - sie leben von denselben Hoffnungen und Kämpfen, zu einem großen Teil mit denselben Schwierigkeiten. Die NL ist interessiert am Kontakt, an der Zusammenarbeit mit allen ähnlichen linken Organisationen und Verbindungen, vor allem in Luxemburgs Nachbarländern.

André Hoffmann

André Hoffmann ist Gymnasiallehrer und lebt in Esch, Luxemburg. Er war bis zu seinem Austritt 1994 fast 25 Jahre Mitglied der KPL, deren Exekutivkomitee er seit 1990 angehört hatte. Seit 1978 Mitglied des Gemeinderates von Esch, von 1990 bis 1994 Parlamentsabgeordneter. Er ist Mitglied des Koordinationskomitees der "Nei Lénk".

Der Artikel wurde veröffentlicht in: SoFo Nr. 41

31. Haß - La Haine. Filmbesprechung

Eine Filmbesprechung

Autor: lg/om, Köln · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:13

"Gewidmet denen, die während der Arbeit an diesem Film verschwanden" (im Original: qui sont disparu).

Ein Tag im Leben dreier Jugendlicher aus einer der Pariser banlieus (Vorstädte); hier heißt sie "La Cité". Ein vierter Jugendlicher liegt nach einer Nacht militanter Auseinandersetzungen tödlich verletzt im Krankenhaus. Die Polizei sucht nach einer Waffe, die ein Ziviler in der Nacht verloren hat; aber die Knarre befindet sich jetzt im Besitz von Vinz. Der schwört, einen flic (Bullen) umzubringen, wenn der Verletzte sterben sollte. Sie hängen rum, derweil La Cité von Gendarmerie und CRS (Spezialeinheiten) unter Belagerungszustand gestellt wird. Flics allerorten, selbst auf den Dächern dürfen die Jugendlichen nicht mehr feiern.

Also fahren sie nach Paris, vor allem, damit Said, der "beur" (arabischstämmiger Einwanderer), von seinem Partner Kohle eintreiben kann, die dieser ihm für diverse illegale Geschäfte noch schuldet. Dabei werden Said und der Schwarze Hubert von einer Zivilstreife verhaftet und auf der Wache gefoltert. Ohne konkreten Anlaß, die flics wollen nur einem neuen Kollegen vorführen, wie man foltert, ohne Spuren zu hinterlassen. Nach ihrer Freilassung - von den flics so getimed, daß sie den letzten Zug gerade noch verpassen - streunen sie durch Paris und treffen ein paar Naziskins, von denen einer nur deshalb mit dem Leben davonkommt, weil Vinz trotz seiner Sprüche es nicht fertigbringt, einen wehrlosen Menschen einfach abzuknallen. Später landen sie in einer zutiefst französischen shopping mall, wo sie vom Tod des Verletzten erfahren. Es kommt die Zeit der Rache: Zurück in der banlieu kommt es erneut zur Konfrontation mit den flics ...

Die Revolten in den banlieus ganz Frankreichs - in letzter Zeit vor allem im Süden und Südwesten - werden hierzulande kaum zur Kenntnis genommen. Dies selbst dann nicht, wenn es - das ist nicht selten - auf Seiten der Jugendlichen zu Toten durch die Polizei kommt. Filmemacher Kassovitz interessiert sich jedoch weniger für eine Abbildung militanter Aktionen (auch wenn sein Film mit Videobildern einer militanten Pariser Großdemo beginnt). Ihm geht es um die Schilderung des Lebens(gefühls) unter der Belagerung, unter der allgegenwärtigen Kontrolle durch Gendarmerie und CRS, wo die bürgerlichen Rechte der Französischen Revolution nur noch Makulatur sind. Dabei geht es hier in der Alten Welt noch etwas gemütlicher zu als in der Neuen; in South Central L.A. hängen jede Nacht Helikopter über dem Schauplatz des Krieges. In La Cité reichen ein paar stehende Hundertschaften. Dafür schießen sich in La Cité die Feinde auch nur mit altmodischen Pistolen die Hirnmasse aus dem Schädel, anstatt sich wie in L.A. mit MAC 10s gegenseitig in einen Schweizer Käse-Zustand zu stanzen.

Es gibt anscheinend eine gemeinsame Sprache der Ghettos. Vielleicht ist sie deswegen allgemeingültig, weil der Kern ihrer Ästhetik ein kultureller Mischmasch der Unterdrückung ist. Vielleicht aber auch nur deshalb, weil wir hier alles von den Amerikanern abgucken. Vielleicht sind wir alle immer noch vom Bild des Amerikanischen Traums infiziert, vielleicht denken wir, daß der Kern eines sich rebellisch gebenden Volkes sich nicht so einfach von ein paar Millionen konservativen Pissern unterdrücken läßt.

Was auch immer: Gelernt hat Kassovitz seine filmischen Lektionen bei den Hughes Brothers ("Menace II Society"), Compadre Quentin Tarantino ("Pulp Fiction"), Maitre John Woo aus Hongkong und wer sonst noch so alles in den letzten Jahren berechtigterweise hip war. Er hat Rap (us-amerikanischen wie französischen) gehört und Videoclips gesehen; er hat sich einen Lebensrhythmus und eine Denkstruktur angeeignet, die man in Frankreich verstehen kann, weil sie aus den Erfahrungen einer Generation mit ähnlichen kulturellen Erfahrungen stammt; wir sind alle in Kung Fu-Filme gegangen, wir haben alle so ziemlich die gleiche Musik gehört etc.

Da könnte man schreien: Wo bleibt die kulturelle Vielfalt - cut that shit, das gibt es nicht mehr. Das Kino als Kunstform versah schon immer Massenkonsens mit regionalen Eigenheiten. Je mehr man zusammengerückt wird, je mehr man zusammenrücken will, desto kleiner werden diese Unterschiede. Wer das scheiße findet, soll auf kurdische Volkstanzveranstaltungen gehen. Wer jedoch damit leben kann und will, der sollte ein feines Gehör und ein gutes Auge für die kleinen kulturellen Unterschiede entwickeln. Daß man die gleichen Ausdrucksmittel gebraucht, bedeutet nämlich noch nicht, daß man sie auch genauso verwendet.

lg/om, Köln

La haine. Frankreich 1995, schwarz/weiß, 85 Minuten. Regie/Buch: Mathieu Kassovitz, Darsteller: Vincent Cassel, Hubert Koundé, Said Taghmaoui.

32. Krieg in Sertao. Buchbesprechung

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Brasilien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:09

Die Meinung der Linken gegenüber sozialen Protestbewegungen war oft zwiespältig. Sahen die - meist aus marxistischer Tradition kommenden - linken Intellektuellen in jedem Aufbegehren einer weitgehend proletarischen Stadtbevölkerung die beginnende Morgenröte einer neuen Zeit, so neigten sie andererseits oft dazu, hinter Aufstandsbewegungen bäuerlicher Bevölkerungsteile finstere Machenschaften des Klerus und der feudalen Reaktion zu vermuten. Erst recht suspekt waren ihnen Bewegungen, die unter religiösem Vorzeichen gegen so "fortschrittliche" Institutionen wie beispielsweise die "Republik" gerichtet waren. So erwähnte der brasilianische Schriftsteller Jorge Amado in seinem 1942 verfaßten Hohelied auf den damaligen KP-Generalsekretär Luis Carlos Prestes, den "Ritter der Hoffnung", nur ganz beiläufig eine andere Gestalt der jüngeren Geschichte Brasiliens: Antônio Conselheiro, den "Unheilspropheten aus dem Sertão".

Über den Aufstand von Canudos existierte bislang kaum Literatur im deutschen Sprachraum. Erst mit dem Buch "Krieg am Ende der Welt" des Peruaners Mario Vargas Llosa (ein Abenteuerroman, der weitgehend auf dem hier rezensierten Buch basiert) begann sich mehr Interesse an diesem fast vergessenen Zeitabschnitt der Geschichte Brasiliens zu regen. Und jetzt liegt erstmals eine deutschsprachige Ausgabe jenes Buches vor, das in Brasilien als Standardwerk der Canudosforschung gilt: "Os Sertões - Krieg im Sertão".

Der Autor - Euclides da Cunha - war Zeitgenosse der von ihm geschilderten Ereignisse - zum Teil sogar Augenzeuge. Zunächst Militär, dann wegen antimonarchistischer Aktivitäten während der Kaiserreiches geschaßt, hatte er sich in den 90er Jahren mehr oder weniger erfolgreich als Ingenieur und freier Journalist durchgeschlagen. Bei seiner wenig erfolgreichen journalistischen Tätigkeit erwies er sich als leidenschaftlicher Parteigänger der 1891 ausgerufenen Republik sowie der Prinzipien der bürgerlichen Aufklärung. Zu Beginn der Unruhen im Sertão nahm er - entsprechend seiner politischen Haltung - für die Republik und gegen die vermeintlich klerikal-reaktionären Verschwörer Partei. Anders als die meisten seiner Journalistenkollegen schloß er sich jedoch selbst der (vierten) Strafexpedition ins Aufstandsgebiet an. Seine Erlebnisse riefen eine Wandlung seiner Ansichten hervor. Aus Ablehnung wurde Bewunderung für den Mut der aufständischen Sertänejos; aus der Überzeugung, für eine gerechte Sache einzustehen, wurde Abscheu und Empörung über die Massenmorde des Militärs an wehrlosen Gefangenen und unbewaffneten Zivilisten. Auf Grundlage eigener Erlebnisse und zeitgenössischer Berichte und Recherchen entstand wenige Jahre nach der Niederschlagung des Aufstandes dieses Buch; eine erschütternde Beschreibung der damaligen Verhältnisse im Sertão, dem wüstenähnlichen Hinterland des brasilianischen Nordostens. Es schildert detailliert die Lebensweise der Sertänejos mit ihren Hungersnöten und Dürrekatastrophen; wie Armut und Hoffnungslosigkeit eine chiliastische (1) Erlöserbewegung zeugten; schildert deren Aufstieg und Radikalisierung sowie ihr blutiges Ende. Das Buch machte den Autor mit einem Schlag berühmt, verschaffte ihm einen bis heute unangefochtenen Ehrenplatz in der brasilianischen Literatur. Selbst hat er freilich nicht mehr viel davon gehabt. Wenige Jahre später fiel er sinnloserweise bei einem Duell.

Die Lektüre des ersten Teil des Buches erfordert einige Mühe und Ausdauer. Seitenlange Beschreibungen der Landschaften und des heimischen Menschenschlages wechseln ab mit philosophischen Erörterungen und kaum nachvollziehbaren Analogien. Ständiges Nachschlagen in den (sehr informativen) Anmerkungen ist unerläßlich. Die seitenlangen Untersuchungen des Autors über den "rassischen Typus" der Sertãobewohner wirken zuweilen abstoßend. Da Cunha blieben die sozialen Hintergründe des Aufstandes weitgehend verschlossen; er versuchte vielmehr - ausgehend von abstrusen, aber damals modernen Theorien - die Ereignisse von Canudos mit der spezifischen, infolge "Rassenmischung" entstandenen Veranlagung der Sertãobevölkerung zu erklären.

Interessant wird das Buch von dem Punkt an, wo es ausführlich den Werdegang von Antonio Maciel schildert, der später unter dem Namen Conselheiro (Ratgeber) Prophet und Führer der Gemeinde von Canudos wurde. Nicht nur die Abgeschiedenheit des Sertão und die Unwissenheit der Bewohner ließen ihm immer mehr Anhänger zuströmen, sondern vor allem die entsetzliche Armut, aus der er - scheinbar - einen Ausweg bot.

Als die Anhängerschaft Antonio Conselheiros sich in der Ortschaft Canudos festsetzte und durch strikte Nichtbefolgung der Gesetze und Weisungen der Regierung faktisch einen Staat im Staate bildete, war der

Bürgerkrieg vorprogrammiert und wurde von beiden Seiten mit wachsender Verbitterung geführt. Glaubten die Aufständischen ihr Seelenheil gegen Werke des Antichristen zu verteidigen, so waren die einfachen brasilianischen Soldaten infolge wirksamer Kriegspropaganda davon überzeugt, die Republik gegen monarchistische Verschwörer und ausländische Agenten zu beschützen. Gegen die chiliastische Kommune im Inneren Brasiliens wurden während ihres elfmonatigen Bestehens fünf Militärexpeditionen geführt; 12.000 Soldaten (die Hälfte des brasilianischen Heeres) samt Kruppkanonen und anderem schweren Kriegsgerät wurden eingesetzt, bis die "Ruhe" wieder hergestellt war. - Friedhofsruhe, denn von den 20.000 bis 30.000 Einwohnern von Canudos überlebten nur wenige die Eroberung der Stadt. Die Aufständischen haben sich nicht ergeben - trotz militärischer Übermacht des Gegners, trotz Hunger- und Durstblockade, trotz des Todes des Propheten Conselheiro. Canudos fiel erst mit dem letzten Haus.

Man kann da Cunha zum Vorwurf machen, daß er das Leben innerhalb dieser kurzlebigen Gemeinde ungenügend durchleuchtet und teils grobe sachliche Fehler begangen hat - sein extrem modernistisches und teilweise rassistisches Weltbild ließ andere Sichtweisen nicht zu. Weitgehend unklar bleiben die Besitz-, die Arbeits- und Austauschverhältnisse in diesem eigenartigen sozialen Gebilde. Auch stellt er Antonio Conselheiro zu Unrecht als halbverrückten Fanatiker dar - erhalten gebliebene Predigten zeigen ihn als schwärmerischen Marienverehrer, aber keinesfalls als verrückt. In jedem Fall ist dieses Buch eine wichtige und empfehlenswerte Primärquelle für Leute, die sich mit der Durchsetzung der Moderne in Trikontstaaten sowie mit den sich daraus ergebenen sozialen Protestbewegungen beschäftigen.

Gerd Bedszent

Euclides da Cunha "Krieg im Sertão",

Suhrkamp Verlag, 1994. 98,- Mark.

Anmerkung:

1) Chiliasmus: Glaube an ein Tausendjähriges Reich (nach Christi Wiederkunft). Wahrig Deutsches Wörterbuch.

33. Noelle-Neumann und die feigen Deutschen

Autor: Js. · Rubrik: Medien; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak383/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:05

Elisabeth Noelle-Neumann (Jahrgang 1916), Anfang der vierziger Jahre verantwortlich für das Ressort Innenpolitik der NS-Wochenzeitung Das Reich (Spitzenauflage 1944: 1,4 Millionen), hat sich nach 1945 auf verschiedenen Gebieten weiterentwickelt. Zusammen mit ihrem Mann Erich Peter Neumann gründete sie das Institut für Demoskopie in Allensbach (Bodensee) und versorgte von dort aus "das Kanzleramt mit Informationen über die Meinung der Öffentlichkeit, noch ehe die Öffentlichkeit wußte, was Meinungsforschung ist". (1) Auch als Publizistin lernte sie dazu. Seit der "Stunde Null" war "demokratische Gesinnung" angesagt; ihre unschönen, vom Reichspropagandaministerium inspirierten Tiraden gegen die Verderber des deutschen Volkes ließ Frau Noelle-Neumann fortan bleiben, ohne sich von ihren Frühwerken zu distanzieren. So hatte sie im Juni 1941 (als Nazi-Deutschland die Sowjetunion überfiel) in ihrem Artikel "Wer informiert Amerika?" die überseeische Zentrale des Bösen in einer Weise dargestellt, die ganz der Linie der von Goebbels dirigierten "Reichspressekonferenz" entsprach: "Ohne Verzug ins Dunkel zu greifen nach dem Juden, der sich hinter der Chicago Daily News verbergen muß, heißt seine Hand in ein Wespennest stecken. Bei vierzig gleichzeitigen Stichen hört man auf, sich für die einzelne Wespe zu interessieren. Juden schreiben in den Zeitungen, besitzen sie, haben die Anzeigenagenturen (...) monopolisiert und können daher die Schleusen der Inserateneinnahmen für die einzelnen Zeitungen öffnen und schließen. Sie kontrollieren die Filmindustrie, besitzen die größten Radiostationen und alle Theater." (2)

Seit diesem - publizistischen - Vernichtungsfeldzug gegen die zu lästigen Insekten erklärten Juden ist mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen. Heute vertritt Frau Noelle-Neumann, nach wie vor deutsche Patriotin, ihre Sache mit gänzlich anderen Argumenten, wie aus ihrem Kommentar zu neueren Allensbacher Umfragen zu den Themen "deutscher Nationalstolz", "Außen- und Verteidigungspolitik" und "Europa" sichtbar wird. Die ihrer Ansicht nach nicht zufriedenstellenden Ergebnisse dieser Befragungen lastet sie nicht etwa dem mißgünstigen oder gezielt "desinformierten" Ausland an. Im Gegenteil: Längst frage man sich "ungeduldig in der Welt, wann die Deutschen denn endlich ‚normal` würden und bereit seien, ihre internationalen Verpflichtungen entsprechend ihrer Stärke zu übernehmen. Das bezieht sich vor allem auf die unter UN-Kommando stehenden friedensschaffenden und friedenserhaltenden Maßnahmen." (3) "Geprägt durch die Demütigung der Kriegsniederlage" und durch "die Scham über die im deutschen Namen begangenen Verbrechen" (die Noelle-Neumann publizistisch flankierte), hätten die Westdeutschen eine "tiefe Abneigung gegen alles entwickelt, was mit dem Militärwesen zu tun hat". Psychologisch verständlich, politisch fatal findet Frau Noelle-Neumann die deutsche Ohne-mich-Haltung: "Der in der Welt als übertrieben gesehene, ja als hysterisch empfundene moralische Rigorismus der Deutschen", behauptet sie, sei "ein Korrelat zu ihrem tiefen Schuldgefühl wegen der Nazi-Verbrechen."

Die Daten, die Noelle-Neumanns Klage zugrundeliegen, sind bei näherer Betrachtung keineswegs eindeutig. So waren im Oktober 1994 "nur" 29 Prozent der Westdeutschen und 28 Prozent der Ostdeutschen "unbedingt stolz, Deutscher zu sein" - im Dezember 1975 waren es noch 43 Prozent der Westdeutschen gewesen. Ergebnis: "Nach der Wiedervereinigung kein wachsender Nationalstolz". Tatsächlich hängt die schwindende Zustimmung zu dem Satz wohl damit zusammen, daß er seit einigen Jahren vor allem von Neonazis offen propagiert wird und damit eine für viele unerwünschte und "peinliche" (Neben-)Bedeutung bekommen hat.

Mehr noch als der angeblich mangelnde "Nationalstolz" der Deutschen beunruhigt Frau Noelle-Neumann deren Zurückhaltung gegenüber internationalen Einsätzen der Bundeswehr. Je nach "harter" oder "weicher" Fragestellung waren im Januar 1995 31 bzw. 35 Prozent der Befragten für den Einsatz deutscher Tornados in Bosnien und 42 bzw. 51 Prozent dagegen. In Ostdeutschland war die Ablehnung deutscher Kriegseinsätze dabei erheblich größer: Hier votierten nur 18 bzw. 19 Prozent für Tornado-Einsätze; bei den Westdeutschen waren es 34 ("harte Frage") bzw. 39 Prozent ("weiche Frage"). Bei den ehemaligen BürgerInnen der DDR, seufzt die Demoskopin, sei "die tiefe Aversion gegen NATO-Einsätze aus dieser Zeit (des West-Ost-Konflikts; Anm. ak) weiter erhalten geblieben". In den neuen Bundesländern sei die öffentliche Meinung auch keineswegs "flüssig". D.h. sie ist viel weniger Schwankungen unterworfen als in der alten BRD, wo je nach Fragestellung und aktuellen Begleitumständen die "Widersprüchlichkeit der Umfrageergebnisse im militärischen Bereich" die wesentliche Konstante ist. Soll heißen: Zustimmung zu Kriegseinsätzen, "solange

Fragen allgemein gehalten sind"; "Zurückweichen (!) der deutschen Bevölkerung, sobald konkrete Fälle vorgestellt werden".

Frau Noelle-Neumann, die den feige "zurückweichenden" Deutschen wieder den einer Großmacht entsprechenden Mumm wünscht, vertraut keineswegs auf den Gewöhnungseffekt durch immer neue militärische "Tabubrüche". Sie sieht vor allem die Politiker gefordert, die ihre "Abneigung..., sich mit der Bevölkerung über Grundsatzfragen, also auch Fragen der Außenpolitik auseinanderzusetzen", überwinden müßten. Das erfordere vor allem "der Machtcharakter der öffentlichen Meinung", die längst nicht mehr "an den nationalen Grenzen Halt" mache. Noelle-Neumanns leicht verklausuliertes Resümee: "Die Einstellung der Bevölkerung muß heute gestützt auf die entwickelten, aber noch nicht genutzten Informationsmittel in die Planungen einbezogen werden."

Gemeint sind natürlich die militärischen Planungen: Auch relativ kleine Elitetruppen können ihren "Auftrag" dann am besten erfüllen, wenn die durch die Medien entsprechend "informierte" Bevölkerung "wie ein Mann" hinter ihnen steht, statt Sinn und moralische Rechtfertigung militärischer Aktionen in Frage zu stellen oder deren hohe Kosten zu benörgeln. Die scheinbar neutrale Wissenschaft der Demoskopie, versichert ihre führende Repräsentantin, ist bereit, hierzu ihren volkserzieherischen Beitrag zu leisten.

Js.

Anmerkungen:

1) Norbert Frei/Johannes Schulz, Journalismus im Dritten Reich, München (Beck) 1989, S.193

2) zitiert ebd., S. 115

3) alle Zitate aus "Öffentliche Meinung und Außenpolitik. Die fehlende Debatte in Deutschland"; in: Internationale Politik ("Europa-Archiv") August 1995, S.3ff.

34. Land and Freedom

Eine Filmbesprechung

CD-Datei: daten/aksuche/ak383/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:12

"Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen? Fallen sie vom Himmel? Nein. Sind sie dem eigenen Gehirn angeboren? Nein. Die richtigen Ideen der Menschen können nur aus der gesellschaftlichen Praxis herrühren, nur aus dem Produktionskampf, dem Klassenkampf und dem wissenschaftlichen Experiment - diesen drei Arten der gesellschaftlichen Praxis." (Mao Zedong, Mai 1963)

Liverpool heute: Nach dem Tod ihres Großvaters ordnet eine junge Frau den Nachlaß des alten Mannes, darunter ein rotes Halstuch in das vertrocknete Erde eingewickelt ist und einige Briefe aus den 30er Jahren, die der damals noch junge Kommunist David an seine Verlobte schrieb.

Liverpool, 1936: David sagt seiner Verlobten, daß er nach Spanien gehen und für die Republik kämpfen werde. Dann ist er in Spanien und landet zufällig auf der Seite der POUM (Partido Obrero de Unificaión Marxista), einer linksradikalen, trotzkistisch orientierten Abspaltung der spanischen KP, die während des Bürgerkriegs eng mit der anarchosyndikalistischen CNT (Confederación Nacional del Trabajo) zusammenarbeitete. Das KP-Mitglied findet Gefallen am Gefühl anarchistischer Freiheit und Gleichheit. Seine in Katalonien kämpfende, hochmotivierte aber schlecht bewaffnete Gruppe befreit mehrere Dörfer und unterstützt die Bewohner bei der sozialen Revolution auf dem Lande: Enteignung der Großgrundbesitzer und Kollektivierung des Landes sind die Hauptforderungen der verarmten und entrechteten Landbevölkerung.

Nachdem er bei der Ausbildung neuer Freiwilliger durch ein explodierendes Gewehr verwundet wird, kommt er nach Barcelona, wo er nach der Entlassung aus dem Krankenhaus von der trotzkistischen Genossin Blanca bereits erwartet wird. Ihr Zusammensein findet jedoch ein jähes Ende, als David Blanca erzählt, daß er die Miliz verlassen wird, um sich den kommunistischen Internationalen Brigaden anzuschließen.

Voller verwirrter Gefühlen bleibt David allein in Barcelona zurück und gerät nun erst recht zwischen die Fronten der linksradikalen Sozialrevolutionäre und der stalinistischen KP: Als am 2.5.1937 Einheiten der republikanischen Volksarmee die Stellungen der CNT in Barcelona angreifen, nimmt David an der Belagerung der von der CNT gehaltenen Telefonzentrale teil. Diese Ereignisse bewegen ihn, sich endgültig von der KP zu trennen. Er zerreißt seinen Parteiausweis und kehrt zu seinen Genossen an die Front in Aragón zurück. Hier hat sich inzwischen einiges verändert: Auf Druck der Regierung wurden die Frauen entwaffnet und dürfen sich nur noch als Köchinnen und Krankenschwestern am Kampf beteiligen. Als die Miliz nach einem verlustreichen Gefecht die Lastwagen der Armee kommen sieht, hoffen alle auf Verstärkung. Doch die Soldaten sind nur gekommen, um die Miliz zu entwaffnen und ihre Führer zu verhaften. Angeblich soll die POUM mit Franco gegen die Republik konspiriert haben. Die Situation eskaliert. Blanca wird von einem Soldaten erschossen.

Liverpool heute: Auf dem Begräbnis des Großvaters verliest die junge Frau ein Gedicht und wirft unter den Augen seiner alten Kameraden die spanische Erde auf den Sarg. Zum letzten Gruß heben sie (und die alten Genossen) die geballte Faust mit dem roten Halstuch.

"Es ist eine Armee des Volkes. Einfache Männer und Frauen, die für eine Sache kämpfen. Nicht wie die Armee zuhause. Es gibt kein Salutieren, wir wählen die Offiziere selbst, über alles wird diskutiert und abgestimmt." (Aus einem Brief Davids)

"Was ist die Kommune? Lehrer, Richter, Kommandant, vom Volk gewählt, vom Volk ernannt, das ist die Kommune: vom Volk auch wieder abgewählt, wer das Versprechen ihm nicht hält." (Schmetterlinge: Proletenpassion)

"Gewisse Teile der spanischen Volksfront verfolgen jedoch die politisch wohlmotivierte Absicht, den Militarismus durch den Militarismus zu bekämpfen, den Feind mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen, einen regulären Krieg der Armeekorps und der Materialschlachten zu führen, in dem sie bei der allgemeinen Wehrpflicht, bei einem einheitlichen Oberkommando, bei einem strategischen Schlachtplan ihre Zuflucht nehmen, kurz, indem sie mehr oder weniger genau den Faschismus nachahmen. Auch manche unserer eigenen Genossen, die sich vom Bolschewismus haben beeinflussen lassen, fordern die Schaffung einer ‚Roten Armee`. Diese Haltung scheint uns in jeder Hinsicht gefährlich. Wir brauchen heute in Spanien keine

Berufsarmee, wir brauchen eine Miliz, die den Guerillakrieg führt" (L'Espagne Antifasciste, der POUM nahestehende Zeitung. Zitiert nach Hans Magnus Enzensberger: Der kurze Sommer der Anarchie)

Auf der ersten Ebene lernt das namenlose Mädchen eine Lebenshaltung kennen, die beinhaltet, daß die Entscheidungen für eine ganze Kommune, eine Stadt, ein Volk, eine Gemeinschaft gemeinsam getroffen werden müssen, da diese Entscheidung schlußendlich von allen getragen werden muß. Zuvor muß aber diese Entscheidung erst einmal gefunden werden, unterschiedlichste Positionen müssen einander angenähert werden, so daß die Entscheidung für den größtmöglichsten Teil der Gruppe tragbar ist. Es geht also darum, einen tragbaren Kompromiß zu finden. Man nennt so etwas Basisdemokratie. Wie das praktisch aussieht, zeigt Loach in der zentralen Diskussionsszene, als in einem von der Miliz befreiten Dorf über die Frage der Kollektivierung des Bodens gestritten wird. Heute muß so etwas wieder erklärt werden, weil die Menschen diese Form der Basisdemokratie nicht mehr kennen. Sie denken, die Welt wäre eine Stellvertreterdemokratie. Ein anderer macht für sie das richtige. Weil viele diesen einen für den richtigen halten, wird er ihre Interessen vertreten. Der muß sich den Kopf zerbrechen, nicht ich. Es ist nicht mehr meine Sache, es ist seine. Und das ist ein Irrtum, denn ich muß seine Scheiße ausbaden. Also geht es mich doch etwas an. Für Loach haben sich die Menschen heute derartig an ein Stellvertreter-Denken gewöhnt, daß für sie nichts mehr, konkret, direkt, physisch eine Bedeutung hat. Weil (scheinbar) alles indirekt gemacht wird, geht den Menschen der Sinn für die Realität verloren. Auf der ersten Ebene von "Land and Freedom" geht es also darum, den Realitätssinn wiederzuerlangen, also (wieder) zu lernen miteinander umzugehen.

"Probleme ideologischen Charakters oder Streitfragen, die im Volke entstehen, können nur mit der Methode der Demokratie, mit der Methode der Diskussion, Kritik, Überzeugung und Erziehung, nicht aber durchs Zwangs- und Unterdrückungsmaßnahmen gelöst werden" (Mao Zedong "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke")

"Die eigenen Genossen wie Feinde behandeln, heißt den Standpunkt des Feindes beziehen" (Mao Zedong: "Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst")

Auf der zweiten Ebene geht es Loach um eine weiterführende Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. In keinem Land, zu keiner Zeit prallten die sozialrevolutionären Kräfte und die Stalinisten derartig aufeinander wie im Spanischen Bürgerkrieg. Loachs Position in dieser Auseinandersetzung ist eindeutig und unmißverständlich: Für die permanente Revolution und gegen den Stalinismus.

Barcelona, Mai 1937: Als Inter-Brigaden und CNT ihre ideologischen Differenzen auf den Dächern über der Stadt mit der Waffe in der Hand austragen, gerät das Volk in Gestalt einer alten Frau beim Einkauf zwischen die Fronten und wird beinahe von David erschossen, der aber "nur" ihren Blumenkohl erschießt. Ihr Kommentar: "Schießt nicht aufeinander, sondern auf die Faschisten!"

Dabei ist Stalinismus keine historische Epoche sondern eine geistige Haltung in der Linken, die bis heute fortwirkt.

Der spanische Bürgerkrieg und die soziale Revolution, die in ihm stattfand, ist wie die Pariser Commune und viele andere revolutionäre Prozesse zum Bestandteil linker Mythologie geworden - vielleicht gerade weil sie gescheitert sind.

Loach ist sich bewußt, daß Marx Revolutionsideale auf einer in der Realität nicht haltbaren Illusion aufbauen: Sein Menschenbild ist irreal-positiv. Zu glauben, daß die Arbeiter, gerade mal per industrieller Revolution aus dem bäuerlichen Elend erlöst, ihren erbärmlichen Minimalwohlstand zugunsten einer ungewissen Verbesserung nach der Revolution aufgeben würden war illusorisch. Was von Marx bleibt ist seine Methode der Analyse, die über seine zeit- und klassengebundene Gesellschaftsanalyse weit hinausgeht. Loach bestätigt diese Analyse. Was aber komplett neu überdacht werden muß ist der Weg, um zu einer Umsetzung dieser Analyse in eine bessere Welt zu gelangen. Es muß also eine neue linke Mythologie erschaffen werden.

Land and Freedom ist auf drei Ebenen ein mythologisches Werk:

1. Es bestätigt im Kern eine bestehende Mythologie; und zwar

2. eine Mythologie vom Menschen, seinem Verhältnis zur Natur, zur Schöpfung, die weit über den streng linken Kontext hinausgeht;

3. aber es zeigt die "peripheren" Fehler der ursprünglichen linken Mythologie auf, trennt also das mythologisch Erhaltenswerte von dem, was zu überdenken wäre.

Simpel gesprochen liefert er in der neuen Erzählung eines alten Mythos den Kern für einen neuen Mythos. Und Mythen sind das, was den Menschen morgens aufstehen läßt: Mythen sind Perspektiven.

lg/om aus Köln

Land And Freedom (dto) GB 95 Regie: Kein Loach Buch: Jim Allen Kamera: Barry Ackroyd Schnitt: Jonathan Morris Musik: George Fenton Darsteller: Ian Hart, Rosana Pastor, Iciar Bollain, Tom Gilroy 109 Min.

35. Quelldatei 22.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak383/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:22

Afrika

Weit verbreitet war und ist zum Teil noch im europäischen und nordamerikanischen Denken die Vorstellung, jede Entwicklung der Afrikaner bedürfe eines äußeren Anstoßes - womit im übrigen gleich eine wohlfeile Hilfsbegründung für den Kolonialismus gegeben war. Basil Davidson zeigt am Beispiel der Entwicklung zweier afrikanischer Königreiche, "den beiden größten internen Systemen der ökonomischen und politischen Entwicklung Afrikas zwischen etwa dem sechsten und sechzehnten Jahrhundert", daß "die Erfindung und Entwicklung des fortschreitenden Prozesses der Königswürde und Königsformen in ein beständiger interner Prozeß war." - Kanyana Mutombo diskutiert die Vorstellungen afrikanischer Intellektueller und Journalisten, die als Heilmittel für das "von und Zerfall" geschüttelte gegenwärtige Afrika auch eine "Rekolonisation" ins Auge fassen. - In den weiteren Beiträgen der jüngsten Ausgabe von Silsila wird der einstige und heutige auf Algerien bezogene koloniale Diskurs erörtert (Salima Mellah); die Stellung der islamischen Frauen in der Geschichte anhand der entsprechenden Aussagen in Koran und Sunna dargestellt (Halima Krausen); und die (eurozentristische) Sicht der "Welt vor der europäischen Herrschaft" debattiert (Joachim Kuhn).

Silsila. Zeitschrift gegen Rassismus und Imperialismus. Heft 5 (1995). A5, 152 S., 6 DM.

Lateinamerika

Die haitanische Gesellschaft ist von inneren Widersprüchen zerrissen: Ein Höchstmaß an Analphabetismus koexistiert mit den Notebooks der UNO-Experten; ein ausgeprägter Wille zur Selbstbestimmung mit einer über die Jahrhunderte erhaltenen Sklavenmentalität; eine hochpolitisierte zivile Gesellschaft mit einer überkommenen Sozialstruktur, deren bisherige Eliten krampfhaft an der "verlorenen Zeit" festhalten. Der einzige Garant dafür, daß diese Widersprüche noch nicht gewaltsam ausgebrochen sind, ist der Ende letzten Jahres in sein Amt zurückgekehrte Präsident Aristide. Die jüngst durchgeführten Wahlen haben gezeigt, daß die Mehrheit der BewohnerInnen Haitis entschlossen ist, mit den überkommenen Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen zu brechen. Ob die erforderliche politische, soziale und wirtschaftliche Sanierung Haitis gelingen kann, bleibt fraglich. Sie hängt wesentlich von der Bereitschaft internationaler Investoren ab, ihr kurzfristiges Profitinteresse zugunsten der Investition in den Aufbau langfristiger, sich selbst tragender Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft zurückzustellen.

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Nr. 188, September 1995. A4, 76 S., 7 DM. ISSN 0946-5057.

Die Aussichten auf positive Änderungen in Haiti sind auch das Thema eines der Hauptartikel in den Lateinamerika-Nachrichten. Daneben wird in Aufsätzen und Interviews über die aktuellen Entwicklungen in u.a. Kolumbien, Mexiko, Kuba, Bolivien und El Salvador informiert.

Lateinamerika-Nachrichten. Nr. 256, Oktober 1995. A5, 64 S., 6 DM.

Bananenmonopol

Zu Lasten von Gesundheit und Lebensstandard der BananenarbeiterInnen verfügen die transnationalen Konzerne Chiquita, Dole und Del Monte sowie die europäischen Konzerne Geest und Fyffes über eine marktbeherrschende Vormachtstellung. Selbst unabhängige Produzenten sind oft an Exklusivverträge gebunden, deren Bedingungen die Konzerne bestimmen. - Auf den costaricanischen Plantagen des britischen Geest-Konzerns war es im Mai letzten Jahres zum Streik gekommen. Auf Veranlassung der Geschäftsführung von Geest ging die Polizei mit schwerbewaffneten Einheiten gegen die Streikenden vor. Eine größere Anzahl von BananenarbeiterInnen wurde verletzt, weitere wurden verhaftet. Ein im Anschluß an den Streik zwischen Gewerkschaft, Konzern und Regierung geschlossenes Abkommen wurde nach kurzer Zeit von Geest gebrochen.

Cuadernos Banafair 2: Von der Tulpenzwiebel zum Bananenmonopol. Porträt des europäischen Bananenmultis Geest - von Boris Scharlowski. Gelnhausen (Banafair) 1995. 32 S., 7 DM. - Bezug: Banafair e.V., Langgasse 41, 63571 Gelnhausen.

Polen

Die bisherige Süd-Nord-Migration wurde zu Beginn der neunziger Jahre durch eine neue europäische Binnenmigration überlagert, die 1992 ihren Höhepunkt erreichte - allein die BRD registrierte eineinhalb Millionen ImmigrantInnen. Die westeuropäischen Regierungen errichteten mit ihren neuen mittel- und osteuropäischen "Partnern" Barrieren gegen die Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, gegen Roma und Sinti, gegen das unüberschaubare Migrationspotential aus der Sowjetunion. Die Regulierung der Migration wurde zum Schrittmacher für die Neuordnung Europas. Polen, die Tschechische und die Slowakische, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Bulgarien, mußten, um sich das "Privileg" einer Assoziation mit der EU zu erkaufen, rigorose Migrationsverfahren akzeptieren. Das bilaterale Rücknahmeüberkommen zwischen der BRD und Polen vom Mai 1993 markiert die räumliche Staffelung: Visumfreiheit für Polen und kontingentierte Zulassung von Migrationsarbeit, aber gleichzeitig Blockierung der Migration im europäischen Vorfeld, an der Ostgrenze Polens. Polen ist so zum Auffangbecken des sozialen Elends vor den Toren Europas geworden. - Das Thema des ersten Hefts der Reihe Gegen die Festung Europa sind die Auswirkungen dieser Politik auf Polen. Dargestellt wird im ersten Teil die Lage der MigrantInnen in Polen, der zweite Teil enthält eine ausführliche Abhandlung über die Grenzverträge und Migrationsregimes. Das Heft wird beschlossen mit einem Beitrag zu Polens Problemen des Übergangs und der Perspektive der Westintegration. - Herausgeberin der Reihe Gegen die Festung Europa ist die "Forschungsgesellschaft Flucht und Migration". Als ihre nächstliegenden Aufgaben gibt die Gesellschaft an: Aufbau von Kontaktnetzen zu Organisationen und Einzelpersonen, die in Polen in der Flüchtlingsarbeit tätig sind; Recherche und Dokumentation zur deutsch-polnischen Grenze; Aus- und Aufbau von Projekten gegen die Illegalisierung von MigrantInnen.

Gegen die Festung Europa, Heft 1: Polen. Vor der Festung Europa. Hg. Forschungsgesellschaft Flucht und Migration. Verlag der Buchläden Schwarze Risse, Berlin und Rote Straße, Göttingen, 1995. 64 S., 8 DM.

Antifa

Die Gratulation zum Erscheinen der immerhin schon 30. Ausgabe des Antifaschistischen Infoblatt haben wir versäumt. Weshalb wir jetzt die Nr. 31 vorstellen (und Antifa-AktivistInnen - neben der ak! - das Abonnement des Infoblatts anraten: fünf Ausgaben pro Jahr für 30 DM, Porto inklusive). Nebst einer großen Anzahl regionaler Kurzmeldungen sind in dieser Ausgabe enthalten u.a. Artikel über das Weiterbestehen der Nationalistischen Front (NF), die Werwolf-Struktur, die Umstrukturierung der NS-Szene durch den Aufbau eines Zellen-Netzes, die nazistische Formierung im Muldentalkreis (Sachsen), den Hess-Todestag, das neue Nazi-Blatt "Sleipnir". Besonders hingewiesen sei auf den Beitrag "Frauen in der Anti-Antifa". Dargestellt werden fünf Fälle, in denen Funktionärinnen neonazistischer Gruppen versucht haben, in die antifaschistischen Szene einzusickern, um so an Namen und Strukturen von Antifas heranzukommen.

Antifaschistisches Infoblatt. Nr. 31, Sept./Okt. 1995. A4, 52 S., 5 DM.

Straßenkinder

Die "Kinder vom Bahnhof Zoo" waren als Buch ein Bestseller, das Schicksal von Christiane F. bewegte die Nation, sonst aber nichts. Heute leben dauernd oder zeitweise 3.000 Minderjährige auf den Straßen Berlins. Die Schätzungen für die gesamte BRD bewegen sich zwischen 20.000 und 40.000. Uwe Britten, über den man dem Klappentext seines Buchs Abgehauen nur entnehmen kann, daß er "mehrere Wochen unter ihnen lebte", erzählt in Form einer Sozialreportage über 190 Seiten vom Leben der Straßenkinder. Sein Bericht ist anschaulich, eindrücklich. Informationen, die über das Leben einzelner Jugendlicher hinausgehen, gibt Britten leider nur selten, eine Zusammenschau seiner Erkundungen vermißt man völlig.

Uwe Britten: Abgehauen. Wie Deutschlands Straßenkinder leben. Bamberg (Palette) 1995. 194 S., Abb., 26 DM.

Polizei

Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe von Bürgerrechte & Polizei sind die verschiedenen Sicherheitskonzepte zur Bewältigung tatsächlicher oder vermeintlicher Probleme des (schutz)polizeilichen Alltags. Sowohl altüberkommene Einsatzformen - z.B. die polizeiliche Streifentätigkeit -, wie auch Privatisierungstendenzen im Sicherheitsbereich und die Problembearbeitung durch spezielle Sondereinheiten werden dargestellt und diskutiert.

Bürgerrechte & Polizei / CILIP 51 (2/95). A5, 102 S., 14 DM. ISSN 0932-5409

Verkehrspolitik

Winfried Wolf, Redakteur der SoZ, MdB und Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags hat seit dem Sommer letzten Jahres einige Broschüren zu verkehrspolitischen Themen vorgelegt. Hierbei ging es u.a. um die Zerstörungen, die die Berliner Stadtverwaltung, die Deutsche Bahn AG und die Daimler Benz AG mit einem zentralen U-Bahnhof unter dem Tiergarten, der grünen Lunge der Stadt, anrichten; es ging um eine erste, negativ ausfallende Bilanz des Projekts Bahnprivatisierung; und es ging um das Vorhaben eines "Stuttgarter Bahnhofs im Keller der Stadt". Bei einer intensiveren Befassung mit "Stuttgart 21", wie dieses Projekt heißt, seien ihm, schreibt Wolf, die Zusammenhänge bedrückend aufgeschienen: ",Stuttgart 21` ist, wie das Berliner Vorhaben ‚Lehrter U-Hauptbahnhof`, ein Projekt, das die Privatisierung der Bahn und die offizielle Verkehrspolitik in ihren zerstörerischen Dimensionen und in ihrer brutalen Interessiertheit am Stoff auf den Punkt bringt: Es geht um Grundstücksverwertung, Bodenspekulation, Geschäftsreiseverkehr. Oder anders gesagt: um Geld, Geschäft, Geschäft und nochmals Geld." Wolfs Beweisführung für diese Behauptung ist gefälligst selbst nachzulesen. Eine der Schlußfolgerungen sollte etwaigen Nicht-LeserInnen dieser Studie jedoch nicht vorenthalten bleiben: Bei der Realisierung des Projekts "Stuttgart 21" würden die dadurch erzielten "zweimal drei Minuten Zeitgewinn auf den ausgewiesen wichtigsten Verbindungen (Stuttgart-Ulm, Stuttgart-Tübingen) je gewonnene Minute eine halbe Milliarde Mark kosten."

Winfried Wolf: "Stuttgart 21". Hauptbahnhof im Untergrund? Köln (Neuer ISP-Verlag, in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Verkehrspolitik und Eisenbahnwesen, Berlin) 1995. 96 S., 9,80 DM.

36. Mumia Abu-Jamal legt Berufung ein

CD-Datei: daten/aksuche/ak383/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:27

Das juristische Tauziehen um das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal ging am 10. Oktober in eine weitere Runde. An diesem Tag beantragten die AnwältInnen des afroamerikanischen Journalisten vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania die Aufhebung des Todesurteils aus dem Jahr 1982 (wegen angeblichen Polizistenmordes) und die Eröffnung eines neuen Verfahrens.

Kurz zur Vorgeschichte (siehe auch ak 380, 381, 382): Im Juni 1995 legten die VerteidigerInnen von Abu-Jamal dem zuständigen Amtsgericht von Philadelphia umfangreiches Beweismaterial vor. Damit wird der Mordvorwurf entkräftet und bewiesen, daß es bei den Ermittlungen und beim Prozeß von 1982 zahlreiche Ungereimtheiten gab. In den folgenden Wochen verhandelte das Gericht unter Vorsitz von Richter Sabo (derselbe Richter, der Abu-Jamal 1982 zum Tode verurteilte) über eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Mehrere Entlastungszeugen wurden gehört. Als in den USA und international die Proteste gegen die geplante Hinrichtung immer massiver wurden, hob Sabo wenige Tage vor dem angesetzten Termin (17. August) den Exekutionsbefehl auf. Dennoch lehnte er im September die Eröffnung eines neuen Verfahrens ab.

Gegen diese Entscheidung wurde nun am 10. Oktober Widerspruch eingelegt. Verteidiger Len Weinglass erwartet eine mündliche Anhörung Anfang 1996. Da der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania aber schon 1989 einen Antrag Abu-Jamals auf ein neues Verfahren abgelehnt hatte, rechnet Weinglass nicht mit einem positiven Urteil. Dann bleibt noch eine Berufung vor dem zuständigen Bundesgericht in Philadelphia. "Dort liegt unsere größte Hoffnung," erklärte Weinglass auf einer Solidaritätsveranstaltung in der Berliner Humboldt-Universität. Die zuständige Kammer habe "einen guten Ruf für faire Prozesse". Eine Entscheidung erwartet der Anwalt frühestens Ende 1996. So lange kann Abu-Jamal nicht hingerichtet werden, bleibt aber weiter in der Todeszelle inhaftiert.

Dort sitzt der Journalist und ehemalige Black-Panther-Aktivist nun schon seit über 13 Jahren - auf der Grundlage von äußerst fragwürdigen Indizien. Mit dem langwierigen Weg durch die Instanzen kommen womöglich noch weitere Jahre hinzu, bis das Urteil aufgehoben wird, wenn es denn aufgehoben wird.

Die Solidaritätskampagne für Abu-Jamal wird in den kommenden Monaten eine internationale Prozeßbeobachtung und Spendensammlungen für die Prozeßkosten organisieren. Kontakt: Solidaritätsbüro Abu-Jamal c/o ARI, Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Tel. 030/7865917, Fax 030/7869984.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

37. Quelldatei 37.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak383/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:37

Kalender

Hamburger Frauentage

"Die Antwort ist Feminismus - und wie war noch mal die Frage?" Dies ist das Thema der Hamburger Frauentage 1995 und um diese Frage geht es auch in der Talkshow, mit der die Frauentage eröffnet werden. An den beiden folgenden Tagen werden Arbeitsgruppen u.a. zu diesen Themen oder Fragestellungen durchgeführt: Politische Möglichkeiten feministischer Theorie; Frauen Macht Projekte, Machterfahrungen in Frauenprojekten; Frauenmailboxen und Frauennetze - Einführung; Frauenpower an der Basis; Gemeinsam Fesseln sprengen; Was haltet ihr davon, einen neuen Geschlechtervertrag zu diskutieren?; Feministische Bioethik - ein Widerspruch in sich?; Neuer Feminismus - zum Selbstverständnis junger Frauen; Nationalismus und Feminismus; Über Geld redet frau nicht - oder?

20.10., 18 Uhr bis 22.10.95, ca. 18 Uhr. Wirtschaftsgymnasium St. Pauli, Budapester Straße 58, Hamburg.

UNO-Bomben

Der Einsatz militärischer Mittel im Jugoslawien-Konflikt wird innerhalb der Friedensbewegung unterschiedlich bewertet. Die Frage "Müssen NATO/UNO-Bomben Menschen töten und Gebäude zerstören, damit friedliche Menschen leben können?" soll bei einer vom PDS-Kreisverband veranstalteten Podiumsdiskussion von VertreterInnen verschiedener Friedens- und politischer Gruppen erörtert werden.

24.10.95, 19 Uhr. Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6, Hamburg.

Bio- und Gentechnologie

Der Bonner Arbeitskreis gegen Gentechnologien lädt zu einer Vortragsreihe zum Themenkomplex Bio-, Gen- und Reproduktionstechnologien.

26.10.95, 20 Uhr: Genmanipulation - Im Freiland ausgesetzte künstliche Pflanzen bleiben für immer in der Welt (Gregor Bornes). Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, Bonn.

8.11.95, 20 Uhr: Fötalgewebetransplantation - Frauen als Rohstofflieferantinnen für die Medizin (Ingrid Schneider). Alt-Katholische Kirche, Adenauer-Allee 61, Bonn.

Verbotene Kunst

Die Ausstellung "Verbotene Kunst" wurde im Oktober 1994 im Rahmen eines antifaschistischen Solidaritätstages erstmals gezeigt. Die aktualisierte Präsentation besteht aus verbotenen Plakaten, dokumentiert kriminalisierte Aktionen, Ölgemälde und zensierte Broschüren. Im ersten Teil der Ausstellung werden Arbeiten der Gruppe KuK (Kunst und Kampf) gezeigt. Kuk entstand in den achtziger Jahren im Zusammenhang mit der autonomen und antimilitaristischen Bewegung in der BRD. Plakate, Flugblätter der Gruppe, mit denen zu den Göttinger Antifawochen 1985 mobilisiert werden sollte, wurden verboten. Bei der Verfolgung der Göttinger Autonomen Antifa (M) bezieht sich der Bundesgerichtshof auf eines der KuK-Plakate, das den Straftatbestand der "Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§ 129a) erfülle. - In der Ausstellung werden die kriminalisierten Objekte in ihrem politischen und künstlerischen Zusammenhang auf Tafeln erläutert. Im zweiten Teil werden Beispiele linker politischer Kunst der Weimarer Republik vorgestellt.

27.10.-11.11.95, mittwochs bis samstags von 19 bis 22 Uhr. Eröffnungsveranstaltung am 27.10., 19 Uhr. KOMM, Königstraße 93, Nürnberg.

Türken und Deutsche

Die wechselseitige Sicht von Türken und Deutschen seit 500 Jahren ist das Thema einer vielversprechenden Reihe im Allgemeinen Vorlesungswesen der Hamburger Universität. Die ersten drei Vorträge:

31.10.95: Türken und Deutsche - eine Geschichte gegenseitiger Mißverständnisse (Prof. Dr. Petra Kappert, Seminar für Geschichte und Kultur des Vorderen Orients).

7.11.95: Muhammad, der große Betrüger - Muhammad in der mittelalterlichen christlichen Polemik gegen den Islam (Prof. Dr. Albrecht Noth, Seminar für Geschichte und Kultur des Vorderen Orients).

14.11.95: Luthers Haltung zur Türkenfrage (Prof. Dr. Bernhard Lohse, Kirchen- und Dogmengeschichtliches Seminar).

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 18 Uhr und finden statt im Hörsaal 1 im Hauptgebäude der Universität, Edmund-Siemers-Allee 1, Hamburg.

Wie "Auschwitz" erinnern?

Konzepte und Praxisformen einer "Gedächtniskultur" werden in einer Vorlesungsreihe im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Hamburger Universität erörtert. Die ersten drei Vorträge:

2.11.95: Vergänglichkeit und Unvergänglichkeit. Erinnern als Konstruktion und das Gedächtnis des Unerinnerbaren (Erik Porath, Philosophisches Seminar).

9.11.95: Konzeptionen von "Gedächtnis" in der jüdischen Tradition und das Bilderverbot (Prof. Dr. Micha Brumlik, Universität Heidelberg). Die besondere Empfehlung des Kalender-Redakteurs!

16.11.95: Verdrängung und Erinnerung des Holocaust nach 1945 - Vergangenheitsbewältigung in internationaler Perspektive (PD Dr. Axel Schildt, Historisches Seminar).

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 16 Uhr und finden statt im Hörsaal A im Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, Hamburg.

Drogen

Der Bundesarbeitskreis Drogen der JungdemokratInnen / Junge Linke lädt zur Tagung "Keine Macht ohne Drogen". Die Themen der (parallel) laufenden Arbeitsgruppen sind: Sicherheitsapparate, Gesundheitspolitik, Staat und Legalisierung, Drogenökonomie. Die Tagung wird beschlossen mit einer Podiumsdiskussion über "Drogen und Autoritarisierung".

4.11.95, 10-17 Uhr. Universität Hamburg, Philosophenturm, Hörsaal E, Hamburg.

Menschenrechte

Christopher Pollmann spricht zum Thema "Menschen- oder Menschenrechtsverletzungen? - Ein Beitrag zur Rolle des Rechts im Kapitalismus". Die Kritik an den politischen Verhältnissen wird nicht selten mit der Verletzung von Menschenrechten begründet. Der Referent will zeigen, daß der Widerspruch zwischen der abstrakten Verkündung von Menschenrechten und ihrer häufigen Verletzung im Einzelfall nur ein scheinbarer ist. Er sei bereits in den jeweiligen Rechtstexten selbst angelegt und beruhe auf der organi-

sierenden und legitimierenden Rolle des Rechts in der kapitalistischen Gesellschaft.

8.11.95, 18.00 Uhr. Ev. FHS für Sozialpädagogik, Horner Weg 170, 22111 Hamburg.

Abschiebeknast Glasmoor

Der Hamburger Abschiebeknast Glasmoor wurde im Februar 1994 eröffnet. Im November des Jahres protestierten 40 Gefangene, sie forderten Freilassung und Bleiberecht. Nach diesem Protest bildete sich die Glasmoor-Gruppe aus verschiedenen antirassistischen und antifaschistischen Zusammenhängen. Anläßlich des Jahrestags der Protestaktion wird am

11.11.95 eine Demonstration von Norderstedt zum Knast durchgeführt.

Schwulen- und Lesbengala

Fliederlich e.V., das Nürnberger Kommunikations- und Beratungszentrum für Schwule und Lesben, braucht Kohle und veranstaltet daher eine Gala mit Musik, Kabarett, Disco und Filmen. Oberbürgermeister Schönlein hat die Schirmherrschaft übernommen. 11.11.95, 20 Uhr. Komm, Königstraße 93, Nürnberg.

Rosa Luxemburg

Klaus Gietinger stellt sein Buch "Eine Leiche im Landwehrkanal - Leben und Tod der Rosa Luxemburg" vor.

12.11.95, 10.30 Uhr. Kulturgaststätte "Sonne", Shamrockstraße 121, Herne.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 384 ist der 7.11.95.

38. Entschuldigung!

CD-Datei: daten/aksuche/ak383/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:383:39

In dem Artikel "Von der Blockkonfrontation zur imperialistischen Konkurrenz" (ak 382, S. 14) wurde im Schlußabsatz der Begriff "ethnische Säuberungen" verwendet, noch dazu ohne Anführungszeichen. Dieser in den Medien gängige Begriff ist diskrimienierend gegenüber den Opfern. Es wird nicht "gesäubert", sondern vertrieben und gemordet.

Zubeda Dangors Beitrag zur Weltfrauenkonferenz ("Keep on walking forward"; ak 382, S. 3) enthält einen Übersetzungsfehler, der den meisten LeserInnen sicherlich aufgefallen ist. "Über eine Billion Menschen leben in absoluter Armut", wird dort behauptet. Gemeint ist natürlich eine Milliarde. Merke: das US-amerikanische Wort billion bedeutet auf Deutsch Milliarde.

Im Schlußabsatz des Artikels "Türkische Faschisten mobilisieren in der BRD" (ak 382, S. 28, von Nora Mielke) werden bei der Aufzählung ausländischer Opfer außer Nationalitäten auch Religionszugehörigkeiten (Aleviten, Juden) genannt. AlevitInnen und JüdInnen können selbstverständlich sowohl "inländisch" als auch "ausländisch" sein.